

Länder fordern eine Milliarde Euro Flüchtlingshilfe zusätzlich; Vor dem Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt fordern die Länder eine deutliche Aufstockung der Bundesmittel. Olaf Scholz müsse die Flüchtlingskosten zur "Chefsache" machen.

ZEIT-online

Mittwoch 10. Mai 2023 1:13 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingsgipfel; Ausg. 1

Length: 664 words

Byline: Fabian Albrecht

Body

Die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten haben die Bundesregierung vor dem **Flüchtlingsgipfel** im Kanzleramt zu einer deutlichen Aufstockung der Bundesmittel für die Unterbringung und Integration von **Geflüchteten** aufgerufen. "Der Bund wird für das Jahr 2023 die **Flüchtlingspauschale** an die Länder um eine Milliarde Euro erhöhen, damit die Länder dabei unterstützt werden, ihre Kommunen zusätzlich zu entlasten und die Digitalisierung der Ausländerbehörden zu finanzieren", fordern die Länder in einem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK), der ZEIT ONLINE vorliegt. Die Folgen des russischen Angriffskrieges stellten Länder und Kommunen vor große Herausforderungen, schreiben die Länderchefs darin.

Bei dem Treffen im Kanzleramt wollen Bund und Länder nun über die weitere Organisation der Flüchtlingsunterbringung beraten. Angesichts der in den vergangenen Monaten wieder deutlich gestiegenen Zahlen an Geflüchteten aus arabischen und afrikanischen Ländern und der Aufnahme Hunderttausender Ukrainerinnen und Ukrainer fordern die Städte und Gemeinden seit Monaten mehr Geld vom Bund. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) lehnt das bislang ab.

Weil hofft auf konkrete Ergebnisse

Das Gremium der Landesregierungschefs hat sich vor dem Gipfel im Kanzleramt getroffen. "Wir wollen heute versuchen, die Bundesregierung zu überzeugen, dass Hilfen für die Kommunen zwingend nötig sind", sagte der aktuelle MPK-Vorsitzende, Niedersachsens Regierungschef Stephan Weil (SPD), nach den Beratungen mit seinen Amtskollegen.

Er hoffe, dass der Gipfel für das laufende Jahr konkrete Ergebnisse bringen könnte, sagte Weil. Die Frage der Finanzierung von Unterbringung und Integration der geflüchteten Menschen stelle sich aber auch für die kommenden Jahre. Der Finanzbedarf lasse sich dabei nicht, wie vom Bund vorgesehen, durch pauschale Jahreszahlungen erlassen. Es brauche ein "atmendes" und "dynamisches" System, das sich an der Zahl der

Länder fordern eine Milliarde Euro Flüchtlingshilfe zusätzlich Vor dem Flüchtlingsgipfel im Kanzleramt fordern die Länder eine deutliche Aufstockung der Bundesm....

aktuell zu versorgenden Menschen orientiere, sagte Weil. Diese Zahl schwanke sehr stark und habe im vergangenen Jahr wieder stark zugenommen.

Wüst sieht den Bund in der Verantwortung

Ähnlich äußerte sich der stellvertretende MPK-Chef, Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst. "Es geht bei der Frage der Flüchtlingsfinanzierung nicht um Rechentricks, sondern um politische Verantwortung", sagte der CDU-Politiker. Die Länder würden die Forderung der Kommunen, dass der Bund die Kosten der Unterbringung komplett tragen solle, unterstützen, sagte Wüst. "Weil der Bund über die Steuerung des Zuzugs entscheidet, muss er auch die finanzielle Verantwortung für die Folgen seiner Entscheidung tragen." Der Kanzler müsse das Thema "jetzt zur Chefsache machen, Verantwortung übernehmen und Führung zeigen", sagte Wüst.

Die Bundesregierung habe bei dem Thema bedauerlicherweise kein ausreichendes Problembewusstsein gezeigt, kritisierte Wüst. Wenn man den Menschen, die in Deutschland Schutz suchten, gerecht werden wolle, müsse aber jede Ebene des Staates ihre Verantwortung tragen. Die Länder seien sich in ihrer Position parteiübergreifend einig, sagten sowohl der Christdemokrat Wüst als auch der Sozialdemokrat Weil.

Länder fordern Reduzierung "irregulärer Migration"

Abgesehen von den akuten finanziellen Fragen forderten die Ministerpräsidentinnen auch langfristig einen Kurswechsel in der Migrationspolitik. "Um Bund, Länder und Kommunen zu entlasten, ist die irreguläre Migration spürbar zu reduzieren", schreiben die Länderchefs in ihrem Papier.

Dabei sei auch die künftige Migrationspolitik der EU entscheidend, sagte Weil vor dem Treffen. Der Niedersachsen forderte unter anderem Rücknahmeabkommen mit Ländern, deren Bürger in der EU in der Regel kein Asyl bekommen. Außerdem müsse konsequenter abgeschoben werden und die Digitalisierung in den Ausländerbehörden vorangetrieben werden. Das Vorhaben der Bundesregierung, Asylverfahren an den EU-Außengrenzen zu ermöglichen, würden die Länder unterstützen, sagte Weil.

Load-Date: May 10, 2023

Annalena Baerbock rechtfertigt EU-Asylbeschluss; "Ich will nicht sagen, das war alles super": Außenministerin Annalena Baerbock hat den EU-Asylkompromiss vor Grünendelegierten als "51:49"-Entscheidung verteidigt.

ZEIT-online

Samstag 17. Juni 2023 1:34 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Die Grünen; Ausg. 1

Length: 727 words

Byline: Sven Crefeld

Body

Daniel Roland

Bundesaußenministerin Annalena Baerbock beim Kleinen Parteitag der Grünen in Bad Vilbel

Außenministerin Annalena Baerbock hat auf dem kleinen Parteitag der Grünen den innerparteilich stark umstrittenen EU-Kompromiss zur **Asylpolitik** verteidigt. "Ich will nicht sagen, das war alles super", sagte die Grünenpolitikerin vor etwa 100 Delegierten in Bad Vilbel. "Auch mich hat es zerrissen", sagte sie. Es sei eine ganz schwierige Abwägung gewesen, für sie sei "die Waage bei 51:49".

Baerbock kritisierte besonders, dass es nicht gelungen sei, zumindest Ausnahmen für Kinder für die umstrittenen EU-Grenzverfahren mit haftähnlichen Aufnahmezentren zu erreichen. Deutschland sei in dieser Frage jedoch weitgehend isoliert gewesen. Es habe die Gefahr bestanden, dass sich manche Länder in der **Flüchtlingspolitik** an gar keine Regeln mehr halten und "dass Europa wieder in nationalstaatliche Vorgehensweisen zerfällt", sagte sie.

Sie habe daher bei der Flüchtlingspolitik auch als Europaministerin verhandeln müssen, sagte Baerbock. Das Ergebnis sei eine Zumutung, aber "es ist mein Job, mir genau das zuzumuten". Als positiv wertete die Ministerin, dass es zumindest gelungen sei, eine begrenzte Ausweitung des europäischen Verteilmechanismus für Geflüchtete zu vereinbaren. "Wir stehen weiter ein für die Menschenrechte", sicherte Baerbock zu.

Teil des nun vereinbarten Kompromisses sei, dass künftig 30.000 statt wie derzeit 3.000 Flüchtlinge über diesen Mechanismus verteilt würden, sagte Baerbock und erklärte: "Das war für mich der Punkt, wo ich sage, wir haben im Vergleich zum Status quo eine kleine Verbesserung." Zudem habe die Gefahr bestanden, dass Europa in nationalstaatliche Antworten bei Flucht und Migration ver falle.

Die EU-Innenminister hatten am 8. Juni mit einer ausreichend großen Mehrheit für umfassende Reformpläne gestimmt. Asylanträge von Migrantinnen und Migranten, die aus Herkunftsländern mit einer Anerkennungsquote von weniger als 20 Prozent stammen, sollen demnach bereits an den EU-Außengrenzen innerhalb von zwölf

Annalena Baerbock rechtfertigt EU-Asylbeschluss "Ich will nicht sagen, das war alles super": Außenministerin
Annalena Baerbock hat den EU-Asylkompromiss vor Grü....

Wochen geprüft werden. In dieser Zeit will man die Schutzsuchenden verpflichten, in haftähnlichen Aufnahmeeinrichtungen zu bleiben. Wer keine Chance auf Asyl hat, soll umgehend zurückgeschickt werden.

Die Grünen formulierten nun bei dem kleinen Parteitag Wünsche für die weiteren europäischen Verhandlungen zum EU-Asylrecht. Mit deutlicher Mehrheit stützten die Delegierten einen Antrag des Bundesvorstandes, in den zuvor allerdings schon zahlreiche Änderungen von Kritikern der Entscheidung aus Luxemburg integriert worden waren. Beispielsweise sollen demnach Familien mit Kindern grundsätzlich nicht in Asyl-Schnellverfahren an den EU-Außengrenzen kommen und EU-Staaten nicht zur Durchführung solcher Grenzverfahren verpflichtet werden.

"Wir wollen ein effektives Menschenrechtsmonitoring an den Außengrenzen und eine verbindliche Verteilung in den Mitgliedsstaaten", heißt es in dem Antrag. "Dafür werden wir in enger Abstimmung zwischen Europafraktion, Bundestagsfraktion, Bundespartei und Regierungsmitgliedern kämpfen. Auch das Ergebnis werden wir gemeinsam bewerten."

Haßelmann beklagt "furchtbare Zustände" im Mittelmeer

Innerhalb der Partei gebe es unterschiedliche Einschätzungen zum EU-Asylkompromiss, sagte Britta Haßelmann, Fraktionsvorsitzende der Grünen im Bundestag, bei phoenix. Bei den Grünen hätten alle das gleiche Ziel: "Uns eint, dass uns eine humanitäre Politik für Geflüchtete und Menschenrechte ein ganz zentrales Anliegen ist. Niemand von uns will sich mit den furchtbaren Zuständen, den Rechtsverstößen und dem Sterben im Mittelmeer abfinden", sagte Haßelmann. Nun müsse möglichst schnell ein Migrationsabkommen umgesetzt werden; das Konzept der sicheren Herkunftsländer sei für die Grünen nicht das passende, sagte sie.

Schleswig-Holsteins Sozialministerin Aminata Touré wandte sich in einer emotionalen und bejubelten Rede gegen die von Baerbock mitgetragene Entscheidung der EU. "Sie schmerzt mich, sie enttäuscht mich", sagte die Ministerin. Es seien "Menschen wie meine Familie vor 30 Jahren", sagte Touré, "und deshalb ist es für mich persönlich." Tourés Eltern waren nach einem Putsch im westafrikanischen Mali nach Deutschland geflohen. So klare Worte wie sie fanden wenige Kritiker.

Load-Date: June 17, 2023

Winfried Kretschmann verteidigt Asylverfahren an EU-Außengrenzen; Den Vergleich von gesicherten Bereichen an den EU-Grenzen mit Gefängnissen findet der Grünenpolitiker nicht gerechtfertigt. Es stehe den Geflüchteten frei, umzukehren.

ZEIT-online

Donnerstag 15. Juni 2023 1:11 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Grüner Ministerpräsident; Ausg. 1

Length: 372 words

Byline: Winfried Kretschmann

Body

Chris Emil Janßen

IMAGO / Chris Emil Janßen 1030. Sitzung des Bundesrates - Sitzung Bundesrat in Berlin - Winfried Kretschmann, Ministerpräsident Baden-Württemberg, bei seiner Ankunft im Bundesratsgebäude; 1030. Sitzung des Bundesrates - Sitzung Bundesrat in Berlin - Winfried Kretschmann,

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat die EU-Einigung auf verschärfte Asylverfahren energisch verteidigt. Arbeitsmigration müsse legalisiert, aber irreguläre Migration eingedämmt werden, sagte der Grünenpolitiker in der Nacht zu Donnerstag in der ZDF-Sendung *Markus Lanz*. Auch wenn es noch keinen echten Verteilmechanismus gebe, sei der Kompromiss ein sehr guter Anfang.

Angesprochen auf die Kritik, dass die Migranten an den EU-Außengrenzen wie in Gefängnissen leben sollen, entgegnete er: "Man kann so was natürlich immer mit solchen Verbalinjuriern belegen." Es sei aber keine Haft, sagte Kretschmann. "Die Leute können ja zurück. Das ist doch keine Haft." Das Asylrecht sei der Vereinbarung zufolge weiter gewährleistet.

Der Kompromiss sei der Beginn dessen, dass alle Verantwortung übernehmen müssten in Europa, sagte Kretschmann in der Sendung. Wenn Deutschland zum Schluss das einzige Land sei mit einer liberalen Flüchtlingspolitik, alle dorthin wollten und alle anderen zumachen, dann "platze" es irgendwann und funktioniere nicht mehr.

Nach dem EU-Beschluss ist unter anderem ein härterer Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive vorgesehen. So sollen Menschen aus als sicher geltenden Ländern künftig nach dem Grenzübertritt unter haftähnlichen Bedingungen in streng kontrollierte Einrichtungen kommen auch Familien mit kleinen Kindern. Dort soll dann innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden, ob die Antragsteller Chancen auf Asyl haben. Wenn nicht, sollen sie umgehend zurückgeschickt werden.

Winfried Kretschmann verteidigt Asylverfahren an EU-Außengrenzen Den Vergleich von gesicherten Bereichen an den EU-Grenzen mit Gefängnissen findet der Grünenpol....

Die Bundesregierung hatte sich in den Verhandlungen dafür eingesetzt, dass Familien mit minderjährigen Kindern von den sogenannten Grenzverfahren ausgenommen werden. Um den Durchbruch zu ermöglichen, musste Deutschland letztlich akzeptieren, dass dies doch möglich sein könnte. Auch die Partei- und Fraktionsspitzen der Grünen sind sich nicht einig, wie diese Entscheidung zu bewerten ist.

Load-Date: June 15, 2023

End of Document

"Das grenzt an Geschichtsklitterung"; Politiker fordern einen neuen Asylkompromiss. Dabei habe der die Rechtsradikalen in Deutschland langfristig gestärkt, kritisiert der Historiker Patrice G. Poutrus.

ZEIT-online

Freitag 20. Oktober 2023 4:33 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylpolitik; Ausg. 1

Length: 2503 words

Byline: Christian Bangel

Body

In den frühen Neunzigerjahren brach überall in Deutschland massive rassistische Gewalt aus. Hoyerswerda, Lichtenhagen, Mölln, Solingen heißen die zu Schlagworten gewordenen Schauplätze der Pogrome und Brandanschläge dieser Jahre. Sie richteten sich vor allem gegen Geflüchtete, aber auch in Deutschland lebende people of color waren betroffen. Die Politik reagierte im Jahr 1993 mit dem sogenannten Asylkompromiss zwischen Union und SPD, der das Grundrecht auf Asyl in Deutschland stark einschränkte. Heute fordern Politiker einen neuen Asylkompromiss, manche gar eine Abschaffung des individuellen Grundrechts auf Asyl.

Der Historiker Patrice G. Poutrus verfolgt diese Debatte mit großer Aufmerksamkeit. Den ersten Teil seines Lebens verbrachte er in der DDR, nach der Wiedervereinigung erlebte er die rassistischen Exzesse im Land als Geschichtsstudent an der Humboldt-Universität. Seit Jahren befasst sich Poutrus mit der Geschichte deutscher Asyldebatten und -politik, 2020 erschien seine Monografie "Umkämpftes Asyl - vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart". Derzeit hält er eine Gastprofessur an der TU Berlin. Wir treffen ihn in einer Bibliothek auf dem Campus.

ZEIT ONLINE: Herr Poutrus, viele Politiker, unter ihnen der Bundespräsident, fordern dieser Tage eine Neuauflage des Asylkompromisses von 1992/93. Was halten Sie davon?

Patrice G. Poutrus: Offen gesagt: So etwas zu fordern, ohne gleichzeitig über die damalige Welle rassistischer Gewalt und ihre Ursachen zu sprechen, grenzt schon an Geschichtsklitterung.

ZEIT ONLINE: Wieso?

Poutrus: Man kann doch nicht einfach das große Problem dieser Zeit verschweigen, nämlich dass Gewaltexzesse wie in Lichtenhagen und Solingen fast zu einem eigenen politischen Argument wurden. Damals brannten Flüchtlingsunterkünfte und konservative Politiker stellten sich danach hin und sagten: Es brennt, weil ihr, die SPD, nicht in den Asylkompromiss einwilligen wollt. Was, wie wir heute wissen, schon deshalb nicht stimmte, weil das Brennen von Flüchtlingsunterkünften und von Häusern, in denen Migranten lebten, auch nach dem Asylkompromiss nicht aufhörte.

"Das grenzt an Geschichtsklitterung" Politiker fordern einen neuen Asylkompromiss. Dabei habe der die Rechtsradikalen in Deutschland langfristig gestärkt, kriti....

ZEIT ONLINE: Woran lag es dann?

Poutrus: Es gibt in der Bundesrepublik ein Auf und Ab der rassistischen Brandanschläge und Übergriffe, und dieses Auf und Ab korrespondiert weniger mit der Entwicklung der Asylbewerberzahlen als eher damit, wie in Deutschland über Migration diskutiert wurde.

ZEIT ONLINE: Woran machen Sie das fest?

Poutrus: Schauen Sie zum Beispiel auf die Spätaussiedler. In den Achtzigerjahren ist in der öffentlichen Debatte eine Art magische Grenze entstanden: Alles jenseits von 100.000 Einwanderern pro Jahr galt als untragbare Überforderung. Und trotzdem kamen in der zweiten Hälfte der Achtziger auch mehrere Hunderttausend Spätaussiedler in die Bundesrepublik. Selbst mitten in der sogenannten Asylkrise im Jahr 1992 war ihre Zahl höher als die der Asylanträge. Diese Masseneinwanderung wurde bei der Überlastungsdebatte aber einfach nicht mitdiskutiert, obwohl natürlich auch diese Zuwanderer die Kommunen in hohem Maße beanspruchten. Aber kaum jemand protestierte gegen die Spätaussiedler. Das hatte vor allem damit zu tun, dass diese Zuwanderung im Gegensatz zu den Asylanträgen politisch gewollt war.

ZEIT ONLINE: Heute geht die Angst vor der AfD um - Anfang der Neunziger gab es die rechtsradikalen Republikaner. Nach dem Asylkompromiss schnitten sie bei Wahlen wieder deutlich schlechter ab als davor, das war doch ein Erfolg, oder?

"Das sind allerbeste Voraussetzungen für einen florierenden Rassismus"

Poutrus: Nein, denn in den Jahren danach erstarkten besonders im Osten dafür NPD und DVU. Die hysterische Abwehr von Flüchtlingen, wie sie damals die Debatten bestimmte, delegitierte letztlich auch die Anwesenheit jener Menschen mit Migrationsgeschichte, die schon da sind. Das sind allerbeste Voraussetzungen für einen florierenden Rassismus. In Rostock-Lichtenhagen waren nach den Asylbewerbern vor allem ehemalige vietnamesische Vertragsarbeiter das Ziel. Die lebten und arbeiteten dort schon seit Jahren. Hier liegt auch der Zusammenhang zwischen 1993 und dem NSU. Diese Mordbande radikalisierte sich nach dem Asylkompromiss und nahm dabei an, staatliche Institutionen und Teile der Gesellschaft stünden heimlich auf ihrer Seite - womit sie ja lange Zeit auch durchaus recht hatte.

ZEIT ONLINE: Wie kam es eigentlich dazu, dass Anfang der Neunzigerjahre die Zahl der Asylbewerber in Deutschland so stark anstieg?

Poutrus: Das hatte vor allem mit den Balkankriegen zu tun, in dessen Folge mehr als 700.000 Menschen das frühere Jugoslawien verließen, etwa die Hälfte von ihnen nach Deutschland. Zudem kamen viele weitere Menschen nach Deutschland, die in den kommunistischen Gesellschaften längst auf gepackten Koffern gesessen hatten, vor allem Sintize und Romnaje aus Rumänien und Bulgarien, die vor Diskriminierungen und Pogromen in ihren Herkunftsländern flohen.

ZEIT ONLINE: Und wann sanken diese Zahlen?

Poutrus: Ab 1993. Die brisante Frage ist: warum? Der Rückgang fällt zusammen mit der Einschränkung des Grundrechts auf Asyl in Deutschland, aber ungefähr zu dieser Zeit stabilisierte sich auch die politische und wirtschaftliche Lage in Mittelosteuropa merklich. Der Balkankrieg endete. Und erst ab 1995 wurden in der Statistik Erst- und Folgeanträge separat ausgewiesen, was die Zahlen ebenfalls sinken ließ.

"Damals ging es um etwa 10.000 Anträge im Jahr"

ZEIT ONLINE: Und dennoch war damit die Debatte um das Asylrecht bis Mitte der Zehnerjahre befriedet.

Poutrus: Man sollte nicht glauben, dass in dieser Frage Frieden herrscht, wenn nur die Zahlen niedrig sind. Als die bundesdeutsche Asyldebatte Mitte der Siebzigerjahre richtig Fahrt aufnahm, waren die Zahlen so niedrig, wie wir uns das heute gar nicht mehr vorstellen können. Damals ging es um etwa 10.000 Anträge im Jahr.

"Das grenzt an Geschichtsklitterung" Politiker fordern einen neuen Asylkompromiss. Dabei habe der die Rechtsradikalen in Deutschland langfristig gestärkt, kriti....

ZEIT ONLINE: Warum so wenige? Damals gab es doch auch Krieg und Verfolgung.

Poutrus: Da muss man ein wenig ausholen. Die Bundesrepublik hatte im Jahr 1953 von den Westalliierten die Entscheidungsgewalt über das Asyl übertragen bekommen. Die Regierung von Konrad Adenauer (CDU) verabschiedete darauf eine äußerst restriktive Asylverordnung, die das ganze Gegenteil der offenen Asylnorm im Grundgesetzes war. Erst Mitte der Siebzigerjahre brachten mehrere Grundsatzentscheidungen von obersten Gerichten den Anspruch des Grundgesetzes und die Rechtspraxis zusammen. Das war genau zu der Zeit, als in der Bundesrepublik die Ausländerdiskussion begann: Ist die Bundesrepublik ein Einwanderungsland, ja oder nein? Die Debatten um Asyl und die Frage, was für eine Gesellschaft die Bundesrepublik eigentlich sein will, sind nie voneinander getrennt gewesen.

ZEIT ONLINE: Was wurde da verhandelt?

Poutrus: Es ging immer um die Frage, will man eine offene, liberale Gesellschaft, in der Bürger- und Menschenrechte das Primat haben, mit entsprechenden Konsequenzen für die Migrations- und die Asylpolitik? Oder kämpft man um eine homogene Gesellschaft, mit entsprechend ausgerichteter Kultur, Geschichtsschreibung und vor allem mit vermeintlich einheitlicher Abstammung der Bevölkerung? Das sind die beiden Pole, zwischen denen es viele Mischpositionen gibt.

"Diese Homogenität existierte nur zu einem ganz kurzen Zeitpunkt"

ZEIT ONLINE: War denn eine homogene Gesellschaft nach der Ankunft der Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter nicht schon längst eine Schimäre?

Poutrus: Natürlich. Diese Homogenität existierte ohnehin nur zu einem ganz kurzen Zeitpunkt nach Ende des Zweiten Weltkriegs, als ganz Europa ethnisch homogen war wie nie zuvor und danach. Das war eine direkte Folge von NS-Herrschaft, Zweitem Weltkrieg und Holocaust sowie der sich daran anschließenden großen ethnischen Säuberungen - und dennoch wurde dieser Zustand von vielen idealisiert. Vielen war auch der Asylkompromiss von 1993 noch zu lasch. In der Union gab es damals nicht wenige, die für die gänzliche Abschaffung des individuellen Asylrechts waren. Insofern war die Verfassungsänderung von 1993 tatsächlich ein Kompromiss zwischen einem offenen, liberalen Gesellschaftsentwurf auf der einen Seite und einer politischen Praxis, die restriktiv ist und rassistische Gewalt verharmlost, auf der anderen Seite. Ich nenne das die innere Gründung der Berliner Republik, weil damit die zentrale Konfliktkonstellation im vereinten Deutschland nicht gelöst wurde, sondern es die politische Kultur des Landes auf Dauer geprägt hat und es weiter tut.

ZEIT ONLINE: Auch dieser Tage befürworten Politiker eine Einschränkung, manche gar eine Abschaffung des individuellen Asylrechts - allerdings eher, weil die Belastungsgrenze bei der Aufnahmefähigkeit der Kommunen erreicht sei.

Poutrus: Ich finde diese Argumentation unaufrichtig. Natürlich fordert Migration eine Gesellschaft heraus und die Kommunen trugen und tragen die größte Last bei der Aufnahme der Geflüchteten. Aber der Grund, warum die Kommunen am Rand ihrer Möglichkeiten sind, hat wenig mit dem Thema Asyl zu tun. Die Städte und Gemeinden sind seit Jahrzehnten die Verlierer der Finanzordnung der Bundesrepublik. Es wäre höchste Zeit, endlich eine Reform der Kommunalfinanzen anzugehen, die eine tatsächliche Entlastung bedeuten würde.

ZEIT ONLINE: Aber es geht ja nicht nur um Geld. Es fehlt auch an Personal und Wohnraum, um die Menschen aufzunehmen und zu versorgen.

Poutrus: Man könnte auch sagen: All diese Fragen sind wichtig genug, um sie wirklich mal anzugehen. Wir brauchen ohnehin jährlich eine sechsstellige Zahl an Zuwanderern, die ebenfalls Wohnraum und Betreuung beanspruchen werden. Aber viele der Kapazitäten, die 2015/16 entstanden, um die Geflüchteten zu versorgen, sind wieder abgebaut worden. Stattdessen wird behauptet, dass die Lösung für all diese Fragen in der Einschränkung oder Abschaffung des Asylrechts liegt. Die echten Probleme werden nicht angegangen. Das ist eine Gestaltungsvermeidungsstrategie.

"Das grenzt an Geschichtsklitterung" Politiker fordern einen neuen Asylkompromiss. Dabei habe der die Rechtsradikalen in Deutschland langfristig gestärkt, kriti....

ZEIT ONLINE: Man könnte das eine tun, ohne das andere zu lassen.

Poutrus: Das passiert aber nicht. Die Argumente und Vorschläge, die aus der Politik kommen, sind dieselben wie vor dreißig Jahren: Die Lebensbedingungen der Geflüchteten zu verschlechtern, die Aufnahme zu externalisieren, möglichst hohe Zahlen von Abschiebungen herbeizuführen. Die Vorstellung, man könne quasi einen Knopf drücken, um die Asylzahlen zu senken, ist falsch, genauso wie die Vorstellung, dass es wirtschaftliche Pull-Faktoren gäbe.

ZEIT ONLINE: Die gibt es nicht?

Poutrus: Nein, diese Annahme ist wissenschaftlich vollkommen unbelegt. In der Europäischen Union liegt eine Attraktivität, aber die besteht in der liberalen Demokratie und nicht in Geldzahlungen. Fluchtmigration ist eine Reaktion auf gesellschaftliche Verhältnisse in den Herkunftsländern. Die Menschen wollen ein gewisses Maß an Ordnung, und Sicherheit und Freiheit. Und wenn sie das in ihren Ländern nicht finden, dann sind Fluchtbewegungen - die in den allermeisten Fällen gar nicht nach Europa führen - kaum aufzuhalten. Sich vehement dagegen abzuschirmen, statt sie zu gestalten, hat nicht nur was Don-Quichotte-haftes, sondern macht die Probleme in aller Regel größer, als sie wirklich sind.

"Langfristig führt das eine Gesellschaft fast zwangsläufig ins Autoritäre"

ZEIT ONLINE: Sie sagen, man könnte die Zahl der Asylbewerber nur beschränken, wenn man Demokratie und Menschenrechte einschränken würde?

Poutrus: Weil, wie gesagt, Demokratie und Menschenrechte die tatsächlichen Ursachen dafür sind, dass Menschen in Europa Schutz suchen. Wenn nun diese Attraktivität beseitigt werden soll, die ja auch Stabilität und Wohlstand nach Europa brachten, dann richtet sich dieses Bemühen direkt gegen die normativen Grundlagen der Demokratie. Es ist jedenfalls eine Illusion, dass wir in Deutschland vor einem großen Steuerpult sitzen und nur ein paar Knöpfe drücken müssen, um die Fluchtmigration nach Europa zu senken. Meine These ist deshalb: Langfristig führt dieses Vorhaben eine Gesellschaft fast zwangsläufig ins Autoritäre.

ZEIT ONLINE: Das müssen Sie genauer erklären.

Poutrus: Weil mit zunehmender Erfolglosigkeit beim Abschotten Frustration geschürt wird, die Vorstellung, dass vermeintlich übertriebene Humanität das Problem ist, oder gleich die Verfassung zu liberal. Und wenn man das alles konsequent beiseite räumt, dann ist man bei autoritärer Herrschaft. Auch dafür übrigens ist die Zeit unmittelbar vor dem Asylkompromiss ein gutes Beispiel. Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) drohte seinerzeit recht unverhohlen mit einem Verfassungsbruch: Wenn die SPD nicht einlenke, dann werde er sich so verhalten, als ob die einschlägigen Grundgesetz-Artikel geändert worden wären. Ein Teil des Asylkompromisses war es, zu verhindern, dass die Regierung Kohl eine Art Staatsnotstand ausruft. Durch solche Politik werden die Menschenfeinde und Antidemokraten in unserer Gesellschaft eher bestätigt.

ZEIT ONLINE: Aber was macht es umgekehrt mit einer Bevölkerung, der Sie jahrzehntelang erzählt haben, Sie können das steuern - und ihr jetzt sagen müssen, dass Sie gar nicht den einen Hebel haben?

Poutrus: In der Asylpolitik wird gern davon gesprochen, dass es Zeit wäre, sich ehrlich zu machen. Hier wäre nach meiner Auffassung Gelegenheit dafür. Auch ist es doch nicht so, dass eine abschottende Asyl- und Migrationspolitik die Gesellschaft befrieden würde. Im Gegenteil, es drohen weitere scharfe innenpolitische Auseinandersetzungen, weil es natürlich auch viele Menschen geben wird, die sagen werden: Das ist menschenfeindlich, das ist nicht mein Land, das ist Verrat am humanistischen Erbe der Aufklärung. Was wiederum die radikalen Verfechter von Abschottung und Homogenität nicht hinnehmen werden.

ZEIT ONLINE: Gerade sind auf den Straßen keine großen Pro-Flüchtlings-Demonstrationen zu sehen.

Poutrus: Es gibt unter denen, die bei der Flüchtlingsaufnahme 2015 und 2016 geholfen haben, viele, die politisch völlig erschöpft sind. All das Gerede von der Flüchtlingskrise, die sich nicht wiederholen dürfe, ist wie ein

"Das grenzt an Geschichtsklitterung" Politiker fordern einen neuen Asylkompromiss. Dabei habe der die Rechtsradikalen in Deutschland langfristig gestärkt, kriti....

Faustschlag ins Gesicht dieser Leute, die damals die Bundesrepublik vor einer humanitären Katastrophe bewahrt haben, weil Institutionen nicht handeln wollten oder schlicht versagt haben. Ihnen wird jetzt gesagt, Humanismus und die Bereitschaft, Menschenleben zu retten, seien der Grund dafür, dass der Staat überfordert ist. Diese Menschen bekommen keine gesellschaftliche Anerkennung, und das ist ein furchtbares Versäumnis, gerade für den Bestand der Demokratie in diesem Land.

Jan Bauer Jugendliche während des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen, 27.8.1992 Jan Bauer Jugendliche während des Pogroms von Rostock-Lichtenhagen, 27.8.1992

Load-Date: October 20, 2023

End of Document

**Stephan Weil fordert Rücknahmeabkommen für abgelehnte Asylbewerber;
Die Länder beraten über den Umgang mit Geflüchteten: Stephan Weil fordert
mehr Abkommen außerhalb der EU. Michael Kretschmer beklagt fehlende
Aufnahmekapazitäten.**

ZEIT-online

Donnerstag 16. März 2023 2:04 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migrationspolitik; Ausg. 1

Length: 618 words

Byline: Sophia Boddenberg

Body

Julian Stratenschulte

Beschreibung Stephan Weil (SPD), Ministerpräsident von Niedersachsen, spricht im Landtag bei einer Pressekonferenz der niedersächsischen Landesregierung zur 100-Tage-Bilanz. Service +++ dpa-Bildfunk +++
Aufnahmedatum 15.02.2023 Bildnachweis picture alliance/dpa | Julian Stratenschulte

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil hat die Bundesregierung aufgefordert, mit mehr Staaten außerhalb der EU Abkommen zur Rücknahme abgelehnter Asylbewerber und -bewerberinnen zu schließen. Der SPD-Politiker sagte der *Neuen Osnabrücker Zeitung*: "Deutschland hat bereits Rücknahmeabkommen mit einzelnen Ländern geschlossen, davon brauchen wir noch deutlich mehr." Die Bundesregierung solle hier nicht auf Initiativen der Europäischen Union warten, sondern selbst aktiv werden. "Auf zwischenstaatlicher Ebene geht das schneller", sagte Weil.

Zudem müsse die Migrationspolitik in Europa reformiert werden. Das sogenannte Dublin-Verfahren funktioniere "nur sehr mäßig", wonach dasjenige Land das Asylverfahren durchzuführen hat, in dem der Antragsteller europäischen Boden betreten hat. Weil sagte: "Wer bei uns Asyl beantragt, der hat vorher in der Regel schon eine ganze Reihe von Ländern durchquert. Viele europäische Grenzländer fühlen sich offenbar überfordert, sie winken viele Menschen durch."

Der Ministerpräsident benannte drei Punkte, die verbessert werden müssten: "Die Grenzsicherung an den Außengrenzen der EU. Die Verteilung der Geflüchteten innerhalb der EU. Und wir brauchen Möglichkeiten für politisch Verfolgte, auf weniger gefährlichen Wegen in Europa Asyl zu beantragen."

An diesem Donnerstag kommen die Regierungschefs der Bundesländer zusammen. Auf der Agenda steht vor allem auch das Thema Migration. Der Bundeskanzler wird an dem Treffen nicht teilnehmen. Laut Weil ist ein Migrationsgipfel nach Ostern geplant. Dann solle es auch um Finanzierungsfragen gehen, sagte

Stephan Weil fordert Rücknahmeabkommen für abgelehnte Asylbewerber Die Länder beraten über den Umgang mit Geflüchteten: Stephan Weil fordert mehr Abkommen außer....

der Sozialdemokrat: "Das umfasst beispielsweise auch die Finanzierung von Integrations- und Sprachkursen, auch hier muss der Bund seiner Aufgabe noch mehr nachkommen."

Insgesamt sieht Weil die Beteiligung des Bundes als "viel zu niedrig" an, die seines Erachtens wesentlich erhöht werden müsse. In Niedersachsen trage der Bund etwa ein Sechstel der Kosten des Landes und der Kommunen mit. "Fair wäre aus meiner Sicht eine Regelung fifty-fifty."

Kretschmer fordert Begrenzung der Flüchtlingsaufnahme

Sachsens Regierungschef Michael Kretschmer (CDU) forderte die Bundesregierung zur Begrenzung der nach Deutschland kommenden Geflüchteten auf. Die Zahl der Geflüchteten sei so groß geworden, dass die Kommunen keine Aufnahmekapazitäten mehr hätten, sagte er den Zeitungen der Funke Mediengruppe. "Das heißt, der Bund muss aufhören mit freiwilligen Aufnahmeprogrammen."

Mit Blick auf die Aufnahmeprogramme sagte Kretschmer weiter: "Das geht in Zukunft nur in einer gemeinsamen Abstimmung mit den Kommunen, mit den Ländern, aber nicht par ordre du mufti." Ein solches Programm gibt es unter anderem im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsabkommen zwischen der Europäischen Union (EU) und der Türkei. In diesem Rahmen nimmt Deutschland jährlich bis zu 3.000 syrische und staatenlose Geflüchtete aus der Türkei auf. Die Ministerpräsidenten der Länder müssten bei ihrem Treffen auch unbedingt über die Finanzen reden, sagte Kretschmer. Die Kommunen bräuchten Geld für die Unterbringung von Geflüchteten. Sachsens Regierungschef forderte zudem eine stärkere Sicherung der EU-Außengrenze zwischen Bulgarien und der Türkei. "Wir haben bei Polen-Weißrussland gesehen, wie das auch funktionieren kann", setzte Kretschmer hinzu und spielte damit offenbar auf den Bau von Zäunen und Panzersperren an.

Load-Date: March 16, 2023

Merz bezeichnet Kritik an seinen Äußerungen als "Schnappatmung"; Friedrich Merz weist Vorwürfe an seiner Rhetorik in der Migrationspolitik zurück. Man müsse zu diesem Thema "auch mal etwas Kritisches" sagen können, sagt der CDU-Chef.

ZEIT-online

Samstag 30. September 2023 12:33 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Zahnarzt-Aussage; Ausg. 1

Length: 511 words

Byline: Carolin Ströbele

Body

Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz hat seine Äußerungen zur **Asylpolitik** verteidigt. Man müsse zu diesem Thema auch mal etwas Kritisches sagen können, sagte er auf einem Landesparteitag der sachsen-anhaltischen CDU in Magdeburg. Die Republik müsse nicht in "Schnappatmung" verfallen, wenn man auf drohende Überforderung hinweise. Auch der frühere Bundespräsident Joachim Gauck habe kürzlich vor einer Überforderung der Kommunen gewarnt, die immer mehr **Geflüchtete** unterbringen müssten, und für eine Begrenzung der Zuwanderung plädiert.

Der CDU-Chef hatte kürzlich in der Sendung Welt Talk gesagt: "Die werden doch wahnsinnig, die Leute, wenn die sehen, dass 300.000 Asylbewerber abgelehnt sind, nicht ausreisen, die vollen Leistungen bekommen, die volle Heilfürsorge bekommen." Merz ergänzte: "Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebdan kriegen keine Termine." Das rief starke Kritik von SPD, Grünen und Linken hervor. Bundesinnenministerin Nancy Faeser sprach von "erbärmlichem Populismus auf dem Rücken der Schwächsten". Merz' Aussage sei zudem falsch: "Asylsuchende werden nur behandelt, wenn sie akut erkrankt sind oder unter Schmerzen leiden."

Aber auch aus den Reihen der Union kam Widerspruch. So hatte etwa der Vizechef des CDU-Sozialflügels, Christian Bäumler, Merz aufgefordert, seine Äußerungen zurückzunehmen oder auf die Kanzlerkandidatur zu verzichten. "Die Entgleisungen von Merz sind mit dem christlichen Menschenbild nicht vereinbar. Viele CDU-Mitglieder schämen sich für ihren Parteivorsitzenden", sagte Bäumler. Merz spalte die CDU.

Merz: "nach gemeinsamen Lösungen suchen"

Merz forderte indes Bundeskanzler Olaf Scholz spätestens nach den Wahlen in Bayern und Hessen am kommenden Wochenende dazu auf, gemeinsam eine Lösung in der Migrationspolitik suchen. Er biete an, sagte er ebenfalls auf der Veranstaltung in Magdeburg, "mit ihrer Innenministerin oder ohne ihre Innenministerin am Morgen des 9. Oktober zusammenkommen und nach gemeinsamen Lösungen zu suchen, um dieses Problem in

Merz bezeichnet Kritik an seinen Äußerungen als "Schnappatmung" Friedrich Merz weist Vorwürfe an seiner Rhetorik in der Migrationspolitik zurück. Man müsse zu d....

Deutschland schnell zu lösen". Nancy Faeser kandidiert als Spitzenkandidatin der SPD für das Amt der hessischen Ministerpräsidentin. Sollte sie, wie es die Umfragen vermuten lassen, gegen den Amtsinhaber von der CDU, Boris Rhein, verlieren, werde sie weiter ihr Amt als Bundesinnenministerin ausüben, sagte Faeser.

Die Einführung einer Obergrenze für Migrantinnen und Migranten von 200.000 Menschen jährlich, wie es die Union fordert, lehnt die Bundesinnenministerin ab. "Wo setzt man diese an? Wenn die 200.001ste Studentin aus dem Iran kommt? Das geht gar nicht", sagte Faeser. "Wir haben internationale Verpflichtungen wie die Genfer Flüchtlingskonvention zu erfüllen." Die Ampelkoalition teilte mit, das Problem müsse auf europäischer Ebene gelöst werden.

Odd Andersen Kann die Kritik an seinen Äußerungen nicht nachvollziehen: Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz
Odd Andersen Kann die Kritik an seinen Äußerungen nicht nachvollziehen: Der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz

Load-Date: September 30, 2023

Polen bezeichnet Asyl-Solidaritätsmechanismus als "absurd"; Das neue EU-Verfahren zur Verteilung von Geflüchteten sei "nicht umsetzbar und schädlich", heißt es aus Polen. Ungarns Premier Orbán nennt den Kompromiss "inakzeptabel".

ZEIT-online

Freitag 9. Juni 2023 8:11 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asyleinigung; Ausg. 1

Length: 520 words

Byline: Lisa-Marie Eckardt

Body

Wojtek Radwanski

Migrant families from Syria and Iraq are seen behind the border wall at Polish - Belarus border not far from Bialowieza, eastern Poland, on May 29, 2023. (Photo by Wojtek RADWANSKI / AFP) (Photo by WOJTEK RADWANSKI/AFP via Getty Images)

Nach der Einigung der EU-Innenminister auf eine Asylreform hat Polen seine Ablehnung des geplanten Solidaritätsmechanismus zur verpflichtenden Aufnahme von Geflüchteten bekräftigt. Polen habe die größte Flüchtlingskrise nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgreich bewältigt, twitterte der polnische Europaminister Szymon Szykowski vor und bezog sich dabei auf die Aufnahme von 1,6 Millionen Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine durch sein Land.

"Wir werden nicht akzeptieren, dass uns absurde Ideen aufgezwungen werden", sagte der Minister. Ein derartiger Mechanismus sei schon einmal "wie ein Kartenhaus zusammengefallen" und habe sich als "nicht umsetzbar und schädlich erwiesen".

"Italien wird nicht das Auffanglager Europas sein"

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán bezeichnete den Kompromiss als "inakzeptabel". Brüssel missbrauche seine Macht, schrieb er auf Facebook. "Sie wollen die Migranten mit Gewalt nach Ungarn verlegen. Das ist inakzeptabel, sie wollen Ungarn gewaltsam in ein Migrantenland verwandeln", schrieb Orbán.

Italiens Innenminister Matteo Piantedosi zeigte sich hingegen zufrieden mit dem Ergebnis. Italien sei es bei dem Treffen gelungen, "Konsens zu allen seinen Vorschlägen" zu erzielen, sagte er. Insbesondere habe das Land abgewendet, dass Ersteinreiseländer dafür bezahlt würden, irreguläre Migranten auf ihrem Territorium zu behalten. Die Regierung befürworte daher den stattdessen vereinbarten Mechanismus der

Polen bezeichnet Asyl-Solidaritätsmechanismus als "absurd" Das neue EU-Verfahren zur Verteilung von Geflüchteten sei "nicht umsetzbar und schädlich", heißt es a....

Entschädigungszahlungen für Länder, die gar keine Migranten aufnehmen. Italien werde nicht das Auffanglager Europas sein, sagte Piantedosi.

Lang: Deutschland hätte nicht zustimmen dürfen

Die EU-Innenminister hatten sich am Donnerstagabend in Luxemburg nach langen Verhandlungen auf eine Reform der Asylverfahren geeinigt. Die beschlossenen Pläne sehen unter anderem mehr Unterstützung mit den Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen vor, in denen der Großteil der Migrantinnen ankommt. Die Hilfe für sie soll künftig nicht mehr freiwillig sein, sondern verpflichtend. Länder, die keine Geflüchteten aufnehmen wollen, sollen Ausgleichszahlungen entrichten. Nicht unterstützt wurde die Reform von Polen, Ungarn, Malta, der Slowakei und Bulgarien.

In Deutschland gab es Kritik von den Grünen. Der Kompromiss werde dem "Leid an den Außengrenzen nicht gerecht und schafft nicht wirklich mehr Ordnung", twitterte die Co-Parteivorsitzende Ricarda Lang. "So wird es keine grundsätzliche Ausnahme von Kindern bei Grenzverfahren geben und auch ein verpflichtender Verteilmechanismus konnte, trotz Fortschritten bei Solidarität und Verteilung, nicht erreicht werden", schrieb Lang. Deshalb komme sie zu dem Ergebnis, dass Deutschland bei dem Vorschlag nicht hätte zustimmen dürfen. Auch Grünenfraktionschefin Katharina Dröge und Vizeparteichef Omid Nouripour äußerten Kritik.

Load-Date: June 9, 2023

Das Sahra-Wagenknecht-Problem der Grünen; Grünenpolitiker um Boris Palmer fordern ein Umsteuern in der Migrationspolitik. Die Parteispitze wiegelt ab, weiß aber: Warme Worte genügen bei dem Thema nicht mehr.

ZEIT-online

Montag 20. Februar 2023 5:41 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migrationspolitik; Ausg. 1

Length: 1404 words

Byline: Katharina Schuler

Body

Yann Schreiber

Boris Palmer während eines Interviews in Tübingen im März 2021

Es war eine Nachricht, die aufhorchen ließ. "Grünenpolitiker fordern Kurswechsel in der Migrationspolitik", konnte man am Wochenende in zahlreichen Medien, auch auf ZEIT ONLINE, lesen. Grüne, die sich für eine Verschärfung der Zuwanderungskriterien einsetzen, haben einen gewissen Seltenheitswert. Was also war genau passiert?

Eine Gruppe, die sich Vert Realos nennt und in der sich nach eigener Auskunft "entschiedene Realpolitikerinnen und Realpolitiker innerhalb des Realoflügels von Bündnis 90/die Grünen" versammelt haben, hatte bereits eine Woche zuvor, am 11. Februar, ein Manifest veröffentlicht. Darin fordert sie eine "andere Migrationspolitik".

Die Gruppe gibt es bereits seit 2020. Ihr erklärtes Ziel ist es, sich mit ihren als "wertkonservativ" oder auch "ökolibertär" beschriebenen Positionen in die innerparteiliche und gesellschaftliche Debatte einzubringen, und die Grünen "in der Mitte der Gesellschaft" zu positionieren. Eine der zentralen Figuren ist der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer, der mit seiner Partei schon oft im Clinch lag.

Ein ungewohnter Ton

Was die 46 Erstunterzeichnerinnen, zu denen neben Palmer auch die frühere Fraktionschefin der Europäischen Grünen, Rebecca Harms, und der frühere Wirtschaftsstaatssekretär Rezzo Schlauch gehören, zum Ausdruck bringen, ist vor allem ein diffuses Unbehagen an der Politik der Bundesregierung und damit auch ihrer eigenen Partei. Es gebe "kein Konzept für eine gelungene Integration oder eine konsequente Rückführung von Geflüchteten in ihre Heimat", heißt es da etwa. Die Autoren warnen vor einem möglichen "Rechtsruck", falls die Bürgerinnen und Bürger weiter ihr Sicherheitsgefühl einbüßten. Im Übrigen verlangen sie von den Migranten und Migrantinnen mehr Anpassung an das deutsche Rechtssystem und hiesige Gepflogenheiten.

Es ist dieser für die Grünen untypische Ton, der dem Papier solche Aufmerksamkeit verleiht. In gewisser Weise haben die Grünen damit nun ein Sahra-Wagenknecht-Problem. Auch die Linkenpolitikerin liegt mit ihren

Das Sahara-Wagenknecht-Problem der Grünen
Grünenpolitiker um Boris Palmer fordern ein Umsteuern in der Migrationspolitik. Die Parteispitze wiegelt ab, weiß aber:....

Forderungen häufig nur Nuancen von der Position ihrer Partei entfernt, es sind allerdings Akzentuierung und Ton, die den Unterschied machen. Wagenknecht wird in ihrer Partei mit großem Argwohn gesehen, genießt aber hohe öffentliche Aufmerksamkeit. Nicht ganz unähnlich verhält es sich mit Boris Palmer, der nach einem Parteiausschlussverfahren wegen Rassismusbewerfen derzeit seine Parteimitgliedschaft ruhen lässt.

An der Parteispitze und in der Bundestagsfraktion versucht man deswegen vorerst, das Manifest nicht auch noch durch Kommentare aufzuwerten. Am Montag jedenfalls wollte sich keiner der dafür fachlich zuständigen Abgeordneten gegenüber ZEIT ONLINE zu diesem Thema äußern. Dass sich viele Grüne dem Papier anschließen könnten, befürchtet man in der Partei indes nicht. Die Autoren hätten bewusst die Öffentlichkeit gesucht, weil sie wüssten, dass sie in den zuständigen Fachgremien mit ihren Positionen wenig erreichen könnten, heißt es. "Das ist keine Realposition und sie bekommt dort auch keine Zustimmung", betont auch eine Abgeordnete aus der Bundestagsfraktion, die selbst dem Realflügel angehört.

Vieles gibt es längst

Schaut man sich das Papier genauer an, stellt man fest, dass viele Forderungen entweder nicht besonders konkret sind oder mit der Parteilinie gar nicht im Widerspruch stehen. Zudem werden reihenweise Dinge gefordert, die längst geltende Praxis sind.

So folgt auf den Satz, dass Geflüchtete in ihre Heimat zurückkehren sollten, etwa die Einschränkung "sobald sich dies verantworten lässt oder sie selbst es wollen". Wenn eine Rückführung "verantwortbar" ist, also nicht etwa dadurch verhindert wird, dass es sich bei dem Heimatland um ein Kriegs- und Krisengebiet handelt und dem Flüchtling dort konkrete Gefahr für Leib und Leben droht, wird diese aber auch derzeit durchaus schon durchgesetzt. Und für Flüchtlinge, die freiwillig zurückkehren wollen, gibt es längst Rückkehrerprogramme einschließlich einer finanziellen Förderung, die den Start im Herkunftsland erleichtern soll.

Anders als von den Autoren und Autorinnen insinuiert, haben die Grünen auch noch nie einer völlig unbegrenzten Zuwanderung das Wort geredet. Die Grundsätze der grünen Migrationspolitik seien "Humanität und Ordnung", betonte Grünenchef Omid Nouripour am Montag auf das Manifest angesprochen bei einer Pressekonferenz denn auch gleich mehrfach. Dass es dazu immer wieder "Debattenbeiträge" gebe, sei normal, versuchte er die Aufregung zu beschwichtigen.

Tatsächlich haben sich die Grünen nie grundsätzlich gegen Abschiebungen ausgesprochen, auch wenn sie eher auf freiwillige Ausreisen setzen. "Menschen, die nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsschutzmöglichkeiten kein Aufenthaltsrecht erhalten und bei denen keine Abschiebehindernisse entgegenstehen, müssen zügig wieder ausreisen", hieß es beispielsweise im Wahlprogramm der Grünen von 2021. "Ein gemeinsamer Raum der Freizügigkeit und ohne Binnengrenzen braucht kontrollierte Außengrenzen", kann man dort ebenfalls lesen. In der Ampel wiederum hatte man sich auf die Einrichtung des Amtes eines Migrationsbeauftragten geeinigt, der beispielsweise Rücknahmeabkommen mit Herkunftsländern aushandeln soll, um die Rückführungen auch umsetzbar zu machen.

Doch auch manche andere Forderung in dem Manifest erstaunt. So verlangen die Autoren etwa, dass Asylbewerber bei der Aufklärung ihrer Identität mitwirken müssten, was im Asylgesetz längst geregelt ist und von keinem Grünen infrage gestellt wird, oder dass das Asylrecht verfallen soll, wenn ein Flüchtling straffällig wird. Auch das ist heute schon der Fall, seit der Kölner Silvesternacht reicht eine Verurteilung zu einem Jahr aus, um den Anspruch auf Asyl zu verlieren, vorausgesetzt es geht um ein schweres Gewalt- und Sexualdelikt. Denkbar ist natürlich, dass den Autoren des Manifests das zu wenig ist, doch so konkret werden sie eben nicht.

Gefordert wird außerdem eine obligatorische Teilnahme an Integrationskursen als ob es diese nicht längst gäbe. Auch die geforderte Verpflichtung, bis zum Abschluss des Asylverfahrens in der Erstaufnahmeeinrichtung zu wohnen, ist heute schon Standard, nur wenn das Verfahren sich länger als 18 Monate hinzieht (bei Familien mit Kindern sechs Monate) ist der Umzug in eine andere Wohnung vorher möglich. Auch dass es keine Trennung zwischen Asyl- und Arbeitsmigration gebe, ist schlicht falsch. Bestenfalls könnte man diesen Vorwurf gegen das

Das Sahra-Wagenknecht-Problem der Grünen Grünenpolitiker um Boris Palmer fordern ein Umsteuern in der Migrationspolitik. Die Parteispitze wiegelt ab, weiß aber:....

von der Ampel unlängst verabschiedete Chancen-Aufenthaltsgesetz erheben, das langjährig Geduldeten eine Perspektive geben soll. Doch dieses wird von den Vert Realos gar nicht benannt.

Gleichwohl gehen die Autoren und Autorinnen an einigen Punkten auch über die grüne Programmatik hinaus, etwa wenn sie fordern, dass Asylverfahren bereits an der EU-Außengrenze oder gleich im außereuropäischen Ausland stattfinden sollen. Dies ist derzeit Gegenstand von Verhandlungen auf EU-Ebene.

Kritik an Flüchtlingsgipfel

Innerhalb der Partei dürften zudem insbesondere jene Teile des Manifests für Irritation sorgen, in denen von Migrantinnen und Migranten Anpassung gefordert wird ohne genau zu präzisieren, wie diese jenseits der Tatsache, dass alle hier lebenden Menschen sich an Gesetze zu halten haben, denn genau durchgesetzt werden sollte.

Allerdings weiß die Parteispitze sehr wohl, dass in dem Thema eine große Brisanz liegt. In den Kommunen gibt es zahlreiche Probleme bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen. Auch grüne Kommunalpolitiker wie der unterfränkische Landrat Jens Marco Scherf, der ebenfalls zu den Erstunterzeichnern gehört, fühlen sich alleingelassen.

Für sie hatte Nouripour dann doch noch eine Botschaft parat. Die Ergebnisse des von der SPD-Innenministerin durchgeführten Flüchtlingsgipfels in der vergangenen Woche seien keineswegs ausreichend gewesen, betonte er am Montag. Es müsse massive Unterstützung bei Integrations- und Sprachkursen, bei Personal, Unterkünften und der Bereitstellung von Schul- und Kitaplätzen geben. "Diese Debatte muss man nun in den Mittelpunkt schieben", so Nouripour. Solche Sätze dürften den Unterzeichnenden des Manifests zwar kaum reichen. Doch ein Signal waren diese dennoch: Die Grünenspitze hat offenbar verstanden, dass es beim Thema Migration mehr als schöne Worte braucht.

Load-Date: February 20, 2023

Rishi Sunak wirbt für härtere Gesetze gegen illegale Migration; Mit scharfen Gesetzen schreckt Großbritannien Migranten ab und geriet in Konflikt mit dem Europäischen Menschengerichtshof. Dessen Einfluss will der Premier nun mindern.

ZEIT-online

Dienstag 16. Mai 2023 12:59 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Großbritannien; Ausg. 1

Length: 487 words

Byline: Tobias Dorfer

Body

Ben Stansall

Der britische Premierminister Rishi Sunak will beim Gipfel des Europarates auf Island für einen gemeinsamen Ansatz gegen irreguläre **Migration** werben. "Es ist offensichtlich, dass unser derzeitiges internationales System nicht funktioniert und unsere Gemeinschaften und die am stärksten gefährdeten Menschen der Welt den Preis dafür zahlen", sagte Sunak einer Mitteilung zufolge. "Wir müssen mehr tun, um über Grenzen und Gerichtsbarkeiten hinweg zusammenzuarbeiten, um die illegale **Migration** zu beenden und die Boote zu stoppen."

Die Zahl der Menschen, die unerwünscht über den Ärmelkanal meist in kleinen Schlauchbooten nach Großbritannien kommen, hat sich in den vergangenen Jahren stark erhöht. Sunaks Konservative Partei will Migrantinnen und Migranten mit scharfen Gesetzen abschrecken und irregulär eingereiste Menschen nach Ruanda abschieben unabhängig von ihrem Asylstatus. Dabei kam es auch zum Konflikt mit dem Europäischen Menschengerichtshof.

Abschiebeflug nach Ruanda gestoppt

Konservative Hardliner in Großbritannien forderten den Ausstieg aus der Europäischen Menschenrechtskonvention. Kritiker werten das britische Vorhaben hingegen als Verstoß gegen internationale Verpflichtungen.

Die britische Regierung betonte nun, ein internationales Rechtssystem sei nötig, das den Staaten erlaube, notwendige Schritte zu unternehmen. Dazu gehöre eine Reform der sogenannten Regel 39 des Menschengerichtshofs (EGMR). Mit dieser Klausel hatten Richter im vorigen Jahr einen Abschiebeflug von Großbritannien nach Ruanda in letzter Minute gestoppt und heftige Kritik der konservativen britischen Regierung hervorgerufen. Sunak will nun in dem Asylgesetz die Hürden für den Eingriff des EGMR erhöhen.

Mehr Migration über das Mittelmeer

Rishi Sunak wirbt für härtere Gesetze gegen illegale Migration Mit scharfen Gesetzen schreckt Großbritannien Migranten ab und geriet in Konflikt mit dem Europäi....

Auch in die EU sind seit Jahresbeginn so viele Migranten eingereist wie seit der Flüchtlingskrise 2016 nicht mehr. Mit fast 80.700 festgestellten Grenzübertritten von Januar bis April lag die Zahl um 28 Prozent höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, teilte die europäische Grenzschutzagentur Frontex mit. Der Anstieg ist Ergebnis der Entwicklung im zentralen Mittelmeer, wo sich die Zahl der Migranten auf 42.200 vervierfachte. Alle anderen größeren Migrationsrouten verzeichneten Rückgänge.

Schlepper im Mittelmeer setzten zusehends auf billige Blechboote, die kurz vor der Abfahrt montiert werden könnten und von Fischerbooten in die Nähe der italienischen Insel Lampedusa gezogen würden, hieß es. Kriminelle Banden nutzten dabei die politische Instabilität in den Abfahrtsländern in Nordafrika aus.

Allein über die zentrale Mittelmeerroute erfolgte laut Frontex mehr als die Hälfte aller irregulären Einreisen in die EU. Demgegenüber sank die Einwanderung über die Westbalkanroute um 21 Prozent, über die östliche Mittelmeerroute um 31 Prozent und über die Westafrikaroute sogar um 47 Prozent.

Load-Date: May 16, 2023

Zahl der Flüchtenden steigt so stark wie nie; Ukraine, Afghanistan und Sudan: Weltweit sind 110 Millionen Menschen auf der Flucht, die meisten bleiben in ihrer Heimat. Reiche Länder nehmen nur einen kleinen Teil auf.

ZEIT-online

Mittwoch 14. Juni 2023 5:17 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: UNHCR-Bericht; Ausg. 1

Length: 721 words

Byline: Mathias Peer

Body

Die Zahl der Vertriebenen und **Geflüchteten** ist im vergangenen Jahr weltweit auf einen Rekord gestiegen. Derzeit seien etwa 110 Millionen Menschen auf der Flucht, zwei Drittel davon in ihren Heimatländern, wie das UN-**Flüchtlingshilfswerk** UNHCR im jährlichen Bericht *Global Trends* berichtete. Im Juni 2022 waren noch etwa 100 Millionen Menschen auf der Flucht gewesen.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat nach UNHCR-Angaben 2022 die schnellste **Flüchtlingsbewegung** seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst: Ende 2022 sind nach dem Bericht 5,7 Millionen Menschen innerhalb der Grenzen in der Ukraine vertrieben worden oder ins Ausland **geflüchtet**. Ende 2022 seien weltweit insgesamt 108,4 Millionen Menschen auf der Flucht vor Verfolgung, Krieg, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen und den Folgen des Klimawandels gewesen, 19,1 Millionen mehr als ein Jahr zuvor.

Gut ein Drittel der Vertriebenen flüchtete ins Ausland. Die Zahlen bestätigen laut dem UN-Hilfswerk auch, dass die meisten Vertriebenen nicht in den reichsten Staaten der Welt aufgenommen würden. Auf die 46 am wenigsten entwickelten Länder entfielen weniger als 1,3 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts. Dennoch hätten diese Länder mehr als ein Fünftel aller Flüchtlinge aufgenommen. Die Mittel zur Unterstützung der Gastgeberländer seien 2022 jedoch hinter dem Bedarf zurückgeblieben und flössen auch 2023 bei steigendem Bedarf nur schleppend.

Türkei beherbergt meiste Flüchtlinge

Es sei ein Mythos, dass die Flüchtlinge vor allem in reiche Länder etwa in Europa oder Nordamerika strebten, sagte der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge, Filippo Grandi. Die Türkei beherbergte Ende 2022 die meisten Flüchtlinge, gefolgt vom Iran, wo überwiegend Afghanen unterkamen, Kolumbien und Deutschland.

Die Zahlen seien verheerend, sagte Grandi. "Es ist ein Armutszeugnis für den Zustand unserer Welt", sagte er. Es gebe immer mehr Krisen, aber kaum Lösungen. Für 5,7 Millionen im eigenen Land Vertriebene endete die Flucht im vergangenen Jahr, aber nur 340.000 Flüchtlinge kehrten aus dem Ausland in ihre Heimat zurück.

Zahl der Flüchtenden steigt so stark wie nie Ukraine , Afghanistan und Sudan: Weltweit sind 110 Millionen Menschen auf der Flucht, die meisten bleiben in ihrer

Migration und Flucht dürften nicht miteinander vermischt werden, sagte Grandi. Wenn reichere Länder mehr legale Wege der Einwanderung für Menschen böten, die in einem anderen als ihrem Heimatland Arbeit suchten, würden weniger Migranten Asyl beantragen, sagte er. Asyl und ähnlicher Schutz ist Menschen vorbehalten, die vor Krieg, Konflikten, Verfolgung und Gewalt fliehen. Nach der UN-Flüchtlingskonvention sind alle Länder verpflichtet, sie aufzunehmen.

Grandi warnt vor Ausweitung der Krise im Sudan

Weil legale Migrationswege fehlten, seien die Asylsysteme überlastet, sagte Grandi. Behörden erkennen bei vielen Asylbewerbern angegebene Fluchtgründe aber nicht an. Schutzbedürftige gerieten in Verruf, sagte Grandi. In Deutschland wurden 2022 bei knapp 230.000 Asylentscheiden die Anträge von fast 50.000 Personen abgelehnt. Rund 50.000 weitere Fälle erledigten sich etwa, weil Personen in anderen Ländern registriert waren oder Anträge zurückzogen.

Grandi äußerte die Befürchtung, dass sich die Krise im Sudan ausweiten könnte. Noch seien Hunderttausende Geflohene in Nachbarländern untergekommen. Aber der Osten des Landes sei als Terrain von Menschenschmugglern bekannt. Wenn Recht und Ordnung im Sudan nicht bald wieder hergestellt würden, könnten diese Schmuggler Sudanesen auf die Fluchtrouten "nach Libyen und weiter" bringen, wie Grandi sagte. Vom Mittelmeerstaat Libyen starten viele Flüchtlingsboote Richtung Europa. Im Sudan gibt es seit Mitte April einen Machtkampf zwischen Truppen des De-facto-Präsidenten und dessen bisherigem Stellvertreter. Seit dem Beginn der Gewalt sind UN-Angaben zufolge mittlerweile fast 1,9 Millionen Menschen geflohen.

Die geplante Reform des EU-Asylwesens lobte Grandi. Die EU will Asylsuchende, die aus einem Staat anreisen, der als relativ sicher gilt, künftig nach dem Grenzübertritt in einer Aufnahmeeinrichtung unter haftähnlichen Bedingungen festhalten. Nach einer zügigen Prüfung der Gesuche sollen Abgelehnte umgehend zurückgeschickt werden. Nicht alles sei perfekt, aber wenigstens habe sich die EU überhaupt auf etwas geeinigt, sagte Grandi. Er fügte hinzu: "Wir sind klar der Ansicht, dass Asylsuchende nicht in Gefängnisse gesteckt werden sollten. Asyl zu beantragen, ist keine Straftat."

Load-Date: June 14, 2023

Abschied von der linken Lebenslüge; Gut, dass SPD und Grüne langsam einsehen: Die europäische Aufnahmebereitschaft hat eine natürliche Grenze. Wer Offenheit und Humanität will, braucht erst mal Zäune.

ZEIT-online

Montag 22. Mai 2023 11:18 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migrationspolitik; Ausg. 1

Length: 1076 words

Byline: Ferdinand Otto

Body

Carlos Gil Andreu

MELILLA, SPAIN - MARCH 16: A **migrant** person covered with a red blanket walks next to the fence that separates Spain and Morocco on March 16, 2022 in Melilla, Spain. Melilla is a Spanish exclave on the northern coast of Morocco. It attracts **migrants** travelling through Africa as once inside Melilla they can claim **asylum** in Europe. (Photo by Carlos Gil Andreu/Getty Images)

Teile der SPD, mehr noch der Grünen, quälen sich gerade zu einer härteren Gangart gegen irreguläre **Migranten**. Innenministerin Nancy Faeser (SPD) stimmt einem uralten EU-Plan für **Asylverfahren** an den Außengrenzen zu. In abgeschwächter Form zwar, aber immerhin. Kanzler Olaf Scholz sagt klar: Die Zahl der Ankommenden muss runter, die der Abschiebungen rauf. Für ähnliche Vorschläge war der frühere CSU-Chef Horst Seehofer noch gescholten worden. Mit der Regierungsübernahme sterben, unter Schmerzen, ein paar alte Lebenslüge, die lange zur festen Identitätsbeflagung im linken Lager gehörten. SPD und Grüne sind international dabei längst nicht die Ersten, andere sind schon weiter.

Beispiel USA: Die Obama-Regierung hat phasenweise deutlich mehr abgeschoben als Trump. Die Demokraten unter Biden haben bislang von einer Corona-Regel ihrer Vorgängerregierung profitiert, wonach Menschen an der Grenze abgewiesen werden können. Die läuft jetzt aus, Tausende strömen zur Grenze. Einfacher wird es dadurch aber nicht, illegal in die USA zu gelangen, eher im Gegenteil. Jetzt müssen Migranten in Mexiko Asyl beantragen oder einen US-Antrag schon in ihrer Heimat stellen.

Beispiel Australien: Anfang der Nullerjahre schickte die konservative Regierung Migranten auf Pazifikinseln und ließ keine Boote mehr anlanden. Labour kippte das nach einigen Jahren, aber nur für kurze Zeit. Als die Zahl der Ankommenden rasant stieg, öffnete auch die linke Regierung die Offshore-Asylzentren schnell wieder. Zwei Regierungswechsel später inzwischen regiert wieder Labour gibt es die Lager immer noch.

Abschied von der linken Lebenslüge Gut, dass SPD und Grüne langsam einsehen: Die europäische Aufnahmebereitschaft hat eine natürliche Grenze. Wer Offenheit und

In Großbritannien kritisiert Labour zwar aus der Opposition Stil und Umsetzung der Flüchtlingspolitik der regierenden Tories, inzwischen aber weniger deren Grundausrichtung. Ganz ähnlich ist die Lage in mehreren skandinavischen Ländern.

Wer eine Migrationspolitik der offenen Tür will, braucht erst mal eine Mauer

Progressive Kräfte weltweit haben längst eingesehen, was in Deutschland auch dank der Grünen und ihrer öffentlichen Empörungsmacht noch weitgehend tabu bleibt: Es gibt eine Grenze der Aufnahmefähigkeit für Flucht-, erst recht für Elendsmigration, wobei die Übergänge fließend sind. Darüber, wo die Grenze liegt im Zweifel höher, als man auf den ersten Blick meinen sollte, lässt sich streiten. Nicht aber über ihre Existenz. Wer diese Realität verleugnet, crasht argumentativ auf Querdenkerniveau.

Gerade Linke, die die Öffentlichkeit seit 40 Jahren mit ihren Degrowth-Fantasmen hinters Licht führen, sollten es besser wissen: Dieses Wachstum kennt tatsächlich ein objektives Limit. In den Turnhallen, Klassenzimmern, Sprachkursen, auf dem Miet- und Arbeitsmarkt und natürlich in der Staatskasse.

Wenn schon die Feststellung, dass man aus einer Wohnung nicht zehn und aus einem Lehrer nicht 20 machen kann und dass diese Umstände bei der Einwanderungspolitik tunlichst mitzubedenken sind wenn allein das schon Ausweis für einen globalen Rechtsrutsch, einen Siegeszug des Orbánismus sein soll, dann ist ordentlich was aus dem Lot.

Der alte grüne Reflex zieht nicht mehr. Die rhetorische Eskalation in die Moral Menschlichkeit kenne keine Obergrenze führt ins Gegenteil. Wer eine Migrationspolitik der offenen Tür will, braucht erst mal eine Mauer. Wozu sonst überhaupt Türen? Die linksgrüne Weigerung, diese simple Dialektik überhaupt anzuerkennen, zementiert im Namen falsch verstandener Humanität den Status quo: Rein darf jeder, der es reinschafft, und raus muss im Prinzip kaum jemand. Humanitär ist an dieser aktuellen Politik gar nichts.

Der brutale Sozialdarwinismus an den Grenzen muss enden

An den Südgrenzen Europas (und der USA) herrscht Sozialdarwinismus in seiner brutalsten Form. Nicht die Schutzbedürftigsten finden Schutz. Im Kampf um die Schlepperboote (oder einen Ritt auf *La Bestia*) gewinnen die Stärksten, Wohlhabendsten und im Zweifel die Skrupel- und Ruchlosesten die dann, einmal in Europa, die Kriminalstatistiken sprengen. Der renommierte Migrationsforscher Ruud Koopmans rechnet vor, Flüchtlinge seien bei "Totschlag, Mord und Vergewaltigung klar überrepräsentiert, sie sind statistisch sechs- bis siebenmal so häufig Täter wie Angehörige der Mehrheitsgesellschaft".

Wer das ändern will, braucht legale Zuwanderungswege. Dafür müssen zwingend erst alle anderen verbaut werden. Kein Migrant wäre töricht genug, sich auf ein Verfahren einzulassen, an dessen Ende auch ein hartes Nein stehen können muss, wenn alternativ das Schlauchboot bedingungslose Aufnahme verspricht nicht zu vergessen einen Sozialstaat, der weltweit seinesgleichen sucht. Und keine Aufnahmegesellschaft wird ernsthaft bemüht sein, legale Wege zu schaffen, wo ohnehin der Zustrom über die extralegalen Wege die Grenze des Zumutbaren erreicht.

Es ist eine Abwärtsspirale: Ein Mangel legaler Wege sorgt für mehr irreguläre Migration, führt zu noch weniger Bereitschaft zur legalen Aufnahme, und so weiter. Wer mehr Zuwanderung will, muss sie zuallererst begrenzen. Es gilt, die Einwanderungsgesellschaft vor ihren lautesten Befürwortern zu bewahren. Gut gemeint ist in dem Fall wirklich das Gegenteil von gut gemacht.

Australien kann sich deshalb neben hoch qualifizierter Arbeitsmigration die die Ampel für Deutschland glücklicherweise auch erleichtert ein im internationalen Vergleich großes Resettlement-Programm mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen leisten. Und so Menschen versorgen, die es vor Hunger, Krieg und bitterer Armut niemals auf ein Boot nach Europa schaffen würden. Sie kommen aus Burundi, Eritrea, Äthiopien, Somalia und Südsudan. Knapp 18.000 Menschen werden es im laufenden Jahr. Hochgerechnet auf Deutschland

Abschied von der linken Lebenslüge Gut, dass SPD und Grüne langsam einsehen: Die europäische Aufnahmebereitschaft hat eine natürliche Grenze. Wer Offenheit und

wären das etwa 60.000. Das würden wir auch schaffen. Und vermutlich noch etwas mehr. Aktuell stellt die Bundesrepublik nur 6.500 Plätze zur Verfügung.

Stattdessen sind die Grenzkontrollen längst zurück innerhalb der EU. Zäune mittendurch sind der logische nächste Schritt, wenn sich nichts ändert. Das Zusammenleben in Freiheit der Völker in diesem einzigartigen Bund ist so unendlich fragil. Das steht auf dem Spiel.

Load-Date: May 22, 2023

End of Document

So langsam denke ich darüber nach, zu gehen; Asylrecht, Passkontrollen, Obergrenzen: Deutschland hat seine Migrationsdebatte zurück. Und viele migrantische Menschen fragen sich, wie lange sie es hier noch aushalten.

ZEIT-online

Donnerstag 5. Oktober 2023 3:15 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Auswandern; Ausg. 1

Length: 946 words

Byline: Meret Weber

Body

2015 war jede meiner Bahnfahrten durch Europa von Angst geprägt. Ich war 13 oder 14 Jahre alt, vor meinen Augen passierte die sogenannte **Flüchtlingskrise**. Ich sah, wie die vereinzelt **migrantischen** Familien aus dem ICE oder der Regionalbahn gezogen wurden, wie Bundespolizist:innen in der Grenzregion zwischen Bayern und Österreich auf Sprachbarrieren mit Aggression reagierten, wie die restlichen Fahrgäste zu stillen Kompliz:innen wurden. Ihren selbst erhöhenden, stechenden Blick. Diese Schadenfreude, wenn sich tatsächlich jemand nicht ausweisen konnte. Als sei es ihre persönliche Leistung als Staatsbürger:innen gewesen, als hätte das Zugabteil gerade gemeinsam die große Gefahr der sogenannten **Migration** verhindert.

Heute geht es in der öffentlichen Debatte wieder um **Asylreformen**, Grenzkontrollen und die Frage, ob das überhaupt zu schaffen sei. Zwar ist nur die Debatte gleich, nicht die Lage in den Zügen und an den Grenzen. Für mich fühlt sich das aber alles wieder nach 2015 an. Nur frage ich mich dieses Mal ernsthaft, wie lange ich das noch aushalte - und wann es Zeit ist, zu gehen. Denn nicht nur die Debatte, sondern auch die Folgen scheinen sich zu wiederholen: Erst am Wochenende gab es einen versuchten Brandanschlag auf eine **Geflüchtetenunterkunft** in Dresden, der dritte diesen Monat.

Ich bin in Deutschland geboren und aufgewachsen, ich hatte die Ressourcen und das Wissen, um mich zumindest ein wenig zu schützen. Mit meinen Eltern entschied ich mich, verfrüht einen Personalausweis zu beantragen, um mich immer ausweisen zu können. Ich lernte, nie mit offenen Haaren, oder in Kapuzenpullover oder Jogginghose Bahn zu fahren. Ich begann, meine Klassenzugehörigkeit als Ausgleich meines Schwarzseins zu nutzen: immer aufrecht zu sitzen, still und höflich zu bleiben. Ich lernte, mich in jedem Aspekt, den ich verändern konnte, so deutsch wie möglich darzustellen. Meine Zugehörigkeit immer unter Beweis zu stellen, mich stets abzugrenzen von denen, die neu ankamen. So konnte ich ein wenig der Gewalt umgehen. Vor den hassenden Blicken und Anfeindungen konnte ich mich aber nicht schützen. Schließlich war ich ja weiterhin ein Schwarzes Kind in diesem Land.

Die Koffer packen?

So langsam denke ich darüber nach, zu gehen Asylrecht, Passkontrollen, Obergrenzen: Deutschland hat seine Migrationsdebatte zurück. Und viele migrantische Mensc....

2015 ging es in meiner Familie und meinem Freund:innenkreis darum, dem rassistischen Diskurs etwas entgegenzusetzen. Menschen aufzunehmen, sie zu Amtsterminen zu begleiten. Klar zu benennen, wie unzumutbar die Situation am Mittelmeer und in den Erstaufnahmestellen hier vor Ort war. Meinen Verdacht, dass es politisch gar kein Interesse an einer fairen Aufnahme von Geflüchteten gab, geschweige denn an einem grundsätzlichen Umdenken von Fluchtursachen und Migration, versuchte ich damals weitgehend zu verdrängen.

Heute sieht es anders aus. Die panikmachende Rhetorik von Überlastung und Überforderung ist vom gesamten parteipolitischen Spektrum übernommen worden. Der grüne Vizekanzler Robert Habeck fordert "moralisch schwierige Entscheidungen", Städte wie Greifswald und Halle an der Saale, die sich einmal als sichere Häfen für Geflohene positioniert haben, könnten in den nächsten Monaten von der AfD als stärkste Kraft im Landtag bestimmt werden. Gegenstimmen und Solidaritätsforderungen werden immer leiser.

Und auf Social Media und in meinem Bekanntenkreis geht es nun vermehrt um die Frage, wie lange man es in Deutschland noch aushält. Menschen überlegen sich, wie und wann sie das Land verlassen könnten, wenn sich die Lage weiter verschärft. Während manche von gepackten Koffern erzählen, hadere ich weiter mit der Frage, was so ein Exit-Plan überhaupt bedeuten würde.

Eine migrantische Elite

Mit dem Gedanken, rassistische Zustände nicht mehr miterleben zu wollen, sind migrantische Menschen in Deutschland nicht allein. In der Ende September veröffentlichten Black-British-Voices-Studie gaben fast 40 Prozent der befragten Schwarzen Brit:innen unter 25 an, Großbritannien wegen der strukturell rassistischen Ausgrenzung und Ausbeutung langfristig verlassen zu wollen. Auch in den USA gibt es schon lange ähnliche Bewegungen. Im frühen 20. Jahrhundert gründete Marcus Garvey die Black Star Line, ein Dampfschiffunternehmen, mit dem Schwarze Amerikaner:innen die Möglichkeit erhalten sollten, auf den afrikanischen Kontinent "zurückzukehren". An diesen Beispielen wird aber deutlich, wie schwierig die Idee eines kollektiven Exodus ist. Die Wahl, einfach auszureisen, weil die Situation vor Ort unangenehm ist, bleibt einer migrantischen Elite vorbehalten. In Deutschland kommen laute Ausreiseüberlegungen in den sozialen Medien vor allem von Influencer:innen und Intellektuellen - also von denen, die es sich leisten könnten, woanders neu anzufangen.

Auch ich hätte die Möglichkeit, auszureisen, wenn ich es wollte. Doch neben der Frage, wohin überhaupt, erscheint mir die Überlegung, einfach zu gehen, als unsolidarischer Akt der Resignation. Denn die meisten haben keine Wahl, außer es auszuhalten. Gerade migrantische Menschen, die in Deutschland einen Großteil der prekär lebenden Personen ausmachen, können sich nicht mal den Gedanken leisten, wegzugehen. Gerade die Menschen, die hierher geflohen sind, haben kein Anderswo, wo es sicherer oder besser ist. Sie müssen es aushalten. Das muss auch denen bewusst sein, die bei der nächsten Wahl ihre Koffer packen wollen. Wenn wir gehen, überlassen wir dieses Land sich selbst, lassen es weiter nach rechts radikalisierten. Der Großteil der migrantischen und geflüchteten Menschen, ob sie neu ankommen oder schon seit Jahren hier leben, müssen auch die nächste Wahl, den nächsten Anschlag und die nächsten Jahrzehnte des Hasses aushalten.

Elif Küçük für ze.ttElif Küçük für ze.tt

Load-Date: October 5, 2023

Italien darf Auffanglager für Migranten in Albanien einrichten; Die italienische Regierung will ab dem kommenden Jahr Tausende Migranten in Albanien unterbringen. Aus Sicht der EU gibt es dagegen keine rechtlichen Einwände.

ZEIT-online

Donnerstag 16. November 2023 1:14 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: EU-Migrationskommissarin; Ausg. 1

Length: 273 words

Byline: Katharina James

Body

Italiens Pläne, in Albanien Auffanglager für Tausende von **Migranten** zu errichten, verstoßen nicht gegen EU-Recht. "Die vorläufige Einschätzung unseres juristischen Dienstes lautet, dass dies nicht gegen EU-Recht verstößt, sondern außerhalb des EU-Rechts liegt", sagte EU-**Migrationskommissarin** Ylva Johansson in Brüssel. "EU-Recht ist außerhalb des EU-Gebietes nicht anwendbar", sagte Johansson.

Albanien ist nicht Mitglied der Europäischen Union, aber Beitrittskandidat.

Der vergangene Woche angekündigte Plan Italiens wurde von Menschenrechtsgruppen kritisiert und rief Vergleiche mit dem umstrittenen Plan der britischen Regierung hervor, Asylbewerber nach Ruanda zu schicken.

Die albanische Regierung teilte mit, sie habe dem Parlament einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem das Abkommen mit Italien genehmigt werden soll.

Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni hatte am 6. November bei einem Treffen mit ihrem albanischen Amtskollegen Edi Rama die Eröffnung zweier Lager im Nachbarland angekündigt. Die Einrichtungen sollen unter italienischer Gerichtsbarkeit stehen und mit italienischem Personal betrieben werden. In einem sollen die Migranten bei ihrer Ankunft überprüft werden. Im anderen sollen sie für die Dauer der Bearbeitung ihre Asylanträge wohnen. Die Regierung in Rom hofft, dass bis zu 3.000 Fälle pro Monat bearbeitet werden können.

Roberto Monaldo Giorgia Meloni, Ministerpräsidentin von Italien, und Edi Rama, Ministerpräsident von Albanien, bei einem Treffen in Rom. Roberto Monaldo Giorgia Meloni, Ministerpräsidentin von Italien, und Edi Rama, Ministerpräsident von Albanien, bei einem Treffen in Rom.

Load-Date: November 16, 2023

Italien darf Auffanglager für Migranten in Albanien einrichten Die italienische Regierung will ab dem kommenden Jahr Tausende Migranten in Albanien unterbringen....

End of Document

Lindner und Buschmann fordern weniger Leistungen für Asylsuchende; Der Bundesfinanzminister sowie der Bundesjustizminister halten die Leistungen für Asylbewerber für zu hoch. Die FDP-Politiker fordern Senkungen - auch "auf null".

ZEIT-online

Samstag 28. Oktober 2023 11:12 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylpolitik; Ausg. 1

Length: 502 words

Byline: Anja Keinath

Body

Bundesfinanzminister Christian Lindner und Bundesjustizminister Marco Buschmann erachten den Umfang und die Höhe von Leistungen für **Asylbewerber** als zu hoch. "Unter ganz besonders engen Voraussetzungen wäre sogar eine Absenkung von Leistungen quasi auf "null" denkbar", schreiben die beiden FDP-Politiker in einem Gastbeitrag in der Welt am Sonntag.

Sie schlagen dies bei Menschen vor, "denen humanitärer Schutz in dem für sie nach den Dublin-Regeln zuständigen EU-Staat zusteht, die sich aber weigern, den Schutz dort in Anspruch zu nehmen." In diesen Fällen wäre es aus Sicht der FDP-Politiker denkbar, die Leistung auf die Erstattung der notwendigen Reisekosten in den zuständigen Staat abzusenken.

Kritik an Ausgaben für Zeitungen

Auch kritisieren die Minister die Höhe der Grundleistungen für Asylbewerber in Erstaufnahmeeinrichtungen. So könne man "mit guten sachlichen Gründen bezweifeln, ob für Menschen in einer Erstaufnahmeeinrichtung, die mit Medien häufig in Gemeinschaftsräumen versorgt werden", weitere Ausgaben etwa für Zeitungen und Zeitschriften "wirklich anfallen". Diese Kosten seien derzeit in den Leistungen vorgesehen.

Lindner und Buschmann fordern zudem, Asylsuchenden nicht wie bisher nach 18 Monaten sogenannte Analogleistungen auszuzahlen, die in der Höhe dem Bürgergeld entsprechen. Stattdessen sollen sie nach den Vorstellungen der FDP-Politiker so lange nur Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, bis ihr Aufenthaltsstatus rechtskräftig geklärt ist. In diesem Zusammenhang müssten die Asylgerichtsverfahren deutschlandweit einheitlicher und schneller werden.

"Erst gar nicht zu uns kommen"

Aus Sicht der FDP-Minister soll es eine "neue Realpolitik auf dem Gebiet der irregulären Migration" geben. Lindner und Buschmann bezeichneten die Aussage "Wir schaffen das" von Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in

Lindner und Buschmann fordern weniger Leistungen für Asylsuchende Der Bundesfinanzminister sowie der Bundesjustizminister halten die Leistungen für Asylbewerber....

Zusammenhang mit der sogenannten Flüchtlingskrise im Jahr 2015 als "naiv". Daraus müsse ein "Wir müssen es besser machen" werden.

Die beiden Minister schlagen eine Reform der gemeinsamen europäischen Asylpolitik vor, die zum Ziel haben sollte, "dass offensichtlich unbegründet Schutzsuchende bereits an der europäischen Außengrenze ihre abschlägigen Bescheide erhalten und erst gar nicht zu uns kommen."

Außerdem fordern sie die Einführung einer elektronischen Bezahlkarte für Asylbewerber. Zuvor muss es nach Angaben von Lindner eine Einigung mit den Bundesländern über die Kosten an Sachleistungen oder Bezahlkarten geben. "Wenn die Länder eine Übereinkunft mit dem Bund in Finanzfragen über die Kosten der Migration haben wollen, dann erwarte ich umgekehrt die flächendeckende Einführung von Bezahlkarten oder Sachleistungen", sagte er der Stuttgarter Zeitung und den Stuttgarter Nachrichten.

Sebastian Gollnow Ein Junge aus Syrien im Ankunftszentrum am ehemaligen Flughafen Tegel in Berlin
Sebastian Gollnow Ein Junge aus Syrien im Ankunftszentrum am ehemaligen Flughafen Tegel in Berlin

Load-Date: October 28, 2023

End of Document

Vertreter der Bundesregierung will Migranten "demotivieren"; Joachim Stamp, Bevollmächtigter der Bundesregierung für Migrationsabkommen plädiert für strengere Abschieberegeln. Das sei ein wichtiges Signal an die Herkunftsländer.

ZEIT-online

Samstag 12. August 2023 12:11 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Sonderbevollmächtigter für Migrationsabkommen; Ausg. 1

Length: 508 words

Byline: Manuel Bogner

Body

Michael Kappeler

Polizeibeamte begleiten einen Afghanen auf dem Flughafen Leipzig-Halle in ein Charterflugzeug. (Archivbild von 2019)

Der Sonderbevollmächtigte der Bundesregierung für **Migrationsabkommen**, Joachim Stamp (FDP), hat sich für eine Verschärfung der Abschieberegeln ausgesprochen. Mit Blick auf entsprechende, von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) vorgelegte Vorschläge sagte Stamp im *Interview der Woche* im Deutschlandfunk: "Was rechtsstaatlich möglich ist, muss der Staat an dieser Stelle auch machen." Abschiebungen seien ein wichtiges Signal an die Herkunftsländer, "dass nicht jeder einfach nach Europa kommen kann", sagte Stamp. Dafür seien Rückführungen eben notwendig.

Die Bundesregierung wolle ein Zeichen setzen, dass es sich lohne, "den regulären Weg zu gehen". Gleichzeitig sei es wichtig, Menschen zu "demotivieren", ihr Leben beim Weg durch die Wüste oder übers Mittelmeer zu riskieren. In Europa würden sie dann zentralen Unterkünften aufschlagen und dann hier möglicherweise auch gar nicht das Leben zu haben, was sie sich ursprünglich vorgestellt hätten.

Zugleich warnte Stamp davor, zu viel Hoffnung in Migrationsabkommen zu setzen. Was über viele Jahre vernachlässigt worden sei, könne nicht innerhalb kürzester Zeit herbeigezaubert werden, sagte er.

In einem Diskussionspapier des Bundesinnenministeriums geht es um strengere Regelungen für geflüchtete Menschen, die keinen Anspruch auf Asyl in Deutschland haben. Um Kommunen zu entlasten, sollen demnach Behörden mehr Rechte erhalten, um Abschiebungen vorzunehmen. Die von Ministerin Faeser vorgestellten Pläne sehen unter anderem eine Verlängerung des Ausreisegewahrsams von 10 auf 28 Tage vor. Die Behörden sollen so mehr Zeit haben, eine Abschiebung vorzubereiten. Außerdem sollen Mitglieder krimineller Vereinigungen leichter ausgewiesen werden können.

Vertreter der Bundesregierung will Migranten "demotivieren" Joachim Stamp, Bevollmächtigter der Bundesregierung für Migrationsabkommen plädiert für strengere Ab....

Die Bundesregierung hatte Stamps Stelle im Februar 2023 geschaffen, um Vereinbarungen mit Herkunftsländern zu schließen. Sie sollen "reguläre Migration" fördern und "irreguläre Migration" begrenzen, wie es auf der Website des Bundesinnenministeriums heißt. Stamp war bis Juni 2022 nordrhein-westfälischer Integrationsminister.

Migrationsforscher Koopmans kritisiert Stamps Arbeit

Der Migrationsforscher Ruud Koopmans zeigte sich enttäuscht von Stamps Wirken. In einem Interview mit der *Welt am Sonntag* sagte er, dass Deutschland innerhalb der EU einen Durchbruch in der Flüchtlings- und Migrationspolitik verhindert habe. Das sei umso enttäuschender, als die Koalitionsvereinbarung eigentlich Anlass zur Hoffnung gegeben habe. Im Koalitionsvertrag stehe die Absicht, nicht nur Abkommen mit Herkunftsstaaten, sondern auch mit Transitstaaten zu schließen. Letzteres habe die Bundesregierung kürzlich in Gesprächen innerhalb der EU verhindert.

Joachim Stamp scheine es für nicht wichtig genug zu halten, auf der Koalitionsvereinbarung zu beharren, sagte Koopmans weiter. Dieser habe angekündigt, auch mit sogenannten Drittstaaten über Abkommen zu verhandeln. Das tue er aber bisher nicht.

Load-Date: August 12, 2023

Mindestens 78 Tote bei Schiffsunglück vor Küste Griechenlands; Vor der griechischen Küste ist ein Flüchtlingsboot gekentert, mindestens 78 Menschen starben. Helfer befürchten weitere Tote an Bord sollen 400 Menschen gewesen sein.

ZEIT-online

Mittwoch 14. Juni 2023 10:02 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 631 words

Byline: Luis Kumpfmüller; Isabelle Daniel; Jona Spreter

Body

Bei einem schweren Bootsunglück vor der Küste Griechenlands sind mindestens 78 **Migrantinnen** und **Migranten** gestorben. Die griechische Küstenwache teilte mit, sie habe bislang 104 Menschen retten können. An Bord des Schiffs seien vermutlich Hunderte Menschen gewesen. Die Internationale Organisation für **Migration** (IOM) sprach von bis zu 400 Menschen. "Wir befürchten eine sehr große Anzahl Vermisster", sagte ein Vertreter der griechischen **Migrationsbehörde**.

Erschwert wurde die Rettungsaktion nach Angaben der Küstenwache durch starken Wind. Mindestens vier Menschen schwebten den Angaben zufolge in Lebensgefahr; sie seien per Hubschrauber in ein Krankenhaus gebracht worden. Auch andere Überlebende würden in Kliniken versorgt, hieß es.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sagte, sie sei zutiefst betrübt über die vielen Toten und sehr besorgt angesichts der Zahl der vermissten Menschen. "Wir müssen weiterhin mit den Mitgliedstaaten und Drittländern zusammenarbeiten, um solche Tragödien zu verhindern", twitterte sie.

Frontex-Flugzeug lokalisierte Boot

Nach Angaben von Überlebenden war das Boot im libyschen Tobruk gestartet. Die griechische Küstenwache teilte mit, sie sei am Dienstag von den italienischen Behörden über ein voll besetztes Fischerboot im griechischen Such- und Rettungsbereich informiert worden. Daraufhin sei das Boot von einem Flugzeug der EU-Grenzschutzbehörde Frontex rund 47 Seemeilen südwestlich der griechischen Halbinsel Peloponnes lokalisiert worden. Die griechische Küstenwache und vorbeifahrende Frachter hätten den Passagieren Hilfe über Funk angeboten, diese aber abgelehnt worden. Gekentert sei das Boot dann in den frühen Morgenstunden. Griechenlands Präsidentin Katerina Sakellariopoulou kündigte an, im Laufe des Tages nach Kalamata zu reisen, um sich über die Rettungsarbeiten und die Unterbringung der Überlebenden zu informieren.

Mindestens 78 Tote bei Schiffsunglück vor Küste Griechenlands Vor der griechischen Küste ist ein Flüchtlingsboot gekentert, mindestens 78 Menschen starben. Helf....

Auch südlich von Kreta war am Mittwochmorgen ein Schiff in Seenot geraten. Die Jacht, auf der mehr als 70 Migrantinnen und Migranten unterwegs waren, sei von der Küstenwache geschleppt worden, wie die griechische Hafenpolizei mitteilte.

Im vergangenen Jahr sind nach Informationen der UN mindestens 326 Geflüchtete auf Fahrten aus der Türkei oder Nordafrika gestorben, die Küstenwache geht von noch höheren Zahlen aus. Nach Angaben der Vereinten Nationen sind in diesem Jahr bereits rund 72.000 Geflüchtete in Italien, Spanien, Griechenland, Malta und Zypern angekommen. Mehr als 20.000 Menschen sind der Internationalen Organisation für Migration (IOM) zufolge seit 2014 auf der Flucht im zentralen Mittelmeer gestorben. Es kommt auch deshalb zu vielen Havarien, weil es sich oft um alte und seeuntüchtige Boote handelt. Zudem gibt es an Bord meist keinen Bootsführer, der für die gefährliche Reise ausgebildet ist.

Rettungsschiffe von Sea-Watch festgesetzt

Menschenrechtsorganisationen warfen der libyschen Küstenwache in der Vergangenheit vor, Rettungsorganisationen bei Hilfsaktionen im Mittelmeer zu behindern. In Italien sind derweil Rettungsschiffe des Vereins Sea-Watch festgesetzt worden. Daraufhin gab es auch Kritik an der postfaschistischen Regierungschefin Georgia Meloni, sie behindere mit neuen Gesetzen Hilfseinsätze. Nach Angaben des Flüchtlingshilfswerks UNHCR sind derzeit rund 110 Millionen Menschen auf der Flucht, zwei Drittel davon in ihren Heimatländern.

Nach langen Verhandlungen haben sich die Innenministerinnen und -minister der Europäischen Union auf eine umstrittene Reform des europäischen Asylsystems geeinigt. Asylverfahren sollen in Zukunft an den Außengrenzen der EU abgewickelt werden, Ausnahmen für Familien mit Kindern, für die sich die Bundesregierung eingesetzt hatte, sind bislang nicht vorgesehen. Die Einigung muss noch durch das Europäische Parlament bestätigt werden.

Load-Date: June 14, 2023

Britische Regierung führt Schnellverfahren für Asylanträge ein; Wegen des großen Rückstaus an Asylanträgen will Großbritannien Anträge bestimmter Migranten ohne persönliche Vorsprache abwickeln. Grundlage soll ein Fragebogen sein.

ZEIT-online

Donnerstag 23. Februar 2023 12:36 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Großbritannien; Ausg. 1

Length: 385 words

Body

Ben Stansall

A police officer stands guard as **migrants**, picked up at sea attempting to cross the English Channel, wait for the bus to be taken for processing, in Dungeness, on the southeast coast of England, on March 15, 2022. - The high number of **migrants** crossing to Britain from mainland Europe has become a political headache for British Prime Minister Boris Johnson and his Home Secretary Priti Patel. (Photo by Ben Stansall / AFP) (Photo by BEN STANSALL/AFP via Getty Images)

Die britische Regierung will künftig Anträge von Menschen aus bestimmten Herkunftsländern im Schnellverfahren abwickeln. Grund sei ein großer Rückstau an Asylanträgen. Das neue Verfahren soll laut einem Bericht der BBC ohne persönliche Vorsprache erfolgen, sondern nur auf Grundlage eines zehenseitigen Fragebogens auskommen. Betroffen seien 12.000 Menschen aus Afghanistan, Eritrea, Libyen, Syrien und dem Jemen, die ihren Antrag vor Juli des vergangenen Jahres gestellt hätten. Anträge aus diesen Ländern würden zu 95 Prozent positiv beschieden.

Die britische Regierung erhofft sich von dem Schritt eine Entlastung überfüllter Flüchtlingsunterkünfte. Der Rückstau von bereits gestellten Anträgen ist enorm. Viele Asylbewerberinnen müssen in Hotels untergebracht werden. Die Zahl der Menschen, die auf eine Entscheidung über ihren Asylantrag warteten, sei im Dezember mit mehr als 160.000 auf einen vorläufigen Rekord gestiegen, wie das Innenministerium in London mitteilte.

Großbritannien will illegal Einreisende von Asylanspruch ausschließen

Dauerhaft dürfte das Verfahren aber nicht vielen Antragstellern zugutekommen. Die britische Regierung will künftig Menschen, die ohne gültige Einreiseerlaubnis ins Land kommen beispielsweise in kleinen Booten über den Ärmelkanal vom Anspruch auf Asyl ausschließen. Allein im vergangenen Jahr überquerten knapp 47.000 Menschen die Meerenge.

Britische Regierung führt Schnellverfahren für Asylanträge ein Wegen des großen Rückstaus an Asylanträgen will Großbritannien Anträge bestimmter Migranten ohne

Großbritannien will Menschen, die auf diesem Weg einreisen, ohne Prüfung ihres Antrags und ungeachtet ihrer Herkunft nach Ruanda abschieben. Bislang scheiterte dies jedoch am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Großbritannien erwägt deshalb einen Austritt aus der Europäischen Menschenrechtskonvention. Organisationen wie das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) kritisieren die britischen Pläne als Bruch internationaler Verpflichtungen.

Load-Date: February 23, 2023

End of Document

Kein neues Geld, aber vier Arbeitsgruppen; Nach dem Flüchtlingsgipfel bleiben politische Antworten auf die Migrationsherausforderungen aus. Dabei werden auch die Ukrainerinnen noch lange auf Hilfe angewiesen sein.

ZEIT-online

Donnerstag 16. Februar 2023 4:56 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingsgipfel; Ausg. 1

Length: 1407 words

Byline: Tilman Steffen; Lisa Caspari

Body

Michele Tantussi

Nancy Faeser bei der Pressekonferenz nach **Flüchtlingsgipfel**

Ukrainerinnen und Ukrainer, die von Freiwilligen direkt vom Bahnhof abgeholt und in Privatwohnungen untergebracht werden das ist längst vorbei. Professionelle Kräfte haben die vielen ehrenamtlichen Helfer abgelöst: Ein Jahr nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine kommt die Hilfe für die bisher eine Million Kriegsflüchtlinge meist von staatlichen Stellen oder Hilfswerken. Bei den **Asylsuchenden** aus anderen Ländern, von denen 2022 weitere 200.000 gekommen sind, ist das schon lange der Fall.

Unverändert angespannt ist die Lage daher bei denen, die Kriegsflüchtlinge und **Asylbewerber** unterbringen und versorgen müssen: Die Bundesländer, Städte und Gemeinden. Zwar kommen derzeit aus der Ukraine eher weniger Kriegsflüchtlinge, die erwartete militärische Frühjahrsoffensive des russischen Militärs könnte aber bald weitere Menschen vertreiben. Deutlich mehr **Migranten** kommen aktuell aus Ländern wie Syrien, Afghanistan, dem Irak. Mit 300.000 bis 400.000 **Asylbewerbern** rechnet man für 2023, sagt ein Landesinnenminister am Rande des **Flüchtlingsgipfels**, zu dem Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) Vertreter von Bund, Länder und Kommunen geladen hatte, um die angespannte Lage zu entschärfen.

Bezogen auf die von den Ländern geschilderte Dramatik brachte das Treffen aber wenig konkrete Ergebnisse. Vielmehr schilderten die Landesvertreter Faeser ihre Probleme ausführlich und wiederholten dabei schon vorher erhobene Forderungen: Die Grenze der Leistungsfähigkeit sei bald erreicht. Es gebe kaum noch Personal, Handwerker- und Dienstleistungen. Es brauche mehr Geld für die Kommunen, aber vor allem mehr Grenzkontrollen: So könnten illegale Einreisen unterbunden und Menschen ohne Bleiberecht schneller zurückgeschickt werden. Mittels Grenzkontrollen könne man zudem Menschen zurückweisen, die schon in einem anderen EU-Land als asylsuchend registriert sind, eine als abgelehnte Asylbewerber verhängte Einreisesperre haben oder gemäß der Dublin-Regelung Asyl in ihrem Ankunftsstaat hätten beantragen müssen. Am stärksten fiel die Kritik des Landkreistages aus: Dessen Präsident Reinhard Sager sagte, Faeser sei die falsche

Kein neues Geld, aber vier Arbeitsgruppen Nach dem Flüchtlingsgipfel bleiben politische Antworten auf die Migrationsherausforderungen aus. Dabei werden auch die....

Gesprächspartnerin gewesen. Kanzler Olaf Scholz hätte am Tisch sitzen müssen. Deshalb sei man in der Finanzfrage nicht weitergekommen.

Widersprüchliche Botschaften

Geeinigt hat man sich auf vier Arbeitsgruppen, die die zentralen Schmerzpunkte bearbeiten sollen. Eine für Fragen der Unterbringung und des Geldes, eine zweite Gruppe soll Entscheidungsprozesse verkürzen, eine dritte die Lage in Kitas, Schulen und die Arbeitsmarktintegration verbessern, und eine die migrationspolitischen Fragen beantworten. Letzteres hatten vor allem die Innenminister aus CDU-regierten Bundesländern verlangt. Erreicht ist dadurch noch nichts, aber die Voraussetzungen für künftige Problemlösungen verbessert. Über Geld will man im April erneut sprechen. Die für dieses Jahr vom Bund zugesagten knapp drei Milliarden Euro können ja noch nicht verbraucht sein, betonte Bundesinnenministerin Faeser.

Einige der Botschaften blieben widersprüchlich: Faeser betonte, es gäbe "keine Flüchtlinge erster oder zweiter Klasse". Dennoch sind die Kriegsgeflüchteten aus der Ukraine in Deutschland privilegiert. Sie erhalten mit der Einreise einen gesicherten Aufenthaltstitel für zwei Jahre und dürfen - anders als Asylbewerber - sofort Hartz-IV beziehen, sich ihren Wohnort aussuchen und arbeiten. Die Forderungen, Migration zu begrenzen, zielt parteiübergreifend auf die Asylbewerber aus anderen Staaten ab, obwohl sie derzeit den kleineren Teil der Zugewanderten darstellen.

Nur 17 Prozent aller Ukrainerinnen arbeiten

Auch die Ukrainerinnen und Ukrainer brauchen Betreuung und finanzielle Unterstützung, was den Staat zusätzlich belastet. Die meisten können wegen der traumatisierenden Situation in ihrer Heimat, der Sprachbarriere in Deutschland und fehlender Kinderbetreuung finanziell nicht auf eigenen Beinen stehen.

Eine Studie verschiedener Institute, die passend zum Flüchtlingsgipfel am Donnerstag vorgestellt worden ist, ergab: 17 Prozent aller Ukrainerinnen arbeiten. Die Hälfte von ihnen in Vollzeit und die meisten unterhalb ihrer eigentlichen Qualifikation. Die Erhebung stammt aus dem Spätsommer 2022, doch im Vergleich zu den ersten drei Monaten hat sich die Zahl derjenigen, die arbeiten, nicht erhöht. Daraus leiten die Autoren ab, dass die meisten Ukrainerinnen weiterhin auf Hartz-IV-Leistungen, kostenlose Deutschkurse und Hilfe bei der Wohn- und Arbeitssuche angewiesen sind. So hat bisher auch nur jede Dritte eine Berufsberatung im Jobcenter in Anspruch genommen.

Anders als bei der Gruppe der Asylbewerber hat die Forschung ergeben, dass die Geflüchteten aus der Ukraine sehr heterogene Bedürfnisse haben: Von den 10.800 Befragten für die Studie *Geflüchtete aus der Ukraine*, gaben 37 Prozent an, für immer in Deutschland bleiben zu wollen, 34 Prozent bis Kriegsende, 27 Prozent zeigten sich unentschlossen.

Diejenigen, die bleiben wollten, seien oft jung und familiär ungebunden, sagen die Autoren der Studie. Sie absolvierten oftmals Deutsch- und Integrationskurse, um sich auf die Universität oder die Anerkennung ihres Berufsabschlusses aus der Ukraine vorzubereiten. Bis sie finanziell auf eigenen Füßen stehen, wird es also noch dauern, doch ist diese hochmotivierte Gruppe die Hoffnung vieler Arbeitgeber.

Die zweite Gruppe, die in Deutschland auf das Ende des Krieges warte, bestehe vor allem aus Frauen mit Kindern, deren Väter und Ehemänner noch in der Ukraine leben. Diese Personengruppe sei wegen der Ungewissheit psychisch besonders belastet, sagte Andreas Ette, einer der Studienleiter. Und da in den deutschen Kommunen oft Betreuungsmöglichkeiten für Kinder fehlten, nähmen alleinerziehende, geflüchtete Frauen oft nicht an Deutschkursen teil.

Konkurrenz auf dem privaten Wohnungsmarkt

Dabei sind die Voraussetzungen für einen Einstieg ins Arbeitsleben in Deutschland gut: Die Mehrheit der Ukrainerinnen verfüge über ein hohes Bildungsniveau und Arbeitserfahrung in hochkomplexen Experten- oder

Kein neues Geld, aber vier Arbeitsgruppen Nach dem Flüchtlingsgipfel bleiben politische Antworten auf die Migrationsherausforderungen aus. Dabei werden auch die....

Spezialistentätigkeiten. Sehr gut integrieren in den deutschen Arbeitsmarkt konnten sich demnach vor allem IT-Experten aus der Ukraine, Lehrerinnen und Forschende. Allerdings zeigt die Erfahrung, dass die anderen Ukrainerinnen, die derzeit arbeiten, wegen fehlender Deutschkenntnisse vor allem Aushilfsjobs in Bäckereien, Wäschereien und im Gastgewerbe angenommen haben.

Anders als Asylbewerber können sich Ukrainerinnen ihren Wohnort frei wählen: Sie leben vor allem in den Großstädten Berlin und Hamburg sowie den Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg. Die überwiegende Mehrheit (74 Prozent) sind in privatem Wohnraum untergekommen, bei Verwandten oder selbst gesuchten Wohnungen was einerseits den Staat entlastet, dessen Flüchtlingsunterkünfte nur zu einem geringen Teil mit Ukrainerinnen belegt sind. Andererseits führt die Nachfrage nach Privatwohnungen zu einer noch angespannteren Situation auf dem Wohnungsmarkt, denn einheimische Niedrigverdiener konkurrieren nun mit ukrainischen Familien.

Die große Frage lautet deswegen, wie sich die Akzeptanz der deutschen Bevölkerung entwickelt. Noch fühle sich die deutliche Mehrheit der Ukrainerinnen in Deutschland willkommen, sagte Nina Rother vom Forschungszentrum des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, das an der Studie beteiligt war. Allerdings zeigt die Studie, dass dies in Ostdeutschland signifikant weniger oft so ist.

Eine Sorge, die am Tisch von Faesers Flüchtlingsgipfel mitschwang: Sobald die Kommunen aus Platzmangel die ersten Zeltunterkünfte errichten oder verstärkt Turnhallen umnutzen, könne die Stimmung in der Bevölkerung abkühlen. "Die Stimmung droht zu kippen", sagte der hessische Innenminister Patrick Beuth (CDU).

Die Hoffnung des Bundes und der Länder liegt daher auf dem Migrationsbeauftragten Joachim Stamp, der Abkommen mit Herkunftsstaaten aushandeln soll, damit diese abgelehnte Asylbewerber zurücknehmen. Mit dem Irak bahne sich ein solches Abkommen an, sagte der FDP-Politiker. Mit Syrien oder Afghanistan aber sei das undenkbar, weil Deutschland weder mit den Taliban noch mit Diktator Assad verhandeln wolle. Stamp schraubte die Erwartung an sein Wirken entsprechend herunter. Man müsse realistisch sein: "Solche Partnerschaften brauchen einen langen Atem und viel Geduld." Er sei kein "Abschiebebeauftragter".

Load-Date: February 16, 2023

Kommunen halten Flüchtlingssituation kaum noch für beherrschbar; Bei der Unterbringung von Flüchtlingen geraten Städte und Gemeinden nach eigenen Angaben an ihre Leistungsgrenzen. Verbände fordern die Bundesregierung zum Handeln auf.

ZEIT-online

Dienstag 24. Januar 2023 8:31 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 361 words

Byline: Katharina Heflik

Body

Omer Messinger

In einem Hangar des stillgelegten Flughafens Tempelhof in Berlin werden provisorische Wohneinheiten aufgereiht. In den Unterkünften sollen etwa 850 **Geflüchtete** untergebracht werden.

Städte und Gemeinden in Deutschland bekommen nach Angaben ihrer Spitzenverbände zunehmend Probleme, Flüchtlinge adäquat unterzubringen. "Viele Städte und Gemeinden sind bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Vertriebenen längst an ihrer Leistungsgrenze", sagte der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, dem *Handelsblatt*. Es würden teilweise Hotelzimmer angemietet und Notunterkünfte in Turnhallen, aber auch in frei stehenden Gebäuden in Gewerbegebieten eingerichtet.

"Das lässt sich nicht mehr beliebig ausweiten", fügte Landsberg hinzu. Das Thema müsse in der Bundesregierung endlich zur "Chefsache" erklärt werden. Auch der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager, hält ein Krisentreffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) für überfällig.

In den Landkreisen sei die Belastungsgrenze durch die Flüchtlingsaufnahme vielfach bereits überschritten. "Die Situation vor Ort ist nicht einfach, dies stellt auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt infrage", sagte Sager dem *Handelsblatt*.

Etwa 218.000 Menschen beantragten 2022 Asyl in Deutschland

Sager plädiert zudem für eine Begrenzung des Zuzugs von Migranten. "Der Bund muss sofort den weiter stattfindenden Zustrom begrenzen, die europäischen Außengrenzen müssen geschützt und die Rückführungen innerhalb der EU deutlich verstärkt werden", sagte er mit Blick auf Zuwanderung, insbesondere aus Afghanistan und Syrien.

Kommunen halten Flüchtlingssituation kaum noch für beherrschbar Bei der Unterbringung von Flüchtlingen geraten Städte und Gemeinden nach eigenen Angaben an ihre....

In Deutschland haben im vergangenen Jahr so viele Menschen Asyl beantragt wie seit 2016 nicht mehr. Knapp 218.000 Menschen stellten laut Jahresstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) erstmalig in Deutschland ein solches Schutzersuchen. Das waren knapp 47 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die etwa eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, die im vergangenen Jahr in Deutschland Aufnahme fanden, mussten keinen Asylantrag stellen. Sie erhalten auf Basis einer EU-Richtlinie unmittelbar vorübergehenden Schutz.

Load-Date: January 24, 2023

End of Document

Bundesinnenministerin Faeser unterstützt Asylverfahren an Außengrenzen; Einige Asylentscheidungen sollen nach Ansicht Nancy Faesers künftig noch an der EU-Außengrenze getroffen werden. Auch für verstärkte Grenzkontrollen spricht sie sich aus.

ZEIT-online

Freitag 5. Mai 2023 4:43 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: EU-Flüchtlingspolitik; Ausg. 1

Length: 440 words

Byline: Katharina Heflik

Body

Taha Jawashi

A Libyan coast guardsman stands on a boat during the rescue of 147 illegal immigrants attempting to reach Europe off the coastal town of Zawiyah, 45 kilometres west of the capital Tripoli, on June 27, 2017. - More than 8,000 migrants have been rescued in waters off Libya during the past 48 hours in difficult weather conditions, Italy's coastguard said on June 27, 2017. (Photo by Taha JAWASHI / AFP) (Photo by TAHA JAWASHI/AFP via Getty Images)

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat sich für eine striktere Migrationspolitik in der EU ausgesprochen. "Wir werden für eine verlässliche Identifizierung, Registrierung und Überprüfung von Menschen bereits an den EU-Außengrenzen sorgen", sagte Faeser dem *Handelsblatt*. In der EU gebe es Verhandlungen über die Einführung von Verfahren, bei denen es in bestimmten Fällen noch an den Grenzen rasche Asylentscheidungen geben soll. Auch verstärkte Grenzkontrollen seien notwendig, sagte Faeser.

Die SPD-Politikerin sprach sich zudem dafür aus, die europäische Migrationspolitik stärker als bislang auf eine Begrenzung der Flüchtlingszahlen auszurichten und dafür das gemeinsame europäische Asylsystem zu reformieren. Dass sich die EU-Staaten bereits auf eine dafür notwendige sogenannte Screening-Verordnung verständigt hätten, sei ein wichtiger Durchbruch gewesen.

Umfragemehrheit für Verfahren an Außengrenzen

Unterstützung erhielt Faeser von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP). "Ich glaube, dass, um Kontrolle herzustellen, auch der physische Schutz der Außengrenze in Betracht gezogen werden muss", sagte Lindner dem TV-Sender RTL/ntv. Er sei dafür, "wenn zugleich die Möglichkeit humanitärer und qualifizierter Einwanderung rechtlich erleichtert wird".

Bundesinnenministerin Faeser unterstützt Asylverfahren an Außengrenzen Einige Asylentscheidungen sollen nach Ansicht Nancy Faesers künftig noch an der EU-Außeng....

Eine große Mehrheit der Deutschen befürwortet laut einer repräsentativen Umfrage von Infratest dimap das Prinzip, Asylverfahren künftig bereits an den EU-Außengrenzen zu führen auch wenn die Details einer Umsetzung des Vorhabens noch nicht genau feststehen. Für 79 Prozent geht dieser Vorschlag in die richtige, für jeden Zehnten (11 Prozent) in die falsche Richtung.

Die Linke hat die Pläne kritisiert, weil das Recht auf Asyl dadurch ausgehöhlt würde. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow sagte dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND), alle nach 2014 angekommenen Asylbewerber sollten pauschal anerkannt werden, wenn sie mindestens drei Jahre ohne Beanstandungen in Deutschland gelebt hätten. So könne das deutsche Asylsystem entlastet werden. "Dann könnten wir uns die ganze Bürokratie und die Abschiebedebatten sparen. Dann müssten wir auch keine Arbeitskräfte mehr anwerben", sagte Ramelow.

Load-Date: May 5, 2023

End of Document

**Hendrik Wüst dringt auf schnellere Umsetzung neuer Abschieberegeln;
Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident wirft Innenministerin Faeser vor, bei
der Ausweisung ausreisepflichtiger Asylbewerber Zeit zu verlieren. Kritik
kommt von Pro Asyl.**

ZEIT-online

Freitag 4. August 2023 3:14 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 618 words

Byline: Katharina James

Body

Ulrich Perrey

Ein Mitarbeiter geht an den Sicherheitsanlagen der neuen Abschiebehaftanstalt in Glückstadt entlang. Mitte August soll die neue Abschiebehaftanstalt für Nord- deutschland in Betrieb genommen werden. In einer alten Kaserne entstanden Haftplätze für circa 60 Menschen. Die Einrichtung ist die erste in Deutschland, die in der Zuständigkeit eines Innenressorts betrieben wird.

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst fordert von der Bundesregierung mehr Tempo bei der Verschärfung von Abschieberegeln für abgelehnte Asylbewerber. "Unsere Kommunen sind am Limit", sagte der CDU-Politiker den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Trotzdem verschenke die Bundesregierung wertvolle Zeit.

Für eine unmittelbare Entlastung müsse Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bereits mit den Ländern vereinbarte Neuregelungen sofort umsetzen, sagte der NRW-Regierungschef. "Doch statt Konsequenz gibt es nur Diskussionspapiere: zu wenig, zu langsam, zu zögerlich." Faeser hatte am Mittwoch Vorschläge für eine effektivere Rückführung abgelehnter Asylbewerber gemacht darunter eine Verlängerung der Höchstdauer des Ausreisegewahrsams. Die Behörden hätten demnach mehr Zeit, eine Abschiebung vorzubereiten.

Wüst sagte, dass Deutschland die Pflicht habe, "jenen Menschen gerecht zu werden, die unseren Schutz brauchen". Das gelinge jedoch besser, wenn weniger Menschen ohne Recht auf Asyl kämen. "Menschen aus Ländern, die EU-Beitrittskandidaten sind, haben dieses Recht in der Regel nicht", sagte Wüst mit Blick auf die Debatte über sichere Herkunftsländer. Das müsse sich auch in der asylpolitischen Praxis widerspiegeln. Er habe Zweifel, "ob eine wirksame Bekämpfung der illegalen Migration nach Europa mit dieser Bundesregierung überhaupt möglich" sei.

Pro Asyl hat verfassungsrechtliche Bedenken

Hendrik Wüst dringt auf schnellere Umsetzung neuer Abschieberegeln Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident wirft Innenministerin Faeser vor, bei der Ausweisung a....

Die Flüchtlingshilfsorganisation Pro Asyl kritisierte die geplante Verschärfung der Abschiebepaxis. "Wir haben gegen die Pläne große Bedenken verfassungsrechtlicher und europarechtlicher Art", sagte der Leiter der Europaabteilung der Organisation, Karl Kopp, dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. "Denn beim Abschiebegewahrsam werden Leute eingesperrt, die nichts verbrochen haben. Dieser Gewahrsam soll jetzt noch verlängert werden", kritisierte er.

Außerdem lebten die Betroffenen oft in Wohnheimen gemeinsam mit anderen Menschen, die nicht abgeschoben werden sollten und dann ebenfalls betroffen seien, wenn Polizisten in Wohnheime eindringen. "Das halten wir für maßlos überzogen", sagte Kopp. Das Vorhaben verletze die Privatsphäre, warnte er. Erforderlich seien stattdessen zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge. "Wir hätten uns zudem gewünscht, dass sich das Bundesinnenministerium mehr Gedanken über die nachhaltige Unterstützung der Kommunen und der ehrenamtlichen Helfer macht."

Längerer Ausreisegewahrsam, mehr Zugang zu Unterkünften

Das Bundesinnenministerium hatte am Mittwoch Vorschläge für wirksamere Abschiebungen veröffentlicht. Demnach sollen unter anderem der Ausreisegewahrsam von zehn auf 28 Tage verlängert und Verstöße gegen Einreise- und Aufenthaltsverbote ein eigenständiger Haftgrund werden. Diese und weitere Maßnahmen sollen nun mit Ländern und Kommunen diskutiert werden, bevor ein Gesetzgebungsverfahren eingeleitet wird.

Anordnung und Fortdauer von Abschiebehaft soll demnach auch unabhängig von etwaigen Asylantragstellungen möglich sein. Widerspruch und Klage gegen Einreise- und Aufenthaltsverbote sollen zudem keine aufschiebende Wirkung mehr haben. Und bei der Suche nach Ausreisepflichtigen soll es für die Polizei leichter werden, in Gemeinschaftsunterkünften andere Räumlichkeiten als nur das Zimmer des Betroffenen zu betreten.

Load-Date: August 4, 2023

**Netanjahu fordert nach Ausschreitungen die Abschiebung von Eritreern;
Nach Straßenschlachten mit vielen Verletzten fordert Ministerpräsident
Benjamin Netanjahu harte Schritte gegen die Beteiligten. Auch
Ausweisungen seien möglich.**

ZEIT-online

Sonntag 3. September 2023 1:27 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Israel; Ausg. 1

Length: 545 words

Byline: Anja Stehle

Body

Eritreische **Asylbewerber** stoßen am 02. September 2023 bei einer Demonstration in Tel Aviv im Vorfeld einer von der eritreischen Botschaft geplanten Veranstaltung mit der Polizei zusammen.

Nach schweren Zusammenstößen zwischen Israels Polizei und **Migranten** aus Eritrea hat Regierungschef Benjamin Netanjahu sich für eine Abschiebung der Randalierer ausgesprochen. Bei einer Straßenschlacht in Tel Aviv sind an diesem Samstag nach Medienberichten mehr als 150 Menschen verletzt worden, etwa ein Drittel davon Polizisten. Mit den Ausschreitungen sei "eine rote Linie überschritten" worden, sagte Netanjahu beim Treffen mit einem Ministerausschuss, der sich auch grundlegender mit dem Umgang mit **Migranten** ohne Aufenthaltsgenehmigung befassen soll.

Auslöser der Unruhen war ein Eritrea-Festival, das in der Botschaft des ostafrikanischen Landes in Tel Aviv stattfinden sollte. Kritiker sahen die Veranstaltung als Propaganda an. Seit 1993 regiert Präsident Isayas Afewerki das Land in einer Einparteiendiktatur, Meinungs- und Pressefreiheit sind stark eingeschränkt. Zudem herrscht ein strenges Wehrdienst- und Zwangsarbeitssystem, vor dem viele Eritreer ins Ausland fliehen.

Hunderte Eritreer protestierten nach Medienberichten vor der Botschaft ihres Landes in Tel Aviv gegen die dortige Regierung und durchbrachen dabei auch Absperrungen der Polizei. Nach jüngsten Polizeiangaben wurden bei den Zusammenstößen 52 Demonstranten festgenommen. Sie hätten Schlagstöcke, Tränengas und Elektroschocker bei sich gehabt. Die Demonstranten schlugen auch Scheiben von Polizei- und anderen Autos sowie Fenster umliegender Geschäfte ein.

Auch in Deutschland hat es Ausschreitungen gegeben

Die Polizei teilte mit, Sicherheitskräfte hätten sich in Lebensgefahr gesehen und deshalb mit scharfer Munition geschossen. Dabei seien mehrere Demonstranten verletzt worden. Ein Krankenhaus teilte mit, Ärzte der Klinik hätten zwölf Menschen wegen schwerer Kopfverletzungen behandelt.

Netanjahu fordert nach Ausschreitungen die Abschiebung von Eritreern Nach Straßenschlachten mit vielen Verletzten fordert Ministerpräsident Benjamin Netanjahu h....

Die Demonstranten hatten die Polizei nach Medienberichten zuvor gebeten, die Veranstaltung abzusagen, und andernfalls vor Gewalt gewarnt. Auch in Deutschland, Schweden und Norwegen ist es zuletzt wegen Eritrea-Festivals zu Ausschreitungen gekommen.

Netanjahu fordert Ausweisung

Netanjahu sagte: "Randale, Blutvergießen das ist eine Zügellosigkeit, die wir nicht akzeptieren können." Er forderte "starke Schritte gegen die Randalierer, einschließlich einer sofortigen Ausweisung derer, die beteiligt waren". Er beauftragte den Ausschuss darüber hinaus, einen umfassenden Plan zur Ausweisung aller "illegalen Eindringlinge" aus Israel vorzubereiten.

Die Zahl der Migranten aus Eritrea in Israel wird auf 18.000 geschätzt. Viele afrikanische Migranten leben in ärmlichen Vierteln im Süden Tel Avivs, es kommt immer wieder zu Spannungen mit israelischen Einwohnern. Asylanträge werden nur in Ausnahmefällen gebilligt.

Netanjahu hat 2018 einen Umsiedlungsplan für Tausende afrikanische Migranten mit dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR aufgekündigt. Er bekräftigte nun, es sei ein "schlechter Plan" gewesen, der "zur Einbürgerung von 16.000 illegalen Migranten geführt hätte". Der Regierungschef sagte, dies habe "einen riesigen Anreiz für Hunderttausende, wenn nicht Millionen Afrikaner geschaffen", nach Israel zu kommen.

Load-Date: September 3, 2023

CDU-Chef Merz schlägt Bundesregierung Zusammenarbeit vor; Beim Flüchtlingsgipfel hat die Union Bundeskanzler Scholz Untätigkeit bei den Problemen der Kommunen vorgeworfen. Mit der Bundesregierung wolle sie deshalb kooperieren.

ZEIT-online

Donnerstag 30. März 2023 5:48 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingsgipfel; Ausg. 1

Length: 559 words

Byline: Sarah Vojta

Body

Britta Pedersen

CDU Bundesvorsitzender Friedrich Merz beim „**Flüchtlingsgipfel**“ zu dem er Kommunalpolitiker eingeladen hatte.

Unionsfraktionschef Friedrich Merz hat die Bundesregierung aufgerufen, die Union bei der Aufteilung von **Migrantinnen** und **Migranten** mehr einzubeziehen. "Wir wollen hier Lösungen haben, damit in diesem Land die Hilfsbereitschaft aufrechterhalten bleibt", sagte der CDU-Vorsitzende bei einem Kommunalgipfel der Fraktion mit etwa 200 Bürgermeistern und Landräten zur **Asyl-** und **Flüchtlingspolitik**.

Die Kommunen fordern von Bund und Ländern eine langfristige Strategie zur Flüchtlingsaufnahme und -verteilung. Ein Bund-Länder-Gipfel mit Kanzler Olaf Scholz (SPD) zu Flüchtlingskosten ist für den 10. Mai geplant. Merz kritisiert, dass nach den ersten beiden Flüchtlingsgipfeln der Bundesregierung die Ergebnisse für die Kommunen "unverändert sehr unbefriedigend und unzureichend" blieben.

Bürgermeister und Landräte fordern mehr Hilfe bei Unterbringung

Die Bürgermeister und Landräte berichteten über die teils menschenunwürdigen Unterbringung der Migrantinnen und Migranten. Der Landrat des Neckar-Odenwald-Kreises, Achim Brötzel (CDU), warf der Bundesregierung vor, sich wegzuducken. Man fühle sich alleingelassen. Erstunterbringungseinrichtungen seien überfüllt, der Wohnungsmarkt ausgelastet. Mehrere Redner verlangten deshalb stärkere Initiativen zum Bau von Wohnraum für Migranten.

Merz warnte, dass die Zahl der Geflüchteten Deutschland derzeit "an die Grenzen dessen bringt, was die Gesellschaft noch bereit ist zu akzeptieren". Der CDU-Chef kündigte eine neue Initiative im Bundestag an, um gemeinsam mit der Bundesregierung einen Beitrag dazu zu leisten.

CDU-Chef Merz schlägt Bundesregierung Zusammenarbeit vor Beim Flüchtlingsgipfel hat die Union Bundeskanzler Scholz Untätigkeit bei den Problemen der Kommunen vo....

Dobrindt nennt Bundesregierung ignorant

CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt warf der Bundesregierung ignorantes und inakzeptables Verhalten gegenüber den Kommunen vor. Als Beispiel nannte er, dass von 24 Schreiben der Kommunalvertreter ans Kanzleramt nur vier beantwortet worden seien.

Er forderte, dass neue Rückführungsmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit Drittstaaten geschaffen werden müssten. "Wer mit uns zusammenarbeiten will, muss auch bereit sein, seine Landsleute zurückzunehmen, wenn diese kein Bleiberecht in Deutschland haben", sagte Dobrindt. Auf EU-Ebene gehe es außerdem um den Schutz der Außengrenzen. Dafür benötige die EU-Grenzschutzagentur Frontex mehr Kompetenzen und Ausstattung.

SPD weist Vorwürfe zurück

Die Bundestags-SPD wies die Vorwürfe der Union zurück. "Wir sind längst mit den Kommunen im Gespräch über die aktuellen Herausforderungen", sagte der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Bernhard Daldrup. Der Bund gebe Milliarden für Unterbringung, Kitaplätze, Integrationskurse und vieles mehr aus, um die Kommunen zu entlasten. Um effektiv zu unterstützen, seien aber auch die Länder gefordert: Sie müssten das Geld zeitnah weiterleiten.

Nach Angaben des Statistischen Bundesamts stieg 2022 die Zahl der registrierten Schutzsuchenden in Deutschland gegenüber dem Vorjahr um 1,14 Millionen Menschen. Dieser höchste Zuwachs innerhalb eines Jahres seit Beginn der Statistik 2007 sei auf die Flucht aus der Ukraine zurückzuführen. Etwa 1,01 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer suchten im vergangenen Jahr Schutz vor dem Krieg in Deutschland. Insgesamt waren Ende 2022 in Deutschland fast 3,08 Millionen Menschen als Schutzsuchende erfasst.

Load-Date: March 30, 2023

EU-Staaten wollen Asyl- und Migrationspolitik verschärfen; Fahrzeuge, Kameras, Straßen und Wachtürme aber vorerst keine Zäune: Auf dem EU-Gipfel beschließen die Mitgliedsstaaten weitere Maßnahmen zum Schutz der Außengrenzen.

ZEIT-online

Freitag 10. Februar 2023 3:31 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: EU-Gipfel; Ausg. 1

Length: 378 words

Byline: Ferdinand Otto

Body

Beim EU-Gipfel haben sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union auf eine Abschlusserklärung verständigt, die darauf abzielt, illegale Einreisen von vornherein zu verhindern beziehungsweise unattraktiver zu machen. Dies soll unter anderem durch einen verstärkten Kampf gegen Menschen schmuggler, mehr Grenzschutz und schnellere Abschiebungen geschehen.

Um unerwünschte Migranten fernzuhalten, will die Europäische Union ihre Außengrenzen demnach mit zwei Pilotprojekten stärken. Das kündigte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am frühen Freitagmorgen auf dem Gipfel in Brüssel an. Eines der Projekte sehe vor, die Grenze zwischen dem EU-Land Bulgarien und der Türkei mit Fahrzeugen, Kameras, Straßen und Wachtürmen zu sichern. Diese sollten aus EU-Mitteln, dem bulgarischen Haushalt und Beiträgen der EU-Staaten finanziert werden.

Mit Blick auf die umstrittene Frage, ob auch Grenzzäune aus dem EU-Haushalt finanziert werden sollten, sagte von der Leyen, dass es an der bulgarisch-türkischen Grenze bereits einen Zaun gebe der aber nicht funktioniere.

Die EU-Kommission lehnt die Finanzierung von Grenzzäunen schon seit Langem ab. Auch Staaten wie Deutschland und Luxemburg sind dagegen. Andere Mitgliedsländer wie Österreich und Griechenland fordern dies jedoch vehement.

Bei dem zweiten Pilotprojekt soll es von der Leyen zufolge um die Registrierung von Migranten, ein schnelles Asylverfahren sowie um Rückführungen an der Außengrenze gehen. Den möglichen Standort dieses Projekts ließ die deutsche Kommissionspräsidentin offen.

Einig sind sich die EU-Staaten zudem darin, dass mehr Druck auf Länder gemacht werden sollte, die bei der Rücknahme abgelehnter Asylbewerber nicht kooperieren. Dies soll dazu führen, dass mehr Menschen ohne Bleiberecht die EU verlassen und so die teils stark überlasteten Asylsysteme entlastet werden. Druck wollen die

EU-Staaten wollen Asyl- und Migrationspolitik verschärfen Fahrzeuge, Kameras, Straßen und Wachtürme aber vorerst keine Zäune: Auf dem EU-Gipfel beschließen die

EU-Staaten etwa über eine verschärfte Visapolitik, die Handelspolitik und die Entwicklungshilfe machen, zugleich sollen aber auch Möglichkeiten für legale Migration geschaffen werden.

Die Zahl der Asylanträge ist 2022 im Vergleich zum Vorjahr um fast 50 Prozent auf 924.000 gestiegen. Hinzu kamen rund vier Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine, die in der EU nicht Asyl beantragen müssen.

Load-Date: February 10, 2023

End of Document

EU-Staaten einigen sich auf verschärftes Asylrecht; Beim EU-Asylgipfel hat es doch noch eine Einigung gegeben. Deutschland konnte sich nicht durchsetzen: Die sogenannten Grenzverfahren gelten auch für Familien mit Kindern.

ZEIT-online

Donnerstag 8. Juni 2023 6:45 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Europäische Union; Ausg. 1

Length: 626 words

Byline: Jona Spreter

Body

Juan Medina

Ein **Migrant** blickt an Deck, bevor er an Bord des Rettungsschiffs Open Arms Uno vor der Küste Siziliens in den Hafen von Messina einläuft, Italien, 27. August 2022

Die Asylverfahren in der EU werden deutlich rigider. Wie der EU-Ratsvorsitz mitteilte, stimmte eine ausreichend große Mehrheit an Mitgliedstaaten für die umfassenden Reformpläne. Vorangegangen waren stundenlange Verhandlungen der EU-Innenminister bei einem Treffen in Luxemburg.

Die Reformpläne sehen insbesondere einen deutlich strikteren Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive vor. So sollen Menschen aus als sicher geltenden Ländern künftig nach dem Grenzübertritt unter haftähnlichen Bedingungen in streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen kommen. Dort würde dann im Normalfall innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden, ob der Antragsteller Chancen auf Asyl hat. Wenn nicht, soll er umgehend zurückgeschickt werden.

Die Bundesregierung hatte sich in den Verhandlungen nachdrücklich dafür eingesetzt, dass Familien mit Kindern von diesen sogenannten Grenzverfahren ausgenommen werden. Um den Durchbruch zu ermöglichen, musste sie allerdings letztlich akzeptieren, dass dies doch möglich sein könnte. Bundesinnenministerin Nancy Faeser sagte bei dem Treffen, dass sich die Bundesregierung weiter dafür einsetzen werde, dass alle Kinderrechte gewährt blieben.

Denkbar ist auch, dass das EU-Parlament noch Änderungen durchsetzt. Es hat bei der Reform ein Mitspracherecht und wird in den kommenden Monaten mit Vertretern der EU-Staaten über das Projekt verhandeln.

Auf Twitter bezeichnete Faeser die Einigung der EU-Staaten als "historisch". Sie sprach von einem Erfolg "für die Europäische Union, für eine neue, solidarische Migrationspolitik und für den Schutz von Menschenrechten".

EU-Staaten einigen sich auf verschärftes Asylrecht Beim EU-Asylgipfel hat es doch noch eine Einigung gegeben. Deutschland konnte sich nicht durchsetzen: Die sog....

Baerbock verteidigt Asyl-Kompromiss

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) sagte, dass der Kompromiss anders aussähe, "wenn wir die Reform als Bundesregierung alleine hätten beschließen können." Wer den Kompromiss als nicht akzeptabel bezeichne, nehme "für die Zukunft in Kauf, dass niemand mehr verteilt wird", schrieb Baerbock in einer Mitteilung.

Zudem hätte ein Scheitern der Reform bedeutet, "dass Familien und Kinder aus Syrien oder aus Afghanistan, die vor Krieg, Folter und schwersten Menschenrechtsverletzungen geflohen sind, ewig und ohne Perspektive an der Außengrenze festhängen." Ein Nein oder eine Ablehnung Deutschlands hätten deshalb "mehr Leid, nicht weniger bedeutet", sagte Baerbock. Bei den Grünen waren die Pläne für die Neuregelungen auf deutliche interne Kritik gestoßen.

Mehr Solidarität mit Mitgliedsstaaten an den Außengrenzen

Neben den verschärften Asylverfahren sehen die nun beschlossenen Pläne auch mehr Solidarität mit den stark belasteten Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen vor. Sie soll künftig nicht mehr freiwillig, sondern verpflichtend sein. Länder, die keine Geflüchteten aufnehmen wollen, würden zu Ausgleichszahlungen gezwungen werden.

Nicht unterstützt wurde die Reform bei dem Treffen von den Ländern Polen, Ungarn, Malta, der Slowakei und Bulgarien. Tschechien machte nach der Einigung deutlich, dass es sich nicht an dem Solidaritätsmechanismus beteiligen will. Polen und Ungarn hatten sich bereits in der Vergangenheit ähnlich geäußert. Ungarn stimmte wegen der geplanten Ausgleichszahlungen gegen den Plan.

Von der Pflicht zur Solidarität könnten beispielsweise Länder wie Italien profitieren. Nach Angaben des UN-Flüchtlingskommissariats wurden in Italien in diesem Jahr bereits mehr als 50.000 Migrantinnen und Migranten registriert, die über das Mittelmeer kamen. Die meisten von ihnen stammten aus Tunesien, Ägypten und Bangladesch und hatten damit so gut wie keine Aussichten auf eine legale Bleibeperspektive.

Load-Date: June 8, 2023

Städtetag fordert Bund zum Bau eigener Flüchtlingsunterkünfte auf; Es braucht mehr Unterkünfte für Geflüchtete, da ist sich die Politik einig. Der Städtetag fordert von Bund und Ländern eine stärkere Beteiligung.

ZEIT-online

Dienstag 7. März 2023 4:42 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 390 words

Byline: Tobias Dorfer

Body

Annette Riedl

Der Deutsche Städtetag fordert den Bund auf, künftig eigene Unterkünfte bereitzustellen, um kurzfristig **Flüchtlinge** aufnehmen zu können. Es sei richtig, wenn Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) feststelle, dass rasch mehr Kapazitäten für die Aufnahme weiterer **Geflüchteter** geschaffen werden müssten, sagte der Hauptgeschäftsführer des kommunalen Spitzenverbandes, Helmut Dedy, der Nachrichtenagentur dpa. Allerdings müsse der Bund hier auch seinen Anteil leisten mit eigenen Unterkünften. Denn vielerorts gebe es kaum noch kommunale Gebäude oder Flächen, die sich zur Unterbringung **Geflüchteter** eignen.

Zwar habe Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) beim Flüchtlingsgipfel im Februar angekündigt, auch Liegenschaften des Bundes für die Unterbringung von Flüchtlingen herzurichten. Das könne jedoch nur ein Anfang sein, sagte Dedy. "Neben dem Bund müssen auch die Länder mehr eigene Unterbringungsmöglichkeiten schaffen", forderte der Hauptgeschäftsführer des Städtetags. "Denn allein mit Geld ist den Kommunen nicht geholfen."

Auch in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder müssten mehr Plätze bereitgestellt werden, sagte Dedy. Asylbewerber ohne Bleibeperspektive, die Deutschland also absehbar wieder verlassen müssten, sollten gar nicht erst auf die Kommunen verteilt werden.

"Dashboard" soll Daten zum Fluchtgeschehen liefern

Aus Sicht des Städtetags sollten Bund und Länder den Kommunen außerdem Geld dafür geben, wenn diese "Reserveplätze" für Neuankömmlinge bereithielten. Es sei widersinnig, wenn aus Kostendruck nicht belegte Unterkünfte wieder abgebaut werden müssten, die einige Wochen später womöglich wieder gebraucht würden, sagte Dedy.

Bei einem Treffen von Faeser mit Vertretern von Ländern und Kommunen am 16. Februar war ein "Dashboard" zur Migration angekündigt worden, das bis auf die Landkreis-Ebene hinunter für "Transparenz" sorgen soll. Es

Städtetag fordert Bund zum Bau eigener Flüchtlingsunterkünfte auf Es braucht mehr Unterkünfte für Geflüchtete, da ist sich die Politik einig. Der Städtetag ford....

soll nach Angaben des Bundesinnenministeriums "aggregierte und anonymisierte Daten insbesondere zu Geflüchteten aus der Ukraine sowie dem Asyl- und Fluchtgeschehen enthalten".

Wie aus einem Schreiben des Ministeriums an die Nutzer der Datensammlung hervorgeht, sollen außerdem aktuelle Informationen zu unerlaubten Einreisen sowie zur Verteilung von Asylbewerbern innerhalb Deutschlands abgebildet werden.

Load-Date: March 7, 2023

End of Document

Bundeskanzler fordert "Abschiebungen im großen Stil"; "Wir müssen schneller und mehr abschieben", sagt Bundeskanzler Olaf Scholz. Dafür müssten die Behörden "rund um die Uhr" erreichbar sein.

ZEIT-online

Freitag 20. Oktober 2023 2:37 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Olaf Scholz; Ausg. 1

Length: 487 words

Byline: Jona Spreter

Body

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat sich für ein deutlich konsequenteres Vorgehen in der Abschiebung von **Migrantinnen** und **Migranten** ohne Bleibeperspektive ausgesprochen. "Wir müssen endlich im großen Stil diejenigen abschieben, die kein Recht haben, in Deutschland zu bleiben", sagte Scholz dem Spiegel. Wer keine Bleibeperspektive in Deutschland habe, weil er sich nicht auf Schutzgründe berufen könne, müsse "zurückgehen".

Eine Anhörung zum Asylantrag müsse schon in Erstaufnahmeeinrichtungen stattfinden. "Wir müssen mehr und schneller abschieben", sagte Scholz. Dafür müssten die Behörden "rund um die Uhr erreichbar sein, damit man jemanden wirklich abschieben kann, wenn die Bundespolizei ihn aufgreift". Zudem müsse die Digitalisierung der Ausländerbehörden vorangetrieben werden.

Scholz zeigte sich auch offen für Vorschläge aus den Bundesländern, die Anreize für irreguläre Migration zu verringern. "Wenn die Länder jetzt sagen, sie wollen Sachleistungen statt Geld anbieten, unterstützen wir das. Wenn sie eine Bezahlkarte für Asylsuchende einführen wollen, ebenfalls." Außerdem sei es richtig, Asylsuchenden gemeinnützige Arbeit anzubieten.

"Unsere Politik ist nicht vom Ressentiment getragen"

Angesprochen auf seinen neuen, harten Ton in der Migrationspolitik sagte Scholz, er habe in all seinen Ämtern "immer so gedacht. Und auch immer so gesprochen." Er sei gegen "taktische Politik". Es müsse immer um die "konkrete Lösung von Problemen" gehen. Die Bundesregierung stehe voll hinter dieser Linie.

"Unsere Politik ist nicht vom Ressentiment getragen. Wir müssen hart sein, wenn jemand keinen Anspruch hat zu bleiben. Wir müssen zugleich offen und modern sein, weil wir Arbeitskräfte aus anderen Ländern bei uns brauchen", sagte Scholz. Es gehe jetzt darum, die Gesellschaft zusammenzuhalten. Wer unbegrenzte Zuwanderung wolle, müsse "so ehrlich sein und sagen, dass wir dann unseren Sozialstaat, wie wir ihn heute haben, nicht aufrechterhalten könnten".

"Wer Juden angreift, greift uns alle an"

Bundeskanzler fordert "Abschiebungen im großen Stil" "Wir müssen schneller und mehr abschieben", sagt Bundeskanzler Olaf Scholz. Dafür müssten die Behörden "run....

Mit Blick auf antisemitisch motivierte Ausschreitungen in Deutschland sagte Scholz, man müsse "allen entschieden entgegentreten, die antisemitische Parolen brüllen, die Flaggen des Staates Israels verbrennen, die unverhohlen den Tod von Menschen durch den Terrorangriff der Hamas bejubeln". Der Staat werde alles tun, um jüdisches Leben in Deutschland zu schützen. "Und wir werden uns als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes nicht auseinanderdividieren lassen. Wer Juden angreift, wer sie beleidigt oder verletzt, greift uns alle an", sagte Scholz.

Michele Tantussi Bundeskanzler Olaf Scholz hat sich für ein deutlich konsequenteres Vorgehen in der Abschiebung von Migrantinnen und Migranten ohne Bleibeperspektive ausgesprochen. Michele Tantussi Bundeskanzler Olaf Scholz hat sich für ein deutlich konsequenteres Vorgehen in der Abschiebung von Migrantinnen und Migranten ohne Bleibeperspektive ausgesprochen.

Load-Date: October 20, 2023

End of Document

Olaf Scholz erwägt zusätzliche Maßnahmen an deutschen Grenzen; Der Bundeskanzler fordert eine strengere Kontrolle der Migration. Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen will an der Grenze zu Polen härter gegen Schleuser vorgehen.

ZEIT-online

Samstag 23. September 2023 2:38 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Grenze zu Polen und Tschechien; Ausg. 1

Length: 664 words

Byline: Juliane Frisse

Body

In der Debatte um Einwanderung und Grenzkontrollen hat sich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) für eine stärkere Kontrolle der irregulären **Migration** ausgesprochen und mögliche zusätzliche Maßnahmen in Aussicht gestellt. Es seien sehr viele, die nach Europa und nach Deutschland kämen, und die Zahl habe "dramatisch zugenommen", sagte er bei einer SPD-Kundgebung in Nürnberg.

Deutschland bekenne sich zum Asylrecht, betonte der Kanzler. Wer komme und sich nicht auf Schutzgründe berufen könne oder Straftaten begangen habe, müsse aber auch zurückgeführt werden.

Prüfung temporärer Grenzkontrollen

Das Bundesinnenministerium von Nancy Faeser (SPD) prüft nach langer Ablehnung momentan, im Kampf gegen Schleuserkriminalität kurzfristige stationäre Grenzkontrollen an den Grenzen zu Polen und Tschechien einzuführen. Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) appellierte an die Ministerin, die Maßnahmen gegen illegale Zuwanderung zügig umzusetzen. "Bundesinnenministerin Faeser hat schon viel angekündigt. Jetzt zählen Taten, um den skrupellosen Schleuserbanden das Handwerk zu legen", sagte Stübgen.

Während im August im Durchschnitt 35 illegal Eingereiste pro Tag von der Bundespolizei an die Erstaufnahmeeinrichtung in Brandenburg weitergeleitet worden seien, seien es in diesem Monat mittlerweile schon 57 pro Tag, sagte Stübgen. "Die Einrichtung stationärer Grenzkontrollen ist daher dringender denn je, dabei hat die Bundesinnenministerin meine Unterstützung."

Unterstützung von Polizei-Gewerkschaft

Noch vor Kurzem hatte Faeser die Unionsforderung nach stationären Grenzkontrollen der Bundespolizei etwa an den Grenzen nach Polen und Tschechien mehrfach abgelehnt. Stübgen hat daher vor Wochen kritisiert: "In Bayern lässt Nancy Faeser die Grenze kontrollieren und illegale Flüchtlinge zurückschicken. Worauf sie an der Grenze zu Polen noch warten will, weiß ich nicht."

Olaf Scholz erwägt zusätzliche Maßnahmen an deutschen Grenzen Der Bundeskanzler fordert eine strengere Kontrolle der Migration. Brandenburgs Innenminister Micha....

Für ihren Kurswechsel beim Thema Grenzkontrollen erhält Faeser auch Zuspruch vonseiten der Polizei. "Unser Hauptaugenmerk muss auf der Bekämpfung der bandenmäßigen Schleuserkriminalität liegen, das ist der Schlüssel zur Eindämmung illegaler Migration", sagte der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jochen Kopelke, dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. Vorübergehende stationäre Grenzkontrollen und eine verstärkte Schleierfahndung seien der richtige Ansatz.

Scholz fordert Aufklärung der polnischen Visa-Affäre

Scholz forderte Aufklärung über mögliche Unregelmäßigkeiten bei Visa-Vergaben im Nachbarland Polen. Polnische Beamte sollen gegen Geldzahlungen massenhaft Schengen-Visa an Antragsteller in Afrika und Asien vergeben haben. "Der Visa-Skandal, der in Polen stattfindet, der braucht eine Aufklärung", sagte der SPD-Politiker.

"Ich möchte nicht, dass aus Polen einfach durchgewinkt wird und wir dann hinterher die Diskussion führen über unsere Asylpolitik", fuhr er fort. Wer in Polen ankomme, müsse dort registriert werden und auch dort ein Asylverfahren machen. Es könne nicht sein, dass durch "irgendwelche Visen, die für Geld verteilt worden sind", das Problem in Deutschland noch größer werde. Deutschland müsse ansonsten an der Grenze zu Polen weitere Maßnahmen ergreifen.

Scholz kündigte weitere Gespräche mit der polnischen Regierung an. Bundesinnenministerin Faeser hat mit ihrem polnischen Amtskollegen Mariusz Kamiński wegen der polnischen Visa-Affäre bereits telefoniert.

In Polen sorgt der Vorgang vor der dort Mitte Oktober angesetzten Parlamentswahl für Aufregung. Bestätigen sich die Korruptionsvorwürfe gegen Beamte des Außenministeriums, wäre dies für die regierende PiS-Partei ein Rückschlag. Die nationalkonservative Partei steht in der EU eigentlich für eine harte Haltung in der Migrationspolitik. Die polnische Regierung hat die Vorwürfe als übertrieben zurückgewiesen.

Hannes P. Albert Zwei Polizisten stehen an der deutsch-polnischen Grenze in Frankfurt (Oder). Hannes P. Albert Zwei Polizisten stehen an der deutsch-polnischen Grenze in Frankfurt (Oder).

Load-Date: September 23, 2023

US-Bundesgericht stoppt neue Asylpolitik der Biden-Regierung; Die seit Mai geltenden Regeln zur Begrenzung der Migration aus Mexiko sind laut einem US-Gericht rechtswidrig. Die Regierung in Washington will in Berufung gehen.

ZEIT-online

Dienstag 25. Juli 2023 11:49 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 369 words

Byline: Mathias Peer

Body

Adam Schultz/White House

Joe Biden, Präsident der USA, geht mit Beamten der Zoll- und Grenzschutzbehörde bei einem Besuch der Grenzmauer entlang des Rio Grande. Biden ist in El Paso, um sich ein Bild von der südlichen Grenze zu machen, wo die Einwanderung einen Rekordstand erreicht hat.

In den USA hat ein Bundesgericht die seit Mai geltende Asylpolitik der Regierung von Präsident Joe Biden gekippt. Richter Jon Tigar am Bundesbezirksgericht in San Francisco erklärte die vor zehn Wochen erlassene Regelung für rechtswidrig, nach der Asylsuchende ihren Antrag auf einen Schutztitel in den USA in ihren Heimatländern oder in Transitländern auf dem Weg in die USA stellen müssen. Das Urteil könnte die US-Behörden erneut dazu zwingen, die Asylanträge aller Menschen zu prüfen, die das Staatsgebiet der USA erreichen.

Bidens neue Vorschriften sehen unter anderem ein fünfjähriges Wiedereinreiseverbot vor, wenn Migrantinnen und Migranten auf irregulärem Wege versuchen, ins Land zu kommen. Es können auch Geld- und Gefängnisstrafen verhängt werden. Migranten dürfen der Regelung nach aber auch nicht ohne reguläres Verfahren abgeschoben werden, was während der Corona-Pandemie möglich war.

Bundesrichter Tigar setzte sein Urteil zunächst für 14 Tage aus, um der Regierung in Washington Zeit zu geben, Berufung gegen das Urteil einzulegen. Das US-Justizministerium stellte bereits Berufung in Aussicht und kündigte zunächst an, einen längeren Aufschub für die Umsetzung des Urteils zu beantragen.

Gegen die am 16. Mai verkündeten Asylregelungen der Biden-Regierung hatten mehrere Hilfsgruppen für Migranten geklagt. Die Kläger hatten argumentiert, das Vorgehen beruhe auf der Annahme, dass die an die Grenze kommenden Personen eigentlich nicht asylberechtigt seien.

Die Lage an der südlichen US-Grenze ist seit Jahren angespannt. Von 2021 an waren die Zahlen der illegalen Übertritte auf US-Territorium auf bis zu 250.000 pro Monat angestiegen. Im Juni belief sich diese Zahl auf knapp

US -Bundesgericht stoppt neue Asylpolitik der Biden-Regierung Die seit Mai geltenden Regeln zur Begrenzung der Migration aus Mexiko sind laut einem US -Gericht

145.000 aus Expertensicht auch wegen der nun als unrechtmäßig eingestuften Beschränkungen. Das Thema Migration polarisiert in den USA, Republikanerinnen und Republikaner werfen der Biden-Regierung eine "Politik der offenen Tür" vor.

Load-Date: July 26, 2023

End of Document

Migrationspolitik und Reformpläne sorgen für Streit beim EU-Gipfel; Die Stimmung unter den Teilnehmern des EU-Gipfels ist angespannt - vor allem wegen der Migrationspolitik. Polen und Ungarn könnten eine gemeinsame Erklärung blockieren.

ZEIT-online

Freitag 6. Oktober 2023 9:34 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Treffen in Granada; Ausg. 1

Length: 738 words

Body

Beim informellen EU-Gipfel im spanischen Granada droht erneut Streit über die gemeinsame **Migrationspolitik**. Bis zum Donnerstagabend war unklar, ob Länder wie Polen und Ungarn bereit sind, eine geplante gemeinsame Erklärung zum Thema mitzutragen. Grund ist nach Angaben von Diplomaten vor allem, dass die derzeitigen Pläne für eine Reform des europäischen **Asylsystems** eine Pflicht zur Solidarität vorsehen.

Stark belasteten Staaten an den EU-Außengrenzen - etwa Italien und Griechenland - soll demnach künftig ein Teil der **Asylsuchenden** abgenommen werden. Länder, die keine **Flüchtlinge** aufnehmen wollen, würden zu Ausgleichszahlungen gezwungen werden. Beim Juni-Gipfel haben Spitzengespräche zum Thema **Migration** wegen dieses Streits ergebnislos und ohne Erklärung geendet.

Ungarn und Polen halten zudem auch die am Mittwoch vereinbarten Pläne für einen Krisenmechanismus innerhalb des EU-Asylsystems für unzureichend. Sie wollen bei einem Massenzustrom von Migranten weitreichend von normalen Schutzstandards für diese Menschen abweichen können.

Gespräch zwischen Scholz und Meloni erwartet

Am Rande des informellen Gipfels wird es voraussichtlich auch zu einem Gespräch zwischen Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni kommen. Meloni hat sich in einem Brief an Scholz kürzlich über deutsche Finanzhilfen für Nichtregierungsorganisationen beschwert, die Bootsmigranten aus dem Mittelmeer retten, um sie dann in Italien an Land zu bringen. Die Bundesregierung verweist bislang darauf, dass die Hilfe bereits vom Bundestag genehmigt worden sei und nicht mehr rückgängig zu machen sei.

Auch eine Debatte über Reformen vor einer möglichen EU-Erweiterung steht auf der Tagesordnung. Strittig ist dabei, wie die Europäische Union handlungsfähig bleiben kann, auch wenn sie deutlich größer werden sollte. Im Dezember soll entschieden werden, ob mit der Ukraine und Moldau Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden und ob Georgien den Status des Beitrittskandidaten bekommt.

Migrationspolitik und Reformpläne sorgen für Streit beim EU-Gipfel Die Stimmung unter den Teilnehmern des EU-Gipfels ist angespannt - vor allem wegen der Migrat....

EU-Ratspräsident Charles Michel sprach sich zuletzt dafür aus, dass die EU bis 2030 bereit für die Aufnahme von Ländern wie der Ukraine sein muss. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen befürwortete eine rasche Erweiterung, nennt jedoch kein Datum. Ein Beitritt der Ukraine gilt vor allem deshalb als schwierig, etwa weil das vom russischen Angriffskrieg betroffene Land vergleichsweise groß ist und vermutlich auf nicht absehbare Zeit Zuschüsse erhalten müsste. Zudem würde die riesige Landwirtschaft eine umfangreiche Reform der EU-Agrarförderungen notwendig machen.

Debatte über Mittelkürzungen bei Verstößen gegen EU-Standards

Frankreich und Deutschland warben zuletzt für Reformen, die den Weg für eine größere Union ebnen könnten. Demnach soll zum Beispiel das in manchen Politikbereichen übliche Einstimmigkeitsprinzip aufgeweicht werden, um die Blockade von Beschlüssen durch Vetos unwahrscheinlicher zu machen. Außerdem könnten neue Einnahmequellen für den EU-Haushalt erschlossen und die Möglichkeit von Mittelkürzungen bei Verstößen gegen EU-Standards ausgeweitet werden. Mit einer schnellen Einigung rechnet derzeit allerdings niemand. Dazu liegen die Vorstellungen bislang noch zu weit auseinander.

Beitrittsverhandlungen führte die EU zuletzt mit den Balkanstaaten Montenegro, Albanien, Serbien, Bosnien und Herzegowina und Nordmazedonien. Zudem sind neben der Ukraine auch noch das Kosovo sowie Moldau, Georgien und die Türkei Bewerberländer. Mit der Türkei gab es bereits lange Beitrittsverhandlungen, sie sind allerdings seit Jahren wegen rechtsstaatlicher Defizite gestoppt.

Auch über die weitere Unterstützung für die Ukraine soll am Freitag gesprochen werden. Ursula von der Leyen und der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell haben vorgeschlagen, im Zeitraum bis Ende 2027 zusätzliche 70 Milliarden Euro bereitzustellen. 20 Milliarden Euro davon sollen für die Lieferung von Waffen und militärischer Ausrüstungen dienen, die anderen 50 Milliarden Euro vor allem zur Stützung des ukrainischen Staatshaushalts und den Wiederaufbau. Da der Gipfel ein informeller ist, wird es allerdings keine offiziellen Beschlüsse geben. Am Tag zuvor fand ebenfalls in Granada bereits ein Europa-Gipfel mit rund 50 Staats- und Regierungschefs statt.

Borja Puig de la BellacasaBorja Puig de la Bellacasa

Load-Date: October 6, 2023

Ricarda Lang hofft auf Korrekturen beim Asylkompromiss; Die Vorsitzende der Grünen setzt darauf, dass die EU-Einigung noch einmal überarbeitet wird. In der jetzigen Form würde sie das Leid an den Außengrenzen nicht mildern.

ZEIT-online

Sonntag 11. Juni 2023 9:31 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 308 words

Byline: Melina Crispin; Tobias Dorfer

Body

Sven Hoppe

Die Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang hofft, dass sich der **Asyl**-Kompromiss der EU noch verbessert.

Die Parteichefin der Grünen, Ricarda Lang, setzt bei dem **Asylkompromiss** in der EU auf Veränderungen im Gesetzesprozess. Die Reform ist bei den Grünen umstritten. "Jetzt wird es Verhandlungen geben, sowohl im Trilog als auch noch mal mit dem Europäischen Parlament", sagte die Co-Vorsitzende der Grünen in der ARD-Sendung *Bericht aus Berlin*.

"Und ich bin mir sicher, dass sich unsere Europäer da sehr klar für Verbesserungen einsetzen werden unter anderem, was eine Ausnahme für Kinder angeht." Denn in der jetzigen Form werde die Asyleinigung "weder das Leid an den Außengrenzen mildern noch tatsächlich zu geordneten Verfahren führen, weil es an einer wirklich verpflichtenden Verteilung fehlt".

Bei den Grünen hat der Kompromiss für heftigen Streit gesorgt, besonders zwischen den Flügeln der Linken und Realpolitikerinnen und Politikerin. "Wir werden das gemeinsam auf unserem Parteitag diskutieren, weil sich ja niemand diese Sache leicht macht, weil es ja auch schlichtweg nicht leicht ist", sagte Lang. Sie hatte in einer ersten Reaktion erklärt, Deutschland hätte dem Kompromiss nicht zustimmen dürfen.

Scholz verteidigt Reform

Unterdessen hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) die geplante Reform verteidigt. Es müsse aufhören, dass Länder mit dem Finger auf andere zeigten und sich nicht zuständig fühlten. "Deshalb ist die Verabredung, dass wir einen Solidaritätsmechanismus etablieren", sagte Scholz beim Evangelischen Kirchentag in Nürnberg. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) rechnet nach der Reform mit sinkenden Flüchtlingszahlen in Deutschland. Unionspolitiker fordern von der Bundesregierung zügig auch eigene Maßnahmen gegen illegale Migration, bevor die neuen Regeln auf EU-Ebene in Kraft treten.

Ricarda Lang hofft auf Korrekturen beim Asylkompromiss Die Vorsitzende der Grünen setzt darauf, dass die EU-Einigung noch einmal überarbeitet wird. In der jetzi....

Load-Date: June 12, 2023

End of Document

Landkreise begrüßen Einigung im EU-Asylstreit; Der Präsident des Deutschen Landkreistags lobt den Kompromiss zu strengeren EU-Asylregeln. Der FDP-Generalsekretär dankt Nancy Faeser und kritisiert die Grünen.

ZEIT-online

Freitag 9. Juni 2023 9:44 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Kommunen; Ausg. 1

Length: 627 words

Byline: Fabian Albrecht

Body

Kay Nietfeld

Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistages, gibt im Februar nach dem **Flüchtlingsgipfel** mit Vertretern der Innenministerkonferenz und der kommunalen Spitzenverbände im Innenministerium in Berlin eine Pressekonferenz.

Der Deutsche Landkreistag hat sich erleichtert über die Einigung auf strengere EU-**Asylregeln** gezeigt. Die Ergebnisse zeigten, dass eine Reform des europäischen **Asylrechts** möglich sei, sagte der Präsident des kommunalen Spitzenverbands, Reinhard Sager (CDU). "Daran hat auch Deutschland entscheidenden Anteil. Das ist gut so."

Die Landkreise erwarteten nun, "dass die gefundene Linie bei den weiteren Schritten auf europäischer Ebene durchgehalten wird". So müsse außer den Grenzverfahren auch die gerechtere Verteilung der Flüchtlinge in der EU dringend umgesetzt werden. Die Maßnahmen seien ohne wirkliche Alternative, wenn man die Zuwanderung steuern und irreguläre Einwanderung begrenzen wolle. "Das brauchen die Landkreise vor dem Hintergrund, dass die Kapazitäten für die Aufnahme, aber auch und vor allem für die Integration neu ankommender Menschen ausgeschöpft sind."

Die EU-Staaten haben am Donnerstag in Luxemburg mit einer ausreichend großen Mehrheit für umfassende Reformpläne gestimmt. Vorgesehen ist insbesondere ein deutlich härterer Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive. Über die Pläne müssen die Staaten nun noch mit dem EU-Parlament verhandeln.

Bijan Djir-Sarai dankt Nancy Faeser und kritisiert die Grünen

FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai sprach von einem "Erfolg nach etlichen Jahren des politischen Stillstands", der auch Städten und Landkreisen helfen werde. "Mehr Kontrolle und Steuerung bei der Migration und schnelle Asylverfahren an den EU-Außengrenzen werden dazu beitragen, dass eine menschenwürdige Versorgung der

Landkreise begrüßen Einigung im EU-Asylstreit Der Präsident des Deutschen Landkreistags lobt den Kompromiss zu strengeren EU-Asylregeln. Der FDP-Generalsekretär....

Geflüchteten möglich ist und auch deutsche Kommunen in ihren Anstrengungen entlastet werden", sagte der Liberale.

Djir-Sarai dankte außerdem Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Sie habe "als Hauptverhandlerin für Deutschland diese Einigung ermöglicht und dem Druck des grünen Koalitionspartners standgehalten", sagte Djir-Sarai. Den anderen Koalitionspartner kritisierte der Generalsekretär hingegen für seine Position in dem deutschland- und EU-weit umstrittenen Kompromiss. "Hätte sich die grüne Position durchgesetzt, wäre eine EU-Einigung auf ein neues Asylsystem an Deutschland gescheitert."

Union sieht Bundesregierung "weitgehend isoliert"

Aus der Union kam hingegen Kritik an Faesers Verhandlungsführung. Die Sozialdemokratin habe keine gute Figur abgegeben, sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Union, Andrea Lindholz. "Ermöglicht hat die Einigung offenbar das fehlende Verhandlungsgeschick von Frau Faeser. Die Bundesregierung war mit ihren Forderungen zum Schluss offenbar weitgehend isoliert." Faeser dürfe die von ihr mitgetragene Position der Mitgliedsstaaten in den anstehenden Verhandlungen mit dem EU-Parlament nicht aus innenpolitischen Gründen durchkreuzen, sagte Lindholz.

Darüber hinaus forderte Lindholz von der Bundesregierung, auch mit nationalen Maßnahmen gegenzusteuern. Denn die neuen Regeln würden frühestens im Laufe des kommenden Jahres in Kraft treten. "In der aktuell angespannten Migrationslage werden sie nicht helfen." Im Grundsatz sei die Einigung aber zu begrüßen, sagte die CSU-Politikerin. "Europa braucht mehr Ordnung, Steuerung und Begrenzung in der Asylpolitik."

Die Bundesregierung hat sich in den Verhandlungen nachdrücklich dafür eingesetzt, dass Familien mit Kindern von den sogenannten Grenzverfahren ausgenommen werden. Um den Durchbruch zu ermöglichen, mussten sie allerdings letztlich akzeptieren, dass dies doch möglich sein könnte. Vor allem die Grünen hatten hier im Vorfeld auf eine Ausnahme gepocht.

Load-Date: June 9, 2023

Zuwanderung in Industrieländer stärkt laut OECD den Arbeitsmarkt; Mit der Arbeitsmigration ist auch die Beschäftigungsquote von Migranten in Industrieländern gestiegen. Das wirkt laut einem OECD-Bericht dem Arbeitskräftemangel entgegen.

ZEIT-online

Montag 23. Oktober 2023 5:35 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: OECD-Migrationsbericht; Ausg. 1

Length: 421 words

Byline: David Rech

Body

Die Zuwanderung in die Industrieländer ist auf ein Rekordniveau gestiegen - und stärkt dort den Arbeitsmarkt. Das ist das Ergebnis des neuen **Migrationsberichts** der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Sowohl die Arbeitsmigration als auch die Beschäftigungsquote von **Migranten** sind demnach gestiegen. Das hänge damit zusammen, dass in vielen OECD-Ländern ein Mangel an Arbeitskräften herrscht, teilte die OECD in Paris mit.

Durch diesen Arbeitskräftemangel sei Arbeitsmigration hoch auf die politische Agenda gerückt. Länder wie Deutschland oder auch Australien planten daher veränderte Rahmenbedingungen für die Zuwanderung, hieß es. Andere Länder hätten die Zahl an Arbeitsmigranten, die sie gewinnen wollten, erhöht, teilte die OECD mit.

Mit mehr als sechs Millionen dauerhaften Zuwanderern in die OECD-Länder habe der Zuzug 2022 ein noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht. Geflüchtete aus der Ukraine sind in diesen Zahlen nicht berücksichtigt. Für Deutschland geht die OECD für 2022 von 641.100 dauerhaften Zuwanderern aus.

Beschäftigungsquote auf Rekordhoch

Zudem haben Asylanträge in den OECD-Ländern mit mehr als zwei Millionen Anträgen 2022 ein Rekordhoch erreicht. Besonders stark ist die Zahl der Asylbewerber dem Bericht zufolge in den USA gestiegen.

In Deutschland stieg die Zahl nach den OECD-Daten im vergangenen Jahr im Vergleich zum Vorjahr um 47 Prozent auf 218.000. Die meisten der Antragsteller kamen aus Syrien, Afghanistan und der Türkei. Die Zahl der Einbürgerungen stieg OECD-weit auf einen Rekordwert von 2,8 Millionen.

Mehr Teilhabe von Migrantinnen am Arbeitsmarkt

Zuwanderung in Industrieländer stärkt laut OECD den Arbeitsmarkt Mit der Arbeitsmigration ist auch die Beschäftigungsquote von Migranten in Industrieländern ges....

In mehr als der Hälfte der OECD-Länder ist die Beschäftigungsquote von Migranten unterdessen auf das höchste Niveau seit mehr als zwei Jahrzehnten angestiegen. In Deutschland legte sie binnen eines Jahres um 1,5 Prozentpunkte auf 69,8 Prozent zu.

Besonders verbessert hat sich dem Bericht zufolge die Teilhabe von Migrantinnen am Arbeitsmarkt. Dadurch sollen sich geschlechtsspezifische Unterschiede in etlichen Ländern verringert haben. Allerdings hält sich Langzeitarbeitslosigkeit unter Migrantinnen nach den OECD-Zahlen weiterhin stärker als unter zugezogenen Männern. In den EU-Ländern sank die Langzeitarbeitslosigkeit unter Migranten im vergangenen Jahr auf 3,7 Prozent von 4,6 Prozent im Vorjahr.

[M] Klaus-Dietmar Gabbert Arbeiter im Hochregallager eines Logistikzentrums [M] Klaus-Dietmar Gabbert Arbeiter im Hochregallager eines Logistikzentrums

Load-Date: October 23, 2023

End of Document

**Deutschland will Asyl-Krisenverordnung der EU laut Faeser zustimmen;
Nach langer Blockade ebnet Deutschland den Weg für die Reform des EU-
Asylsystems. Die Bundesinnenministerin sprach von einem "hervorragend
ausgehandeltem Kompromiss".**

ZEIT-online

Donnerstag 28. September 2023 12:24 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: EU-Asylreform; Ausg. 1

Length: 564 words

Byline: Ulrike Tschirner

Body

Trotz anhaltender Bedenken will Deutschland der umstrittenen Krisenverordnung für die geplante EU-**Asylreform** zustimmen. "Obwohl wir noch weiteren Änderungsbedarf hätten und auch darüber hinaus, werden wir heute unserer Verantwortung gerecht", sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) beim EU-Innenministertreffen in Brüssel. Deswegen werde man dem Kompromiss zustimmen. Dieser sei "hervorragend ausgehandelt".

Die sogenannte Krisenverordnung soll greifen, wenn durch besonders viele Migranten eine Überlastung der Asylsysteme droht. Sie sieht etwa vor, dass deutlich mehr Migranten direkt an den Außengrenzen Verfahren durchlaufen und auch direkt dort abgewiesen werden können. Laut der Krisenverordnung können Staaten, in denen besonders viele Schutzsuchende eintreffen, die haftähnliche Unterbringung von Migranten verlängern - auch auf solche Personen, die sehr wahrscheinlich Anspruch auf internationalen Schutz haben.

Faeser hatte vor den Beratungen gesagt, es sei wichtig für die Bundesregierung, dass ein Mitgliedsland im Krisenfall "nicht leichtfertig" Asylstandards absenke. Hohe Asylnormen müssten auch dann gelten, wenn Drittländer Migranten gezielt in die EU weiterleiteten - wie es zuletzt Belarus getan hatte. Ob eine Instrumentalisierung vorliege, müsse jeweils der Rat der EU mit qualifizierter Mehrheit entscheiden, nicht der betreffende Staat selbst, forderte Faeser.

Faeser will von EU-Kollegen Zugeständnisse

Bisher hatten die Grünen in der Ampelkoalition eine deutsche Zustimmung zur europäischen Krisenverordnung blockiert. Sie begründeten dies mit einer drohenden Aushöhlung des Asylrechts. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) stellte Berichten zufolge dann am Mittwoch im Bundeskabinett klar, dass Deutschland im Zusammenhang mit der Krisenverordnung in Brüssel "nichts aufhalten" werde.

Deutschland will Asyl-Krisenverordnung der EU laut Faeser zustimmen Nach langer Blockade ebnet
Deutschland den Weg für die Reform des EU-Asylsystems. Die Bundes....

Die zuständige EU-Kommissarin Ylva Johansson sagte, sie hoffe, dass die Minister bei ihren Beratungen "den letzten kleinen Schritt" machten und die gemeinsame Ratsposition festlegten. Die finale Gesetzgebung werde jedoch in den Verhandlungen mit EU-Parlament und -Kommission ausgehandelt.

Die EU-Kommission, aber auch viele Mitgliedsstaaten und Abgeordnete des Europäischen Parlaments wollen die Asylreform noch vor den Europawahlen im kommenden Juni zum Abschluss bringen. Der Zeitplan gilt als ambitioniert. Danach übernehmen Ungarn und Polen für jeweils ein halbes Jahr den Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Es wird nicht damit gerechnet, dass die beiden Regierungen der Asylreform die gleiche Priorität einräumen wie frühere Ratspräsidentschaften.

Maja Hitij BERLIN, GERMANY - SEPTEMBER 27: German Interior Minister Nancy Faeser arrives to speak to the media to announce new border controls along Germany's borders with Poland and the Czech Republic on September 27, 2023 in Berlin, Germany. The controls are an effort to counter the smuggling of migrants into Germany, which has grown dramatically in recent months. (Photo by Maja Hitij/Getty Images) Maja Hitij BERLIN, GERMANY - SEPTEMBER 27: German Interior Minister Nancy Faeser arrives to speak to the media to announce new border controls along Germany's borders with Poland and the Czech Republic on September 27, 2023 in Berlin, Germany. The controls are an effort to counter the smuggling of migrants into Germany, which has grown dramatically in recent months. (Photo by Maja Hitij/Getty Images)

Load-Date: September 28, 2023

Er will nicht der Abschiebebeauftragte sein; Die Bundesregierung will Zuwanderung besser steuern. Der FDP-Politiker Joachim Stamp soll "faire Migrationsabkommen" mit ärmeren Ländern verhandeln. Wie kann das gehen?

ZEIT-online

Samstag 4. März 2023 9:58 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Joachim Stamp; Ausg. 1

Length: 1895 words

Byline: Lisa Caspari

Body

Political-Moments

Joachim Stamp, aufgenommen im Landtag Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf am 15.05.2022

Von Joachim Stamp ist aktuell wenig zu sehen und zu hören. Der Amtsantritt des Mannes, der für die Bundesregierung die **Migration** besser steuern soll, war Anfang Februar zwar mit großen Hoffnungen auch in den eigenen Reihen verbunden. Doch der FDP-Politiker gibt derzeit kaum Interviews, hatte bisher nur einen öffentlichen Auftritt. Wie passt das zusammen?

Nun, Stamp hat nicht nur eine riesige Aufgabe vor sich - wo anfangen beim Megathema **Migration**? - sondern er will offensichtlich auch weitere Missverständnisse bezüglich seiner Rolle vermeiden. Lieber unter dem Radar arbeiten, als falsche Hoffnungen enttäuschen zu müssen. Und die gibt es zahlreich, gegen die kommt er gerade auch nicht an, wie sein bislang einziger öffentlicher Auftritt zeigte.

Es war Mitte Februar bei der Pressekonferenz nach dem **Flüchtlingsgipfel**. Die Länder und Kommunen hatten in der Sitzung mit Innenministerin Nancy Faeser (SPD) über die Belastung durch die Zuwanderung geklagt. Auch deswegen, sagt schließlich der hessische Innenminister Peter Beuth (CDU) in der Pressekonferenz, brauche es nun endlich eine "Rückführungsoffensive" für abgelehnte **Asylbewerber**. Er sei froh, dass die Bundesregierung nun jemanden dafür eingesetzt habe, der dieses Thema zur Chefsache mache.

Keine einseitige Rausschmeißpolitik

Stamp, der neue Sonderbevollmächtigte für Migrationsabkommen, so sein offizieller Titel, musste sich da angesprochen fühlen und gleichzeitig vehement widersprechen: Für Abschiebungen blieben weiterhin die Länder verantwortlich, sagte der FDP-Politiker: Er sei "ausdrücklich nicht der Abschiebebeauftragte". Als Sonderbevollmächtigter sei es vielmehr seine Aufgabe, "umfassende Migrationspartnerschaften mit Herkunftsländern" von Asylbewerbern zu schließen und zwar "auf Augenhöhe".

Er will nicht der Abschiebebeauftragte sein Die Bundesregierung will Zuwanderung besser steuern. Der FDP-Politiker Joachim Stamp soll "faire Migrationsabkommen"....

Stamp kämpft in seinem neuen Amt mit einem Missverständnis, das, ob gewollt oder ungewollt, auch manches Mitglied der Ampel-Regierung befeuert: Ist er als Sonderbevollmächtigter vor allem dafür da, Abschiebungen zu beschleunigen? Indem er "kooperationsunwillige Herkunftsländer" von der Rücknahme ihrer Landsleute überzeugt, wie es der SPD-Innenexperte Dirk Wiese es zuletzt formulierte? 50.000 bis 60.000 Menschen leben nach offiziellen Angaben in Deutschland, deren Asylantrag abgelehnt wurde und die auch keine Duldung haben. Sie müssten längst ausgeweisert sein, sind aber noch hier, unter anderem weil ihre Heimatländer keine Motivation haben, sie schnell zurückzunehmen.

Doch Stamps neuer Job besteht nicht nur aus Abschiebungen, sondern aus einem Zweiklang, der auch so im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist: Bei den Migrationspartnerschaften soll es auch um Möglichkeiten für mehr "reguläre Zuwanderung" nach Deutschland gehen. Länder in Afrika oder im Nahen Osten sollen künftig unterstützt werden, sowohl zum Beispiel bei der Ausbildung ihrer Jugendlichen und auch durch feste Kontingente für die legale Arbeitskräfteeinwanderung nach Deutschland. Man müsse den Herkunftsländern auch etwas dafür geben, ihre abgeschobenen Landsleute zurückzunehmen, allen voran die Straftäter das war die Überzeugung von SPD, Grünen und FDP bei den Koalitionsverhandlungen.

Viel gelobt im Koalitionsvertrag

Sowieso war im Herbst 2021, als SPD, Grüne und FDP zueinander fanden, viel von einem "Perspektivwechsel" in der Migrationspolitik die Rede. Nach Jahren des Stillstands wollte man künftig die Chancen von Zuwanderung mehr betonen und ein Punktesystem für Einwanderung schaffen, um den Fachkräftemangel in Deutschland zu bekämpfen. Integrierten Einwanderern soll schneller der deutsche Pass verliehen werden, geduldete Asylbewerber sollen die Möglichkeit zum Wechsel in den regulären Arbeitsmarkt bekommen. Auf der anderen Seite sollen Ausreisepflichtige erfolgreicher abgeschoben werden.

Und weil das nicht gegen den Willen der Herkunftsländer geht, wurde im Herbst 2021 die Idee der "Abkommen auf Augenhöhe" geboren und die Position eines Sonderbevollmächtigten für Migrationsabkommen geschaffen. "Es gibt Vereinbarungen einfach eine andere Legitimation, wenn sie von einer bestimmten Person mit Prokura und nicht wie bisher auf Beamtenebene verhandelt werden", sagt der Migrationsforscher Steffen Angenendt von der Stiftung Wissenschaft und Politik.

Differenzen schon vor Amtsantritt

Joachim Stamp, der den Migrationsteil des Koalitionsvertrags federführend für seine Partei verhandelt hatte, galt wegen seiner Erfahrung als ehemaliger FDP-Integrationsminister in Nordrhein-Westfalen früh als ein guter Kandidat. Und doch passierte, nachdem die Ampel-Koalition im Dezember 2021 auch offiziell die Amtsgeschäfte aufgenommen hatte, bei dieser Personalie mehr als ein Jahr lang: nichts.

Hinter den Kulissen wurde zwischen SPD, Grünen und FDP lange über die Frage gestritten, in welchem Ministerium der Sonderbevollmächtigte angesiedelt werden sollte. Im Innenministerium (was einen Schwerpunkt auf Abschiebungen und restriktivere Auslegung der Migrationspolitik nahelegen könnte) oder im Auswärtigen Amt, wo zwischenstaatliche Abkommen eben verhandelt werden und die eher einwanderungsfreundlichen Grünen das Sagen haben? Erst am 1. Februar dieses Jahres trat Joachim Stamp den Job an, er wurde letztlich Innenministerin Faeser unterstellt.

"Das Thema Abschiebungen ist hochpolitisch", sagt auch Migrationsforscher Angenendt. Wichtig sei daher, dass der Sonderbevollmächtigte nicht als Abschiebeminister verstanden werde und die Unterstützung der gesamten Bundesregierung für einen "umfassenden Ansatz" habe, also dass hier "das Innenministerium, das Auswärtige Amt, das Entwicklungshilfeministerium und das Arbeitsministerium an einem Strang ziehen und ihre Expertise einbringen", sagt Angenendt. "Solche Verhandlungen sind sehr schwierig, das geht nicht von heute auf morgen." Und eine Gefahr des Scheiterns bestehe immer, gibt der Migrationsexperte zu bedenken.

Zumal auch in der Koalition unterschiedliche Nuancen von Stamps neuem Job betont werden. Die SPD zum Beispiel hebt hervor, beim Thema Rückführungen brauche es mehr Engagement von den Bundesländern, aber

Er will nicht der Abschiebebeauftragte sein Die Bundesregierung will Zuwanderung besser steuern. Der FDP-Politiker Joachim Stamp soll "faire Migrationsabkommen"....

eben auch "schnelle Erfolge" des neuen Migrationsbeauftragten. Die Grünen hingegen verweisen darauf, wie wichtig es sei, die potenziellen Partner wirklich gleichberechtigt und fair zu behandeln. "Wenn die Länder im Globalen Süden mit kolonialer Haltung jetzt unter Druck gesetzt werden, damit sie unsere europäischen Probleme beim Thema Migration lösen, werden wir gar nichts erreichen", sagt beispielsweise der Grünenabgeordnete Julian Pahlke, der in seiner Bundestagsfraktion für Migrationsfragen zuständig ist. Die Grünen unterstützen Migrationsabkommen, sagt er: Aber nur wenn sie fair verhandelt und nicht an Entwicklungshilfezusagen gekoppelt seien.

Eher Georgien als Nordafrika

Wie heikel schon die Anbahnungsphase solcher Abkommen ist, zeigte sich ebenfalls in der Pressekonferenz nach dem Flüchtlingsgipfel. Dort kündigte Hamburgs Innensenator Andy Grote (SPD) begeistert an, dass ja bereits ein Migrationsabkommen mit dem Irak "in der Pipeline" sei. Stamp wollte das auf Nachfrage aber nicht bestätigen. Zwar sei dies "eines der Länder, wo Abkommen gelingen können", aber offenbar laufen die ersten zarten Gespräche noch: "Bitte haben Sie Verständnis, dass ich nicht in die Details gehen kann: Jede Migrationspartnerschaft braucht einen erheblichen Vorlauf, wenn sie dauerhaft tragen soll", betonte Stamp erneut.

In der Koalition wird Stichwort Erwartungsmanagement für die nahe Zukunft eher ein Abkommen mit Georgien erwartet, mit Indien wurde gerade eins geschlossen. Beides sind recht stabile Länder, aber gerade bei den nordafrikanischen Staaten, aus denen deutlich mehr Asylbewerber kommen, stünden schwierige und langwierige Verhandlungen bevor, heißt es.

Hinzu kommt: Mit Ländern wie Syrien, Afghanistan, Iran, und seit Neuestem auch Russland, aus denen aktuell die meisten Asylbewerber stammen, sind "faire Migrationspartnerschaften", wie sie der Bundesregierung vorschweben, erst gar nicht möglich. Weil die Regierungen der Partnerländer nicht verlässlich sind und sie die Menschenrechte nicht achten.

Viele Asylbewerber haben ein Recht auf Schutz

"Selbst wenn morgen zehn Migrationsabkommen geschlossen würden, würde das die Zahl der Asylbewerber und die aktuelle Belastung für die Kommunen nicht reduzieren", betont daher auch Migrationsforscher Angenendt: "Die Kommunen stehen derzeit vor der riesigen Herausforderung, eine Million Ukrainerinnen zu integrieren." Und von den 245.000 Asylbewerbern aus anderen Ländern, die im vergangenen Jahr kamen, dürfen ebenfalls viele bleiben: 2022 wurden 56 Prozent aller Asylanträge bewilligt die Schutzquote ist damit auch wegen der vielen internationalen Krisen so hoch wie seit Jahren nicht mehr.

Trotzdem kann es schon aus Eigeninteresse helfen, bereits jetzt Migrationsabkommen auch mit Ländern anzubahnen, deren Jugend oft wegen Perspektivlosigkeit flieht was kein anerkannter Asylgrund in Deutschland ist. Zum Beispiel mit Ghana oder Marokko. Die Idee dahinter: Junge Menschen in diesen Ländern suchen ein besseres Leben, Deutschland braucht Arbeitskräfte. Je mehr Möglichkeiten entstehen, sich legal um einen Aufenthalt in Deutschland zu bewerben, desto weniger junge Menschen steigen auf illegale Schlepperboote, die oft genug im Mittelmeer sinken und für die Auswanderer einen grausamen frühen Tod bedeuten.

Die Anreize für die Herkunftsländer, im Gegenzug abgeschobene Landsleute zurückzunehmen, könnten dabei ganz unterschiedlich sein, sagt Angenendt: "Der Instrumentenkasten der Bundesregierung ist gut gefüllt." Zu den Ideen gehören zum Beispiel transnationale Ausbildungspartnerschaften im Pflege- und Baubereich oder die Ausbildung von Fachkräften für die Energiewende (Solar, grüne Wasserstoffproduktion). "Wir bilden aus für den lokalen Arbeitsmarkt im Partnerland und verhindern so die Gefahr des Braindrains, also dass gut Ausgebildete ihre Heimat verlassen", erklärt Angenendt. "Gleichzeitig geben wir einem Teil der Ausgebildeten die Möglichkeit, in Deutschland zu arbeiten. Solche Ansätze brauchen wir dringend wegen des zunehmenden Arbeitskräftemangels."

Zehn Mitarbeiter soll Stamp bekommen

Er will nicht der Abschiebebeauftragte sein Die Bundesregierung will Zuwanderung besser steuern. Der FDP-Politiker Joachim Stamp soll "faire Migrationsabkommen"....

Für die Herkunftsländer könnte das attraktiv sein, weil manche Regierungen ein Interesse an den Zahlungen haben, die ihre Landsleute, die im Ausland besser verdienen, nach Hause schicken. Diese unterstützen die Infrastruktur vor Ort. "Im Fall der früher hohen Zahl von Asylanträgen aus den Balkanländern hat das Versprechen geholfen, dass Arbeitskräfte ohne Visa in die EU einreisen können", sagt Angenendt. Denkbar sind aus Sicht der FDP auch Visaerleichterungen für Studierende oder Investitionen in E-Fuels-Fabriken vor Ort ein Projekt für deutsche Interessen, was von Kritikern als "zynisch" bezeichnet wurde.

Viel Arbeit also für den neuen Sonderbevollmächtigten, dem schon jetzt die Zeit davonläuft. Noch zweieinhalb Jahre sind es bis zur nächsten regulären Bundestagswahl, das ist nicht viel. Zehn Mitarbeiter soll Stamp bekommen, fünf in einer Geschäftsstelle in Bonn, fünf in der Fachabteilung im Berliner Innenministerium. Doch weil Stamp gerade erst mit dem Job begonnen hat, hat er aktuell nur eine Sekretärin. Die anderen Stellen sind ausgeschrieben.

Load-Date: March 4, 2023

End of Document

Union fordert von Scholz Maßnahmen in der Migrationspolitik; Nach dem Migrationsgipfel im Kanzleramt hat die Union 26 Forderungen vorgelegt. Sie will unter anderem eine Obergrenze von 200.000 Migranten jährlich.

ZEIT-online

Samstag 14. Oktober 2023 12:36 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migrationspolitik; Ausg. 1

Length: 548 words

Byline: Iven Fenker

Body

Unionsfraktionschef Friedrich Merz und der Hessens Ministerpräsident Boris Rhein (beide CDU) haben Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) ein 26 Punkte umfassendes Papier für einen "Deutschland-Pakt" zur Begrenzung der illegalen **Migration** vorgelegt. Es enthält 16 Forderungen für nationale Maßnahmen sowie zehn Punkte für Maßnahmen auf europäischer Ebene - weitgehend bekannte Forderungen der Union.

So verlangt die Union von Scholz unter anderem ein "gemeinsames Verständnis", "dass Deutschland mit Blick auf die Integrationsinfrastruktur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt eine Asylzuwanderung bis maximal 200.000 Personen pro Jahr verträgt". Es müsse eine Regierungserklärung des Kanzlers mit dem Signal geben: "Deutschlands Aufnahmekapazitäten sind erschöpft".

Zudem will die Union die "Einführung lageangepasster, stationärer Grenzkontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und zur Schweiz" durchsetzen. Es müssten Transitzone und Rückkehrzentren eingerichtet werden, in denen es an den Landesgrenzen ein beschleunigtes Verfahren für Asylbewerber mit geringer Bleibeperspektive geben solle.

Das freiwillige Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan müsse gestoppt werden, soweit es über die Aufnahme afghanischer Ortskräfte hinausgehe, fordert die Union weiter. Algerien, Marokko, Tunesien und Indien müssten als sichere Herkunftsstaaten eingestuft werden. Es müsse zudem eine "kurzfristige Umsetzung im Rahmen des laufenden Gesetzgebungsverfahrens zur Einstufung von Georgien/Moldau als sichere Herkunftsstaaten" geben.

Sozialleistungsniveau unterhalb des Bürgergelds

Die Union will mit Scholz auch eine Vereinbarung mit den Bundesländern zur konsequenten Anwendung des Vorrangs von Sachleistungen durchsetzen. Zur "weiteren Verringerung der Attraktivität irregulärer Sekundärmigration nach Deutschland" solle ein Sozialleistungsniveau für abgelehnte Asylbewerber und Personen im Asylverfahren unterhalb des Niveaus des Bürgergelds geschaffen werden. Es soll weniger Bleiberechtsmöglichkeiten für ausreisepflichtige Ausländer geben.

Union fordert von Scholz Maßnahmen in der Migrationspolitik Nach dem Migrationsgipfel im Kanzleramt hat die Union 26 Forderungen vorgelegt. Sie will unter ander....

Auf europäischer Ebene verlangt die Union von Scholz unter anderem eine persönliche Initiative gegenüber der EU-Kommission, "damit EU-Mittel für den Schutz der EU-Außengrenzen und für die Errichtung von Infrastruktur zum Grenzschutz freigegeben werden". Falls diese Initiative "nicht binnen eines Monats zum Erfolg führt, wird Deutschland die EU-Außengrenzstaaten unmittelbar und bilateral, finanziell und personell beim Grenzschutz und der Errichtung von Infrastruktur zum Grenzschutz unterstützen", heißt es weiter.

Britta Pedersen Friedrich Merz, CDU-Partei- und Fraktionschef Unionsfraktionsvorsitzende, Hessens Regierungschef Boris Rhein (CDU) und Sprecher der Ministerpräsidentenkonferenz, Stephan Weil (SPD), Ministerpräsident von Niedersachsen und Sprecher der Ministerpräsidentenkonferenz und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), stehen beim Spitzengespräch im Kanzleramt zum ... Britta Pedersen Friedrich Merz, CDU-Partei- und Fraktionschef Unionsfraktionsvorsitzende, Hessens Regierungschef Boris Rhein (CDU) und Sprecher der Ministerpräsidentenkonferenz, Stephan Weil (SPD), Ministerpräsident von Niedersachsen und Sprecher der Ministerpräsidentenkonferenz und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), stehen beim Spitzengespräch im Kanzleramt zum ...

Load-Date: October 14, 2023

End of Document

JU-Chef fordert "Rückkehrzentren" für abgelehnte Asylbewerber; Johannes Winkel schlägt vor, dass Deutschland seinen Migrationskurs nach dänischem Vorbild ausrichtet. Für ausreisepflichtige Menschen hätte dies massive Konsequenzen.

ZEIT-online

Donnerstag 21. September 2023 1:53 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 385 words

Byline: Susanne Hehr

Body

Der Vorsitzende der Jungen Union (JU), Johannes Winkel (CDU), will die Bewegungsfreiheit abgelehnter **Asylbewerber** in Deutschland stark einschränken. "Abgelehnte **Asylbewerber**, die nicht abgeschoben werden können, müssen nach dänischem Vorbild in Rückkehrzentren bleiben", sagte der CDU-Politiker der Zeitung Bild.

Im vergangenen Jahr wurden nach Angaben der Bundesregierung knapp 13.000 ausreisepflichtige Personen aus Deutschland abgeschoben. Laut Ausländerzentralregister waren Ende 2022 rund 304.000 Menschen ausreisepflichtig, etwa 248.000 davon mit einer Duldung. Menschen mit einer Duldung sind zwar ausreisepflichtig, können jedoch aus bestimmten Gründen nicht abgeschoben werden. Das kann unterschiedliche Gründe haben, zum Beispiel, wenn keine Ausweisdokumente vorhanden sind, eine Erkrankung vorliegt oder Geduldete ein minderjähriges Kind haben, das eine Aufenthaltserlaubnis besitzt. Eine Duldung ist immer befristet.

Außerdem fordert Winkel die Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes. Ausnahmslos müsse von Geld- auf Sachleistungen für Asylbewerber umgestellt werden. "Das heißt: Einkaufen nur per Chip-Karte." Der 32-jährige Jurist sagte mit Blick auf die hohen Asylbewerberzahlen hierzulande, Dänemark fahre einen Migrations- und Integrationskurs, der zum Vorbild für Deutschland werden könne.

Winkel will Kita-Pflicht nach dänischem Vorbild

Zur besseren Integration von Kindern mit Migrationsgeschichte hat Winkel ebenfalls Vorschläge: In "Problem-Bezirken" hält er einen verpflichtenden Kita-Besuch dieser Kinder für sinnvoll, wie er sagte. Dafür müssten soziale Brennpunkt-Bezirke deutschlandweit gesondert ausgewiesen werden. "Diese Kinder brauchen eine faire Chance auf Integration und Spracherwerb. Das funktioniert nur, wenn wir in diesen Bezirken eine Kita-Pflicht nach dänischem Vorbild schaffen." Weiter forderte Winkel: "In Grundschulen müssen wir deutschlandweit Höchstquoten für Kinder mit Migrationshintergrund einführen. Denkbar wären hier 30 Prozent."

JU-Chef fordert "Rückkehrzentren" für abgelehnte Asylbewerber Johannes Winkel schlägt vor, dass Deutschland seinen Migrationskurs nach dänischem Vorbild ausricht....

Boris Roessler Johannes Winkel, designierter neuer Bundesvorsitzender der Jungen Union (JU), stellt sich auf dem Deutschlandtag der JU in Fulda den Delegierten vor. Boris Roessler Johannes Winkel, designierter neuer Bundesvorsitzender der Jungen Union (JU), stellt sich auf dem Deutschlandtag der JU in Fulda den Delegierten vor.

Load-Date: September 21, 2023

End of Document

UN zählen mehr als 2.500 tote oder vermisste Geflüchtete im Mittelmeer; Seit Jahresbeginn sind nach Angaben des Flüchtlingshilfswerk UNHCR rund 186.000 Menschen übers Mittelmeer nach Europa geflohen. 130.000 wurden in Italien registriert.

ZEIT-online

Freitag 29. September 2023 3:47 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Flüchtlingshilfswerk UNHCR; Ausg. 1

Length: 422 words

Byline: Alena Kammer

Body

Seit Jahresbeginn sind nach Angaben des UN-**Flüchtlingshilfswerks** UNHCR mehr als 2.500 **Migranten** auf ihrer Flucht übers Mittelmeer nach Europa gestorben oder gelten als vermisst. Dies sagte Ruven Menikdiwela, Leiterin des UNHCR, bei einer Sitzung des UN-Sicherheitsrats zur **Migrationskrise** im Mittelmeer. Sie bezog sich auf Daten bis zum 24. September 2023. Dies sei ein Anstieg von beinahe 50 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Die internationale Migrationsorganisation IOM erfasste auf ihrer Website ähnliche Zahlen. Demnach sind 2.356 Menschen gestorben oder gelten als vermisst.

Laut Menikdiwela sterben Menschen nicht nur bei der Überfahrt über das Meer, sondern auch an Land. "Die Reise von West- oder Ostafrika und dem Horn von Afrika nach Libyen zu den Startpunkten an der Küste ist (...) eine der gefährlichsten Reisen der Welt", sagte sie. Flüchtlinge, die sich aus Subsahara-Afrika auf den Weg machen, riskierten auf jeder Etappe der Strecke den Tod.

Die meisten Geflüchteten flüchten von Tunesien aus

Den UN-Zahlen zufolge kamen zwischen dem 1. Januar und dem 24. September 2023 insgesamt rund 186.000 Migranten in Italien, Griechenland, Zypern und Malta an. 130.000 davon in Italien, was einem Anstieg von 83 Prozent im Vergleich mit dem Vorjahreszeitraum entspreche.

Auch der IOM zufolge stieg neben der Migration nach Italien auch jene nach Griechenland stark an - die aktuellen Zahlen seien aber nicht mit jenen sehr hohen von 2015 zu vergleichen. Die Ankünfte in Spanien lägen im Jahresvergleich dagegen auf ungefähr demselben Niveau.

Italien könne die Migrationskrise nicht allein stemmen, sagte Menikdiwela und bekräftigte erneut eine Forderung der UN nach einem innerhalb der EU umstrittenen Umverteilungsmechanismus für ankommende Flüchtlinge.

UN zählen mehr als 2.500 tote oder vermisste Geflüchtete im Mittelmeer Seit Jahresbeginn sind nach Angaben des Flüchtlingshilfswerk UNHCR rund 186.000 Menschen

Laut Menikdiwela seien die hohen Migrationszahlen aus Tunesien auch auf eine "Unsicherheit unter den Flüchtlingen nach Vorfällen rassistisch motivierter Angriffe und Hassreden" sowie kollektiven Abschiebungen aus Libyen und Algerien zurückzuführen. "Dies geschieht vor dem Hintergrund einer Verschlechterung der Sicherheitslage in mehreren Nachbarländern von nordafrikanischen Staaten."

Laut Vereinten Nationen legten die meisten Migrantinnen und Migranten mit mehr als 100.000 aus Tunesien ab, gefolgt von Libyen mit über 45.000. Neben Italien steuerten die Boote auch Griechenland, Spanien, Zypern und Malta an. Der starke Anstieg der Migrationszahlen hat zuletzt zu Spannungen innerhalb der EU über Maßnahmen für ihre Begrenzung gesorgt.

Tiziana Fabi Tiziana Fabi

Load-Date: September 29, 2023

End of Document

Europarat kritisiert Pushbacks an EU-Außengrenzen; Auf dem Weg nach Europa erleben Migranten einem offiziellen Bericht zufolge oft gravierende Gewalt. "Pushbacks sind illegal und müssen aufhören", fordert der Europarat.

ZEIT-online

Donnerstag 30. März 2023 12:42 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylpolitik; Ausg. 1

Length: 312 words

Byline: Isabelle Daniel

Body

Sakis Mitrolidis

Migranten aus dem Irak warten im griechischen Serres vor einem **Flüchtlingscamp**.

Expertinnen und Experten des Europarats haben die illegale Zurückweisung von **Geflüchteten** an den EU-Außengrenzen mit deutlichen Worten kritisiert. Viele Länder in Europa seien an ihren Grenzen zwar mit "sehr komplexen Herausforderungen der **Migration**" konfrontiert, sagte der Präsident des Antifolterkomitees (CPT) der Straßburger Organisation, Alan Mitchell. Trotzdem dürften sie ihre Menschenrechtsverpflichtungen nicht ignorieren: "Pushbacks sind illegal, inakzeptabel und müssen aufhören."

Dem Jahresbericht des CPT zufolge werden Geflüchtete an den Grenzen geschlagen, mit Hunden gejagt und auf unterschiedliche Weise erniedrigt. Als Beispiele nennt das Komitee Fälle, in denen Migrantinnen oder Migranten sich ausziehen und nackt die Grenze überqueren mussten. Misshandlungsvorwürfe würden derzeit nicht ausreichend untersucht, wird in dem Bericht moniert. Die Zustände in den grenznahen Einwanderungszentren seien teilweise erschreckend.

Experten besuchten Grenzen an den Fluchtrouten

Der Bericht stützt sich auf Besuche von Expertinnen und Experten in Grenzregionen im vergangenen Jahr, unter anderem in Ländern mit EU-Außengrenzen wie Kroatien, Italien, Polen und Griechenland. Die Experten besichtigten Polizeistationen, Aufnahmezentren und Transitzone "entlang der Hauptmigrationsrouten nach Europa", hieß es. Beobachtet worden sei dabei unter anderem, wie Beamte Migranten "Ohrfeigen, Schläge mit Schlagstöcken" oder Schläge mit "Läufen von automatischen Waffen, Holzstöcken oder Ästen" zugefügt hätten. Bereits in seinem Jahresbericht im vergangenen Jahr hatte das CPT illegale Pushbacks kritisiert.

Der Europarat ist gemeinsam mit seinem Gerichtshof für die Wahrung der Menschenrechte in den 46 Mitgliedstaaten zuständig. Er ist kein Organ der Europäischen Union.

Europarat kritisiert Pushbacks an EU-Außengrenzen Auf dem Weg nach Europa erleben Migranten einem offiziellen Bericht zufolge oft gravierende Gewalt. "Pushbacks....

Load-Date: March 30, 2023

End of Document

Großbritannien schließt Migrationsabkommen mit der Türkei; Die britischen und türkischen Strafbehörden sollen beim Thema illegale Migration enger zusammenarbeiten. Dafür werde die türkische Polizei ein Kompetenzzentrum errichten.

ZEIT-online

Mittwoch 9. August 2023 2:11 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: London; Ausg. 1

Length: 325 words

Byline: Maline-Mercedes Hofmann

Body

Daniel Leal

Eine Luftaufnahme zeigt aufgerollte Schlauchboote und Außenbordmotoren, die am 6. März in einer Werft der Hafenbehörde in Dover, Südostengland, gelagert sind. Es wird vermutet, dass sie von **Migranten** und **Asylbewerbern** benutzt wurden, die bei der Überquerung des Ärmelkanals von Frankreich nach England auf See aufgegriffen wurden.

Großbritannien und die Türkei haben ein Abkommen zur Eindämmung illegaler Migration geschlossen. Dieses beinhaltet nach Angaben des britischen Innenministeriums ein Kompetenzzentrum, welches unter anderem den Datenaustausch erleichtern soll.

"Wie ich bereits deutlich gemacht habe, müssen wir alles uns Mögliche tun, um die Schlepperringe zu zerschlagen und die Boote aufzuhalten", sagte Großbritanniens Innenministerin Suella Braverman. "Unsere Partnerschaft mit der Türkei, einem engen Freund und Verbündeten, wird es unseren Strafverfolgungsbehörden erlauben, bei diesem internationalen Problem zusammenzuarbeiten und mit der logistischen Kette der kleinen Boote fertig zu werden", fuhr Braverman fort.

Dem Innenministerium zufolge bekräftigten die beiden Länder ihr Engagement zur Zusammenarbeit in diesem Bereich. Auch wollen sie die Kooperation mit Herkunfts- und Transitländern verstärken.

Der neue Plan wird bei dem kommenden Dialogtreffen zur Migration zwischen Großbritannien und der Türkei eine Rolle spielen, das bald in London stattfinden soll. Angaben über die Kosten des Deals mit der Türkei wollte der Staatsminister für Migration, Robert Jenrick, nicht machen. Es handele sich vor allem um den Austausch von Informationen und Aufklärung, sagte er im britischen Fernsehen.

Großbritannien schließt Migrationsabkommen mit der Türkei Die britischen und türkischen Strafbehörden sollen beim Thema illegale Migration enger zusammenarbeiten....

Zuletzt hatte die konservative Regierung in London mehrere Vorhaben verkündet, die potenzielle Asylbewerber von der Überfahrt nach Großbritannien abhalten sollen. So begann die Regierung unter Premierminister Rishi Sunak beispielsweise kürzlich mit der Unterbringung von Asylsuchenden auf einem dreistöckigen Lastkahn.

Load-Date: August 9, 2023

End of Document

**Nancy Faeser will gerechtere Verteilung von Ukraine-Flüchtlingen in EU;
Besonders osteuropäische Staaten müssten bei künftigen
Fluchtbewegungen aus der Ukraine entlastet werden, fordert die
Innenministerin. Eine Aufnahmegrenze lehnt sie ab.**

ZEIT-online

Sonntag 12. Februar 2023 1:26 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Asyl; Ausg. 1

Length: 331 words

Byline: Ferdinand Otto

Body

Moritz Frankenberg

Nancy Faeser (SPD), Bundesinnenministerin, gibt am Fliegerhorst Wunstorf in der Region Hannover ein Pressestatement ab.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser mahnt eine gerechtere Verteilung der **Flüchtlinge** aus der Ukraine innerhalb der EU an: "Sollte es eine weitere große Fluchtbewegung aus der Ukraine geben, müssen die **Flüchtlinge** in Europa besser verteilt werden", sagte Faeser der *Bild am Sonntag*. "Dabei sollten besonders unsere osteuropäischen Nachbarn entlastet werden. Polen hat bislang über 1,5 Millionen ukrainische **Flüchtlinge** aufgenommen, Spanien 160.000. Das kann nicht so bleiben."

Eine Aufnahmegrenze für geflüchtete Frauen und Kinder aus der Ukraine lehnte die Ministerin ab: "Acht von zehn Flüchtlingen sind im letzten Jahr aus der Ukraine zu uns gekommen, über eine Million Menschen. Sie haben ihr Leben retten können vor Putins grausamem Krieg. Für die geflüchteten Frauen und Kinder aus der Ukraine kann man keine Aufnahmegrenze definieren."

Künftig mehr Rückführungen

Das Thema Rückführungen abgelehnter Asylbewerber will Faeser zu einem Schwerpunkt des Flüchtlingsgipfels nächste Woche mit ihren Länderkollegen machen. "Wir haben sehr viel getan, um irreguläre Migration aus anderen Staaten zu begrenzen: zum Beispiel durch intensivere Grenzkontrollen. Wir haben aber auch zu wenige Abschiebungen durch die dafür verantwortlichen Bundesländer."

Die Regierung wolle bald Migrationsabkommen mit Herkunftsländern schließen, "auch um mehr Rückführungen durchführen zu können". Faeser kündigte an: "Ich werde in Kürze mit Vertretern Frankreichs und der EU in die nordafrikanischen Staaten reisen. Wenn wir dort gemeinsam über Rückführungen verhandeln, hat das mehr Nachdruck, als wenn nur ein Land Gespräche führt." Zäune an den EU-Außengrenzen lehnt die Ministerin ab: "Die

Nancy Faeser will gerechtere Verteilung von Ukraine -Flüchtlingen in EU Besonders osteuropäische Staaten müssten bei künftigen Fluchtbewegungen aus der Ukraine

EU hat beschlossen, die Außengrenzen durch ihre Grenz- und Küstenwache Frontex zu sichern und dabei die Einhaltung der Menschenrechte zu garantieren. Das unterstütze ich."

Load-Date: February 12, 2023

End of Document

Britischer Künstler Jesse Darling gewinnt Turner Prize; Mit seinem Werk kritisiert der britische Künstler Jesse Darling die feindselige Migrationspolitik seines Landes. Dafür hat er einen Preis erhalten.

ZEIT-online

Mittwoch 6. Dezember 2023 12:02 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Moderne Kunst; Ausg. 1

Length: 280 words

Byline: Anja Keinath

Body

Jesse Darling hat die bedeutendste britische Auszeichnung für moderne Kunst erhalten. Mit seinem Werk macht Darling auf die feindselige **Migrationspolitik** der britischen Regierung aufmerksam. Der in Berlin lebende Künstler erhielt den renommierten Turner Prize für seine Ausstellung aus Drängelgittern, gebogenen Schienen, ausgebleichen britischen Fahnen und Stacheldraht. Der Preis ist mit 25.000 Pfund (29.160 Euro) dotiert.

Sein zweiteiliges Werk "Enclosures, No Medals, No Ribbons" sei von den Jahren der Sparpolitik, dem Brexit, der Pandemie und dem "feindseligen Umfeld" der britischen Einwanderungspolitik inspiriert worden, sagte der 41-Jährige. Jurychef Alex Farquharson, Direktor der Galerie Tate Britain, sagte, Darlings Ausstellung reflektiere teilweise den Zustand der Nation.

Die Auszeichnung erfolgte an dem Tag, an dem der britische Innenminister James Cleverly in Ruanda ein umstrittenes Migrationsabkommen unterzeichnete. Asylsuchende, die irregulär nach Großbritannien einreisen, sollen ohne Berücksichtigung ihrer Herkunft in das ostafrikanische Land abgeschoben werden. Sie können dort Asyl beantragen. Eine Rückkehr ist ausgeschlossen. Damit will die konservative Regierung Migranten abschrecken. Gegner kritisieren, das Vorhaben verstoße gegen internationale Gesetze.

David Parry Jesse Darling steht im Rahmen der Verleihung des Turner Prize vor einem seiner Kunstwerke. Mit einem Werk, das die feindselige Migrationspolitik der britischen Regierung widerspiegelt, hat Jesse Darling den renommierten Turner Prize gewonnen. Der in Berlin lebende Künstler erhielt am Dienstagabend in Eastbourne für seine Ausstellung aus Drängelgittern...

Load-Date: December 6, 2023

Union und FDP fordern schärferes Asylrecht; CDU-Chef Merz sieht die Grenze der Belastbarkeit bei der Aufnahme von Geflüchteten erreicht, Bayerns Innenminister kritisiert die Leistungen. Die FDP will mehr Ordnung.

ZEIT-online

Donnerstag 30. März 2023 1:49 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Aufnahme von Geflüchteten; Ausg. 1

Length: 603 words

Byline: Katharina James

Body

Kai Pfaffenbach

A security member helps to move the belongings of a family fleeing the Russian attack on Ukraine after their arrival at a temporary refugee shelter in Hanau, Germany, March 2, 2023. REUTERS/Kai Pfaffenbach

In Union und FDP werden Forderungen lauter, das Asylrecht zu verschärfen und irreguläre Zuwanderung zu begrenzen. Vor dem für Donnerstag angesetzten Kommunalgipfel der Union zur Flüchtlingskrise warf der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in der Flüchtlingspolitik Fahrlässigkeit vor.

Im Interview mit *Bild* sagte Merz: "Die Kommunen flehen den Kanzler an, endlich zu handeln." Das Verhalten des Kanzlers erschüttere das Vertrauen der europäischen Partner in Deutschland. "Europa braucht jetzt endlich einen gemeinsamen Weg in der Asylpolitik."

Vielerorts seien die Grenzen der Belastbarkeit erreicht, wenn nicht sogar überschritten, sagte der CDU-Chef. Mit 30.000 Asylanträgen pro Monat liege Deutschland "aktuell weit über dem Richtwert" der früheren Bundesregierung von 200.000 pro Jahr.

Konkret forderte Merz mehr Schutz der EU-Außengrenzen und Asylzentren an den Grenzen. "Asylverfahren sollten möglichst an der Grenze der Europäischen Union durchgeführt werden, zum Beispiel durch grenznahe Aufnahme- und Entscheidungszentren."

Herrmann will niedrigere Sozialleistungen für Asylbewerber

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) stellte die Höhe der Sozialleistungen für Asylbewerber infrage. Deutschland zahle im europäischen Vergleich die höchsten Sozialleistungen an Asylbewerber, sagte Herrmann der *Neuen Osnabrücker Zeitung*. Gleichzeitig sei die Neuverschuldung wegen der Energiekrise und des Ukraine-Krieges höher. "Wir müssen mal ernsthaft darüber nachdenken, ob wir uns das auf Dauer leisten können. Das ist ein Anziehungseffekt, über den man reden muss."

Union und FDP fordern schärferes Asylrecht CDU-Chef Merz sieht die Grenze der Belastbarkeit bei der Aufnahme von Geflüchteten erreicht, Bayerns Innenminister kr....

Herrmann forderte zudem von der Bundesregierung, den Zuzug zu begrenzen und die Rückführung von abgelehnten Asylbewerbern zu beschleunigen. Dafür müsse die Bundesregierung Druck auf die Herkunftsländer machen, ihre Staatsangehörigen wieder zurückzunehmen.

FDP fordert Rückführungsoffensive und Prüfung von Anträgen in Drittstaaten

Wie die Mediengruppe Bayern am Donnerstag berichtet, hat die FDP-Bundestagsfraktion ein Positionspapier verabschiedet, das mehr Ordnung und Konsequenz in der gesamten Migrationspolitik fordert.

Konkret fordern die Liberalen laut der Zeitungsgruppe, dass Asylanträge künftig auch in Drittstaaten geprüft werden können. Auch will die FDP die Kompetenzen der Bundespolizei bei Rückführungen von ausreisepflichtigen Personen erweitern. Darüber hinaus fordern die Autoren eine "Rückführungsoffensive der Bundesländer".

Am heutigen Donnerstag lädt Merz Kommunalpolitiker zum "Flüchtlingsgipfel" nach Berlin ein. Erwartet werden rund 700 Landräte und Bürgermeister. Die CDU/CSU-Opposition will dabei die Probleme bei der Unterbringung von Geflüchteten diskutieren.

Kühnert mahnt zu verbaler Mäßigung

SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert warnte vor einer Vergiftung der Debatte. "Wenn die Union sich in der Migrationspolitik einbringen will, dann wäre es gut, wenn sie diesmal der Versuchung widerstehen würde, mit Sozialtourismus-Parolen und vergleichbarem Getöse die Debatte zu vergiften", sagte Kühnert dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. Die Herausforderungen, wie etwa der Wohnraummangel, seien bereits allen klar, so Kühnert. "Innenministerin Nancy Faeser hat deshalb längst ein geordnetes Verfahren eingeleitet. Dabei geht es unter anderem um die Mobilisierung von Bundesliegenschaften, aber auch um die Digitalisierung der Prozesse in den Kommunen", sagte er.

Load-Date: March 30, 2023

28 Tage ins Internierungslager, dann abschieben; Die britische Regierung will radikal gegen Bootsflüchtlinge im Ärmelkanal vorgehen. Das ist rechtlich kaum haltbar, wie sie selbst weiß.

ZEIT-online

Dienstag 7. März 2023 6:07 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Gesetz zur illegalen Migration; Ausg. 1

Length: 1298 words

Byline: Bettina Schulz

Body

Stuart Brock/Anadolu Agency

A Dinghy drifting in the English channel is seen that had been used by **Migrants** to cross to the UK and left out at sea in Kent, United Kingdom on November 29, 2022.

Mit einer radikalen Abschiebepolitik will die britische Regierung die **Migration** über den Ärmelkanal "endgültig stoppen", wie sie es formuliert. Ein neues Gesetz soll das Innenministerium rechtlich dazu verpflichten, "illegale" Einwanderer 28 Tage in Internierungslagern festzuhalten. Nach den 28 Tagen müssen sie zurück in ihr Heimatland oder nach Ruanda und andere "sichere" Länder ausgeflogen werden, so der Plan. Nur Minderjährige, Kranke und extrem gefährdete Personen sind ausgenommen.

Es ist nicht das erste Mal, dass die konservative Regierung sich so explizit gegen **Migranten** wendet, die mit Schlauchbooten von Frankreich über den Kanal nach England übersetzen. Die Tageszeitung *The Guardian* schrieb, es sei innerhalb der vergangenen drei Jahre die 43. Initiative Londons, den Zustrom der Bootflüchtlinge zu beenden. Bisher blieb das aber ohne Erfolg: 2022 kamen 45.756 sogenannte Illegale mit Schlauchbooten über den Kanal. In den ersten drei Monaten dieses Jahres waren es bereits wieder mehr als 2.000 Personen, zu 90 Prozent junge Männer aus dem Iran, Irak, Afghanistan, Albanien und Ländern des Nahen Ostens und Afrika.

Am Dienstag stellte Innenministerin Suella Braverman den neuen Gesetzesentwurf zur Illegal Migration Bill dem Parlament vor. Und sie räumte selbst ein: Man gehe damit "an die äußerste Grenze des Gesetzlichen". Solche Internierungslager und die Rückführungen in "sichere Länder" stehen nämlich im Gegensatz zu den bisherigen Asylgrundsätzen und es gibt auch Bedenken bezüglich der Einhaltung der Menschenrechte.

So wird das Gesetz von zahlreichen Nichtregierungsorganisationen, der UN, dem Roten Kreuz und dem Erzbischof von Canterbury scharf kritisiert. Schon im vergangenen Jahr hatte die Regierung ein Gesetz verabschiedet, das alle Bootsflüchtlinge als "illegal" definiert und ihnen damit das Recht abspricht, Asyl beantragen zu dürfen. Sie sollten, so der damalige wie heutige Plan der Regierung, nach Ruanda ausgeflogen werden, was jedoch vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte im vergangenen Jahr zunächst gestoppt

28 Tage ins Internierungslager, dann abschieben. Die britische Regierung will radikal gegen Bootsflüchtlinge im Ärmelkanal vorgehen. Das ist rechtlich kaum haltb....

wurde. Damals hatte gar damals noch Prinz Charles die Politik als "unsäglich" beschrieben. Im Dezember urteilte der High Court in London, dass die Vereinbarung mit Ruanda zwar rechtens sei. Im Januar erlaubte der High Court einer Gruppe von Flüchtlingen jedoch, dies nochmals rechtlich überprüfen zu lassen. Bisher ist niemand nach Ruanda ausgeflogen worden.

"Es reicht jetzt einfach", sagt der Premier

Das alles hat die britische Regierung nicht daran gehindert, jetzt ihre neuen, noch strengeren Pläne vorzulegen. Die Abschiebung soll für Bootsflüchtlinge demnach künftig mit einer Art Bann verbunden sein: Die Flüchtlinge sollen, nachdem sie ausgeflogen wurden, nie wieder das Vereinigte Königreich betreten dürfen. Im Gegenzug soll das Parlament nachdem die Bootskrise aus Sicht der Regierung "gelöst" wurde über ein Kontingent an Flüchtlingen entscheiden, die legal ins Land gelassen werden sollen. Dies könnten möglicherweise etwa 20.000 Personen sein, heißt es in den britischen Medien.

Premierminister Rishi Sunak rechtfertigte das Gesetzesvorhaben in der rechtskonservativen Boulevardzeitung *The Sun* mit dem Argument, dass das Vereinigte Königreich durchaus denen helfe, die wirklich Hilfe benötigten, wie zum Beispiel Flüchtlingen aus der Ukraine oder Vertriebenen aus Hongkong. Aber die Bootsflüchtlinge seien über sichere, europäische Länder zum Kanal und nach Großbritannien gekommen. Sie seien also keine "direkten" Flüchtlinge aus Kriegsländern oder nicht in akuter Lebensgefahr. "Dass die hierherkommen können, ist ungerecht all denjenigen gegenüber, die legal einreisen. Es reicht jetzt einfach", argumentierte der Premier. Das neue Gesetz sei ein "deutliches Signal", dass, wer versuche, mit dem Boot zu kommen, "umgehend" abgeschoben würde.

Dass Sunak das Gesetz gerade jetzt lanciert, kommt nicht von ungefähr: Vergangene Woche hat er sich mit der EU-Kommission auf eine Lösung des Nordirland-Konfliktes geeinigt. Der Kompromiss, der für den rechten Flügel der Partei und die rechtskonservativen Wähler schwer zu schlucken war, ist nun aus den Schlagzeilen. Die Hardliner in der Fraktion sind wieder zufrieden.

Sunaks Regierung will es außerdem erschweren, Abschiebungen zu verhindern. Die Londoner Regierung habe zudem Gespräche mit dem Straßburger Gerichtshof für Menschenrechte geführt, um in Zukunft zu erreichen, dass Abschiebungen nicht "einfach über Nacht ohne die Chance der Berufung" blockiert werden könnten, sagte die Innenministerin. Im Juni 2022 hatte der Gerichtshof in letzter Minute die Abschiebung von Flüchtlingen per Flug nach Kigali gestoppt.

Alle Seiten gehen davon aus, dass das neue Gesetz gegen "illegale Migration" vor Gericht landet. Die Regierung hat deshalb bereits vorgesorgt. Das Gesetz ermächtigt sie, sich über rechtliche Bedenken hinwegzusetzen. Und sie bezog sich im Entwurf des Gesetzestextes auf eine rechtliche Klausel im britischen Human Rights Act 1998. Darin wurden die Anforderungen der Europäischen Menschenrechtskonvention in britisches Recht umgesetzt. Das bedeutet also, dass sich das Innenministerium nicht sicher ist, ob ihr eigenes Gesetz den Anforderungen der Europäischen Menschenrechtskonvention entspricht.

In einem möglichen Gerichtsverfahren könnte sie jedoch argumentieren, dass sie aus dringenden innenpolitischen Gegebenheiten gezwungen war, das Gesetz zu erlassen. Hardliner in der Tory-Fraktion fordern schon, dass Großbritannien sollte das Gesetz vor Gericht scheitern im Zweifel die Europäische Konvention für Menschenrechte verlassen solle.

Innenministerin Braverman warnte vor dem Unterhaus, theoretisch gäbe es auf der Welt 100 Millionen Menschen, die den Anforderungen des britischen Asylrechtes entsprechen würden. "Und die werden kommen. Die werden nicht aufhören", rief sie. Erst wenn bekannt sei, dass man als Flüchtling aus Großbritannien sofort abgeschoben würde, könne das Problem gelöst werden.

Patrouillen an Frankreichs Stränden

28 Tage ins Internierungslager, dann abschieben Die britische Regierung will radikal gegen Bootsflüchtlinge im Ärmelkanal vorgehen. Das ist rechtlich kaum haltb....

Am Freitag will sich die Regierung mit der französischen Regierung zu einem Gipfelgespräch treffen, um Lösungen für den Ärmelkanal zu diskutieren. Bereits im vergangenen Jahr hatte Großbritannien gegen die Zahlung von 72 Millionen Euro erreicht, dass gemeinsam mit den Franzosen nun auch britisches Personal die Strände in Frankreich auf Boote hin absuchen darf. Insgesamt hat London in den vergangenen Jahren 250 Millionen Euro nach Frankreich überwiesen, um Flüchtlinge von der Überfahrt oder Reise nach Großbritannien abzuhalten. Es hat nicht viel gebracht, da die Küste zu lang ist und die Schlepperbanden mittlerweile gut organisiert und ausgerüstet sind.

Die innenpolitische Sprecherin der Opposition, Yvette Cooper, warf der Regierung vor, für den Zusammenbruch des britischen Asylverfahrens verantwortlich zu sein. Die Abschiebung von Tausenden von Flüchtlingen sei Illusion, gleichzeitig verweigere London den Menschen Asyl. "Was soll nach den 28 Tagen denn geschehen? Werden die dann aus den Flüchtlingslagern entlassen? Sollen die dann ohne Rechte und ohne Schutz hier im Land herumwandern?"

Catherine Woollard vom Europäischen Rat für Flüchtlinge und im Exil lebende Personen sagte gegenüber der BBC, der Gesetzesvorschlag sei wieder mal ein neuer Versuch der "Fantasievorstellungen" der Briten. Das alles solle zwar eine Abschreckung sein, werde letztlich aber nicht dazu führen, dass weniger Flüchtlinge nach Großbritannien kämen.

Load-Date: March 7, 2023

Bundesamt für Migration darf Handys nicht regelmäßig auswerten; Handys von Asylantragstellern ohne Pass sollen nur im Ausnahmefall ausgewertet werden. Die Identität lasse sich auch durch andere Ausweisdokumente feststellen.

ZEIT-online

Donnerstag 16. Februar 2023 2:01 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Bundesverwaltungsgericht Leipzig; Ausg. 1

Length: 231 words

Byline: Anna-Lena Schlitt

Body

Jonas Leupe

Das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) darf Mobiltelefone von **Asylantragstellern** ohne Pass nicht regelmäßig auswerten, um Rückschlüsse auf deren Identität zu ziehen. Das gilt zumindest dann, wenn die Betroffenen andere Ausweisdokumente oder Heiratsurkunden vorlegen oder es weitere Erkenntnisse zu ihnen gibt, entschied das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig.

Es gab damit einer Afghanin recht, die gegen die Auswertung ihres Mobiltelefons geklagt hatte. Die Frau hatte bei der Antragstellung 2019 einen von afghanischen Behörden ausgestellten Ausweis ohne biometrische Daten (Tazkira) und eine Heiratsurkunde vorlegt. Dennoch verlangte das Bundesamt die Herausgabe ihres Handys samt Zugangsdaten.

"Erfolg für Privatsphäre von Geflüchteten"

Dieses Vorgehen sei unverhältnismäßig und damit rechtswidrig gewesen, so das Bundesverwaltungsgericht. "Die Auswertung digitaler Datenträger zur Ermittlung von Identität und Staatsangehörigkeit eines Ausländers ist erst zulässig, wenn der Zweck der Maßnahme, bezogen auf den Zeitpunkt ihrer Anordnung, nicht durch mildere Mittel erreicht werden kann", hieß es zur Begründung.

Die Klage war von der Gesellschaft für Freiheitsrechte unterstützt worden. Deren Verfahrenskoordinatorin Lea Beckmann sagte, das Urteil sei "ein großer Erfolg für den Datenschutz und die Privatsphäre von Geflüchteten".

Load-Date: February 16, 2023

Annalena Baerbock offen für Asylverfahren an EU-Außengrenzen; Die Außenministerin sieht Probleme im Plan der Kommission. Zugleich biete er eine Chance, dass sich die 27 Länder auf ein "geordnetes und humanes" Verfahren einigten.

ZEIT-online

Samstag 3. Juni 2023 1:43 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 660 words

Byline: Julica Jungehülsing

Body

Hanna Johre

Germany's Foreign Minister Annalena Baerbock arrives at Oslo City Hall during NATO's informal meeting of foreign ministers in Oslo, Norway June 1, 2023. Hanna Johre/NTB/via REUTERS ATTENTION EDITORS - THIS IMAGE WAS PROVIDED BY A THIRD PARTY. NORWAY OUT. NO COMMERCIAL OR EDITORIAL SALES IN NORWAY

In der Diskussion um eine gemeinsame **Asylpolitik** in der Europäischen Union (EU) hat Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) für Verfahren an den EU-Außengrenzen geworben. Zugleich mahnte sie die Einhaltung europäischer Menschenrechtsstandards an. Grenzverfahren seien "Fluch und Chance zugleich", sagte die Grünen-Politikerin den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Die Verfahren seien "hochproblematisch, weil sie in Freiheitsrechte eingreifen." Aber der Vorschlag der EU-Kommission sei die einzige realistische Chance, in einer EU von 27 sehr unterschiedlichen Mitgliedstaaten auf absehbare Zeit überhaupt ein geordnetes und humanes Verteilungsverfahren zu erarbeiten. Auf EU-Ebene wird über Verfahren an den EU-Außengrenzen verhandelt, "um dort binnen kurzer Fristen über den Schutz von Menschen mit geringer Aussicht auf **Asyl** in der EU zu entscheiden". Damit könnten abgelehnte **Asylbewerber** "schnell bereits von den EU-Außengrenzen aus zurückgeführt werden."

Baerbock forderte im Gespräch mit der Funke Mediengruppe, es müsse sichergestellt werden, "dass niemand länger als einige Wochen im Grenzverfahren stecken bleibt, dass Familien mit Kindern nicht ins Grenzverfahren kommen, dass das Recht auf Asyl im Kern nicht ausgehöhlt wird". Kritische Fragen aus den Parteien, von Nichtregierungsorganisationen oder Kirchen seien daher wichtig. "Aber auch ein Nichthandeln hätte bittere Konsequenzen."

Gerade bei den Grünen war Kritik an diesem Kurs laut geworden. Ohne eine gemeinsame europäische Antwort gehe der Trend schon jetzt "überall zu mehr Abschottung, mehr Pushbacks, mehr Zäunen", sagte die Grünen-Politikerin. "Und ohne Ordnung an den Außengrenzen ist es nur eine Frage der Zeit, bis ein EU-Land nach dem

Annalena Baerbock offen für Asylverfahren an EU-Außengrenzen Die Außenministerin sieht Probleme im Plan der Kommission. Zugleich biete er eine Chance, dass sich....

anderen wieder über Binnengrenzkontrollen redet." Als Herzenseuropäerin wolle sie aber nicht, dass "an Rhein und Oder wieder Schlagbäume hochgezogen werden".

"Europas offene Wunde"

Zugleich mahnte Baerbock eine solidarische Verteilung der Flüchtlinge an, forderte aber keine verbindlichen Aufnahmequoten. "Der neue Vorschlag der EU-Kommission ist kompliziert, hat aber auch viele an den Tisch geholt, die bisher blockiert haben", sagte sie. Dem Vorschlag zufolge würde die Kommission jährlich festlegen, wie viele Menschen umverteilt werden müssen, und alle Mitgliedstaaten würden fest zusagen, wie viele sie bereit sind, aufzunehmen. Wer weniger Geflüchtete aufnimmt, muss sich anders beteiligen, etwa mit Ausgleichszahlungen an die besonders belasteten Staaten.

"Dass wir in der EU seit Jahren keine funktionierende gemeinsame Asylpolitik haben, ist Europas offene Wunde", sagte Baerbock. Jetzt gebe es erstmals seit 2015 einen Kompromissvorschlag der EU-Kommission, der eine echte Chance biete, die unterschiedlichen Anliegen in der EU zusammenzubringen. "Dazu gehören drei Elemente: Alle Flüchtlinge werden an der Grenze registriert. Alle EU-Staaten verpflichten sich auf einen verbindlichen Solidaritätsmechanismus. Und es werden nur Flüchtlinge verteilt, die auch eine Bleibeperspektive in Europa haben."

Am 8. Juni wollen sich die EU-Innenministerinnen und -minister in Luxemburg erneut mit dem Thema beschäftigen. Die EU-Staaten versuchen derzeit, sich auf Grundzüge einer Reform des europäischen Asylsystems zu einigen, um die seit Jahren heftig gerungen wird. Strittig ist insbesondere die Frage, ob es Vorprüfungen von Asylanträgen schon an den europäischen Außengrenzen geben soll, und eine mögliche Verteilung Geflüchteter in Europa. Hintergrund sind Vorschläge der EU-Kommission von 2020. Die EU-Staaten hatten sich bereits auf ihrem Frühjahrsgipfel im Februar auf eine strengere Migrationspolitik verständigt.

Load-Date: June 3, 2023

**Human Rights Watch wirft Saudi-Arabien Tötung Hunderter Migranten vor;
Eine Menschenrechtsorganisation wirft Grenzschützern schwere Verbrechen
vor, unter anderem seien Menschen aus nächster Nähe erschossen worden.
Saudi-Arabien widerspricht.**

ZEIT-online

Montag 21. August 2023 11:56 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Asyl; Ausg. 1

Length: 478 words

Byline: Eric Voigt

Body

Eric Lafforgue/Art in All of Us/Corbis

Village in the mountain near the Yemen border, Jizan Province, Faifa Mountains, Saudi Arabia on January 6, 2022

Saudische Grenzschutzbeamte sollen der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch zufolge an der Grenze zum Jemen Hunderte **Migranten** und **Asylsuchende** getötet haben. In dem veröffentlichten Bericht heißt es, Menschen seien aus nächster Nähe erschossen worden darunter auch Kinder. Demnach wurden außerdem Sprengwaffen gegen die **Migranten** eingesetzt.

In dem Bericht wird der Zeitraum zwischen März 2022 und Juni 2023 untersucht. Aktuelle Untersuchungen von Human Rights Watch deuteten darauf hin, dass die Tötungen in der Grenzregion weiterhin stattfinden.

Schusswaffengebrauch aus nächster Nähe

Bereits im vergangenen Jahr hatten UN-Experten über "besorgniserregende Vorwürfe" berichtet, denen zufolge saudische Sicherheitskräfte an der Grenze zum Jemen in den ersten Monaten des Jahres 2022 etwa 430 Migranten getötet hätten. Human Rights Watch zufolge berichteten Überlebende unter anderem von Schusswaffenangriffen aus nächster Nähe. Dabei sollen saudische Grenzschützer äthiopische Migranten gefragt haben, in welches Körperteil sie "am liebsten geschossen werden möchten".

Augenzeugen berichteten zudem, dass sich Leichenberge entlang der Migrationsroute befinden sollen. "Wenn die saudischen Sicherheitsbeamten eine Gruppe sieht, schießen sie ununterbrochen", sagte eine Überlebende. Einschätzungen der Menschenrechtsorganisation zufolge hatten die saudischen Grenzbeamten Hunderte "möglicherweise Tausende" Migranten in dem Grenzgebiet getötet. Asylsuchende und Migranten sagten, die Route zwischen dem Jemen und Saudi-Arabien sei "voll von Missbrauch" und unter der Kontrolle von Menschenhändlern.

Human Rights Watch wirft Saudi -Arabien Tötung Hunderter Migranten vor Eine Menschenrechtsorganisation wirft Grenzschützern schwere Verbrechen vor, unter andere....

Das Auswärtige Amt zeigte sich "sehr besorgt über die dort aufgeführten massiven Vorwürfe", teilte eine Sprecherin mit. Man verfüge aber über keine eigenen Erkenntnisse zu den Vorwürfen.

"Keine verlässlichen Quellen"

Saudi-Arabien wies die Vorwürfe von Human Rights Watch zurück. Der Bericht sei unbegründet und fuße nicht auf verlässlichen Quellen, sagte ein saudischer Regierungsvertreter, der nicht namentlich genannt werden wollte.

Im Jemen herrscht seit Ende des Jahres 2014 ein verheerender Konflikt. Das Königreich Saudi-Arabien kämpft im jemenitischen Bürgerkrieg an der Seite der international anerkannten Regierung gegen die vom Iran unterstützte Huthi-Rebellen. Nach Angaben der Vereinten Nationen arbeiten von den Huthi kontrollierte Einwanderungsbehörden mit Schleusern zusammen, die Migranten nach Saudi-Arabien schmuggeln und dafür pro Woche rund 50.000 US-Dollar (rund 46.000 Euro) einnehmen.

Schätzungen zufolge kommen weit mehr als 90 Prozent der Migranten vom Horn von Afrika über den Golf von Aden durch den Jemen nach Saudi-Arabien. Darunter sind offenbar vor allem Frauen und Mädchen.

Load-Date: August 21, 2023

"Allergie gegen Deutschland"? Verflagen!; In Rom geben Kanzler Scholz und die italienische Rechtspopulistin Giorgia Meloni ein harmonisches Bild ab. Praktisch, dass das Thema Migration andernorts verhandelt wird

ZEIT-online

Donnerstag 8. Juni 2023 5:28 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Olaf Scholz in Italien; Ausg. 1

Length: 1156 words

Byline: Tina Hildebrandt

Body

Tiziana Fabi

Germany's Chancellor Olaf Scholz (L) shakes hands with Italy's Prime Minister Giorgia Meloni at the end of a joint press conference following their meeting at Palazzo Chigi in Rome on June 8, 2023. (Photo by Tiziana FABI / AFP) (Photo by TIZIANA FABI/AFP via Getty Images)

Kurze Landebahn, thermische Wetterlage zweimal musste das Flugzeug zur Landung in Rom ansetzen, dann ging es weiter in einer Kolonne schwarzer Autos zum Palazzo Chigi, dem italienischen Regierungssitz. Dort lauschten Bundeskanzler Olaf Scholz und die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni dann einträchtig erst der deutschen und dann der italienischen Nationalhymne, bevor sie sich zum Mittagessen im Sala delle Marine trafen.

Scholz hat sich für seinen Antrittsbesuch in Rom eine Menge vorgenommen: Wie kann es gelingen, dass nicht mehr so viele Flüchtlinge in Deutschland ankommen, so als grenze Deutschland ans Mittelmeer? Warum erreichen viele von ihnen die Bundesrepublik unregistriert, obwohl sie doch in einem der Ankunftsländer erfasst worden sein müssten? Und: Wie kann man Grenzländer wie Griechenland oder eben Italien dazu bringen, Flüchtlinge bei sich aufzunehmen und zu registrieren? Um diese Fragen sollte es bei dem Treffen mit Meloni gehen, während in Luxemburg zeitgleich die Innenminister der 27 europäischen Länder um eine gesamteuropäische Lösung rangen.

Der Bundeskanzler bekommt Druck, und zwar von gleich drei Seiten: von der EU, von den Abgeordneten im Bundestag und auch von den Ministerpräsidenten der Bundesländer, die mehr Geld vom Bund wollen. 730 Grünenmitglieder haben einen Brandbrief verfasst, weil ihnen die Pläne, die illegale Migration einzudämmen, zu weit gehen. Die Rede sei von europäischer Solidarität, in Wirklichkeit gehe es jedoch um "Abschottung und Abschreckung", hieß es darin. Außerdem haben 24 Bundestagsabgeordnete von SPD und Grünen einen offenen Brief geschrieben, weil sie wollen, dass Familien mit Kindern unter 18 Jahren von den geplanten beschleunigten Asylverfahren an den Außengrenzen ausgenommen werden.

"Allergie gegen Deutschland"? Verflogen! In Rom geben Kanzler Scholz und die italienische Rechtspopulistin Giorgia Meloni ein harmonisches Bild ab. Praktisch, d....

Allergie gegen Deutschland?

In Europa steht Deutschland mit dieser Position allerdings ziemlich allein da. Die meisten anderen EU-Staaten wollen lediglich unbegleitete Minderjährige von dieser Regel ausklammern. Die beschleunigten Verfahren sollen für jene 20 Prozent Asylbewerber angewendet werden, die kaum oder keine Aussicht auf Asyl haben. So soll verhindert werden, dass Menschen ins Land kommen, die man später kaum wieder loswird. Die Bundesländer verlangen mehr Geld vom Bund, weil der für die Steuerung von Zuwanderung zuständig sei. Die Bundesregierung verweist ihrerseits darauf, dass die Länder in den vergangenen Jahren erstens schon sehr viel Geld bekommen hätten, zweitens mehr Einnahmen hätten als der Bund und drittens ihren Pflichten nicht nachkämen, zum Beispiel, indem sie dafür sorgen, dass Daten über Geflüchtete digital ausgetauscht werden könnten, anstatt sie weiterhin mit dem Aktenwagen herumzufahren.

Das alles hat Scholz im Gepäck, als er auf Meloni trifft. Und hinzu kommt noch ein weiteres Problem: Vor einigen Tagen wurden die deutschen Seenotrettungsschiffe *Sea Eye 4* und *Mare*Go* in Italien festgesetzt, weil sie gegen ein neues Gesetz verstoßen haben sollen, nach dem Rettungsschiffe direkt einen bestimmten Hafen ansteuern müssen, anstatt mehrere Rettungsaktionen durchzuführen. Meloni hat im Wahlkampf versprochen, sie werde den Zustrom der Flüchtlinge bremsen. Doch bislang ist es ihr zwar gelungen, den Seenotrettern das Leben schwerer zu machen, aber nicht die Migration zu stoppen.

Scholz, der Sozi, und Meloni, die Rechtsaußen, haben sich schon mehrfach getroffen, seit Meloni im Oktober 2022 ins Amt kam. Sie habe eine "Allergie gegen Deutschland", hatte die rechte Politikerin früher gesagt. Bei ihrem Antrittsbesuch im Februar in Berlin allerdings konnte sie sich daran nicht mehr erinnern. Sie habe wohl eher gemeint, die deutsche Sprache sei sehr schwer.

Der Krieg in der Ukraine, die anhaltenden Migrationsbewegungen, die Tatsache, dass Ungarn und Polen einen Kurs eingeschlagen haben, der mit einer EU-Mitgliedschaft nicht immer vereinbar ist, haben die europäischen Fronten verändert. Meloni, die Rechtspopulistin, scheint auf einmal als seriöse Partnerin. In Berlin und anderen europäischen Hauptstädten ist man froh, dass Meloni klar zur Ukraine und den Sanktionen gegen Russland steht. Von den vielen Grenzen, um die es geht, ist die Grenze, die Europa zu Russland zieht, eine der wichtigsten geworden.

Ob man auch über die deutschen Seenotretter gesprochen habe, die Italien festgesetzt habe, wurden Scholz und Meloni nach ihrem Treffen bei einer gemeinsamen Pressekonferenz gefragt. "Über diese beiden Schiffe" habe man nicht gesprochen, sagte Meloni, wohl aber darüber, dass "Italien fast allein an den Grenzen des Mittelmeers hin- und herrennt, um Leben zu retten". Italien, sagte die Ministerpräsidentin, vollbringe "objektiv gesagt hervorragende Arbeit", es gehe nun darum, dass diese Arbeit künftig gemeinsam geleistet werde. Es reiche nicht aus, Migranten nur von einem Land ins andere zu schieben, stattdessen müsse man die Primärmigration in den Griff bekommen.

Meloni reist am Wochenende zusammen mit EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und dem niederländischen Premier Mark Rutte nach Tunesien, von wo aus in den vergangenen Monaten immer mehr Menschen aufbrachen, um die gefährliche Flucht über das Mittelmeer zu wagen. Man wolle mit dem tunesischen Präsidenten über Kooperationsmöglichkeiten sprechen, sagte Meloni. Es brauche einen "Paradigmenwechsel", um sich auf die Verteidigung der externen Grenzen zu konzentrieren.

Scholz indes bescheinigte Italien in Sachen Migration "hervorragende Anstrengungen". Es sei ebenso offensichtlich wie die Tatsache, dass Deutschland sehr viele Asylbewerber und Geflüchtete verzeichne, obwohl es keine Außengrenzen habe. Die "Herausforderungen durch Fluchtmigration" seien nur gemeinsam zu bewältigen, nicht dadurch, dass man versuche, "auf den anderen zu zeigen", sagte der Kanzler. Angesichts der Tatsache, dass Deutschland bis Anfang der 2030er-Jahre rund sechs Millionen Arbeitskräfte benötige, gelte es, "faire Abkommen" mit Herkunfts- und Transitländern zu vereinbaren, um legale und illegale Migration zu trennen. Er sei optimistisch, gab Scholz bekannt, dass es gelingen werde, eine gemeinsame europäische Lösung zu finden.

"Allergie gegen Deutschland"? Verflogen! In Rom geben Kanzler Scholz und die italienische Rechtspopulistin Giorgia Meloni ein harmonisches Bild ab. Praktisch, d....

Wie genau Abkommen mit Ländern wie Tunesien aussehen könnten, wie ein fairer Deal zwischen europäischen Ländern mit EU-Außengrenzen und den anderen EU-Staaten aussehen könnte, das blieb am Donnerstag offen. "Wir wollen hoffen, dass da gute Ergebnisse rauskommen", sagte Scholz mit Blick auf das Treffen der europäischen Innenminister", und zwar "heute oder spätestens bald".

Load-Date: June 8, 2023

End of Document

Giorgia Meloni mahnt EU zu gemeinsamer Lösung für illegale Migration; Auf Lampedusa kamen zuletzt mehr Migranten an, als es Einwohner gibt. Italiens Regierungschefin fordert eine Seeblockade. Von der Leyen präsentierte einen Notfallplan.

ZEIT-online

Sonntag 17. September 2023 12:32 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Lampedusa; Ausg. 1

Length: 568 words

Byline: Sarah Vojta

Body

Seit Wochen kommen täglich viele Hunderte Menschen in überfüllten Booten auf der italienischen Insel Lampedusa an. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni haben dort ein Aufnahmезentrum besucht. "Die einzige Möglichkeit, das Problem ernsthaft anzugehen, ist, die illegalen Ausreisen zu stoppen", sagte Meloni.

Es sei Aufgabe der gesamten EU, die Situation zu bewältigen, forderte die Rechtsnationalistin. Alle müssten das gleiche Ziel verfolgen und sich für ernsthafte, komplexe und nachhaltige Lösungen einsetzen. Die Zukunft Europas hänge von der Fähigkeit ab, sich großen Herausforderungen wie den Flüchtlingsankünften zu stellen, sagte Meloni. Das italienisch-tunesische Migrationsabkommen müsse schnell auf andere nordafrikanische Staaten übertragen werden.

Von der Leyen stellt Notfallplan vor

"Die irreguläre Immigration ist eine Herausforderung, die eine europäische Antwort benötigt", sagte von der Leyen. Die Kommissionspräsidentin stellte einen Notfallplan mit zehn Punkten vor, mit dem die illegale Migration über das Mittelmeer eingedämmt werden soll. Dieser sieht unter anderem ein Abkommen mit Tunesien vor, welches Wirtschaftshilfen für verhinderte Überfahrten beinhaltet. Zudem soll Italien Hilfen dabei erhalten, Asylanträge schneller zu bearbeiten und humanitäre Korridore in Herkunftsländern einzurichten, damit diese keine illegalen Wege in die EU wählen. Von der Leyen drängte zudem darauf, dass andere EU-Länder Migranten von den Außengrenzen aufnehmen.

Die Kommissionspräsidentin kündigte an, dass außerdem die Überwachung auf See und aus der Luft verstärkt werden solle. "Wir können dies über Frontex tun", sagte sie mit Blick auf die EU-Grenzschutzagentur. Sie unterstütze es, Optionen zur Ausweitung bestehender Marineeinsätze im Mittelmeer auszuloten oder an neuen Einsätzen zu arbeiten, um etwa Migranten schneller in ihre Heimatländer zurückzuschicken. Sowohl das Vorgehen

Giorgia Meloni mahnt EU zu gemeinsamer Lösung für illegale Migration Auf Lampedusa kamen zuletzt mehr Migranten an, als es Einwohner gibt. Italiens Regierungsch....

von Frontex und als auch jenes der tunesischen Küstenwache war wiederholt von Menschenrechtsaktivisten kritisiert worden.

Aufnahmezentrum versorgt 1.500 statt 400 Menschen

Bereits am Freitag hatte Meloni die Situation für Italien als "unerträglich" bezeichnet. Allein in der ersten Wochenhälfte waren etwa 8.500 Menschen in Lampedusa angelandet. Die Zahl übersteigt die Einwohnerzahl der 145 Kilometer nördlich von Tunesien gelegenen Insel deutlich. Insgesamt kamen seit Jahresbeginn mit mehr als 127.000 Migrantinnen und Migranten fast doppelt so viele wie im Vorjahreszeitraum an, weitere Hunderte starben auf dem Weg.

Nach Angaben des italienischen Roten Kreuzes befanden sich am Sonntagmorgen 1.500 Menschen in dem für 400 Personen ausgelegten Aufnahmezentrum der Insel. Der Hilfsorganisation zufolge sollen im Tagesverlauf Migrantinnen und Migranten nach Sizilien und auf das italienische Festland gebracht werden.

Yara Nardi Die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen (C-L) und die italienische Premierministerin Giorgia Meloni (R) besuchen den Hotspot, ein Aufnahmezentrum für Migranten, auf der sizilianischen Insel Lampedusa, Italien, am 17. September 2023. Yara Nardi Die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen (C-L) und die italienische Premierministerin Giorgia Meloni (R) besuchen den Hotspot, ein Aufnahmezentrum für Migranten, auf der sizilianischen Insel Lampedusa, Italien, am 17. September 2023.

Load-Date: September 17, 2023

Deal mit der Angst; Wie vor genau 30 Jahren verkauft eine Bundesregierung eine Asylrechtsverschärfung wieder als "Kompromiss" aber mit wem oder was eigentlich?

ZEIT-online

Freitag 26. Mai 2023 11:01 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Asylpolitik; Ausg. 1

Length: 908 words

Byline: Julia Lorenz

Body

Künftige Erstaufnahmestelle des Wetteraukreises / 1. Unterkunft für **Flüchtlinge**, Sporthalle Brunnenschule, Bad Vilbel, Bild x von 26 Bad Vilbel, (für LOK), 23.12.2015 Künftige Erstaufnahmestelle des Wetteraukreises / 1. Unterkunft für **Flüchtlinge**, Sporthalle Brunnenschule, Bad Vilbel, im Bild: für die Aufnahme von **Flüchtlingen** vorbereitete Erstaufnahmestelle des Wetteraukreises / 1. Unterkunft für **Flüchtlinge** / Notunterkunft in der Sporthalle der Brunnenschule in Bad Vilbel, von Kindern der Brunnenschule für die **Flüchtlinge** gemalte Bilder Welcome, Weihnachtsbaum, Sonne hängen an der Wand, Betten, Etagenbetten,

In der Serie "Politisch motiviert" ergründen unsere Autorinnen und Autoren politische Themen der Woche. Dieser Artikel ist Teil von ZEIT am Wochenende, Ausgabe 21/2023.

Der Ruf nach guten Kompromissen ist Demokratiefolklore. Kompromiss, das klingt zivilisiert und angemessen vergrübelt, nach Politikerinnen und Politikern am Verhandlungstisch aus Massivholz, die sich ernst in die Augen gucken und schließlich, wenn die berühmten dicken Bretter gebohrt sind, die Hände reichen, grundanständig.

Wie der sogenannte Asylkompromiss, der am 26. Mai 1993 vom Deutschen Bundestag beschlossen wurde, zustande kam, war jedoch das Gegenteil von anständig: Der Einschränkung des Grundrechts auf Asyl vor genau 30 Jahren war ein langer, teils unwürdiger Prozess vorausgegangen. Schon seit den Achtzigerjahren schürte besonders die Union die Angst vor "Asylanten", die bald schon jeden zweiten Einwohner der Bundesrepublik ausmachen könnten, wie es damals in einem Papier hieß. 1989 holten die rechtsextremen "Republikaner" im Berliner Abgeordnetenhaus auf Anhieb 7,5 Prozent der Stimmen, 1992 ermordeten Rechtsextreme in Mölln und Rostock-Lichtenhagen Migranten. Dann kam der "Kompromiss".

Statt am Verhandlungstisch begegneten sich die beteiligten Parteien, um bei abgehangenen Politmetaphern zu bleiben, auf dem Schlachtfeld, auch Medienvertreter kämpften tüchtig mit, vom *Spiegel* bis zur *Bild-Z* eitung. Dieser Kompromiss, kritisieren damals wie heute etwa Verbände wie Pro Asyl, war kein Handshake der aufrechten Demokraten, er bedeutete den Abbau von Grundrechten.

Deal mit der Angst Wie vor genau 30 Jahren verkauft eine Bundesregierung eine Asylrechtsverschärfung wieder als "Kompromiss" aber mit wem oder was eigentlich?

Umso interessanter ist es, dass der belastete Begriff in der Debatte um den Umgang mit Geflüchteten nun zurückkehrt. Ende April einigte sich die Ampelkoalition bei der Asylpolitik auf einen "Kompromiss", mit dem man nun in die komplizierten Verhandlungen mit der EU einsteigt. Die Ampel ist nun "grundsätzlich bereit" zur Einrichtung sogenannter Transitzone, die einen Graubereich im Asylrecht eröffnen: Geflüchtete gelten dort juristisch als noch nicht eingereist aufs Hoheitsgebiet der EU, zudem können sie unter gefängnisähnlichen Bedingungen untergebracht werden. Noch vor acht Jahren, zu Zeiten der großen Koalition, hatte der damalige CSU-Chef Horst Seehofer mit seinem Vorstoß, solche Transitzone in Grenzgebieten einzurichten, scharfe Kritik vom Koalitionspartner SPD kassiert.

Die Zäune der anderen

Nun sind die Sozialdemokraten selbst auf jenem Hardlinerkurs, der einst fast die Regierungskoalition gesprengt hätte, die Grünen wollen "echte Kompromissbereitschaft signalisieren" (O-Ton Anton Hofreiter) und der FDP-Vorsitzende Christian Lindner könnte sich gut vorstellen, Europas Außengrenzen notfalls mit Zäunen zu schützen. Wie Anfang der Neunziger hat sich etwas verschoben, das zuvor als unverrückbar galt: die Gewissheit, dass Konzepte wie Transitzone für eine Partei des linken Spektrums, vielleicht auch für eine liberale, nicht infrage kommen. Und dass die mit den Zäunen immer die anderen sind, die Autokraten und Demokratiefeinde.

"Es scheint, als würde in der gegenwärtigen Debatte das noble Wort 'Kompromiss' wieder in Stellung gebracht, um ihn in der gleichen Richtung zu suchen wie 1993: in der Erschwerung des Zugangs zum Asylrecht", schrieb kürzlich der Politikwissenschaftler Stefan Zeppenfeld. Wie damals sind die Zahlen der Asylsuchenden hoch wie lange nicht, wie damals klagten die Kommunen darüber, mit der Versorgung der Geflüchteten alleingelassen zu werden, wie damals leben Migranten spätestens seit der Enttarnung des NSU, seit Halle und Hanau in Angst vor rechtsextremen Anschlägen. Auch die parlamentarische Rechte wird eher stärker als schwächer.

Das Wort vom "Kompromiss" verdeckt und enthüllt zugleich, was vor 30 Jahren vor sich ging und was heute wieder vor sich geht: Hier verhandeln nicht Parteien darüber, wer wie viel von seinen programmatischen Vorstellungen durchsetzen kann. Nein, die Ampel sucht nach einem Kompromiss zwischen völkerrechtlichen und humanitären Standards einerseits und einer übermächtigen Instanz: einer teils angenommenen, teils tatsächlich vorhandenen deutschen Grundstimmung, überfordert zu sein. Die praktischen Klagen der Kommunen über zu wenig Platz, Geld und Unterstützung bei der Unterbringung von Geflüchteten ergänzen sich hier mit rassistisch grundierten Ängsten, die von rechts lange erfolgreich beschworen wurden.

Im Ringen um einen neuen Asylkompromiss wird diese Stimmung nun, sei sie real oder nicht, als gegeben vorausgesetzt und damit nahezu unverhandelbar, während die Bereitschaft zur Hilfe noch immer keine Minderheitenposition in Deutschland darstellt. Der neue Asylkompromiss ist keine noble Übereinkunft demokratischer Kräfte, sondern ein Deal mit der Angst.

Load-Date: May 26, 2023

Großbritannien darf Asylbewerber nicht nach Ruanda abschieben; Die umstrittenen Pläne der britischen Regierung zur Abschiebung von Asylbewerbern sind vorerst gescheitert. Ruanda sei kein sicheres Drittland, entschied ein Gericht.

ZEIT-online

Donnerstag 29. Juni 2023 10:56 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Urteil; Ausg. 1

Length: 472 words

Byline: Lisa-Marie Eckardt

Body

Die britische Regierung ist vor Gericht mit ihren Plänen gescheitert, **Asylbewerber** nach Ruanda abzuschieben. Das Vorhaben sei rechtswidrig, urteilte ein Berufungsgericht in London. Die Richter entschieden mehrheitlich, dass Ruanda nicht als sicheres Drittland betrachtet werden kann.

Grund seien Mängel im dortigen Asylverfahren. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass Schutzsuchende von Ruanda aus wieder in ihre Heimatländer abgeschoben würden, obwohl sie einen Asylanspruch hätten. Die Entscheidung kann noch beim obersten britischen Gericht angefochten werden.

Die Regierung von Premierminister Rishi Sunak will Tausende von Migranten im Rahmen eines im vergangenen Jahr mit Ruanda abgeschlossenen Abkommens abschieben. Dies soll Menschen abschrecken, die in kleinen Booten von Frankreich aus über den Ärmelkanal nach Großbritannien kommen.

Im vergangenen Jahr kamen mehr als 45.000 Menschen auf diesem Weg nach Großbritannien obwohl konservative Kräfte angekündigt hatten, mit dem Brexit werde die Migration abnehmen. In diesem Jahr waren es bisher über 11.000 Menschen.

Internationale Kritik an Vorhaben

Die Pläne von Innenministerin Suella Braverman sehen vor, dass irregulär nach Großbritannien eingereiste Menschen ungeachtet ihrer Herkunft und ohne Prüfung ihres Asylanspruchs festgehalten und so bald wie möglich nach Ruanda abgeschoben werden. Sie sollen dann dort Asyl beantragen. Eine Rückkehr nach Großbritannien ist nicht vorgesehen.

Das Vorhaben von Braverman und Sunak war international kritisiert worden. Menschenrechtler bezeichneten es als Verstoß gegen internationale Verpflichtungen. Die Regierung wurde wiederholt wegen Verstößen gegen die Menschenrechte kritisiert. Die Entscheidung des Londoner Gerichts ist eine schwere Niederlage für Sunak, der den Stopp der Migration als eine seiner obersten Prioritäten bezeichnet hat.

Großbritannien darf Asylbewerber nicht nach Ruanda abschieben Die umstrittenen Pläne der britischen Regierung zur Abschiebung von Asylbewerbern sind vorerst ges....

Großbritannien hat keine Kapazitäten zur Aufnahme von Migrantinnen und Migranten aufgebaut und seit dem Brexit kein Rücknahmeabkommen mehr mit der EU. Zahlreiche Menschen sind deshalb in Hotels untergebracht, was hohe Kosten für die Steuerzahler verursacht. Die britische Regierung hatte vor wenigen Tagen eine Rechnung aufgemacht, wonach bei der Abschiebung von Asylbewerbern nach Ruanda mit Kosten von 169.000 Pfund (197.000 Euro) pro Abschiebung gerechnet wird.

Der erste geplante Abschiebeflug vor einem Jahr wurde durch eine einstweilige Verfügung des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gestoppt. Dieser hatte das Vorhaben der britischen Regierung untersagt, solange die Gerichtsverfahren in Großbritannien nicht abgeschlossen sind. Im Dezember hatte der High Court in London geurteilt, die geplanten Abschiebungen seien rechtmäßig. Menschenrechtsgruppen wandten sich daraufhin an das Berufungsgericht.

Load-Date: June 29, 2023

End of Document

Nancy Faeser erwartet schnelle Einigung in EU-Asylstreit; Olaf Scholz hat den Kurs in der Asylpolitik vorgegeben. Nach Einschätzung der Bundesinnenministerin dürfte es nun auch in der EU zu einem Durchbruch kommen.

ZEIT-online

Mittwoch 27. September 2023 10:06 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Europäisches Asylsystem; Ausg. 1

Length: 452 words

Byline: Isabelle Daniel

Body

Nach dem Machtwort von Bundeskanzler Olaf Scholz im Streit um die **Asylpolitik** dürfte es nach Einschätzung von Bundesinnenministerin Nancy Faeser innerhalb der EU eine rasche Einigung über ein umstrittenes Kernelement der geplanten europäischen **Asylreform** geben. Sie gehe davon aus, dass es beim Treffen der EU-Innenminister an diesem Donnerstag eine politische Einigung bei der sogenannten Krisenverordnung geben werde, sagte die SPD-Politikerin der Nachrichtenagentur dpa.

Die Krisenverordnung ist ein Teil der geplanten Asylreform, mit der unter anderem die irreguläre Migration nach Europa begrenzt werden soll. So soll etwa bei einem besonders starken Anstieg der Migration der Zeitraum verlängert werden können, in dem Menschen unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten werden können.

Grüne lange gegen Verordnung

Vor Faesers Äußerung hatte Scholz nach Angaben aus Regierungskreisen im Kabinett den Kurs ausgegeben, dass die Krisenverordnung nicht länger blockiert werden dürfe. Insbesondere die Grünen hatten die Verordnung in der Vergangenheit abgelehnt, weil sie befürchteten, dass Schutzstandards für Migranten in Krisensituationen in nicht hinnehmbarer Weise abgesenkt werden könnten. FDP-Parteichef Christian Lindner hatte dagegen zuletzt eine Wende in der Migrationspolitik gefordert und den sogenannten Asylkompromiss aus den neunziger Jahren als Vorbild genannt.

Dass der aktuelle Entwurf für die Krisenverordnung vor der Einigung noch einmal signifikant verändert werden könnte, galt bei EU-Vertretern in Brüssel als sehr unwahrscheinlich. Vermutlich seien nur noch kleinere Anpassungen möglich, hieß es.

Sobald der Streit über die Krisenverordnung beigelegt ist, können wohl auch für die Reform wichtige Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament fortgesetzt werden. Denn das Parlament hatte zuletzt

Nancy Faeser erwartet schnelle Einigung in EU-Asylstreit Olaf Scholz hat den Kurs in der Asylpolitik vorgegeben. Nach Einschätzung der Bundesinnenministerin dür....

angekündigt, Teile der Gespräche zu blockieren, bis sich die EU-Staaten bei dem Thema Krisenverordnung positioniert haben.

Brisant ist das vor allem wegen der Europawahl im Juni 2024. Projekte, die bis dahin nicht mit den Regierungen der Mitgliedstaaten ausgehandelt sind, könnten anschließend wieder infrage gestellt werden und sich lange verzögern. Im Fall der geplanten Reform des Asylsystems wäre dies ein besonders großer Rückschlag. An dem Projekt wird bereits seit Jahren gearbeitet.

Hannes P Albert Nancy Faeser (SPD), Spitzenkandidatin für die Landtagswahl und Bundesinnenministerin geht durch das Frankfurter Bahnhofsviertel. In Hessen wird am 8. Oktober ein neuer Landtag gewählt. Hannes P Albert Nancy Faeser (SPD), Spitzenkandidatin für die Landtagswahl und Bundesinnenministerin geht durch das Frankfurter Bahnhofsviertel. In Hessen wird am 8. Oktober ein neuer Landtag gewählt.

Load-Date: September 27, 2023

Aus 2015 nichts gelernt; EVP-Chef Manfred Weber warnt vor einer neuen Migrationskrise. Zu Recht? In einem Punkt ähnelt die Situation der im Jahr 2015 tatsächlich.

ZEIT-online

Dienstag 18. April 2023 3:00 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Flucht über das Mittelmeer; Ausg. 1

Length: 1016 words

Byline: Sasan Abdi-Herrle; Rina Wahls

Body

Für Manfred Weber steht fest, dass die Lage schon wieder dramatisch ist. "Die EU schlafwandelt in eine neue **Migrationskrise**, obwohl der rasant steigende **Migrationsdruck** offensichtlich ist", sagte der EVP-Chef kürzlich der *Bild* -Zeitung. Das war eine schmissige, alarmierende These. Stimmt sie auch?

Auf den ersten Blick gibt es dafür durchaus Anzeichen. Da sind etwa die deutschen Kommunen, die seit Monaten von Überlastung bei der Aufnahme von **Geflüchteten** berichten insbesondere durch die Fluchtbewegung aus der Ukraine. Doch auch aus dem Süden kommen wieder mehr Menschen in die EU. Die rechte Regierung in Italien verhängte deswegen gar öffentlichkeitswirksam den Ausnahmezustand. Und die Bundesinnenministerin verlängerte die Kontrollen an der Grenze zu Österreich um ein weiteres halbes Jahr schließlich sei Deutschland weiterhin Hauptzielland, argumentierte Nancy Faeser in einem Schreiben an die EU-Kommission.

Doch der so entstehende Eindruck täuscht. Vielmehr zeigen Zahlen des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR), dass Europa von der sogenannten Flüchtlingskrise der Jahre 2015 und 2016 derzeit weit entfernt ist. Damals kamen in der Spitze bis zu 230.000 Menschen pro Monat. Im März 2023 waren es dagegen 15.733. "Wir sehen keine Anzeichen für eine Situation, die 2015/2016 auch nur nahekommt", sagt UNHCR-Sprecher Chris Melzer zu ZEIT ONLINE.

Der Migrationsforscher Olaf Kleist sieht allerdings durchaus eine Krise. "Die Katastrophe ist, dass wir nach wie vor kein funktionierendes europäisches Asylsystem haben", sagt der Wissenschaftler vom Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (Dezim). Dazu habe die Entwicklung von 2015 eine große Chance geboten, die allerdings vertan worden sei. Abseits davon seien die Zahlen aber längst nicht so hoch, dass die EU damit nicht umgehen könne.

Eine neue Dynamik

Bei aller Entspannung zeigen die Statistiken aber durchaus eine veränderte Dynamik. Geflüchteten 2022 in den ersten drei Monaten noch etwa 18.000 Menschen über das Mittelmeer nach Europa, waren es im selben Zeitraum dieses Jahres bereits 43.011. Zudem sind die monatlichen Ankunftsahlen seit dem vergangenen Frühling nahezu

Aus 2015 nichts gelernt EVP-Chef Manfred Weber warnt vor einer neuen Migrationskrise. Zu Recht? In einem Punkt ähnelt die Situation der im Jahr 2015 tatsächlich....

konstant im niedrigen fünfstelligen Bereich, nachdem sie vorher lange Zeit oft nur vierstellig gewesen waren. Das geht einher mit mehr Toten: Mindestens 569 Menschen starben in diesem Jahr bereits bei der Überquerung des Mittelmeeres so viele wie seit 2017 nicht mehr.

Die Flüchtlingshelfer führen diese Veränderung mitunter auf die Pandemie zurück. "Die niedrigen Ankunftsahlen waren sicher eine Folge davon", sagt UNHCR-Sprecher Melzer. Auch sei der Winter auf dem Mittelmeer sehr mild gewesen. Zudem habe sich die politische und wirtschaftliche Lage in einigen afrikanischen Ländern verschlechtert, weswegen sich mehr Menschen auf den Weg machten.

Zu ähnlichen Schlüssen kommt die EU-Grenzschutzagentur Frontex. Neben den Vorteilen des milden Wetters nutzten kriminelle Gruppen insbesondere die chaotische politische Lage in Ländern wie Tunesien und Libyen aus, um "so viele Menschen wie möglich" über das Mittelmeer zu schleusen, zitiert die Nachrichtenagentur Reuters aus einem Bericht der Agentur an die Europäische Kommission.

Warum steigen die Zahlen in Italien?

Doch es kommen nicht nur wieder mehr Menschen sie suchen auch neue Wege. Einst wichtige Transitländer spielen aktuell kaum noch eine Rolle. Das hat auch mit der EU zu tun. Weil etwa Marokko im Zuge eines Migrationsabkommens hart gegen Flüchtende vorgeht, ist die Zahl der nach Spanien migrierenden Menschen rückläufig. Laut UNHCR kamen hier in diesem Jahr bislang nur knapp 5.000 an 50 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum.

Funktionieren solche Abkommen also? Olaf Kleist sieht das nicht so. "Dafür kommen die Menschen jetzt über Tunesien in Italien an", sagt der Migrationsforscher. Und tatsächlich ist Tunesien mit seiner nahen Küste zur Insel Lampedusa mittlerweile das wichtigste Transitland auf dem Weg nach Italien. Das erklärt, warum die italienische Entwicklung gegenläufig zur spanischen ist: Hier kamen in diesem Jahr bislang etwa 33.500 Menschen an, 290 Prozent mehr als im Vorjahr.

Migrationsforscher Kleist sieht darin das Dilemma der europäischen Migrationspolitik aufgedeckt. "Die Abschreckung führt nur zu einer Verschiebung und dazu, dass die Fluchtrouten gefährlicher werden", sagt er ZEIT ONLINE. Auch sonst seien die Abkommen kein langfristiger Ansatz. Entweder weil die Länder sie als Druckmittel gegen die EU nutzten. Oder weil die Vereinbarungen irgendwann nicht mehr richtig umgesetzt würden. "Schließlich wird die EU dann doch die Menschen selbst mit Gewalt zurückweisen."

Mit Gewalt erkaufte Ruhe

Eine solche Entwicklung hat das EU-Türkei-Abkommen aus dem Jahr 2016 genommen. Damals verpflichtete sich die Regierung von Recep Tayyip Erdoğan, die Fluchtrouten nach Griechenland abzuriegeln, und erhielt im Gegenzug Milliardenzahlungen. Nachdem die Türkei ihre dahin gehenden Bemühungen zuletzt zunehmend zurückgefahren hat, gehen Griechenland und Frontex in der Ägäis selbst mit Gewalt und oft illegalen Zurückweisungen auf das Meer gegen Migranten und Flüchtlinge vor. Mit der Folge, dass Menschen sogar von der türkischen Küste aus versuchen, nach Italien zu gelangen. Die relative Ruhe in Griechenland und auf der sogenannten Balkanroute ist somit teuer erkaufte: mit Gewalt und auch hier mit einer Verschiebung der Fluchtbewegung.

Von einer neuen Migrationskrise kann zwar keine Rede sein. Doch die Probleme der europäischen Flüchtlingspolitik sind nicht gelöst. Dabei wäre eine gerechte Verteilung in Kombination mit finanziellen Hilfen für Herkunfts- und Transitländer womöglich der Schlüssel zu einer nachhaltigen Lösung der irregulären Migration.

Fragt man Expertinnen und Experten, wie sich die Geflüchtetenzahlen in den kommenden Monaten entwickeln werden, will niemand eine Prognose wagen. Im Bundesinnenministerium geht man davon aus, dass sich die Lage jedenfalls nicht bessern wird. Ein nachhaltiger Rückgang des Migrationsgeschehens sei nicht absehbar, schreibt Nancy Faeser in ihrer Begründung der verlängerten Grenzkontrollen.

Aus 2015 nichts gelernt EVP-Chef Manfred Weber warnt vor einer neuen Migrationskrise. Zu Recht? In einem Punkt ähnelt die Situation der im Jahr 2015 tatsächlich....

Load-Date: April 18, 2023

End of Document

Städte fordern Hilfe bei Unterbringung von Geflüchteten; Bund und Kommunen dürften nicht erst zu Ostern über die Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung sprechen, warnt der Städtetag. Der Bund müsse alle Kosten übernehmen.

ZEIT-online

Donnerstag 16. Februar 2023 7:02 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingsgipfel; Ausg. 1

Length: 801 words

Byline: Fabian Albrecht

Body

Bodo Schackow

Liegen mit Matratzen stehen im Oktober 2022 in einem Unterkunftszelt in Greiz auf einer Wiese auf dem Gelände einer Gemeinschaftsunterkunft für **Flüchtlinge**. Da hier kein Platz mehr ist, wurde Zelte für die Unterbringung von **Flüchtlingen** aufgestellt.

Die Kommunen haben vor dem **Flüchtlingsgipfel** im Bundesinnenministerium mehr und schnellere Hilfe des Bundes bei der Unterbringung **Geflüchteter** gefordert. "Viele Städte sind am Limit und benötigen dringend mehr Unterstützung für die Aufnahme von **Geflüchteten**", sagte der Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Eckart Würzner.

In der aktuellen Situation reiche es nicht, wenn Bund und Länder erst rund um Ostern über weitere finanzielle Unterstützung für die Kommunen sprächen – zumal jetzt schon klar sei, dass die zugesagten Mittel für 2023 nicht ausreichen würden. "Auch die Integrationskosten, zum Beispiel für Kita und Schule, sind bisher mit keinem Cent eingepreist", sagte der parteilose Oberbürgermeister von Heidelberg.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hatte für diesen Donnerstag Vertreter der Länder und der kommunalen Spitzenverbände eingeladen, um mit ihnen über die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu sprechen. Damit hatte sie auch auf Hilferufe aus einigen Kommunen reagiert. Im Vorfeld hatte die Ministerin allerdings die Hoffnungen auf weitere Finanzhilfen des Bundes gedämpft. Man werde "pragmatische Lösungen finden", sagte Faeser.

Einfachere Verfahren

Würzner hingegen forderte, der Bund müsse die Kosten der Unterkunft in vollem Umfang übernehmen. Zudem müssten die Verfahren rund um die Unterbringung geflüchteter Menschen rechtlich vereinfacht werden. Denn diese bräuchten jetzt ein Dach über dem Kopf. Mit Geld allein werde das auch gar nicht zu lösen sein.

Städte fordern Hilfe bei Unterbringung von Geflüchteten Bund und Kommunen dürften nicht erst zu Ostern über die Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung sprechen....

Viele Kommunen brächten Geflüchtete bereits in Zelten, Containerdörfern und Messehallen unter. Deutschland und andere Staaten müssten außerdem schnelle und umfassende Wiederaufbauhilfe in der Türkei und Syrien leisten sowie weiterhin auch in der Ukraine. Denn viele Menschen wollten ihre Heimat trotz Katastrophen und Krieg nicht verlassen. "Mit schneller und umfassender Notfall- und Wiederaufbauhilfe muss den Menschen deshalb ein Leben vor Ort ermöglicht werden, um ihnen so eine Flucht aus ihrer Heimat zu ersparen", sagte Würzner.

Er schlug zudem vor, Asylsuchende, deren Anträge keine Aussicht auf Erfolg haben, in Zukunft nicht mehr auf die Kommunen zu verteilen. Die Städte sollten sich auf die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten konzentrieren können, die längere Zeit in Deutschland blieben.

Städte- und Gemeindebund fordert mehr Liegenschaften

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, forderte eine "Neuausrichtung der Migrationspolitik mit einem echten Maßnahmenpaket". Die Kommunen seien am Ende ihrer Unterbringungsmöglichkeiten, sagte er im ARD- *Morgenmagazin* . "Wir belegen Turnhallen, wir mieten Hotels an, aber was machen wir eigentlich, wenn jetzt im Rahmen der Offensive noch 200.000, 300.000 Vertriebene aus der Ukraine kommen?" Zusätzlich kämen Asylbewerber aus Syrien und Afghanistan. Es seien "viel mehr Erstaufnahmeeinrichtungsplätze" nötig.

Landsberg forderte, der Bund müsse "viel mehr Liegenschaften zur Verfügung stellen und nicht einfach zur Verfügung stellen, sondern sie in einem Zustand an uns bereitstellen, dass man dort Leute unterbringen kann". Auch mehr Geld sei nötig: Die in diesem Jahr vom Bund bereitgestellte Summe in Höhe von rund 2,75 Milliarden Euro reiche nicht.

Abkommen mit Herkunftsländern

Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken verwies auf das Ziel, mehr Menschen ohne Asylgrund aus Deutschland abzuschieben. "Das Ziel der aktuellen Bundesregierung ist es, Rückführungen zu stärken", sagte Esken RTL und n-tv. Sie verwies allerdings auch auf erhebliche Hindernisse dafür in wichtigen Herkunftsländern.

"Tatsächlich muss man deutlich machen: Die meisten Asylbewerber kommen weiterhin aus Afghanistan und Syrien. Dahin sind kaum Rückführungen möglich, weil die Länder sich in kriegesischen Auseinandersetzungen oder in Unterdrückung befinden", sagte Esken. Sie verwies auf die Lage in Afghanistan, wo unter dem Taliban-Regime Mädchen nicht mehr zur Schule gehen und Frauen nicht mehr arbeiten dürfen.

Um mehr Abschiebungen zu ermöglichen, setzt Esken vor allem auf Abkommen mit Herkunftsländern, wo dies möglich sei. "Das ist bisher schon versucht worden, aber leider ohne Erfolg", sagte die SPD-Chefin. Hoffnungen setzte sie in die Arbeit des neuen Migrationsbeauftragten der Regierung, den FDP-Politiker Joachim Stamp. "Wir müssen mit den Herkunftsländern eben vereinbaren, irreguläre Migration nach aller Möglichkeit zu begrenzen und vor allem auch Personen zurückzunehmen, die keinen Asylgrund bei uns vorweisen können."

Load-Date: February 16, 2023

**FDP begrüßt Pläne der Regierung für verschärfte Abschieberegeln;
Innenministerin Nancy Faeser plant eine Erleichterung von Abschiebungen.
Die FDP zeigt sich damit zufrieden, die Polizei kritisiert die Pläne als "nicht
zielführend".**

ZEIT-online

Donnerstag 3. August 2023 4:03 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 509 words

Byline: Verena Hölzl;Konstantin Zimmermann

Body

Robert Grahm

Ein Flüchtlingsheim- und Asylunterkunfts-Zeltlager im Berliner Ortsteil Tegel

Die FDP im Bundestag begrüßt den Vorschlag von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), den Ausländerbehörden mehr Zeit für Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber zu verschaffen. Die geplanten Erleichterungen bei den Verfahren seien ein wichtiges Signal, sagte der Parlamentarische Geschäftsführer Stephan Thomae der Nachrichtenagentur dpa. Noch immer scheiterten zu viele Abschiebungen. "Das muss sich schleunigst ändern. Der Staat muss dafür sorgen, dass seine Entscheidungen auch vollstreckt werden können." Die Verlängerung des Abschiebegewahrsams auf 28 Tage und erweiterte Betretungsrechte in Flüchtlingsunterkünften seien daher wichtige Schritte.

Weiter sagte Thomae, für eine echte Rückführungsoffensive müssten Bund, Länder und Kommunen Hand in Hand arbeiten. "Dafür muss der Bund für mehr Kompetenzen der Bundespolizei in Bezug auf Rückführungen sorgen. Die Länder müssen dafür sorgen, dass deutlich mehr Abschiebehaftplätze zur Verfügung stehen und die Kommunen ihre Ausländerbehörden stärken."

Kritik hingegen von der DPoIG

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) nannte Faesers Pläne wiederum "nicht zielführend". "Der beste Schutz vor illegaler Migration ist eine wirksame Kontrolle an den Grenzen und eine bessere Ausstattung der Polizei" im Kampf gegen eine hohe Schleuserkriminalität, sagte Gewerkschaftsvorsitzender Rainer Wendt. Die Abschiebepläne würden "die Probleme im Land nicht lösen".

Von einer "Mogelpackung" sprach Wendts Stellvertreter Heiko Teggatz. So seien entsprechende Haftplätze derzeit "kaum vorhanden und müssten durch die Länder finanziert werden", sagte er. Teggatz forderte stattdessen

FDP begrüßt Pläne der Regierung für verschärfte Abschieberegeln Innenministerin Nancy Faeser plant eine Erleichterung von Abschiebungen. Die FDP zeigt sich dami....

für die Bundespolizei die Befugnis, "auch an den Binnengrenzen zurückweisen zu dürfen". Dadurch kämen diejenigen, deren Bleibeperspektive gegen null laufe, gar nicht erst in langwierige Verfahren.

13.000 Abschiebungen im vergangenen Jahr

Die Neuregelung ist Teil eines Diskussionsentwurfs, den das Ministerium nach Gesprächen mit Ländern und Kommunen erarbeitet hat. Mit diesen soll nun weiter beraten werden, bevor das Ministerium Gesetzentwürfe vorlegt. Vorgeschlagen wird von Faeser unter anderem auch, dass Widerspruch und Klage gegen Einreise- und Aufenthaltsverbote keine aufschiebende Wirkung mehr haben.

2022 wurden nach Angaben der Bundesregierung knapp 13.000 ausreisepflichtige Personen aus Deutschland abgeschoben. Laut Ausländerzentralregister waren Ende 2022 insgesamt gut 304.000 Menschen ausreisepflichtig, davon etwa 248.000 mit einer Duldung. Neben abgelehnten Asylbewerbern können auch Touristen, Arbeitnehmer und ausländische Studenten ausreisepflichtig werden, wenn ihr Visum beziehungsweise ihre Aufenthaltserlaubnis abgelaufen ist.

Geduldete sind Menschen, die zwar ausreisepflichtig sind, aber aus bestimmten Gründen nicht abgeschoben werden können. Das kann beispielsweise daran liegen, dass sie keine Ausweisdokumente haben, krank sind oder ein minderjähriges Kind haben, das eine Aufenthaltserlaubnis besitzt.

Load-Date: August 3, 2023

Mehrheit der Deutschen laut Umfrage für Beibehaltung des Asylrechts; Mit einem Vorstoß zur Abschaffung des Individualrechts auf Asyl löste ein CDU-Politiker Empörung aus. Auch in der Bevölkerung gibt es für seine Idee keine Mehrheit.

ZEIT-online

Dienstag 25. Juli 2023 4:35 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 415 words

Byline: Isabelle Daniel

Body

Stefan Puchner

Zwei Frauen in der Landeserstaufnahmestelle (LEA) in Baden-Württemberg, 2022

Eine Mehrheit der Menschen in Deutschland befürwortet einer Umfrage zufolge die Beibehaltung des derzeitigen **Asylsystems**. Den Vorschlag des CDU-Politikers Thorsten Frei, das Individualrecht auf **Asyl** abzuschaffen, unterstützen laut der vom *Stern* veröffentlichten Forsa-Umfrage nur 32 Prozent der Befragten. 64 Prozent sprachen sich dafür aus, die bestehende Regelung zu erhalten. Vier Prozent waren unentschieden.

Frei hatte in der vergangenen Woche in einem Gastbeitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* dafür plädiert, das Individualrecht auf Asyl in der Europäischen Union abzuschaffen. Der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion im Bundestag forderte stattdessen ein EU-weites Kontingent von 300.000 bis 400.000 Flüchtlingen, die direkt aus dem Ausland aufgenommen und auf die Mitgliedstaaten verteilt werden sollten.

Parteiübergreifende Kritik an Frei-Vorschlag

Die Idee stieß parteiübergreifend auf Empörung. Unter anderem der Grünenpolitiker Anton Hofreiter warf Frei vor, radikale Einstellungen salonfähig zu machen. Kritik kam auch von Politikern von SPD und FDP. Die fluchtpolitische Sprecherin der Linken, Clara Büniger, nannte den Vorstoß "geschichtsvergessen". Sie erinnerte daran, dass die Genfer Flüchtlingskonvention mit dem Individualrecht auf Asyl "eine direkte Folge aus dem Versagen der internationalen Staatengemeinschaft angesichts der Verbrechen im Nationalsozialismus und der Shoah" gewesen sei. Ähnlich äußerten sich Hilfsorganisationen.

Abgelehnt wird Freis Vorschlag laut der Umfrage besonders von Wählerinnen und Wählern der Regierungsparteien. Unter den Anhängerinnen und Anhängern der Grünen sprachen sich 88 Prozent für eine Beibehaltung der bestehenden Regelung aus, bei jenen der FDP waren es 84 Prozent, bei der SPD 76 Prozent. Auch unter den Wählerinnen und Wählern der Unionsparteien plädierten 56 Prozent für die Beibehaltung des

Mehrheit der Deutschen laut Umfrage für Beibehaltung des Asylrechts Mit einem Vorstoß zur Abschaffung des Individualrechts auf Asyl löste ein CDU-Politiker Empö....

individuellen Asylrechts. Lediglich unter den AfD-Wählern befürwortete eine Mehrheit von 56 Prozent Freis Vorschlag.

Nach Angaben des *Sterns* befragte das Meinungsforschungsinstitut Forsa am vergangenen Donnerstag und Freitag rund 1.000 Menschen zu ihrer Einstellung zum Asylrecht. Die Fragestellung lautete: "Fänden Sie es richtig, wenn in Zukunft nicht mehr jeder einzelne politisch Verfolgte Asyl in der Europäischen Union beantragen darf, oder sollte dieses Recht beibehalten werden?"

Load-Date: July 25, 2023

End of Document

209 Migranten in verlassenen Lastwagen entdeckt; Die Menschen kamen aus Guatemala und anderen Ländern Mittelamerikas. Sie hatten um Hilfe gerufen. Auch Kinder und Jugendliche waren in dem Fahrzeug.

ZEIT-online

Freitag 14. April 2023 3:11 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Mexiko; Ausg. 1

Length: 402 words

Byline: Julica Jungehülsing

Body

Fernando Llano

Migranten beobachten von der mexikanischen Seite der Grenze aus, wie andere den Rio Grande in die Vereinigten Staaten überqueren. Service +++ dpa-Bildfunk +++ Creation date 03-29-2023 Photograph credits picture alliance/dpa/AP | Fernando Llano Special instructions - Release Model release not available Usage For editorial use. Non-editorial use to be cleared with the sales department.

Im Osten von Mexiko sind 209 Migrantinnen und Migranten in einem verlassenen Lastwagen entdeckt worden. Die Menschen aus Mittel- und Südamerika wurden nahe Nuevo Teapa im Bundesstaat Veracruz aus dem Fahrzeug befreit, nachdem Hilferufe zu hören gewesen waren. Der Einwanderungsbehörde INM zufolge waren auch Kinder und Jugendliche im Fahrzeug. Ein Migrant sei mit Erstickenerscheinungen in ein Krankenhaus gebracht worden, hieß es in der Mitteilung weiter.

Demnach war in die geschlossene Ladefläche des Lkw eine Zwischendecke eingezogen worden, um noch mehr Menschen transportieren zu können. Die meisten Migranten stammten aus Guatemala. Auch Menschen aus Honduras, El Salvador und Ecuador waren in dem Fahrzeug.

Die Regierung von Joe Biden hat zuletzt mehrfach härtere Asylgesetze angekündigt. Erwägt wurde unter anderem, dass Asylanträge künftig nur noch von außerhalb der USA gestellt werden könnten. Migrantinnen und Migranten, die einfach über die Grenze ins Land kommen, könnten dann in den USA nicht mehr um Asyl bitten. Die USA und Kanada hatten zudem Ende März eine neue Asylregelung vereinbart. Kanada erklärte sich bereit, mehr Migrantinnen und Migranten aufzunehmen.

Tragödien an den Grenzen

Vor zwei Wochen waren bei einem Brand in einem Gebäude der Migrationsbehörde INM in der mexikanischen Grenzstadt Ciudad Juárez an der Grenze zu den USA 40 Migranten ums Leben gekommen und fast 30 weitere verletzt worden. Die Männer waren eingeschlossen und konnten sich nicht in Sicherheit bringen. Die

209 Migranten in verlassenen Lastwagen entdeckt Die Menschen kamen aus Guatemala und anderen Ländern Mittelamerikas. Sie hatten um Hilfe gerufen. Auch Kinder un....

Generalstaatsanwaltschaft ermittelt in dem Fall wegen Mordverdachts. Fünf Beamte und ein Migrant sitzen in Untersuchungshaft, weitere Haftbefehle sollen folgen. Der Migrant soll Matratzen in Brand gesteckt und damit das verheerende Feuer entfacht haben. Die Beamten wiederum hätten keine Hilfe geleistet.

Im Juni 2022 waren in Texas 53 Migrantinnen und Migranten gestorben, die in einem Lkw-Anhänger nahe San Antonio zurückgelassen worden waren.

Load-Date: April 14, 2023

End of Document

Abgeordnete zweifeln an Rechtmäßigkeit von Abschiebungsgesetz; Das Bundeskabinett stimmt heute über neue Regeln für schnellere Abschiebungen ab. Kritiker warnen, dass das Vorhaben womöglich nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist.

ZEIT-online

Mittwoch 25. Oktober 2023 2:15 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Grünen-Bundestagsfraktion; Ausg. 1

Length: 494 words

Byline: Leonardo Pape

Body

Mehrere Bundestagsabgeordnete der Grünen bezweifeln, dass die von der Bundesregierung geplanten Erleichterungen von Abschiebungen mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Laut der **Migrationsexpertin** der Grünen-Bundestagsfraktion Filiz Polat gingen damit "unverhältnismäßige Eingriffe in die Grundrechte auf Freiheit, auf Unverletzlichkeit der Wohnung und auf Privatsphäre der Betroffenen" einher. Dies stoße auch bei Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen auf Ablehnung.

Das Bundeskabinett will den Gesetzesentwurf, der Abschiebungen beschleunigen soll, an diesem Mittwoch beschließen. Polat kündigte an, "die verfassungsrechtlichen und europarechtlichen Bedenken" in den parlamentarischen Beratungen zu thematisieren. Auch Polats Fraktionskollege Julian Pahlke sagte dem RedaktionsNetzwerk Deutschland, das geplante Gesetz sei "in seiner jetzigen Form möglicherweise nicht mit der Verfassung vereinbar".

Abgeordnete aus dem linken Flügel der SPD äußerten sich ähnlich kritisch zu dem Gesetzesvorhaben von Bundesinnenministerin Nancy Faeser. "Maßnahmen, die vor allem staatliche Härte zeigen sollen, die Situation aber nicht konkret verbessern, helfen nicht weiter", sagte der Münchner Abgeordnete Sebastian Roloff von der linken Parteigruppierung Forum DL21 dem Tagesspiegel. Der Migrationsexperte in der SPD-Bundestagsfraktion Hakan Demir warnte vor einer einseitigen Verengung sozialer Fragen auf die Asylpolitik: "Das Thema Migration ist gerade überall sehr präsent. Aber wir haben viele große Herausforderungen, für die wir Lösungen brauchen: Inflation, soziale Ungleichheit, unzureichende Bildungschancen oder Wohnungsnot."

Mehr Befugnisse bei der Durchsetzung von Abschiebungen

Hauptziel von Faesers Gesetzesentwurf ist es, die Zahl von Abschiebungen zu reduzieren, die im letzten Moment scheitern. Der Entwurf des geplanten Rückführungsverbesserungsgesetzes sieht unter anderem vor, Behörden und Polizei mehr Befugnisse bei der Durchsetzung von Abschiebungen zu geben. Abschiebungen sollen nur noch bei Familien mit Kindern unter zwölf Jahren angekündigt werden. Außerdem soll die Höchstdauer des

Abgeordnete zweifeln an Rechtmäßigkeit von Abschiebungsgesetz Das Bundeskabinett stimmt heute über neue Regeln für schnellere Abschiebungen ab. Kritiker warnen,....

Ausreisegewahrsams von zehn auf 28 Tage verlängert werden. Ziel ist auch eine beschleunigte Abschiebung von Schleusern.

Die Bundesregierung reagiert mit dem Gesetz auf die im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegenen Asylbewerberzahlen in Deutschland und die laut Angaben vieler Kommunen knapp werdenden Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete.

Patrick Pleul Unerlaubt eingereiste Migranten werden von einem Beamten der Bundespolizei nahe der deutsch-polnischen Grenze in Forst (Lausitz) bewacht. (zu dpa «Endstation Forst: Wie Schleuser Migranten nach Deutschland bringen») Patrick Pleul Unerlaubt eingereiste Migranten werden von einem Beamten der Bundespolizei nahe der deutsch-polnischen Grenze in Forst (Lausitz) bewacht. (zu dpa «Endstation Forst: Wie Schleuser Migranten nach Deutschland bringen»)

Load-Date: October 25, 2023

End of Document

Unionsfraktion will Bundesagentur für Einwanderung aufbauen; Die Union warnt vor der Lage in deutschen Kommunen und schlägt eine neue Bundesagentur vor. Ziel ist demnach die Trennung von Asylverfahren und Fachkräfteeinwanderung.

ZEIT-online

Samstag 4. März 2023 1:52 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 450 words

Byline: Timo Stukenberg

Body

Odd Andersen

German opposition leader and head of the conservative Christian Democratic Union (CDU) party Friedrich Merz addresses members of the parliament as he speaks at the Bundestag (lower house of parliament) in Berlin on March 2, 2023.

Die Spitze der Unionsfraktion im Bundestag will die Einwanderung von Fachkräften nach Deutschland mit einer "Bundesagentur für Einwanderung" neu regeln. "Fachkräfte erhalten so Service aus einer Hand: Von der Arbeitsplatzvermittlung, der Prüfung der Voraussetzungen für die Einreise, über das nötige Visum bis hin zum Aufenthaltstitel nach Ankunft in Deutschland", heißt es in einem Positionspapier des geschäftsführenden Vorstands der Unionsfraktion.

Unionsfraktionschef Friedrich Merz sagte der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, die Agentur solle um ausländische Fachkräfte werben. Der CDU-Vorsitzende sagte, Asylverfahren sollten künftig klar von Einwanderungsverfahren für Fachkräfte getrennt werden. Die Bundesregierung "will offenkundig nicht wahrhaben, wie dramatisch die Lage in vielen Kommunen in Deutschland ist".

Merz lädt Bürgermeisterinnen und Landräte ein

Die Union bekenne sich zu Deutschlands humanitärer Verantwortung für Schutzsuchende, sagte Merz. "Zugleich schlagen wir ein Bündel an nationalen, europäischen und internationalen Maßnahmen zur Steuerung und Begrenzung von irregulärer Migration vor." Unter anderem solle ein Krisen- und Koordinierungsstab im Bundeskanzleramt eingerichtet werden.

Wegen der Probleme der Unterbringung von Geflüchteten lädt Merz nach Angaben von *Bild* rund 700 Bürgermeisterinnen und Landräte nach Berlin ein. In der Einladung, die der Nachrichtenagentur dpa vorliegt, heißt

Unionsfraktion will Bundesagentur für Einwanderung aufbauen Die Union warnt vor der Lage in deutschen Kommunen und schlägt eine neue Bundesagentur vor. Ziel ist....

es: "Allein im Jahr 2022 wurden in Deutschland 244.000 Asylanträge gestellt. Die faktischen Aufnahmekapazitäten stoßen vielerorts an ihre Grenzen. Wir müssen uns diesen Realitäten annehmen."

BAMF soll nur noch für Asyl zuständig sein

Im Positionspapier der Unionsfraktionsspitze heißt es, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sowie die kommunalen Ausländerbehörden sollten sich auf die Gruppe der Asylbewerber konzentrieren. Die neue Bundesagentur für Einwanderung solle alle Verfahren übernehmen, die derzeit bei den Auslandsvertretungen, den Bundesländern sowie den Landkreisen und Kommunen geführt würden und keine Asylverfahren seien. Sie soll demnach auch als "Arbeitsvermittlungsagentur für alle Arbeitskräfte aus dem europäischen und nicht-europäischen Ausland" dienen.

Die stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion Andrea Lindholz (CSU) forderte, die Einwanderungsagentur müsse von Beginn an mit digitalen Verfahren und modernster Technik arbeiten, um schnelle Verfahren garantieren zu können.

Load-Date: March 4, 2023

EU-Kommission schlägt Aktionsplan gegen illegale Migration vor; Geld für Länder, die Migranten zurücknehmen, mehr Kooperation mit afrikanischen Staaten: Mit teils umstrittenen Maßnahmen will die EU illegale Einwanderung begrenzen.

ZEIT-online

Dienstag 6. Juni 2023 1:43 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Einwanderung; Ausg. 1

Length: 412 words

Byline: Dominik Lenze

Body

Fadel Senna

Migranten aus Ländern südlich der Sahara in Marokkos Küstenstadt Casablanca

Mit einem umfassenden Aktionsplan will die EU-Kommission illegale **Migration** aus Nord- und Westafrika eindämmen. Das neue Programm enthalte insgesamt 18 Maßnahmen, darunter Vorschläge zur Bekämpfung von Menschen schmuggel, für ein besseres Grenzmanagement und für Rückführungsprozesse, teilte die zuständige Kommissarin Ylva Johansson mit. Auch legale Möglichkeiten, in die EU einzureisen, sind demnach in dem Aktionsplan enthalten. Am Donnerstag beraten die EU-Innenminister in Luxemburg über die Reformvorschläge.

Unter anderem soll die EU-Grenzschutzagentur Frontex ihre Zusammenarbeit mit den Staaten Marokko, Mauretanien und dem Senegal ausbauen. Wenn Nicht-EU-Staaten illegal eingereiste Menschen zurücknehmen, sollen sie verstärkt von Investitionen profitieren. Menschen aus Nigeria und dem Senegal könnten künftig bei entsprechender Qualifikation über bestimmte Programme legal einreisen.

Reform des Asylsystems umstritten

2022 sind laut Frontex mindestens 330.000 Menschen illegal in die EU eingewandert so viele wie seit 2016 nicht mehr. Bereits im Januar kündigte die EU-Kommission an, deutlich mehr Migranten und Migrantinnen ohne Bleiberecht abzuschieben.

Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) ist seit Jahren umstritten. Es geht unter anderem um die Frage, ob es Vorprüfungen von Asylanträgen schon an den EU-Außengrenzen geben soll. Gegen ein solches Vorgehen gibt es starke Kritik von Menschenrechtsgruppierungen, die darin eine Aushöhlung des Grundrechts auf Asyl sehen. Auch in den Reihen der Grünen gibt es Vorbehalte.

Bundesregierung für Verschärfung des Asylrechts

EU-Kommission schlägt Aktionsplan gegen illegale Migration vor Geld für Länder, die Migranten zurücknehmen, mehr Kooperation mit afrikanischen Staaten: Mit teil....

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) warb für die anvisierte Verschärfung des Asylrechts. Die EU-Länder seien bei den Beratungen über eine gemeinsame Asylpolitik und eine Verteilung von Geflüchteten "so weit, wie wir noch nie waren", sagte Scholz. "Wir sollten alles dafür tun, dass wir jetzt zu einer Regelung kommen, die eine enge Kooperation der Staaten an den Außengrenzen mit allen anderen zum Gegenstand hat".

Die Bundesregierung fordert aber auch Nachbesserungen an den Plänen der EU-Kommission: Zwar spricht sie sich für die Vorprüfung von Asylanträgen an den EU-Außengrenzen aus. Familien mit Kindern sollten aber davon ausgenommen werden. Auf diese gemeinsame Haltung hat sich insbesondere auf Druck der Grünen die Ampelkoalition verständigt.

Load-Date: June 6, 2023

End of Document

Einschränkung des Asylrechts unter Joe Biden bleibt in Kraft; Geflüchtete, die auf der Reise in die USA nicht zuerst in einem Drittland Asyl beantragen, können an der Grenze abgewiesen werden. Das entschied ein US-Berufungsgericht.

ZEIT-online

Freitag 4. August 2023 1:52 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration in die USA; Ausg. 1

Length: 323 words

Byline: Katharina James

Body

Gregory Bull

Ein Mann aus Kolumbien hält seinen Sohn im Arm, während er nach dem Grenzübertritt von Mexiko auf seinen **Asylantrag** wartet.

Die US-Regierung hat bei ihrem juristischen Vorgehen gegen eine Blockade einer erheblichen Einschränkung des Asylrechts einen ersten Erfolg verbucht. Die umstrittene Regelung, wonach jenen Migranten die Einreise verwehrt wird, die auf ihrem Weg an die Südgrenze nicht zuerst Asyl in einem Drittland beantragen, bleibe in Kraft, entschied ein Berufungsgericht am Donnerstag. Damit wird vorläufig die Anordnung einer Vorinstanz ausgesetzt, die die Regelung für illegal erklärt und die Regierung aufgefordert hatte, die Praxis bis zum kommenden Montag zu beenden.

Die neuen Vorschriften traten an die Stelle einer unter Ex-Präsident Donald Trump eingeführten Asylverschärfung aus der Frühphase der Pandemie, die Mitte Mai auslief. Diese alte Regelung namens Title 42 hatte eine rasche Zurückweisung von Migranten zum Schutz vor einer Corona-Ausbreitung vorgesehen. Millionen Menschen war auf diese Weise seit Frühjahr 2020 die Einreise in die USA verweigert worden.

Nach den neuen Regeln haben jene keinen Anspruch auf Schutz in den Vereinigten Staaten, die die Südgrenze illegal überquert oder auf ihrem Weg nicht zuerst Asyl in einem Land beantragt haben, das sie durchquert hatten. Damit hätten praktisch nur noch Staatsbürger Mexikos eine Chance, die nicht erst einen Drittstaat passieren müssen, um an die US-Grenze zu gelangen. Verwehrt wird die Einreise auch jenen, die nicht vorab über die CBP One App eine Anwendung der US-Grenzschutzbehörde einen Termin für einen Asylantrag gebucht haben.

In den Vorschriften sahen viele Kritiker praktisch eine neue Version eines ähnlichen Vorhabens der Vorgängerregierung unter Trump. Das Weiße Haus betonte hingegen, dass die neuen Regeln sich von jenen

Einschränkung des Asylrechts unter Joe Biden bleibt in Kraft Geflüchtete, die auf der Reise in die USA nicht zuerst in einem Drittland Asyl beantragen, können a....

Trumps unterschieden, da sie Raum für Ausnahmen vorsähen. So seien etwa allein reisende Kinder ausgenommen.

Load-Date: August 4, 2023

End of Document

"Ich bin in derselben Woche 'Nazi' und 'Gutmensch' genannt worden"; Ist die Migrationspolitik noch zu retten? Der FDP-Politiker Konstantin Kuhle fordert im Podcast eine "erwachsene Debatte" und gemeinsame europäische Asylpolitik.

ZEIT-online

Montag 17. Juli 2023 10:02 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Konstantin Kuhle; Ausg. 1

Length: 224 words

Body

konstantin-kuhle-politikpodcast-ehrlichjetzt

In der neuen Folge unseres Politikpodcasts *Ehrlich jetzt?* spricht Yasmine M'Barek mit Konstantin Kuhle über die polarisierte **Migrationsdebatte**.

Der FDP-Politiker äußert die Sorge darüber, sich in Nischendebatten zu verrennen, und das Problem damit nur zu verschieben. "Ich bin in der gleichen Woche als 'Nazi' und als 'Gutmensch' bezeichnet worden, weil ich mir irgendwie wünsche, dass wir eine erwachsene Migrationsdebatte in Deutschland führen", sagt Kuhle. Er sehe bei allen politischen Parteien die Verantwortung: "Ich muss doch auch als Vertreter der politischen Linken einsehen, dass offene Binnengrenzen nur haltbar sind, wenn es eine gemeinsame europäische Asylpolitik gibt."

Außerdem beklagt er, dass "es Politikerinnen und Politikern zu viel bringt und zu viel Applaus einbringt, schlecht und pauschal über Einwanderung in den Arbeitsmarkt zu reden". Dabei seien neue Regelungen in der Asyl- und Migrationspolitik unabdingbar.

Alle zwei Wochen begrüßt ZEIT-ONLINE-Redakteurin Yasmine M'Barek in "Ehrlich jetzt?" einen Spitzenpolitiker oder eine Spitzenpolitikerin. Sie können sich zu ihrem Herzensthema erklären und über Fragen diskutieren, für die in Nachrichtensendungen und Talkshows kein Platz bleibt. Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns per Mail über ehrlichjetzt@zeit.de

Load-Date: July 17, 2023

EU-Kommission will mehr Abschiebungen von Migranten in ihre Heimat; Mehr Rückführungen und mehr Tempo: Seit Jahren kommt die EU in ihren Bemühungen für mehr Abschiebungen nicht voran. Nun unternimmt die EU-Kommission einen neuen Anlauf.

ZEIT-online

Dienstag 24. Januar 2023 3:40 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 465 words

Byline: Alena Kammer

Body

Frank Rumpenhorst

Die Abschiebungshaftanstalt in Darmstadt aufgenommen am 29. Januar 2021

Deutlich mehr **Migrantinnen** und **Migranten** ohne Bleiberecht sollen die Europäische Union nach dem Willen der EU-Kommission wieder verlassen. "Diejenigen, die nicht zum Aufenthalt in der Europäischen Union berechtigt sind, müssen in ihr Herkunftsland zurückgeschickt werden", sagte EU-Innenkommissarin Ylva Johansson. Zusammen mit der zuständigen EU-Beauftragten Mari Juritsch legte sie eine Strategie vor, die zu mehr Rückführungen führen soll.

Die EU bemüht sich seit Jahren um eine höhere Rückführungsquote. So präsentierte die EU-Kommission im April 2021 eine Strategie, die sich vor allem auf freiwillige Rückkehrer konzentrierte. Zudem will die EU etwa mit ihrer Visapolitik Druck auf Länder ausüben, die nicht zur Rücknahme abgelehnter Schutzsuchender bereit sind. Tatsächlich wird dieser Hebel nach einer Entscheidung vom Oktober 2021 bislang aber nur mit Gambia genutzt. Ein EU-Gipfel Ende 2021 nannte als mögliche Druckmittel zudem Handelsbeziehungen und Entwicklungshilfe.

Der Trend geht bislang dennoch in die entgegengesetzte Richtung. 2019 sind nach Angaben der EU-Kommission 29 Prozent jener Menschen ausgewiesen, die die EU-Staaten hätten verlassen müssen. 2021 lag die Quote dann bei 21 Prozent. Dabei hatte die Brüsseler Behörde noch 2018 ein Ziel von rund 70 Prozent ausgerufen.

Auf ein neues Ziel wollten sich Johansson und Juritsch nun nicht festlegen. Dies könne nur in Absprache mit den EU-Staaten geschehen. Denn diese sind eigentlich für Rückführungen abgelehnter Asylbewerber zuständig. Die EU-Kommission setzt künftig vor allem auf eine engere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und EU-Behörden wie Frontex, um die Zahl der Rückführungen zu steigern.

EU-Staaten stehen unter Druck

EU-Kommission will mehr Abschiebungen von Migranten in ihre Heimat Mehr Rückführungen und mehr Tempo: Seit Jahren kommt die EU in ihren Bemühungen für mehr Absc....

"Rückführungen sind eine gemeinsame Verantwortung", sagte Juritsch. Vor allem in Drittstaaten, in denen es keine größeren politischen Hürden oder Probleme mit Grundrechten gebe, müssten mehr Menschen zurückgeschickt werden. Um die Glaubwürdigkeit des Asylsystems zu schützen und unerwünschte Grenzübertritte zu verhindern, brauche es außerdem mehr Tempo. Sie forderte, dass es in jedem EU-Land Berater geben sollte, die für mehr freiwillige Rückkehrer sorgten.

Mehr Rückführungen seien auch deshalb wichtig, weil die Asylsysteme der EU-Staaten unter Druck stünden, sagte Johansson. Die Zahl der Asylanträge sei 2022 im Vergleich zum Vorjahr um fast 50 Prozent auf 924.000 gestiegen. Hinzu kämen vier Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine, die in der EU keinen Asylantrag stellen müssten. Die meisten Asylanträge wurden Johansson zufolge in Deutschland, Frankreich, Spanien und Österreich gestellt. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl seien Zypern, Österreich und Griechenland besonders belastet.

Load-Date: January 24, 2023

End of Document

FDP will Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklären; Viele Kommunen kommen bei der Aufnahme von Geflüchteten an ihre Grenzen. Die FDP will nun Abschiebungen erleichtern. Widerstand kommt von den Grünen.

ZEIT-online

Samstag 9. September 2023 12:19 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT ONLINE

Section: Migration; Ausg. 1

Length: 528 words

Byline: Jurik Caspar Iser

Body

dts Nachrichtenagentur

Berlin, Deutschland, 08.09.2023: Haushaltswoche im Bundestag Bundesfinanzminister Christian Lindner holt eine Rede *** Berlin, Germany, 08 09 2023 Budget week in the Bundestag Federal Finance Minister Christian Lindner gives a speech Copyright: xdtNACHRICHTENAGENTUR dts_21857

Die FDP will mehr Staaten als sogenannte sichere Herkunftsländer einstufen, um Abschiebungen zu erleichtern. FDP-Fraktionschef Christian Dürr sagte den Zeitungen der Funke Mediengruppe, bei der von der Ampel-Koalition beschlossenen Einstufung von Moldau und Georgien als sichere Herkunftsstaaten dürfe es nicht bleiben. "Ich halte es für richtig, dabei auch über die Maghreb-Staaten zu beraten." Dazu zählen unter anderem Marokko, Tunesien und Algerien.

Finanzminister Christian Lindner (FDP) schlug darüber hinaus einen Schutz der EU-Außengrenze und Asylverfahren vom Ausland aus vor. "Was rechtlich möglich ist, um irreguläre Migration zu unterbinden, sollte politisch eingeleitet werden", sagte Lindner der Welt am Sonntag.

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) lehnt eine Ausweitung der Liste sicherer Herkunftsländer allerdings ab, wie sie zuvor der Funke Mediengruppe gesagt hatte. Unionsfraktionschef Dürr hob hingegen hervor, dass die Kommunen und die vielen Ehrenamtlichen in Deutschland erwarteten, "dass der Bund seinen Beitrag zu mehr Steuerung und Kontrolle leistet nach einer über viele Jahre verfehlten Migrationspolitik von CDU und CSU".

Sichere Herkunftsstaaten sind Staaten, bei denen davon ausgegangen wird, dass es dort in der Regel weder Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Behandlung gibt und dem betroffenen Ausländer damit in seiner Heimat kein ernsthafter Schaden droht. Aktuell gilt das für die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, Ghana, Senegal, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Nordmazedonien, Albanien, Kosovo und Montenegro.

"Viele Kommunen sind an ihrer Leistungsgrenze"

FDP will Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern erklären Viele Kommunen kommen bei der bei Aufnahme von Geflüchteten an ihre Grenzen. Die FDP will nun Abs....

Es gebe wachsenden Widerstand gegen neue Flüchtlingsunterkünfte, sagte Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, der *Neuen Osnabrücker Zeitung*. "Viele Kommunen sind an ihrer Leistungsgrenze bei Unterbringung, Versorgung und Integration von Geflüchteten angelangt. Dies führt dazu, dass der Unmut vor Ort zunimmt." Es fehle an Unterkünften, aber auch an Plätzen in Schulen und Kitas.

Er forderte eine deutliche Ausweitung der in der Regel von Bundesländern betriebenen Erstaufnahmeeinrichtungen, "sodass nur Personen mit Bleibeperspektive auf die Kommunen verteilt werden". Zudem sollten Asylverfahren für Geflüchtete mit geringer Anerkennungschance möglichst bereits an der EU-Außengrenze stattfinden, fuhr der Chef des Städte- und Gemeindebundes fort.

Landsberg forderte ebenfalls, weitere Staaten in die Liste der sicheren Herkunftsländer aufzunehmen. Das sei "ein Baustein zur Begrenzung des Zuzugs", sagte er den Funke-Zeitungen. "Da die Anerkennung von Menschen aus den Maghreb-Staaten verschwindend gering ist, wäre es richtig, auch diese Staaten in den Kreis der sicheren Herkunftsländer aufzunehmen."

Load-Date: September 9, 2023

End of Document

**Britische Menschenrechtskommission kritisiert geplantes Asylgesetz;
Großbritannien will seine Abschiebep Praxis verschärfen. Eine
Aufsichtsbehörde warnt, das geplante Gesetz könne die Rechte von Kindern
und Schwangeren verletzen.**

ZEIT-online

Mittwoch 28. Juni 2023 1:07 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 415 words

Byline: Dominik Lenze

Body

Sameer al-Doumy

Geflüchtete in Nordfrankreich die bei einem Fluchtversuch nach Großbritannien über den Ärmelkanal von der französischen Polizei gestoppt wurden.

Die britische Aufsichtsbehörde für Menschenrechte hat vor einer Umsetzung des geplanten **Asylgesetzes** in Großbritannien gewarnt. Das Vorhaben der konservativen Regierung riskiere einen Bruch internationaler Verpflichtungen, teilt die Equality and Human Rights Commission (EHRC) mit. Die Kommission ist eine nicht-ministerielle öffentliche Einrichtung, die zuständig ist für die Förderung von Gleichstellungs- und Nichtdiskriminierungsgesetzen in Großbritannien.

Der umstrittene Gesetzentwurf von Innenministerin Suella Braverman sieht vor, dass Menschen, die ohne Erlaubnis nach Großbritannien einreisen, festgehalten und ohne Rücksicht auf ihre persönlichen Umstände so bald wie möglich nach Ruanda und in andere Länder abgeschoben werden, die als sicher eingestuft werden. Bereits jetzt werden zahlreiche Asylsuchende in Booten vor dem britischen Festland untergebracht.

Die EHRC zeigte sich besonders besorgt wegen der Auswirkungen auf Minderjährige, Schwangere, Menschen mit Behinderung sowie Opfer von Menschenhandel und Folter. Vielmehr müsse die Regierung Maßnahmen ergreifen, um Asylsuchenden sichere und reguläre Routen ins Vereinigte Königreich zu bieten.

Mit ihrer umstrittenen Asylpolitik will die Regierung von Premierminister Rishi Sunak Migrantinnen und Migranten abschrecken, die irregulär in kleinen Booten über den Ärmelkanal einreisen. Im vergangenen Jahr kamen mehr als 45.000 Menschen auf diesem Weg nach Großbritannien obwohl konservative Politiker den Brexit damit verknüpft hatten, dass die Migration abnehmen werde. Die EHRC betonte, die Risiken für asylsuchende Minderjährige durch das Vorhaben wögen schwerer als das Ziel der Regierung, irreguläre Migranten abzuschrecken.

Britische Menschenrechtskommission kritisiert geplantes Asylgesetz Großbritannien will seine Abschiebep Praxis verschärfen. Eine Aufsichtsbehörde warnt, das gepla....

Eine Abschiebung nach Ruanda würde fast 170.000 Pfund kosten

Kürzlich sorgte zudem für Aufsehen, dass das Innenministerium die Ruanda-Pläne auf 169.000 Pfund (196.000 Euro) pro abgeschobenen Menschen schätzt. Demgegenüber stehen geschätzt zwischen 106.000 und 165.000 Pfund an Kosten für die Unterbringung der Menschen in Großbritannien, die eingespart werden können.

An diesem Mittwochabend soll erneut das Oberhaus in London über das geplante Gesetz diskutieren. Zuvor hatte der Parlamentsausschuss für Frauen und Gleichheit gefordert, die Pläne zur Abschiebung von Minderjährigen nach Ruanda aufzugeben.

Load-Date: June 28, 2023

Ab mit euch ins Anderswo; Großbritannien, USA und die EU verschärfen ihre Asylpolitik weiter. Das Ziel dieser Flüchtlingspolitik: Die Hilfesuchenden sollen zum Verschwinden gebracht werden.

ZEIT-online

Freitag 10. März 2023 12:34 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asyl; Ausg. 1

Length: 735 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Qian Weizhong/VCG

Migranten an der Grenze Mexiko-USA

In der Serie "Politisch motiviert" ergründen unsere Autorinnen und Autoren politische Themen der Woche. Dieser Artikel ist Teil von ZEIT am Wochenende, Ausgabe 10/2023.

Als in den Niederlanden im Jahr 1615 aus Spanien geflohene Juden ankamen, wurde der Aufklärer und Rechtsphilosoph Hugo Grotius gefragt, wie mit den **geflüchteten** Sephardim umzugehen sei. Grotius antwortete: "Offenbar wollte Gott, dass sie irgendwo bleiben. Warum also nicht hier statt anderswo, da anderswo dieselben Gründe vorliegen würden wie hier?"

Aus Sicht der heute dominierenden Asylpolitik ist dieser Satz eine Zumutung. "Warum also nicht hier statt anderswo?" Von wegen!

In Großbritannien will Innenministerin Suella Braverman jetzt alle Migranten, die mit Booten über den Ärmelkanal kommen, in Internierungslager stecken und am liebsten nach Ruanda ausfliegen, mit dem Land hat die britische Regierung dazu schon ein Abkommen geschlossen. Nach Großbritannien dürften sie ihr Leben lang nicht mehr.

Das Ziel dieser Art von Flüchtlingspolitik, für die Großbritannien nur das neueste Beispiel liefert, ist immer das gleiche: Die um Aufnahme bittenden Menschen sollen zum Verschwinden gebracht werden. Indem man die Auseinandersetzung mit ihnen einerseits juristisch abstrahiert und andererseits in die räumliche Peripherie verlagert: von Großbritannien nach Ruanda, von Kalifornien nach Mittelamerika. In Brüssel versuchen die Innenminister der EU in aktuellen Verhandlungen zum wiederholten Male, die Asylverfahren so weit wie möglich auf die griechischen Inseln auszulagern. Es geht in all diesen Fällen, mit Grotius gesprochen, um eine Verschiebung vom "hier" ins "anderswo".

Ab mit euch ins Anderswo Großbritannien, USA und die EU verschärfen ihre Asylpolitik weiter. Das Ziel dieser Flüchtlingspolitik: Die Hilfesuchenden sollen zum V....

Das ist bemerkenswert, weil Asyl ursprünglich nicht im Äußeren, sondern im Inneren von Staaten verhandelt wurde. Daran erinnerte jüngst im *Merkur* der Germanist Till Breyer, der auch die Amsterdamer Grotius-Anekdote erzählt. Im Mittelalter und der frühen Neuzeit dienten Kirchen, Friedhöfe, Klöster, Gutshöfe und Dörfer als Zufluchtsorte, manchmal auch ganze Städte, beispielsweise Reutlingen. Das heutige Kirchenasyl ist ein Überbleibsel dieser Praxis, die den Anspruch hatte, wie Breyer schreibt: "politisch-rechtliche Ordnungen mit einer Schwelle zu versehen, die sie auch jenseits der Entscheidungsmacht eines Souveräns für Fremde und Notleidende zugänglich macht".

Inszenierung nach innen

Das ist bis heute so: Asyl ist eine Schwelle, an der der Staat eben nicht nach Gutdünken darüber bestimmt, wer auf sein Territorium darf. Die Genfer Flüchtlingskonvention definiert die Gründe der Aufnahme, nationale Regierungen können nicht einfach alle aussortieren, deren Nase ihnen nicht passt. Asyl beruht auf der Vorstellung, dass in existenzieller Not Mitmenschlichkeit Grenzen überwinden kann, überwinden muss. Dass das Gemeinsame dann wichtiger ist als das Trennende, Eigene. Dass Schicksale entscheiden statt Grenzpolizisten.

Das ist eine Einschränkung staatlicher Macht, die heute viel schwerer auszuhalten als vor 400 Jahren. Denn während sich die Macht damals auf lokale Herrscher, Kirchen und andere konkurrierende Institutionen verteilte, hat der Zentralstaat dieser Tage das unzweifelhafte Gewaltmonopol. Wir erwarten jetzt von ihm, dass er in der Lage ist, sein Gebiet zu kontrollieren und (in unserem Namen) über die dort geltenden Spielregeln zu entscheiden. Wir erwarten, dass er allein die Tür öffnen und schließen kann. Asyl unterläuft dieses Kontrollversprechen. Es stellt die Autorität des Territorialstaats infrage.

Der Staat versucht, seine Autorität zu retten, indem er die Zumutung des Asyls einerseits unsichtbar macht und in die Peripherie, ins "anderswo" abdrängt. Und andererseits, indem er seine Kontrollmacht umso überdeutlicher inszeniert. Grenzzäune, Mauern, Wehrtürme, der " *Stop the boats* "-Slogan, den sich die britische Regierung jetzt von einer früheren australischen Regierung abgeguckt hat: Das gesamte bildliche und sprachliche Arsenal des hochgerüsteten "Hier kommt niemand rein"-Grenzschatzes ist mindestens ebenso sehr nach innen wie nach außen gerichtet.

Der Soziologe Steffen Mau erzählt in *Sortiermaschinen*, seinem 2021 erschienenen Buch über moderne Grenzen, von Schildern an der ungarischen Grenze, die Migranten abschrecken sollen. Ihren wahren Adressaten verraten diese aber durch die Sprache, in der sie verfasst sind: Ungarisch.

Load-Date: March 10, 2023

**Olaf Scholz spricht Machtwort im Streit um Asyl-Krisenverordnung;
Deutschland werde im Zusammenhang mit der Asylverordnung der EU
"nichts aufhalten", soll der Bundeskanzler gesagt haben. Vor allem die
Grünen hatten den Plan kritisiert.**

ZEIT-online

Mittwoch 27. September 2023 4:57 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Bundeskanzler; Ausg. 1

Length: 571 words

Byline: Tobias Dorfer

Body

Deutschland will offenbar den Widerstand gegen die geplante Krisenverordnung in der europäischen **Asylpolitik** aufgeben. Das wurde ZEIT ONLINE aus Regierungskreisen bestätigt. Wie auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Süddeutsche Zeitung (SZ) und Bild berichten, entschied Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD), dass Deutschland im Zusammenhang mit der Krisenverordnung in Brüssel "nichts aufhalten" werde. An diesem Donnerstag nimmt Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) an einem Treffen ihrer EU-Amtskollegen in Brüssel teil, bei dem es auch um das Thema geht.

Unter anderem die Union hatte der Bundesregierung vorgeworfen, mit ihrer Blockade die gesamte Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems zu gefährden.

Bislang hatten vor allem die Grünen Kritik an der Krisenverordnung geübt. Sie besagt, dass Staaten, die unter besonders hohem Migrationsdruck stehen, die haftähnliche Unterbringung von Migranten verlängern können und auch bei Personen aus Ländern mit hoher Anerkennungsquote strengere Regeln anwenden können.

Gespräch zwischen Annalena Baerbock und Nancy Faeser

Wie die SZ berichtet, hatte Außenministerin Annalena Baerbock im Kabinett gegen diese Vorhaben Bedenken geäußert. Sie befürchtete demnach, die Verordnung könnte Standards für Schutzsuchende zu stark senken und Transitländer wie die Slowakei und Polen aus der Verantwortung etwa bei Grenzkontrollen nehmen. Nach Scholz' Entscheidung soll Baerbock laut dem Bild-Bericht keinen weiteren Protest mehr vorgetragen haben.

Nach Informationen von ZEIT ONLINE gab es heute zu dem Thema auch ein Treffen zwischen Baerbock und Bundesinnenministerin Nancy Faeser.

Pro Asyl kritisierte eine mögliche Zustimmung zu der Verordnung. Sie "wäre ein Geschenk für die rechten Hardliner in Europa. Denn sie bestimmen offensichtlich die politische Agenda in der EU", teilte die Organisation

Olaf Scholz spricht Machtwort im Streit um Asyl-Krisenverordnung Deutschland werde im Zusammenhang mit der Asylverordnung der EU "nichts aufhalten", soll der Bu....

mit. Dass der Bundeskanzler nun die Zustimmung erzwingen, zeige, dass in der Bundesregierung menschenrechtliche Erwägungen nichts mehr zählten.

Ursula von der Leyen spricht sich für gemeinsame Regeln aus

In Brüssel hatte es zuletzt erhebliche Kritik an der bislang ausgebliebenen Zustimmung der Bundesregierung zu dem Entwurf für die Krisenverordnung und den damit verbundenen Verzögerungen gegeben. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen rief dazu auf, den Streit beizulegen. Es sei wichtig, gemeinsame Regeln zu haben. Die Verordnung sieht auch Maßnahmen für den Fall vor, dass Nicht-EU-Länder gezielt Migranten in EU-Länder leiten, um diesen zu schaden.

Aus Ärger über den Stillstand kündigte das Europaparlament in der vergangenen Woche an, andere Teile der Verhandlungen über die geplante Asylreform bis auf Weiteres zu blockieren. Brisant sind die Verzögerungen vor allem wegen der nahenden Europawahl im Juni 2024. Projekte, die bis dahin nicht mit den Regierungen der Mitgliedstaaten ausgehandelt sind, könnten anschließend wieder infrage gestellt werden und sich lange verzögern. Im Fall der geplanten Reform des Asylsystems wäre dies ein besonders großer Rückschlag. Vor allem rechte Parteien wie die AfD werfen der EU seit Langem Versagen im Kampf gegen irreguläre Migration vor.

Michael Kappeler Bundeskanzler Olaf Scholz zu Beginn der Sitzung des Bundeskabinetts im Kanzleramt am Mittwoch Michael Kappeler Bundeskanzler Olaf Scholz zu Beginn der Sitzung des Bundeskabinetts im Kanzleramt am Mittwoch

Load-Date: September 27, 2023

Asyl für bisher 90 russische Kriegsdienstverweigerer und Deserteure; Deutschland gewährt bisher nur einem Bruchteil der russischen Deserteure und Kriegsdienstverweigerer Asyl. Die Linkenabgeordnete Clara Büniger kritisierte die Zahl.

ZEIT-online

Samstag 23. September 2023 11:34 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Asylanträge; Ausg. 1

Length: 320 words

Byline: Marlena Wessollek;Ulrike Tschirner

Body

Deutschland hat bisher rund 90 russischen Deserteuren und Kriegsverweigerern **Asyl** gewährt. Das sind etwa 2,6 Prozent der rund 3.500 eingegangenen **Asylanträge** wehrpflichtiger Russen seit Beginn des russischen Angriffskriegs. Die Zahlen gehen aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine parlamentarische Anfrage der Linkenabgeordneten Clara Büniger hervor, wie das Redaktionsnetzwerk Deutschland berichtet.

Demnach hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) bisher über mehr als 1.500 der Anträge entschieden. Rund 90 Menschen erhielten demzufolge Asyl. Aufgrund der Dublin-Regelung sei bei rund 1.100 Anträgen ein anderer EU-Mitgliedsstaat für das Asylverfahren zuständig. Die sogenannte Dublin-Verordnung bestimmt, dass jeweils der EU-Staat für einen Asylbewerber zuständig ist, den dieser zuerst betreten hat.

Büniger kritisierte die Zahl der bewilligten Anträge als "grotesk niedrig". Die Ampel sei zwar gut darin, sich Menschenrechte auf die Fahnen zu schreiben und wohlklingende Versprechen zu machen. An der Umsetzung hapere es dann aber, sagte sie. Sie bezeichnete den Schutz von russischen Kriegsdienstverweigerern als unzureichend.

Büniger forderte die Bundesregierung auf, "in Absprache mit anderen EU-Staaten humanitäre Visa zur Verfügung zu stellen, um diese Menschen nicht im Stich zu lassen" und das Bamf anzuweisen, russischen Kriegsdienstverweigerern unkompliziert Schutz zu gewähren.

Anton Vaganov Aufnäher auf dem Ärmel eines Soldaten während der Eröffnungszeremonie der Gedenkstätte für russische Soldaten, die im Russland-Ukraine-Konflikt gefallen sind, in einer Militäreinheit in der Region Leningrad, Russland, 22. September 2023. Anton Vaganov Aufnäher auf dem Ärmel eines Soldaten während der Eröffnungszeremonie der Gedenkstätte für russische Soldaten, die im Russland-Ukraine-Konflikt gefallen sind, in einer Militäreinheit in der Region Leningrad, Russland, 22. September 2023.

Asyl für bisher 90 russische Kriegsdienstverweigerer und Deserteure Deutschland gewährt bisher nur einem Bruchteil der russischen Deserteure und Kriegsdienstver....

Load-Date: September 23, 2023

End of Document

Olaf Scholz lädt zu Spitzengespräch über Deutschland-Pakt; Der Kanzler hat Vertreter von Opposition und Ländern zu einem Krisengipfel eingeladen - unter anderem zum Thema Migration. Friedrich Merz nahm die Einladung bereits an.

ZEIT-online

Mittwoch 11. Oktober 2023 2:20 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Bundesregierung; Ausg. 1

Length: 536 words

Byline: Lisa-Marie Eckardt

Body

Bundeskanzler Olaf Scholz hat die Union und die Bundesländer zu einem Spitzengespräch gebeten. Dabei soll es um den sogenannten Deutschland-Pakt gehen, wie die Nachrichtenagenturen dpa und AFP berichten. Scholz habe CDU-Chef Friedrich Merz sowie die Ministerpräsidenten-Vertreter Boris Rhein (CDU) und Stephan Weil (SPD) für Freitagabend eingeladen. Wie ein Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag sagte, nahm Merz die Einladung an. Demnach geht es laut der Einladung um das Thema **Migration**.

Scholz hat den Begriff Deutschland-Pakt bei einer Generaldebatte im Bundestag Anfang September eingeführt und eine nationale Kraftanstrengung zur Modernisierung des Landes gefordert. Dazu sollten die Ampelkoalition, Opposition, Länder und Kommunen besser als bisher zusammenarbeiten. Der Pakt solle Deutschland schneller, moderner und sicherer machen.

CDU und CSU haben sich im Grundsatz zur Zusammenarbeit bereit erklärt und vorgeschlagen, mit Maßnahmen zur Begrenzung der irregulären Immigration zu beginnen. Der Kanzler hat Ende September auf erste Fortschritte in Gesprächen mit den Ländern bei der Beschleunigung von Planungsverfahren verwiesen. Dabei sagte er, er wolle "auch im Bereich der Migration mehr Tempo erreichen". Die Unionsvertreter kritisierten aber noch diese Woche, dass Scholz auf ihr Angebot nicht eingegangen sei.

Länder fordern mehr Kontrolle bei Zuwanderung

Zuletzt hat Hessens Ministerpräsident Rhein, der Vorsitzende der Ministerpräsidentenkonferenz, gesagt, er wolle den Pakt ablehnen, falls zentrale Fragen der Migration nicht aufgenommen würden. "Ich bin nur dann bereit, einen Pakt für Deutschland zu schließen, wenn die Steuerung und Begrenzung der Migration aufgenommen wird", sagte der CDU-Politiker der Rheinischen Post.

Olaf Scholz lädt zu Spitzengespräch über Deutschland-Pakt Der Kanzler hat Vertreter von Opposition und Ländern zu einem Krisengipfel eingeladen - unter anderem

Merz machte nach den Landtagswahlen in Hessen und Bayern ebenfalls deutlich, die Bundesregierung müsse ihre Politik ändern. "Wenn sie uns dabei haben möchte, ist das Angebot ausdrücklich erneuert: Wir müssen das Problem Migration lösen", schrieb er auf der Plattform X.

Seit Wochen spitzt sich die Asyldebatte zu. Die Länder sehen sich an der Belastungsgrenze und kritisieren den Bund wegen ungelöster Fragen. Gefordert wird, dass die Zuwanderung gesteuert und kontrolliert erfolgen müsse. Außerdem verlangen die Länder eine kontinuierliche Finanzierung der Kosten durch den Bund und eine beschleunigte Rückführung abgelehnter Asylbewerber.

Die Zahl der Asylanträge in den 27 Ländern der Europäischen Union sowie der Schweiz und Norwegen (EU+) wird einem Bericht zufolge im Jahr 2023 voraussichtlich die Millionengrenze überschreiten. Wie die Zeitung Welt unter Berufung auf Daten der EU-Asylagentur (EUAA) aus einem vertraulichen Bericht der EU-Kommission berichtete, wurden seit Jahresbeginn bis Anfang Oktober 801.459 Asylanträge in der EU+ gestellt. Das sei der höchste Wert im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahreszeiträumen seit 2016, heißt es in dem Bericht weiter.

Michael Kappeler Bundeskanzler Olaf Scholz zu Beginn der Kabinettsitzung im Bundeskanzleramt am Mittwoch
Michael Kappeler Bundeskanzler Olaf Scholz zu Beginn der Kabinettsitzung im Bundeskanzleramt am Mittwoch

Load-Date: October 11, 2023

End of Document

Scholz nach ersten Gesprächen über Migrationspolitik zuversichtlich; Den Migrationsgipfel im Kanzleramt nannten zwar alle Teilnehmer konstruktiv - konkrete Ergebnisse gab es aber nicht. Die will Olaf Scholz nun im November vorlegen.

ZEIT-online

Samstag 14. Oktober 2023 4:09 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migrationsdebatte; Ausg. 1

Length: 646 words

Byline: Sophia Reddig

Body

Nach dem **Migrationsgipfel** im Kanzleramt hat sich Bundeskanzler Olaf Scholz zuversichtlich gezeigt, dass seine Ampelregierung gemeinsame Lösungen mit Bund und Opposition finden wird. "Wir haben ein gutes Gespräch gestern im Kanzleramt gehabt", sagte Scholz auf einer SPD-Versammlung in seinem Wahlkreis in Teltow bei Potsdam. "Das soll ein Thema sein, wo wir miteinander die Probleme lösen und nicht alle mit dem Finger aufeinander zeigen. Ich glaube, das hat unser Land verdient und das wollen auch die Bürgerinnen und Bürger."

Scholz hatte zuvor mit den Ministerpräsidenten Boris Rhein (Hessen, CDU), Stephan Weil (Niedersachsen, SPD) und erstmals auch mit CDU-Chef Friedrich Merz als Oppositionsführer im Bundestag Einigungsmöglichkeiten bei dem Thema ausgelotet. Zuvor hatten die Länder bereits einen Forderungskatalog an den Bund präsentiert. Auch die beiden Unionspolitiker legten einen Katalog mit 26 Maßnahmen vor. Alle Seiten nannten die etwa zweistündigen Beratungen anschließend konstruktiv - auch wenn es keine konkreten Ergebnisse gab. Bis zu einem Treffen aller Ministerpräsident mit Scholz in Berlin am 6. November sollen konkrete Lösungen erarbeitet werden.

Merz fordert öffentlichen Appell von Scholz

Merz hat Scholz am Wochenende zudem dazu aufgefordert, Migranten mit einem öffentlichen Appell von einer Flucht nach Deutschland abzuhalten. "Als Erstes sollte der Bundeskanzler öffentlich einen Aufruf an diejenigen richten, die sich auf den Weg zu uns machen wollen. Der Appell müsste lauten: Es ist sehr unwahrscheinlich, dass es eine Bleibeperspektive in Deutschland gibt. Also macht Euch bitte erst gar nicht auf den Weg", sagte der CDU-Vorsitzende der Welt am Sonntag.

Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil kritisierte Merz' Kurs und den von der Union vorgelegten Maßnahmenkatalog. Forderungen, Asylbewerbern die Leistungen zu kürzen, erteilte Klingbeil eine Absage. "Niemand, der aus dem Krieg oder anderen aussichtslosen Lagen über lebensgefährliche Routen zu uns flüchtet, hat sich vorher

Scholz nach ersten Gesprächen über Migrationspolitik zuversichtlich Den Migrationsgipfel im Kanzleramt nannten zwar alle Teilnehmer konstruktiv - konkrete Ergeb....

angeguckt, was man in Deutschland an Sozialleistungen bekommt", sagte er. "Hier werden Scheindebatten geführt."

Gleichzeitig forderte er die Union zu einer konstruktiven Mitarbeit an einer Lösung des Migrationsproblems auf. "Wir strecken die Hand aus. Da dürfen jetzt keine Spiele gespielt werden. Wir tragen gemeinsam Verantwortung für dieses Land", sagte er den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Die CDU-Ministerpräsidenten von Hessen und Schleswig-Holstein, Boris Rhein und Daniel Günther, würden den scharfen Kurs von CDU-Chef Friedrich Merz aber nicht mittragen. "Daher bin ich zuversichtlich, dass wir auch mit den unionsgeführten Ländern Lösungen finden."

Städte- und Gemeindetag stellt Maßnahmen infrage

Der Städte- und Gemeindetag hat die Bemühungen der Politik um eine andere Migrationspolitik grundsätzlich begrüßt, stellt einzelne der von den Ländern vorgeschlagenen Maßnahmen aber infrage. So bezweifelte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg im Deutschlandfunk, dass die Asylverfahren wirklich auf drei Monate verkürzt werden können und die Umstellung der Leistungen auf eine Bezahlkarte zur Begrenzung der Zuwanderung beiträgt.

Zugleich bedauerte er, dass die Ministerpräsidenten sich nicht für eine Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten ausgesprochen haben, da es dafür ein vereinfachtes Asylverfahren gebe. Grundsätzlich lobte er aber die Bemühungen von Bund und Ländern: "Es ist gut, dass jetzt Bewegung in die Migrationspolitik kommt. Das war sicher den Ergebnissen der Landtagswahlen, aber auch der erkennbaren Überforderung der Kommunen geschuldet."

Michael Kappeler Bundeskanzler Olaf Scholz wartet auf den Beginn der Kabinettsitzung im Bundeskanzleramt.
Michael Kappeler Bundeskanzler Olaf Scholz wartet auf den Beginn der Kabinettsitzung im Bundeskanzleramt.

Load-Date: October 14, 2023

Gericht in Italien gibt deutschen Seenotrettern recht; Im November untersagte Italien Flüchtlingen, von Bord der "Humanity 1" zu gehen. Damit verstieß die Regierung einem Richter zufolge gegen internationale Verpflichtungen.

ZEIT-online

Dienstag 14. Februar 2023 9:06 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: SOS Humanity; Ausg. 1

Length: 379 words

Byline: Isabelle Daniel

Body

Max Cavallari/SOS Humanity

Die am 04. November 2022 von SOS Humanity zur Verfügung gestellte Aufnahme zeigt einen geretteten Bootsflüchtling der von einem Bullauge auf dem deutschen Seenotrettungsschiff «Humanity 1» aus auf das Meer schaut.

Die deutsche Hilfsorganisation SOS Humanity sieht sich durch ein italienisches Gerichtsurteil in ihren Seenotrettungsaktivitäten auf dem Mittelmeer bestärkt. Ein Richter in Catania habe das Vorgehen des italienischen Innenministeriums gegen Flüchtlinge an Bord des Rettungsschiffs *Humanity 1* im vergangenen November für rechtswidrig und diskriminierend erklärt, teilte die Berliner Organisation mit.

Der Richter habe festgestellt, dass eine Anordnung des Ministeriums, wonach 35 aus Seenot gerettete Menschen das Schiff zunächst nicht verlassen durften, das Recht auf Rettung und den Zugang zu Asylverfahren behindert habe. Er habe dabei ausdrücklich die internationale Verpflichtung Italiens betont, Menschen in Seenot zu helfen.

"Diese Entscheidung eines italienischen Gerichts unterstreicht, dass die neue italienische Regierung verpflichtet ist, internationales Recht zu befolgen", sagte Mirka Schäfer von SOS Humanity. "Die Rechte von Schutz suchenden Geflüchteten dürfen nicht untergraben werden, indem man einigen von ihnen das Recht vorenthält, in einem EU-Mitgliedsstaat Asyl zu beantragen."

Hungerstreik von Migranten

Die Besatzung der *Humanity 1* hatte im vergangenen November insgesamt 179 Menschen aus Seenot gerettet, der nächste sichere Hafen lag in Sizilien. Das italienische Innenministerium verbot es dem Rettungsschiff per Dekret jedoch, sich in italienischen Hoheitsgewässern aufzuhalten und an einem sizilianischen Hafen anzulegen. Das Schiff verlassen durften nur infolge medizinischer Untersuchungen als besonders gefährdet eingestufte Personen. 35 Menschen durften das Schiff zunächst nicht verlassen.

Gericht in Italien gibt deutschen Seenotrettern recht Im November untersagte Italien Flüchtlingen, von Bord der "Humanity 1" zu gehen. Damit verstieß die Regier....

Der Kapitän der *Humanity 1* lehnte die Aufforderung der Behörden ab, den Hafen von Catania zu verlassen, und verwies dabei auf internationales Seerecht. Die 35 auf dem Schiff verbliebenen Migranten traten in einen Hungerstreik, zwei Tage später durften sie das Schiff verlassen. Gegen das Vorgehen zogen die Menschen anschließend mit Unterstützung der Hilfsorganisation vor Gericht.

Load-Date: February 14, 2023

End of Document

Länder fordern Arbeitspflicht für Asylbewerber und Sachleistungen; Mit schnellerer Arbeitsaufnahme sollen Asylbewerber besser integriert werden - das fordern die Länder. Auch die Umstellung auf Sachleistungen soll möglich werden.

ZEIT-online

Mittwoch 11. Oktober 2023 7:24 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT ONLINE

Section: Asylpolitik; Ausg. 1

Length: 454 words

Byline: Sarah Daniela Kohler

Body

Die Bundesländer wollen eine Verpflichtung von **Asylbewerbern** zu gemeinnütziger Arbeit sowie eine mögliche Umstellung des Regelbedarfs auf Sachleistungen. Das soll als Forderungen an den Bund bei der Ministerpräsidentenkonferenz beschlossen werden.

"Die bestehenden Regelungen müssen so verändert werden, dass eine Pflicht zur Arbeitsaufnahme gilt, sobald arbeitsfähige Geflüchtete aus der Erstaufnahmeeinrichtung an die Kommunen zugewiesen werden", hieß es in der Beschlussvorlage, die der Augsburger Allgemeinen vorliegt.

Mit einer zügigeren Arbeitsaufnahme solle die Integration verbessert werden, heißt es in der unter der Federführung Niedersachsens erstellten und auch von den SPD-regierten Ländern mitgetragenen Beschlussvorlage der Länderkonferenz. "Mit Blick auf den stetig zunehmenden Arbeitskräftemangel ist es nicht länger hinnehmbar, dass viele Geflüchtete nicht in Arbeit und Beschäftigung gebracht werden können", zitiert die Zeitung aus dem Papier. Kommunen sollten sie deshalb für gemeinnützige Arbeiten heranziehen können. Der Städte- und Gemeindebund hatte dagegen gefordert, dass Geflüchtete mit Bleibeperspektive direkt in den regulären Arbeitsmarkt integriert werden können.

Umstellung auf Sachleistungen

Unternehmen, die Geflüchtete beschäftigen, sollten außerdem verstärkt bei der Integration unterstützt werden. "Das Warten auf Sprach- und Integrationskurse darf nicht weiter Grund für die verzögerte Integration in den Arbeitsmarkt sein", heißt es in dem Papier.

Zudem fordern die Länder bessere Möglichkeiten zur Umstellung der Leistungen für Asylsuchende auf Sachleistungen und bargeldlose Zuwendungen. "Die in Erprobung befindlichen Systeme zur Einführung von Bezahlkarten sollen schnellstmöglich evaluiert und hinsichtlich einer bundesweit einheitlichen, auch Verwaltungsaufwand sparenden Umsetzung geprüft werden", fordern die Länderchefs in dem Papier.

Länder fordern Arbeitspflicht für Asylbewerber und Sachleistungen Mit schnellerer Arbeitsaufnahme sollen Asylbewerber besser integriert werden - das fordern die....

Dies könne auch "einen Beitrag zur Reduzierung von Fehlanreizen für irreguläre Migration leisten", hieß es. Die Länder fordern daher das Bundesministerium für Arbeit und Soziales auf, unverzüglich eine gesetzliche Regelung zu schaffen, mit der die Anrechnung von Sachleistungen auf den Regelbedarf ermöglicht werde. Kritiker bemängeln, dass Sach- anstelle von Geldleistungen jedoch mit einem sehr viel höheren Verwaltungsaufwand verbunden sind.

Sebastian Gollnow Ein Flüchtling aus Eritrea schneidet bei seiner Arbeit bei einem Kabelhersteller ein Stück Kabel von einer Kabelrolle ab, in Stuttgart, am 16. April 2018. Sebastian Gollnow Ein Flüchtling aus Eritrea schneidet bei seiner Arbeit bei einem Kabelhersteller ein Stück Kabel von einer Kabelrolle ab, in Stuttgart, am 16. April 2018.

Load-Date: October 11, 2023

End of Document

Bayern und Saarland fordern vor Flüchtlingsgipfel mehr Geld vom Bund; Die Länder wollen Geld für die Unterbringung und Versorgung Geflüchteter. Finanzminister Lindner macht ihnen wenig Hoffnung: Die Möglichkeiten des Bundes seien begrenzt.

ZEIT-online

Samstag 11. Februar 2023 11:09 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingsgipfel; Ausg. 1

Length: 619 words

Byline: Jakob von Lindern

Body

Felix Kästle

Notunterkunft in der Sporthalle einer Berufsfachschule in Friedrichshafen im Februar 2023

Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann (CSU) hat vor dem **Flüchtlingsgipfel** von Bund, Ländern und Kommunen am kommenden Donnerstag mehr Geld von der Bundesregierung gefordert. "Der Bund muss sich mit seiner finanziellen Zusage nochmals deutlich nach oben bewegen", sagte Herrmann den RND-Zeitungen. Er halte die Größenordnung von acht Milliarden Euro, die er bereits beim jüngsten Kommunalgipfel von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) gefordert habe, weiterhin für angemessen.

"Die Kosten allein im Zuständigkeitsbereich des bayerischen Innenministeriums für Asyl und Integration belaufen sich sowohl in 2022 als auch in 2023 auf rund 1,5 Milliarden Euro", sagte Herrmann. Hier seien die zusätzlichen Kosten für Schulunterricht, Kinderbetreuung, pflegebedürftige Menschen und anderes noch gar nicht eingerechnet.

Das Geld, das Bayern vom Bund bekomme, decke nur knapp ein Drittel der tatsächlichen Kosten, sagte Herrmann. Für das vergangene Jahr seien rund 555 Millionen Euro vorgesehen, für 2023 nur rund 436 Millionen Euro. Eine "Verdreifachung der Bundesbeteiligung" wäre gerechtfertigt, sagte der CSU-Politiker.

Die Bundesregierung hat für 2023 insgesamt 2,75 Milliarden Euro zur Beteiligung an den flüchtlingsbezogenen Kosten für die Länder zugesagt. Im vergangenen Jahr waren es 3,5 Milliarden Euro.

Auch das Saarland will mehr Geld

Auch die saarländische Ministerpräsidentin Anke Rehlinger forderte mehr Geld vom Bund. Man wolle im Saarland unbedingt vermeiden, noch einmal Turnhallen mit Flüchtlingen belegen zu müssen, sagte die SPD-Politikerin. "Wir haben deshalb ein großes Containerdorf eingerichtet, um auch noch mal von Landesseite Druck von den Kommunen zu nehmen." Der Bau solcher Container sei eine Möglichkeit, die ausgebaut werden könne.

Bayern und Saarland fordern vor Flüchtlingsgipfel mehr Geld vom Bund Die Länder wollen Geld für die Unterbringung und Versorgung Geflüchteter. Finanzminister Li....

"Aber wichtig ist natürlich auch, dass der Bund noch mal mithilft", fügte Rehlinger hinzu und verwies auf die bundeseigenen Immobilien.

Vor allem Gemeinden und Landkreise klagen parteiübergreifend zunehmend darüber, mit der Versorgung der ankommenden Menschen überlastet zu sein. Zur steigenden Zahl Asylsuchender in Deutschland etwa aus Syrien und Afghanistan kommen seit einem Jahr auch mittlerweile mehr als eine Million Menschen aus der Ukraine.

Lindner macht wenig Hoffnung

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) reagierte auf die Forderungen und dämpfte die Erwartungen. "Die Möglichkeiten des Bundes sind limitiert", sagte er dem *Handelsblatt*. Der Bund habe die Länder bereits entlastet, indem Geflüchtete aus der Ukraine aus dem Bürgergeld-Topf unterstützt würden und nicht aus dem für Asylbewerber. Auch die Kommunen hätten zusätzliche Mittel erhalten. "Die Länder haben inzwischen eine wesentlich bessere Einnahmenentwicklung als der Bund und sind im föderalen Finanzgefüge der starke Partner", sagte Lindner.

Auch ein Sprecher von Faesers Behörde zeigte sich in der Zeitung zurückhaltend mit Blick auf eine weitere Unterstützung durch den Bund. Die Zuständigkeit für die Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen, auch bei der Finanzierung, liege bei den Ländern.

Bundesinnenministerin Faeser hatte den Flüchtlingsgipfel für den kommenden Donnerstag einberufen. Dort dürfte auch die Frage besprochen werden, wie Faeser irreguläre Migration nach Deutschland begrenzen und Rückführungen abgelehnter Asylbewerber voranbringen will. Laut Lindner geht es bei dem Gipfel vor allem, darum, einen Plan zu entwickeln, "wie wir irreguläre Migration nach Deutschland unterbinden, wie wir zu einer fairen Lastenteilung in Europa kommen. Und wie wir dafür sorgen, dass nicht Deutschland der bevorzugte Ort für Geflüchtete in Europa ist".

Load-Date: February 11, 2023

Mehr als 400.000 Migranten erfüllten Bedingungen für EU-Grenzverfahren; Hunderttausende hätten 2022 ein Anrecht auf die Prüfung ihres Asylantrags an den EU-Außengrenzen gehabt. Die zunächst dafür vorgesehenen Kapazitäten sind viel geringer.

ZEIT-online

Mittwoch 28. Juni 2023 4:23 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylkompromiss; Ausg. 1

Length: 371 words

Byline: Katharina James

Body

Hason Mrad

Subsaharische **Migranten**, die von der tunesischen Marine-Nationalgarde im Mittelmeer abgefangen wurden, warten im Hafen. Die **Asylverfahren** in der EU sollen angesichts der Probleme mit illegaler **Migration** deutlich verschärft werden.

Mehr als 400.000 Menschen hätten im vergangenen Jahr die Bedingungen für die von den EU-Staaten vorgesehenen Asylverfahren an den EU-Außengrenzen erfüllt. Das geht aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Frage des CDU-Abgeordneten Alexander Throm hervor, die der Nachrichtenagentur dpa in Berlin vorliegt. Die Zahl entsprechender Plätze liegt derzeit aber viel niedriger.

Insgesamt 423.260 Menschen seien 2022 in die Europäische Union aus Ländern gekommen, für deren Bürgerinnen und Bürger eine Schutzquote von höchstens 20 Prozent erreicht wurde, schreibt das Ministerium unter Berufung auf Daten der EU-Statistikbehörde Eurostat. Die Quote ist der Anteil der Asylbewerber aus einem bestimmten Land, die in der EU Schutz erhalten. Bei Geflüchteten aus Syrien oder Afghanistan beispielsweise ist die Quote relativ hoch, weil ihre Asylanträge oft anerkannt werden.

In Aufnahmeeinrichtungen ist Platz für 30.000 Migranten vorgesehen

Die EU-Staaten hatten Anfang Juni eine Position für eine umfassende Reform des europäischen Asylsystems vereinbart. Asylanträge von Migranten, die aus Herkunftsländern mit einer Anerkennungsquote von weniger als 20 Prozent stammen, sollen demnach bereits an den EU-Außengrenzen innerhalb von zwölf Wochen geprüft werden. Auch eine Einstufung als gefährlich oder etwa die Angabe falscher Informationen sollen dazu führen, dass jemand in diese Gruppe einsortiert wird.

In dieser Zeit will man die Schutzsuchenden verpflichten, in streng kontrollierten Aufnahmeeinrichtungen unter haftähnlichen Bedingungen zu bleiben. Wer keine Chance auf Asyl hat, soll umgehend zurückgeschickt werden.

Mehr als 400.000 Migranten erfüllten Bedingungen für EU-Grenzverfahren Hunderttausende hätten 2022 ein Anrecht auf die Prüfung ihres Asylantrags an den EU-Außen....

Die Unterbringungskapazitäten auf EU-Ebene wurden dabei auf zunächst 30.000 Plätze beziffert, sollen aber ausgebaut werden.

Vor allem bei den Grünen, aber auch in der SPD gibt es Kritik an dem Kompromiss. Endgültig beschlossen ist allerdings noch nichts, als Nächstes stehen Verhandlungen zu dem Thema mit dem Europaparlament an, das der Reform zustimmen muss.

Load-Date: June 28, 2023

End of Document

Niederlande bringen Geflüchtete auf Kreuzfahrtschiffen unter; Hoch umstritten quartiert Großbritannien Flüchtlinge auf Schiffen ein. Auch die Niederlande beherbergen Geflüchtete nun auf dem Wasser: auf ehemaligen Luxusdampfern.

ZEIT-online

Mittwoch 9. August 2023 12:51 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 356 words

Byline: Pauline Pieper

Body

Asylbehörde COA

Das Kreuzfahrtschiff "Ocean Majesty" liegt im Hafen. Wegen der großen Wohnungsnot setzen die Niederlande nun zunehmend Kreuzfahrtschiffe ein, um **Flüchtlinge** unterzubringen. Im Hafen von Velsen, rund 30 Kilometer westlich von Amsterdam, legte in der Nacht zum Mittwoch die "Ocean Majesty" an. Dort sollen ab Ende August rund 300 Menschen vorübergehend wohnen.

Wegen großer Wohnungsnot bringen die Niederlande künftig Geflüchtete auch auf Kreuzfahrtschiffen unter. Im Hafen von Velsen rund 30 Kilometer westlich von Amsterdam legte bereits die *Ocean Majesty* an. Ab Ende August sollen dort rund 300 Menschen vorübergehend leben. Es gehe um Menschen, die eine Aufenthaltsgenehmigung hätten und auf eine Wohnung warteten, sagte ein Sprecher der Asylbehörde. Zuletzt hatte die Entscheidung der britischen Regierung, Geflüchtete auf einem dreistöckigen Lastkahn im Hafen der südenglischen Stadt Portland unterzubringen, für heftige Diskussionen gesorgt.

Die niederländische *Ocean Majesty* ist gut 135 Meter lang und fast 50 Jahre alt. In den vergangenen Jahren hatten vor allem viele Deutsche auf dem Schiff ihren Urlaub verbracht. Doch nun sind alle Luxuseinrichtungen wie Pools, Bars oder Boutiquen geschlossen, sagte der Sprecher. "Das ist kein Urlaubsort, sondern eine Unterkunft wegen des Mangels an anderen Aufnahmeplätzen." Das Schiff soll bis Ende 2024 in Velsen bleiben.

Bisher lag im Hafen von Velsen am Nordseekanal die weitaus größere *Silja Europa*, eine Kreuzfahrtfähre, die für mehr als 30 Jahren über die Ostsee gefahren war. Sie ist rund 200 Meter lang und hat etwa zwölf Stockwerke. Seit Mitte Juli ist das Schiff, das mittlerweile im Hafen von Rotterdam liegt, vorübergehendes Zuhause für rund 1.200 Menschen. Auch dort wurden alle Luxuseinrichtungen geschlossen.

Niederlande bringen Geflüchtete auf Kreuzfahrtschiffen unter Hoch umstritten quartiert Großbritannien
Flüchtlinge auf Schiffen ein. Auch die Niederlande beherbe....

In niederländischen Asylwohnheimen herrscht großer Platzmangel. Da es zu wenig Sozialwohnungen gibt, bleiben viele Menschen in den Wohnheimen, obwohl sie längst eine Aufenthaltsgenehmigung haben. Dadurch gibt es zu wenig Plätze für neue Geflüchtete. Die Regierung hatte Kommunen aufgetragen, Zwischenlösungen zu finden.

Load-Date: August 9, 2023

End of Document

Operation Schulterschluss; Kanzler und Oppositionsführer sind einig wie selten: Das Thema Migration bringt Olaf Scholz und Friedrich Merz zusammen. Allerdings: Jeder hat sein eigenes Kalkül.

ZEIT-online

Dienstag 31. Oktober 2023 6:22 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Friedrich Merz und Olaf Scholz; Ausg. 1

Length: 1392 words

Byline: Lisa Caspari; Ferdinand Otto

Body

Olaf Scholz und Friedrich Merz sind ein ungleiches Paar: hier der hanseatisch kühle Kanzler, dort der Oppositionsführer, der für sein Temperament bekannt ist. Ein Ex-Protestant und ein überzeugter Katholik. Der CDU-Chef hat ein Händchen dafür, den sonst so stoischen Kanzler in Bundestagsdebatten aus der Ruhe zu bringen. Und die Union scheint den Umstand, dass Scholz die Bundestagswahl knapp gewonnen hat, noch immer als Schmach zu empfinden.

Doch ausgerechnet beim innenpolitischen Thema mit dem wohl größten Polarisierungspotenzial war zwischen den beiden plötzlich eine neue Dynamik zu spüren: Vor zehn Tagen lud Scholz Merz zum Abendessen ins Kanzleramt ein, zum Meinungsaustausch in der **Migrationspolitik**. Im Anschluss lobte Merz das "atmosphärisch gute Gespräch". Man sei sich im Ziel einig.

Merz und Scholz wollen weiter im Kontakt bleiben, wie sie auch bei einem öffentlich zelebrierten Briefwechsel betonten: Zuerst schlug Merz Scholz in einem Schreiben vor, "dass wir eine kleine, paritätisch besetzte Verhandlungsgruppe aus Vertretern Ihrer Regierung und meiner Fraktion benennen, die die Gespräche zu diesem Thema aufnimmt". Gleichzeitig erhöhte der CDU-Chef den Druck: "Sie konnten bis heute auf die von mir unterbreiteten Vorschläge noch nicht antworten."

Wenige Tage später folgte die Antwort des Kanzlers: Es sei "ein wichtiges Anliegen, dass die Bundesregierung, die Länder und die Opposition gemeinsam zu Vereinbarungen kommen, um die irreguläre Migration nach Deutschland spürbar zu reduzieren". Das erwarteten die Bürgerinnen und Bürger zu Recht. Merz könne ja mit gutem Beispiel vorangehen und im Bundestag mit seiner Unionsfraktion für die verschärften Abschiebepläne der Ampel stimmen. Mehr Abschiebungen, das habe doch auch die Union gefordert und das wäre doch ein Zeichen, dass man zusammenstehe. In dieser Woche könnten sie sich erneut zusammensetzen.

Scholz braucht Merz nicht - oder doch?

Operation Schulterschluss Kanzler und Oppositionsführer sind einig wie selten: Das Thema Migration bringt Olaf Scholz und Friedrich Merz zusammen. Allerdings: J....

Streben der Kanzler und der Oppositionsführer nach einem Kompromiss beim Thema Migration - wie damals Anfang der Neunzigerjahre? Oder führen Scholz und Merz ihre altbekannten parteipolitische Sticheleien gerade nur mit anderen Mitteln fort?

Formal braucht der Kanzler den Oppositionsführer in der Migrationsfrage jedenfalls nicht. Scholz hat seine Ampel-Mehrheit im Bundestag, auch ohne die Union. Deshalb wird er wohl auch keine paritätische Arbeitsgruppe zwischen Regierung und Opposition einsetzen und der Unionsfraktion damit große Gestaltungsmacht geben. Sowieso kann der Kanzler die meisten Migrationsfragen direkt mit den Bundesländern verhandeln - denn über Abschiebungen und Bezahlkarten für Asylbewerber entscheiden in Deutschland nun mal die 16 Bundesländer, von denen aktuell sieben unionsgeführt sind.

Gut für Scholz ist außerdem, dass die Regierungschefs der Union in der Migrationsfrage deutlich konzilianter klingen als ihr eigener Parteichef in Berlin. Beim Treffen im Kanzleramt Ende Oktober war neben Merz auch Hessens Ministerpräsident Boris Rhein als Vertreter der unionsgeführten Bundesländer da - anders als Merz trat Rhein ohne Maximalforderungen, aber mit einem bereits mit den SPD-geführten Bundesländern ausgehandelten Kompromisspapier auf. Im Kanzleramt wurde das durchaus positiv aufgenommen.

Merz hingegen hat zum Treffen mit Scholz einen eigenen 26-Punkte-Plan der Unionsfraktion mitgebracht, mit einigen Vorschlägen unter anderem mit der Maximalforderung einer Obergrenze für Migration. "Während er Opposition spielt, müssen die Ministerpräsidenten regieren", so formulierte es der Migrationsforscher Hannes Schammann am Sonntagabend in der ARD. Und die Unionsländerchefs regieren daheim oftmals auch mit einer Ampel-Partei, sie können deshalb keine reine CDU-Lehre vertreten. Mal abgesehen davon, dass unter ihnen nicht nur Friedrich-Merz-Fans sind.

Der CDU-Chef hingegen muss als Oppositionsführer quasi qua Amt erst einmal die reine Lehre vertreten: In seinen 26 Forderungen finden sich weiterhin nicht nur eine Obergrenze von 200.000 Zuwanderern, sondern auch: Zurückweisungen an den Grenzen, Transitzonen, Stopp des neuen Staatsbürgerrechts, das die Ampel gerade erst auf den Weg gebracht hat.

Diese Sticheleien seines größten Konkurrenten könnte sich der Kanzler doch eigentlich ersparen. Warum tut er sich es dann an?

Weil es bei der Mammutaufgabe Migration doch nicht schaden könne, Ideen und Vorschläge auch aus der Opposition zu sammeln und zu wägen, wie es aus Regierungskreisen heißt. Und tatsächlich ist einiges in Merz' 26-Punkte-Papier gut vereinbar mit Scholz' Plänen, manches ist sogar längst Beschlusslage der Ampel-Regierung: Eine Bezahlkarte für Asylbewerber, mehr Sachleistungen für Geflüchtete, damit diese kein Geld mehr nach Hause schicken können - das könne jedes Bundesland gerne für sich selbst so regeln, teilte Scholz Merz auch in seinem jüngsten Brief mit. Der Familiennachzug für die allermeisten Geflüchteten ist de facto seit Monaten ausgesetzt, das braucht Merz gar nicht mehr zu fordern. Gleiches gilt für die Grenzkontrollen, die von Bundesinnenministerin Faeser nach anfänglichem Widerstand doch eingeführt wurden. Und auch der gemeinsame Vorschlag der CDU- und SPD-Ministerpräsidenten, doch künftig die Asylverfahren für die Menschen zu beschleunigen, die aus Ländern mit sehr geringer Anerkennungsquote kommen - um diese Menschen dann schneller abzuschieben, traf in der SPD und im Kanzleramt auf grundsätzliches Wohlwollen.

Die Grünen disziplinieren

Vor allem wegen der gesellschaftlich aufgeheizten Lage kann es nicht schaden, den Oppositionsführer im Bundestag mit dabeizuhaben, so lautet offenbar das Kalkül des Kanzlers. Für 44 Prozent der Deutschen ist Migration derzeit das wichtigste Thema, um das sich die Politik "vordringlich kümmern sollte". Seit Wochen liegt die in Teilen rechtsextreme AfD in bundesweiten Umfragen bei 20 Prozent, sie speist ihren Erfolg auch aus ihrer Kritik an der Migrationspolitik. Dass der Spiegel kürzlich einen finster dreinblickenden Olaf Scholz auf dem Titel hatte, verbunden mit dessen Interview-Forderung "Wir müssen endlich im großen Stil abschieben", kann da durchaus als bewusst gesetztes Signal an die Wählerschaft verstanden werden.

Operation Schulterschluss Kanzler und Oppositionsführer sind einig wie selten: Das Thema Migration bringt Olaf Scholz und Friedrich Merz zusammen. Allerdings: J....

Ein Schulterschluss mit dem Oppositionsführer könnte aus Scholz' Sicht auch disziplinierend im eigenen Ampel-Laden wirken: Seht her, notfalls kann ich die notwendigen Verschärfungen in der Migrationspolitik auch mit einem anderen Partner durchsetzen. Tatsächlich ist die Kritik der Grünenführung an den Verschärfungen in der Migrationspolitik zuletzt leiser geworden, was nicht nur mit dem Treffen Scholz-Merz, sondern auch mit den Umfragen, die die Dringlichkeit des Themas deutlich machen, zu tun hat.

Auch die CDU leidet unter dem Höhenflug der AfD

Und doch wird im Kanzleramt sehr genau registriert, wie weit Merz in dieser Frage die Eigenprofilierung auf Kosten der Ampel-Regierung treibt. Für ernsthafte Gespräche steht man bereit, gerne auch für diskrete Sondierungen im Hintergrund, für politische Spielchen nicht, das soll die Botschaft sein. Die Sorge, dass Merz die Situation noch auskosten könnte, ist nicht unbegründet: Die Union gefällt sich in ihrer Rolle, irgendwie selbst in der Opposition unabhkömmlich zu sein. Zwei Wahlsiege zuletzt in Bayern und Hessen, bei gleichzeitigen Ampel-Klatschen, haben die Brust noch mal breiter werden lassen. Die Umfragen tun ihr Übriges. Allensbach sah die Union zuletzt bei 34 Prozent, der höchste Wert seit Monaten. Klar ist: Zerbricht die Ampel und gibt es Neuwahlen, dann holt sich die CDU in der aktuellen Stimmungslage das Kanzleramt zurück.

Aber auch die CDU leidet unter dem Höhenflug der AfD: Nicht nur die ewigen Brandmauer-Diskussionen dürften Merz dabei stressen. 2024 sind drei Wahlen in Ostdeutschland, bei denen die CDU viele Stimmen an die Rechtsextremen zu verlieren droht. Also hat auch Merz ein gewisses Interesse an einer Befriedung der Migrationsfrage bis dahin.

Im Kopf ist Merz außerdem bereits bei der Europawahl im kommenden Juni, wie er auf dem NRW-Parteitag am Wochenende wieder betonte: "Ich habe jedenfalls nicht die Absicht, eine Mitverantwortung zu übernehmen für dieses Problem und mit diesem Problem dann in die Europawahl im nächsten Jahr zu gehen." Gemeint sind die hohen Migrationszahlen. Die AfD könnte sich dann umso mehr als einzige echte Alternative gerieren - auf Kosten der Union.

Load-Date: October 31, 2023

Nancy Faeser verspricht mehr Kooperation aber nicht mehr Geld; Die Kommunen fordern vom Bund mehr Geld, um Migranten unterzubringen. Doch weitere Unterstützung bekommen sie vorerst nicht. Dafür soll die Abstimmung besser werden.

ZEIT-online

Donnerstag 16. Februar 2023 2:21 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Flüchtlingsgipfel; Ausg. 1

Length: 721 words

Byline: Tobias Dorfer;Konstantin Zimmermann

Body

Bundesinnenministerin Nancy Faeser hat nach einem Gespräch mit Vertretern von Ländern und Kommunen eine bessere Abstimmung bei der Unterbringung und Versorgung von **Flüchtlingen** versprochen. Mehr Geld sollen die Kommunen zunächst nicht bekommen. Über die Finanzhilfe des Bundes werde es um Ostern erneut Gespräche geben, sagte die SPD-Politikerin. Sie kündigte zudem ein digitales Dashboard zur **Migration** an, das künftig für mehr Transparenz sorgen soll.

Vor allem sei es erstmals gelungen, "feste Arbeitsstrukturen über alle Ebenen hinweg zu vereinbaren", sagte Faeser. Dort sollten bis Ostern konkrete Ergebnisse zu den Bereichen Unterbringung und Finanzen, Entlastung der Ausländerbehörden und Verschlinkung der Prozesse, bessere Integration auch in den Arbeitsmarkt sowie Begrenzung irregulärer **Migration** erzielt werden.

Nicht zufrieden mit den Ergebnissen ist der Präsident des Deutschen Landkreistages. "Wir brauchen in Deutschland jetzt dringend Entlastung für die, die kommunale Verantwortung tragen", sagte Reinhard Sager. Der für die Unterbringung von Flüchtlingen erforderliche Wohnraum sei begrenzt. Teilweise wohnten Menschen, die in den Jahren 2015 und 2016 nach Deutschland gekommen sind, in den Wohnungen, die man ihnen damals zugewiesen hätte.

Kaum noch neue ehrenamtliche Helfer

Ein großes Problem ist laut Sager auch, dass ehrenamtliche und hauptamtliche Helfer nicht mehr in ausreichender Zahl zur Verfügung stünden. "Es gibt kaum noch Menschen, die wir dafür gewinnen können", sagte der Präsident des Landkreistages. Dass der Bund nun angekündigt habe, Liegenschaften des Bundes auf eigene Kosten für die Unterbringung herzurichten, sei gut aber nicht ausreichend.

Sager zeigte sich auch enttäuscht darüber, dass "der Bund nicht bereit ist, uns weiter zu unterstützen". Die Migration sei staatlich gesteuert, aber die Kommunen müssten die Folgen schultern. "Staatlich veranlasste

Nancy Faeser verspricht mehr Kooperation aber nicht mehr Geld Die Kommunen fordern vom Bund mehr Geld, um Migranten unterzubringen. Doch weitere Unterstützung b....

Ausgaben können am Ende nicht von der kommunalen Ebene getragen werden", sagte der Präsident des Landkreistages. Faeser sprach von "unterschiedlichen Erwartungshaltungen", die Bund und die Kommunen an das Treffen gehabt hätten.

Eklat bei der Pressekonferenz

Hamburgs Innensenator Andy Grote sagte mit Blick auf die verabredeten Arbeitsprozesse: "Wir beziehen die Kommunen noch stärker ein." Ostern sei ein guter Zeitpunkt, um erneut über Geld zu sprechen. Bis dahin werde man besser einschätzen können, wie viele Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine zu erwarten seien.

Für einen Eklat sorgte bei der Pressekonferenz nach der Veranstaltung der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, Hans-Günter Henneke. Während Grote sprach, verließ Henneke, der zwischen den Journalisten saß, den Saal und rief: "Heuchelei!"

Innenministerin Faeser hatte Vertreter der Länder und der kommunalen Spitzenverbände eingeladen, um mit ihnen über die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen zu sprechen. Damit reagiert sie auf einen Hilferuf aus den Kommunen. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine waren 2022 mehr als eine Million Menschen aus dem Kriegsgebiet nach Deutschland gekommen. Darüber hinaus haben hier im vergangenen Jahr 217.774 Menschen aus Syrien, Afghanistan, der Türkei und anderen Staaten erstmals Asyl beantragt so viele wie seit 2016 nicht. Der Trend zu irregulärer Migration hat sich auch im Januar dieses Jahres fortgesetzt.

Länder wollen mehr Geld Bund verweist auf "limitierte" Mittel

Vor dem Gipfel hatten Länder und Kommunen eine erhebliche Aufstockung der Bundeshilfe gefordert. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) brachte eine "Verdreifachung der Bundesbeteiligung" ins Spiel. Die saarländische Ministerpräsidentin Anke Rehlinger (SPD) warnte vor einer schwierigen Lage bei der Unterbringung Geflüchteter. Man wolle im Saarland unbedingt vermeiden, noch einmal Turnhallen mit Flüchtlingen belegen zu müssen, sagte sie Reuters TV.

Laut Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) sind die Möglichkeiten des Bundes jedoch "limitiert". Faeser verwies zuletzt auf die schon bestehende Finanzhilfe. "Allein im Jahr 2022 hat der Bund die Länder und Kommunen finanziell mit 3,5 Milliarden Euro unterstützt", sagte sie dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Für das laufende Jahr habe man weitere 2,75 Milliarden Euro vereinbart.

Load-Date: February 16, 2023

"Jeder, der arbeitet, hilft"; Geflüchtete sind auch nach Jahren von Sozialhilfe abhängig? Ein Irrtum, sagt Migrationsforscher Herbert Brücker. Die Integration übertreffe schon heute die Erwartungen.

ZEIT-online

Donnerstag 27. Juli 2023 10:30 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  **ONLINE**

Section: Geflüchtete am Arbeitsmarkt; Ausg. 1

Length: 2453 words

Byline: Vanessa Vu;Philip Faigle

Body

Michael Gottschalk/photothek

Fluechtlinge arbeiten in der Uebungswerkstatt fuer Handwerksausbildung der Initiative Arrivo der Handwerkskammer Berlin Berlin, 30.10.2017. Berlin Deutschland *** Refugees Work in the for the Initiative Arrivo the Handwerkskammer Berlin Berlin 30 10 2017 Berlin Germany PUBLICATIONxINxGERxSUIxAUTxONLY
Copyright: xMichaelxGottschalk/photothek.netx

Dieser Artikel ist Teil unseres Schwerpunkts "Weltland" über **Migration** und stammt aus unserem Ressort X. Alle Texte und Schwerpunkte des Ressorts finden Sie hier.

*Herbert Brücker ist einer der führenden **Migrationsforscher** in Deutschland. Im Interview kritisiert er die Debatte um die Integration **Geflüchteter** in den Arbeitsmarkt. Diese laufe besser als in der Öffentlichkeit und von Kollegen dargestellt. Brücker leitet am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) den Forschungsbereich **Migration**, Integration und internationale Arbeitsmarktforschung. Das Institut befragt zusammen mit dem Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) sowie dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) jährlich Tausende **Geflüchtete** zu ihren Einstellungen und ihrer aktuellen Situation. Heute veröffentlicht das Institut neue Zahlen aus der Untersuchung .*

ZEIT ONLINE: Herr Brücker, in der deutschen Debatte heißt es derzeit immer wieder, ein Großteil der **Geflüchteten**, die 2015 und später zu uns gekommen sind, sei arbeitslos und beziehe Sozialleistungen. Sie widersprechen dem. Warum?

Herbert Brücker: Weil es so nicht stimmt. Unsere repräsentativen Langzeitdaten zeigen, dass rund 54 Prozent derjenigen, die 2015 als Schutzsuchende nach Deutschland gekommen sind, bereits 2021, also sechs Jahre später, erwerbstätig waren. Nach sieben und acht Jahren steigt der Anteil sogar auf 62 Prozent. Ich halte das für ein gutes Ergebnis.

ZEIT ONLINE: Im Umkehrschluss heißt das aber doch, dass 40 bis 50 Prozent noch immer ohne Arbeit sind.

"Jeder, der arbeitet, hilft" Geflüchtete sind auch nach Jahren von Sozialhilfe abhängig? Ein Irrtum, sagt Migrationsforscher Herbert Brücker. Die Integration üb....

Brücker: Ja, Integration braucht Zeit. Wir haben 2015, auf dem Höhepunkt der Flüchtlingsbewegung, erwartet, dass wir in fünf, sechs Jahren vielleicht die Hälfte in Beschäftigung sehen werden wenn es richtig gut läuft. Insofern wurden unsere Erwartungen sogar übertroffen, und das trotz einer Pandemie, die zwischenzeitlich die Integration ausgebremst hat.

ZEIT ONLINE: In der Öffentlichkeit kursieren derzeit ganz andere Zahlen. Der Migrationsforscher Ruud Koopmans kritisiert, dass die seit 2015 gekommenen Flüchtlinge kaum in den Arbeitsmarkt integriert seien. Dem *Tagesspiegel* sagte Koopmans, 70 Prozent seien noch immer von staatlichen Transferleistungen abhängig.

Brücker: Ich schätze Ruud Koopmans als klugen Migrationsforscher, aber diese Äußerung kann ich nicht nachvollziehen. Nach unserer Auswertung bezogen im Jahr 2021 nur rund 45 Prozent der im Jahr 2015 gekommenen Schutzsuchenden Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, dem SGB II oder Arbeitslosengeld. Wenn wir die Kinder mit einbeziehen, steigt die Quote um rund drei Prozentpunkte. Da klappt immer noch eine gewaltige Lücke zu den 70 Prozent, von denen Koopmans spricht.

ZEIT ONLINE: Wie erklären Sie sich die unterschiedlichen Zahlen?

Brücker: Koopmans leitet seine Zahlen aus der Statistik über die Leistungsbezieher aus den Asylherkunftsländern für das Jahr 2021 ab. Er schaut also, wie viele Syrer oder Afghanen heute Sozialleistungen beziehen, und schließt von diesen aktuellen Zahlen auf die Kohorte derer, die 2015 nach Deutschland kamen. Das ist methodisch nicht zulässig. Aus Daten, die keine Informationen darüber enthalten, wann die Menschen gekommen sind, kann man keine Schlussfolgerungen über die Menschen ableiten, die zu einem bestimmten Zeitpunkt eingewandert sind.

ZEIT ONLINE: Warum nicht?

Brücker: Weil in den Daten auch Menschen auftauchen, die erst kürzlich zugezogen sind. Diese Menschen unterliegen zum Teil noch Beschäftigungsverboten oder durchlaufen Integrationsprogramme. Das verzerrt die Statistik. Dabei handelt es sich übrigens um keine kleine Gruppe. 43 Prozent der Personen aus den Asylherkunftsländern sind erst nach 2016 nach Deutschland gekommen, aber nur 16 Prozent vor 2015.

ZEIT ONLINE: Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer sagte im Februar in einer Talkshow, in Tübingen seien im Jahr 2021 nur 25 Prozent der erwerbsfähigen Geflüchteten sozialversicherungspflichtig beschäftigt gewesen. Auch das sind deutlich schlechtere Werte als jene, die Sie berechnet haben.

Brücker: Ich habe mir die Behauptung von Boris Palmer angesehen. Ich kann sie ehrlich gesagt schwer nachvollziehen. Wir können aus unserer Langzeitbefragung zwar keine Aussagen für einzelne Kreise ableiten. Aber man kann sich die Statistik der Bundesagentur für Arbeit anschauen. Demnach waren Ende 2021 im Landkreis Tübingen 1.381 der dort lebenden Bevölkerung aus den Asylherkunftsländern beschäftigt, darunter 1.160 sozialversicherungspflichtig. Die durchschnittliche Beschäftigungsquote betrug also 45 Prozent, für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten waren es 38 Prozent. Damit liegt Tübingen, wie auch Baden-Württemberg, über dem Bundesdurchschnitt. Und das sind nur Durchschnittswerte, die auch die jüngst Zugezogenen beinhalten, was wie gesagt zur Unterschätzung der Quoten für diejenigen führt, die schon 2015 kamen. Die Erwerbstätigenquote von ihnen dürfte deutlich über den 54 Prozent liegen, die wir für den Bundesdurchschnitt 2021 ermittelt haben.

ZEIT ONLINE: Palmer schrieb in der *Welt*, dass "in jedem Dorf und an jedem Bahnhof" sichtbar sei, "dass wir in großer Zahl Menschen bei uns aufnehmen, die keinen Beitrag zu unserer Wirtschaft leisten". Das ist genau der Eindruck, der in der Debatte gerade entsteht: Die Geflüchteten kosten vor allem Geld und sind für den deutschen Arbeitsmarkt weitgehend irrelevant. Sie sagen: Das ist ein Irrtum?

Brücker: Fluchtmigration kostet erst einmal Geld. Vielleicht nicht so viel, wie viele annehmen, aber sie kostet den Wohlfahrtsstaat. Auch wenn die Zahl der Erwerbstätigen steigt, sind die Quoten der Leistungsbezieher noch so hoch, dass die Transferleistungen die geleisteten Steuern und Abgaben übersteigen dürften. Eine offene Frage ist,

"Jeder, der arbeitet, hilft" Geflüchtete sind auch nach Jahren von Sozialhilfe abhängig? Ein Irrtum, sagt Migrationsforscher Herbert Brücker. Die Integration üb....

wie sich die künftigen Generationen schlagen werden. Von den 2,2 Millionen Menschen, die als Schutzsuchende in Deutschland leben, sind 28 Prozent Kinder die Ukrainerinnen und Ukrainer noch nicht mitgerechnet. Es kann sein, dass es auf lange Sicht zu Erträgen für den Sozialstaat kommt, aber zumindest für die erste Generation erwarte ich eher fiskalische Verluste für Deutschland. Aus einer wohlfahrtsökonomischen Perspektive sieht die Bilanz jedoch anders aus. Da muss man den Kosten eben auch den humanitären Nutzen gegenüberstellen. Und der gleicht aus meiner Sicht die sozialen und monetären Kosten aus.

ZEIT ONLINE: Inwiefern?

Brücker: Wir müssen nicht unendlich Flüchtlinge aufnehmen, aber uns schon fragen, ob die Kosten, die wir aufwenden, in einem vernünftigen Verhältnis stehen zum Nutzen, den wir durch den Schutz von Menschen vor Krieg und Verfolgung stiften. Das würde ich bejahen, schließlich haben in Deutschland knapp 70 Prozent der Schutzsuchenden einen rechtlich anerkannten Schutzstatus. Wenn wir die Ukrainerinnen und Ukrainer berücksichtigen, steigen die Quoten sogar noch.

ZEIT ONLINE: Deutschland braucht laut Experten mindestens 400.000 Zuwanderer jedes Jahr, damit die Zahl der Arbeitskräfte konstant bleibt. Können die Geflüchteten helfen, diese Lücke zu füllen?

Brücker: Die Wahrheit liegt da in der Mitte. Einerseits sollten wir nicht annehmen, dass wir mit Fluchtmigration unseren Fach- und Arbeitskräftemangel lösen könnten. Dafür schwanken die Geflüchtetenzahlen zu stark, und die Arbeitsmarktintegration braucht länger als bei anderen Gruppen. Deshalb kann auf Fluchtmigration keine nachhaltige Arbeitsmarktstrategie aufbauen. Andererseits sind von den Geflüchteten, die nach sechs Jahren in Deutschland arbeiten, rund 70 Prozent als Fachkräfte oder auf einem höheren Tätigkeitsniveau beschäftigt. Rund 30 Prozent derer, die sich seit sechs Jahren in Deutschland aufhalten, haben in Deutschland weiterführende Schulen oder Hochschulen besucht, oder eine praktische Berufsausbildung gemacht. Das wird sich in einer qualifizierten Beschäftigung niederschlagen. Insofern ist das Bild, dass Geflüchtete nur unqualifizierte Jobs machen, nicht korrekt. Und angesichts des Fach- und Arbeitskräftemangels gilt ohnehin: Jeder, der arbeitet, hilft.

ZEIT ONLINE: Warum fällt es überhaupt so schwer, Geflüchtete in den Arbeitsmarkt zu integrieren?

Brücker: Viele geflüchtete Menschen haben traumatische Erlebnisse hinter sich, sie haben Kriege oder bewaffnete Konflikte erlebt, Angehörige verloren, auch die Flucht war für viele traumatisch. Entsprechend beobachten wir bei unserer Befragung einen deutlich erhöhten Anteil mit psychischen Erkrankungen. Das langwierige Asylverfahren in Deutschland erschwert ebenfalls die Integration. Wir wissen aus der internationalen sowie der eigenen Forschung, dass jede Verzögerung langfristig negative Effekte hat. Wer viele Jahre aus dem Arbeitsmarkt raus ist, kommt schwerer wieder in den Arbeitsmarkt hinein das gilt auch für deutsche Langzeitarbeitslose. Ein weiteres, in diesem Fall hausgemachtes Problem ist die Verteilung der Geflüchteten auf strukturschwache Regionen mit überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquoten.

ZEIT ONLINE: ... wo sie einer Wohnsitzauflage unterliegen, also im zugeteilten Ort bleiben müssen.

Brücker: Ja. Wenn die Arbeitslosenquote in einer Region nur einen Prozentpunkt über dem Bundesdurchschnitt liegt, dann liegen mittelfristig die Erwerbstätigenquoten von Geflüchteten drei bis vier Prozentpunkte niedriger als im Bundesdurchschnitt. Die Menschen kommen in diesen strukturschwachen Regionen einfach schwerer in den Arbeitsmarkt. Hinzu kommt: Nicht jeder ist gleich talentiert darin, die deutsche Sprache zu lernen, was sich auf die Jobchancen auswirkt. Viele Qualifikationen werden in Deutschland außerdem nicht anerkannt. Wenn man das in Summe betrachtet, wäre es ein Wunder, wenn die Erwerbstätigenquote der Geflüchteten ähnlich hoch wäre wie die der Deutschen.

ZEIT ONLINE: Ein weiteres Ergebnis Ihrer Langzeitbeobachtung ist eine außergewöhnlich niedrige Beschäftigungsquote unter geflüchteten Frauen. Sechs Jahre nach ihrem Zuzug sind nur 23 Prozent der geflüchteten Frauen erwerbstätig, unter den Männern sind es 67 Prozent. Woran liegt das?

"Jeder, der arbeitet, hilft" Geflüchtete sind auch nach Jahren von Sozialhilfe abhängig? Ein Irrtum, sagt Migrationsforscher Herbert Brücker. Die Integration üb....

Brücker: Die erste und wichtigste Ursache ist das Alter beziehungsweise der Familien- und Kinderstatus. Rund 60 Prozent der geflüchteten Frauen haben minderjährige Kinder, im Durchschnitt sind es drei Kinder, viele davon im Kleinkindalter. Damit kann man einen erheblichen Teil dieser Differenzen erklären. Es ist selbstverständlich nicht naturgegeben, dass sich die Frau um die Kinder kümmert. Aber wir beobachten in den meisten Familien auch unter Deutschen ohne Migrationshintergrund eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Zweitens ist der Anteil der Frauen, die mit Berufserfahrung nach Deutschland gekommen sind, nur halb so hoch wie bei den Männern. Das erschwert ihre Integration. Und drittens beobachten wir, dass Frauen später an Integrationsprogrammen teilnehmen. Das liegt auch daran, dass viele Frauen keine Kinderbetreuung finden.

ZEIT ONLINE: Was ist mit dem Vorurteil, dass viele Familien eher konservativ sind und die Vorstellung haben könnten, dass Frauen zu Hause bleiben sollen?

Brücker: Wir beobachten zwar konservative Einstellungen zu Fragen wie Abtreibung, Scheidung und Sexualität vor der Ehe. Das gilt aber nicht für die Einstellungen zur Erwerbstätigkeit. Im Gegenteil: In unserer Befragung sagten 86 Prozent der Geflüchteten, dass Arbeit für Frauen der beste Weg sei, unabhängig zu sein. Da unterscheiden sich die Werte nicht zwischen den Geschlechtern. Auch wollen mehr als 80 Prozent der geflüchteten Frauen arbeiten. Wir haben die Familien auch gefragt, ob es ein Problem ist, wenn die Frau mehr verdient als der Mann. Da ist der Anteil mit 23 Prozent nur leicht höher als bei Deutschen ohne Migrationshintergrund. Da beträgt er 17 Prozent.

ZEIT ONLINE: Dennoch bleiben die Erwerbsquoten von geflüchteten Frauen erstaunlich gering.

Brücker: Aber auch das scheint sich mit zunehmender Aufenthaltsdauer etwas zu verbessern. Nach acht Jahren in Deutschland holen die geflüchteten Frauen zum ersten Mal spürbar auf, da sind bereits 38 Prozent der Frauen erwerbstätig. Wir sind allerdings noch nicht ganz sicher, ob dieser Anstieg dauerhaft ist oder mit der Kohorte zusammenhängt, die wir untersuchen. Was wir noch beobachten: Wenn Frauen erst mal an Integrations- und Sprachkursen teilnehmen, schneiden sie dort besser ab. Grundsätzlich ist die Lage aber keineswegs zufriedenstellend, es gibt noch viel Potenzial. Eine Lösung wären mehr Betreuungsangebote, damit auch Mütter an den Programmen teilnehmen können.

ZEIT ONLINE: Braucht es am Ende vor allem Geduld, wenn es um die Integration von Geflüchteten geht?

Brücker: Es braucht sehr viel Geduld. Es stecken enorme Anstrengungen dahinter, allen voran von den Geflüchteten. Sie müssen die Sprache lernen, durch das Asylverfahren kommen, eine Wohnung und Arbeit suchen. Aber auch Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft haben viel investiert. Seit 2015 wurde das Asylverfahren bereits deutlich beschleunigt, es gibt flächendeckende Integrationskurse. Die Kommunen haben Enormes geleistet, ebenso die Zivilgesellschaft, die die Lücken im System gestopft hat. Die Unternehmen, die bei der Wohnungssuche und der sozialen Integration unterstützen. Das war an vielen Stellen vorbildlich. Die Ergebnisse werden wir erst allmählich sehen.

ZEIT ONLINE: Sie klingen im Gegensatz zu anderen sehr optimistisch.

Brücker: Ich war schon beeindruckt, wie schnell sich 2015 so eine riesige Organisation wie die Bundesagentur für Arbeit mit ihren Hunderttausenden Beschäftigten umgestellt hat. Früher hätte man gesagt: Das ist nicht unser Problem, wir haben bereits genug Arbeitslose. Sicher ist vieles schiefgelaufen, aber das empfand ich damals als einen insgesamt geglückten Versuch aller beteiligten Akteure. Umso mehr bedauere ich die Debatte, die wir heute haben. Es gibt so eine Diskrepanz zwischen dem, was die ganze Zeit in der Gesellschaft und in den Institutionen passiert, und den Stimmen, die behaupten, dass eigentlich die gesamte Integration gescheitert sei.

ZEIT ONLINE: Die Debatten wiederholen sich, während die Realität vorangeschritten ist?

Brücker: Man kann darüber streiten, ob das Glas halb voll oder halb leer ist. Aber man kann nicht sagen, dass die Integration gescheitert ist.

"Jeder, der arbeitet, hilft" Geflüchtete sind auch nach Jahren von Sozialhilfe abhängig? Ein Irrtum, sagt Migrationsforscher Herbert Brücker. Die Integration üb....

Load-Date: July 27, 2023

End of Document

Landrat fordert "Abschiebeoffensive" nach Protest gegen Flüchtlinge; Als Reaktion auf die Proteste gegen den Bau einer Flüchtlingsunterkunft im Dorf Upahl verlangt der CDU-Landrat den Stopp illegaler Migration. Die Lage sei "brisant".

ZEIT-online

Samstag 28. Januar 2023 2:09 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Nordwestmecklenburg; Ausg. 1

Length: 328 words

Byline: Ferdinand Otto

Body

Bernd Wüstneck

Nach den Protesten gegen den Bau einer **Flüchtlingsunterkunft** im Kreis Nordwestmecklenburg hat der dortige Landrat die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert. "Der Bund muss endlich die Lage der Kommunen erkennen", sagte der CDU-Politiker Tino Schomann am Freitagabend in den ARD- *Tagesthemen* . "Der Bund muss begrenzen und steuern, muss die illegale **Migration** stoppen und muss die Abschiebeoffensive endlich starten, um auch Kapazitäten frei werden zu lassen."

"Wir laufen in eine Situation, die die Gesellschaft nicht mehr verstehen kann", warnte Schomann. Er forderte: "Wir brauchen die Ressourcen und wir brauchen die Möglichkeiten, um das umzusetzen."

Am Donnerstagabend hatten 700 Menschen während einer außerordentlichen Kreistagssitzung in Grevesmühlen gegen den geplanten Bau demonstriert. Einige versuchten, sich Zugang zum nicht öffentlichen Teil der Sitzung zu verschaffen. 120 Polizeibeamte schirmten die Sitzung ab. Der Kreistag stimmte in der Sitzung dem Bau der Containerunterkunft im Dorf Upahl zu.

400 Menschen unterzubringen in einer Gemeinde, in der 1.600 Bürgerinnen und Bürger wohnten "das ist ein Verhältnis, was nicht passt", räumte Schomann ein. "Aber die Lage ist so brisant, weil wir keine UnterkunftsKapazitäten haben und schon Sporthallen belegt haben seit November (...)." Er bekomme keine Grundstücke angeboten "ich höre immer nur: nein, nein, nein".

Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, hatte jüngst gewarnt, viele Kommunen seien bei der Unterbringung von Flüchtlingen und Vertriebenen "längst an ihrer Leistungsgrenze". In Deutschland hatten im vergangenen Jahr so viele Menschen Asyl beantragt wie seit 2016 nicht mehr. 217.774 Menschen stellten erstmalig in Deutschland ein solches Schutzersuchen, knapp 47 Prozent mehr als im Jahr davor.

Landrat fordert "Abschiebeoffensive" nach Protest gegen Flüchtlinge Als Reaktion auf die Proteste gegen den Bau einer Flüchtlingsunterkunft im Dorf Upahl verlan....

Zudem fanden 2022 etwa eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in Deutschland Aufnahme, die keinen Asylantrag stellen mussten.

Load-Date: January 28, 2023

End of Document

**Zwischen Entschlossenheit und Angst; Dem EU-Sondergipfel zur Migration
dürften weitere Treffen zu diesem Thema folgen. Denn die
Abschlussklärung der 27 Mitgliedsländer ist alles andere als ein großer
Wurf.**

ZEIT-online

Samstag 11. Februar 2023 8:29 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Migration nach Europa; Ausg. 1

Length: 754 words

Byline: Ulrich Ladurner

Body

Attila Kisbenedek

Ungarische Grenzpolizisten patrouillieren am 15. Dezember 2022 an der ungarisch-serbischen Grenze in der Nähe des Dorfes Kelebia.

Im Jahr 2022 haben 924.000 Menschen in der EU einen Asylantrag gestellt. Das ist eine Steigerung um 50 Prozent. Der Druck auf die 27 Staats- und Regierungschefs der Union war entsprechend groß, als sie Donnerstagabend auf ihrem Sondergipfel in Brüssel über das Thema Migration berieten.

Es war nicht das erste Mal, sondern eines von gefühlt unzähligen Malen, dass sie das taten und es war auch nicht der erste Sondergipfel dazu. Das Thema verfolgt die EU spätestens seit 2015 wie ein lästiges Gespenst, das sich nicht verscheuchen lässt. Das wird sich nicht ändern, denn die 27 haben sich zwar auf eine Abschlussklärung geeinigt, sie ist aber alles andere als ein großer Wurf. Der war auch nicht zu erwarten, denn die Positionen der einzelnen Staaten liegen allzu weit auseinander.

EU will mehr Härte zeigen

Klar ist, dass die EU seit 2015 beim Thema Migration weit nach rechts gerückt ist. Galt der ungarische Premier Viktor Orbán noch 2015 als Bösewicht, weil er Grenzzäune gegen Migranten und Flüchtlinge errichtete, ist der Bau solcher Zäune nun längst kein Tabu mehr im Gegenteil, sie waren eine zentrale Forderung einer Reihe von Mitgliedstaaten. Und die hatten damit jetzt Erfolg.

Dass Zäune verschämt "Grenzinfrastrukturen" genannt werden, ist nur der Angst geschuldet, allzu radikal, allzu rabiater zu erscheinen. Auch hat die Kommission ihr Versprechen gehalten, dass sie auf keinen Fall Geld für den Bau von Zäunen zur Verfügung stellen wird, aber eben nur auf dem Papier. Denn die Kommission soll nach den Gipfelbeschlüssen künftig mehr Mittel freimachen, um zum Beispiel den Mitgliedstaaten Kameras, Sensoren und

Zwischen Entschlossenheit und Angst Dem EU-Sondergipfel zur Migration dürften weitere Treffen zu diesem Thema folgen. Denn die Abschlusserklärung der 27 Mitglie....

Fahrzeuge zum Grenzschutz bereitstellen zu können. Eine Grenzschutzanlage bestehe nun einmal so hieß es aus "statischen und dynamischen" Teilen.

Entschiedenheit ist nichts Verwerfliches

Es bleibt die Erkenntnis, dass die EU insgesamt mehr Härte nach Außen zeigen will. Dazu gehört auch, dass sie die Handelspolitik und Visapolitik als Druckinstrument einsetzen will. Den Staaten, die abgelehnte Asylbewerber nicht zurücknehmen, droht die EU damit, Visaerleichterungen oder Zollvergünstigungen zu streichen.

In der Sache ist dagegen nichts einzuwenden.

Denn wie in allen anderen Bereichen auch wird die EU nur respektiert werden, wenn sie in der Lage ist, die eigenen Gesetze und Regeln durchzusetzen. Dazu gehört, zu kontrollieren, wer über die Grenze kommt und ob er ein Recht dazu hat. Dazu gehört, dass ausreisepflichtige Migranten in Deutschland sind es 340.000 ausreisen müssen. Und wenn die 27 Staats- und Regierungschefs sich dazu entschieden haben, unter Umständen auch Zwangsmittel anzuwenden, um sich durchzusetzen, dann sollte man das begrüßen.

Entschiedenheit bei der Durchsetzung der eigenen Interessen ist nichts Verwerfliches, sondern eine Pflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der Union.

Doch ist Vorsicht geboten. Die EU ist gut beraten, solche "Zwangsmittel" sparsam, gezielt und nur im äußersten Fall einzusetzen. Denn sie ist auch auf die Zuwanderung von Fachkräften angewiesen. Und ob die EU für die Zuwanderer, die sie braucht, auch attraktiv ist, hängt auch davon ab, wie sie sich nach außen hin präsentiert.

Das Problem liegt innerhalb der EU

Wenn sie nur als Strafende erscheint, wenn sie nur den Kommandoton pflegt, dann wird ihr Image leiden, dann suchen sich Fachkräfte andere, freundlichere Aufnahmeländer aus.

Das eigentliche Problem liegt weniger im Außen-, sondern im Innenverhältnis der EU. Denn die Mitgliedstaaten halten sich nicht an die Regeln, die sie sich selbst gegeben haben. Die Staaten, in denen die Migranten zuerst ankommen die sogenannten primären Aufnahmestaaten müssen laut geltendem Recht diese Menschen registrieren, sie unterbringen und ihre Asylanträge prüfen. Das tun sie aber häufig nicht, sondern sie winken sie einfach durch.

Sie tun das, weil sie das Gefühl haben, dass sie bei der Bewältigung des Zustromes alleingelassen werden. Es ist gewissermaßen eine Form von Rache an den in ihren Augen säumigen Bündnispartnern. Und so landen viele Menschen, die in Italien, Ungarn oder Spanien angekommen sind, am Ende in Deutschland, den Niederlanden und Belgien, also in den sogenannten sekundären Aufnahmestaaten.

Trotz aller Beteuerung, trotz aller Bekenntnisse: In Sachen Migration traut kein Mitgliedstaat dem anderen.

Solange sich das nicht ändert, wird es auch keine umfassende Lösung geben.

Load-Date: February 11, 2023

**Umstrittene Abschiebepaxis in den USA endet Andrang an Südgrenze;
Bisher konnten die USA Migranten unter Verweis auf die Pandemie rasch
abschieben in der Nacht ist die Regelung ausgelaufen. Zehntausende
Migranten hoffen auf Einreise.**

ZEIT-online

Freitag 12. Mai 2023 5:17 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Grenze zu Mexiko; Ausg. 1

Length: 724 words

Byline: Verena Hölzl

Body

US-Grenze Mehr Durchkommen an der Grenze? Weil eine alte Trump-Verordnung ausläuft, wird die Grenze Mexikos zu den USA wohl durchlässiger. Behörden melden Chaos, **Asylsuchende** hegen Hoffnung. Wir zeigen Bilder. Weil eine alte Trump-Verordnung ausläuft, wird die Grenze Mexikos zu den USA wohl durchlässiger. Behörden melden Chaos, **Asylsuchende** hegen Hoffnung. Wir zeigen Bilder. A **migrant**, who intends to reach the United States, travels on a train on the outskirts of Ciudad Juarez, Mexico April 19, 2023. Thousands of **migrants** in Mexico have been clambering onto dangerous freight trains rumbling northward in a scramble to reach the U.S. border by the time the United States ends a tough **migration** policy later this week. In recent weeks, up to several hundred people have boarded daily, activists and officials say. The rush has intensified as news circulates about the end on Thursday night of Title 42 - a COVID-era policy that since 2020 has allowed the U.S. to rapidly expel **migrants** back to Mexico. Jose Luis Gonzalez

In den USA ist eine umstrittene **Asylbeschränkung** aus Pandemiezeiten ausgelaufen. Zehntausende **Migrantinnen** und **Migranten**, die an der Grenze zwischen den USA und Mexiko ausharren, hoffen nun darauf, leichter einreisen zu können. Allerdings hat die US-Regierung auch zahlreiche Maßnahmen erlassen, um den möglichen Andrang durch den Wegfall der sogenannten Titel-42-Regelung abzufangen.

US-Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas versuchte in der Nacht zum Freitag erneut, falsche Erwartungen zu dämpfen. "Die Grenze ist nicht offen", teilte er um Mitternacht (Ortszeit) mit. Ab sofort würden Menschen, die an der Grenze ankommen, ohne einen legalen Weg zu nutzen, als nicht asylberechtigt gelten. Diejenigen, die die verfügbaren legalen Wege zur Einreise in die USA nicht nutzten, müssten von nun an mit härteren Konsequenzen rechnen. US-Präsident Joe Biden hatte zuvor gesagt, die Situation an der Grenze werde noch "für eine Weile chaotisch" bleiben.

Die Titel-42-Regelung ermöglichte es, Menschen von der Einreise in die USA abzuhalten, wenn durch Einschleppung von Krankheiten eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit bestand. Im März 2020 unter dem Eindruck der Corona-Pandemie wurden die Grenzschutzbehörden unter dem damaligen US-Präsidenten Donald

Umstrittene Abschiebepaxis in den USA endet Andrang an Südgrenze Bisher konnten die USA Migranten unter Verweis auf die Pandemie rasch abschieben in der Nacht

Trump angewiesen, die Regel anzuwenden. So wurde unter Verweis auf die Pandemie eine schnelle und unbürokratische Zurückweisung von Migranten möglich, noch bevor diese überhaupt einen Asylantrag stellen konnten.

2,8 Millionen Abschiebungen soll es binnen drei Jahren unter Anwendung der Titel-42-Regelung gegeben haben. Eigentlich sollte sie bereits im vergangenen Jahr auslaufen, doch mehrere US-Bundesstaaten, darunter Arizona und Texas, erhoben Einspruch und bekamen Recht. Erst mit dem Auslaufen des Corona-Notstands endete die umstrittene Abschiebepaxis.

Terminbuchung über App, Androhung von Wiedereinreiseverbot

Die USA kehren nun zur Anwendung der sogenannten Titel-8-Regelung zurück. Der administrative Aufwand für die Grenzschützer ist damit höher, denn Migrantinnen und Migranten dürfen nicht mehr ohne reguläres Verfahren abgeschoben werden. Das bedeutet aber nicht unbedingt, dass sich ihre Chancen für einen positiven Asylbescheid erhöhen.

Gleichzeitig gibt es eine strengere Handhabe: So sieht die Titel-8-Regelung im Falle eines illegalen Einwanderungsversuchs ein fünfjähriges Wiedereinreiseverbot vor. Zudem können Geld- und Gefängnisstrafen verhängt werden. Viele Migranten befürchten zudem, dass sie künftig nicht wie bisher nach Mexiko, sondern in ihre Heimatländer abgeschoben werden.

Weiterhin müssen Migranten, die in die USA wollen, über eine App einen Termin bei der Grenzbehörde buchen es werden jedoch nur begrenzt Termine freigeschaltet. Viele Menschen an der Grenze berichten, die Software sei überlastet. Die US-Regierung hat außerdem zusätzliches Personal an die Grenze geschickt. Unter anderem sollen 1.500 Soldaten den Behörden in der Grenzregion zunächst für 90 Tage bei administrativen Aufgaben wie Dateneingabe und Lagerunterstützung helfen.

Bereits Ende April hatte die US-Regierung angekündigt, unter anderem in Kolumbien und Guatemala Migrationszentren zu eröffnen und die Erstregistrierung von Asylsuchenden dorthin zu verlagern. Man wolle den Menschen auf diese Weise die oft gefährliche Reise zur Grenze der USA "ersparen", hieß es.

Load-Date: May 12, 2023

Warum Menschen nach Deutschland flüchten; Die Zahl der Asylanträge ist im Vergleich zum Vorjahr in Deutschland um 77 Prozent gestiegen. Wovor fliehen die Menschen? Und: Wie es den Menschen im Kosovo geht.

ZEIT-online

Donnerstag 5. Oktober 2023 5:55 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asyl in Deutschland; Ausg. 1

Length: 398 words

Byline: Pia Rauschenberger

Body

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Asylanträge in Deutschland um 77 Prozent gestiegen, das geht aus einem aktuellen Bericht des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge hervor. Erst vor Kurzem hat Bundesaußenminister Annalena Baerbock (Grüne) die Forderung von FDP und CDU zurückgewiesen, die Liste der sicheren Herkunftsländer zu erweitern. FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai und CDU-Parteichef Friedrich Merz wollen die Einstufung unter anderem auf Tunesien, Marokko, Algerien und sogar Afghanistan erweitern, was die Abschiebungen in diese Länder erleichtern würde. Doch viele der Hauptherkunftsländer von Geflüchteten in Deutschland sind nicht sicher und die Menschen fliehen aus Not vor Armut, Verfolgung und Krieg. Auch dreizehn Jahre nach Ausbruch des Bürgerkriegs gehören Syrerinnen und Syrer zur größten Gruppe von Asylsuchenden in Deutschland, gefolgt von Afghanistan, der Türkei und dem Irak. Christian Vooren, Reporter für Politik und Gesellschaft bei ZEIT ONLINE, hat mit neun Kollegen analysiert, woher die meisten Asylsuchenden nach Deutschland kommen und berichtet im Podcast, wovor sie fliehen.

Vor etwa zehn Tagen wurden bei dem Überfall eines serbischen Kommandotrupps auf kosovarische Polizisten im Norden des Kosovo vier Menschen getötet. Der Vorfall hat die Spannungen zwischen Serbien und dem Kosovo verschärft, die bereits seit Monaten zu eskalieren drohen. Die Regierung Kosovos macht die serbische Regierung von Präsident Aleksandar Vucic für den Angriff verantwortlich, denn die moderne Ausstattung der Angreifer verweist auf das staatliche Militär. Verschiedenen Berichten zufolge soll das serbische Militär die Truppen an der Grenze zum Kosovo aufgestockt haben. Die kosovarische Regierung berichtet von serbischem Militär und Polizei an 48 vorgeschobenen Militärbasen entlang der Grenze, sowie neuen Flugabwehrsystemen und schwerer Artillerie. Franziska Tschinderle ist Autorin bei ZEIT ONLINE und war im Norden des Kosovo unterwegs. Sie erzählt von der Lage, den Menschen und den Politikern vor Ort.

Und sonst so? Die Stadt Nagoya in Japan verbietet es, auf Rolltreppen zu gehen.

Moderation und Produktion: Pia Rauschenberger

Redaktion: Hannah Grünewald

Warum Menschen nach Deutschland flüchten Die Zahl der Asylanträge ist im Vergleich zum Vorjahr in Deutschland um 77 Prozent gestiegen. Wovor fliehen die Menschen....

Mitarbeit: Sophia Boddenberg und Olga Ellinghaus

Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie [hier](#) . Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter wasjetzt@zeit.de .

Load-Date: October 5, 2023

End of Document

Großer Aufwand, geringe Wirkung; Unter dem Druck der Union zeigt sich die Bundesinnenministerin bereit, Grenzkontrollen auszuweiten. Doch die Flüchtlingszahlen lassen sich so kaum kurzfristig senken.

ZEIT-online

Mittwoch 27. September 2023 5:13 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Grenzkontrollen; Ausg. 1

Length: 1356 words

Byline: Katharina Schuler;Jona Spreter;Tilman Steffen

Body

Unionspolitiker fordern sie seit Wochen, seit kurzem ist auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) dafür: Demnächst werde es an der Grenze zu Tschechien und Polen stationäre Grenzkontrollen geben, kündigte sie am Montagabend an. Lange hatte Faeser das abgelehnt. Schleierfahndung, bei der die Polizei hinter der Grenze stichprobenartig und örtlich flexibel kontrolliert, sei effektiver und weniger personalintensiv, hatte sie stets argumentiert. Unter dem Eindruck der steigenden **Flüchtlingszahlen**, dem Dauerdruck aus der Union und der nahenden Landtagswahlen in Bayern und Hessen, wobei sie bei letzterer selbst als Spitzenkandidatin antritt, hat sie ihre Meinung nun aber offenbar geändert.

Doch werden weitere Grenzkontrollen dazu beitragen, die Zahl der in Deutschland ankommenden **Geflüchteten** zu reduzieren, wie von den Befürwortern dieser Maßnahmen suggeriert wird? Dafür spricht zunächst wenig.

Denn die Rechtslage ist klar: Nach Paragraph 13 Absatz 3 des **Asylgesetzes (AsylG)** hat ein "Ausländer, der nicht im Besitz der erforderlichen Einreisepapiere ist [...] an der Grenze um **Asyl** nachzusuchen" und ist von der Grenzbehörde "unverzüglich an die zuständige oder sofern diese nicht bekannt ist, an die nächstgelegene Aufnahmeeinrichtung zur Meldung weiterzuleiten" (§ 18 Abs.1 **AsylG**).

Asyl sagen genügt

Wer an der deutschen Grenze ankommt und Asyl begehrt, muss also ins Land gelassen werden. Dafür muss er oder sie übrigens noch nicht mal das Wort kennen, es reicht auch eine Geste, wie die Gewerkschaft der Polizei in einem Schreiben an die Innenpolitiker des Bundestags, das ZEIT ONLINE vorliegt, deutlich macht. Auch dass jemand keine gültigen Papiere dabei hat, ist kein Grund, einen Geflüchteten direkt an der Grenze abzuweisen. Gerade Flüchtende sind häufig ohne gültige Personaldokumente unterwegs.

Die Praxis sieht dann so aus: Die Polizei erfasst Angaben wie Namen, Alter und Körpergröße der Neuankömmlinge, nimmt Fingerabdrücke auf und leitet die Geflüchteten danach an die zuständige Erstaufnahmeeinrichtung in der Kommune weiter. Dort werden sie versorgt und bekommen Gelegenheit, beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge einen Asylantrag zu stellen.

Großer Aufwand, geringe Wirkung Unter dem Druck der Union zeigt sich die Bundesinnenministerin bereit, Grenzkontrollen auszuweiten. Doch die Flüchtlingszahlen I....

Dass es sich bei den Einreisestaaten, also Österreich, Tschechien oder Polen, um sogenannte sichere Drittstaaten handelt, ist ebenfalls kein Grund, Menschen zurückzuweisen. Zwar wurde das deutsche Grundrecht auf Asyl 1993 in dieser Frage eingeschränkt. Wer aus einem anderen EU-Land oder einem Staat einreist, in dem bestimmte Standards des Flüchtlingsschutzes gewährleistet werden, hat seitdem keinen Anspruch auf Asyl. Doch hier toppt das EU-Recht das deutsche Recht. Und das europäische Gesetz besagt, dass bei jedem Asylgesuch zumindest geprüft werden muss, welcher EU-Staat zuständig ist. Das hat auch das Bundesverwaltungsgericht in einem Urteil vom 1. Juni 2017 so bestätigt.

Nur wenige sind bereits registriert

Wenn Menschen direkt an der Grenze aufgegriffen werden und dort um Asyl bitten, prüft die Polizei deshalb, ob sie bereits in einem anderen EU-Land als Geflüchtete registriert wurden. Das ist allerdings nur selten der Fall. So waren unter denen, die an der deutsch-österreichischen Grenze Asyl beantragten, nach Angaben der Gewerkschaft der Polizei 2022 nur 511 Personen, die bereits in der entsprechenden Datenbank namens Eurodac registriert waren. Bis Juli 2023 gab es 452 Fälle.

Doch auch ein Eintrag in der Eurodac-Datenbank ist kein Grund, einen Geflüchteten direkt an der Grenze zurückzuweisen. Zwar beantragt die Bundespolizei in diesen Fällen die Abschiebehaft. Die Prüfung, ob und in welches EU-Land sie zurückgeschickt werden sollen, müssen sie dann eigentlich im Gefängnis abwarten. Wenn das Gericht aber keinen Haftgrund sieht oder kein Platz in einer Haftanstalt ist, werden die Menschen behandelt wie andere Asylsuchende auch und kommen erstmal in einer Erstaufnahmeeinrichtung unter.

Eine sofortige Zurückweisung von Asylsuchenden mit Eurodac-Eintrag direkt an der Grenze ist nur dann möglich, wenn zugleich ein Einreise- oder Aufenthaltsverbot für Deutschland besteht. Diese Zahlen sind allerdings marginal: 2022 kam das laut Gewerkschaft der Polizei an der Grenze zu Österreich - wo es seit Jahren stationäre Grenzkontrollen gibt - nur sechsmal, bis Juli 2023 nur in einem Fall vor.

Insgesamt ist die Zahl der unerlaubt festgestellten Einreisen an der deutsch-österreichischen Grenze natürlich viel höher. Etwa 56.000 waren es laut bayerischer Grenzpolizei im Jahr 2022. Doch allein die Tatsache, dass ein unerlaubter Grenzübertritt registriert wird, ist wenig aussagekräftig. Denn die Statistik erfasst auch Asylsuchende, die einen Antrag stellen und später legal in Deutschland bleiben können.

Die Union lässt sich bei ihrer Argumentation von diesen Details nicht beeindrucken. "Allein die Präsenz der Polizei an der Grenze schreckt glaubhaft ab", sagt beispielsweise deren innenpolitischer Sprecher Alexander Throm. Belegen lässt sich diese Behauptung aber nicht. Throm verweist zwar darauf, dass jedes Jahr tausende Migranten durch die Grenzkontrollen an der illegalen Einreise gehindert werden. Mit der Zahl der Asylsuchenden hat dies jedoch nichts zu tun.

So wurden im vergangenen Jahr 14.675 Menschen an der deutsch-österreichischen Grenze zurückgewiesen. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linkspartei hervor. Laut Gewerkschaft der Polizei hatten 14.659 Personen aber eben auch keinen Asylantrag gestellt. "Auch an der deutsch-österreichischen Grenze wird heute faktisch niemand, der 'Asyl' sagt, zurückgewiesen", schlussfolgert die Gewerkschaft der Polizei in ihrem Schreiben an die Abgeordneten des Bundestags.

Schleuserouten unterbrechen

Die Zahl der ankommenden Geflüchteten wird sich also auch durch stationäre Grenzkontrollen an der polnischen oder tschechischen Grenze, wie sie jetzt geplant sind, kaum direkt - also durch Zurückweisungen - reduzieren lassen. Laut dem Innenministerium ist das allerdings auch nicht das Hauptanliegen.

"Wir machen seit Monaten eine sehr intensive Schleierfahndung mit zusätzlichen Hundertschaften der Polizei vor allem an der deutsch-polnischen und der deutsch-tschechischen Grenze", sagte ein Sprecher des Ministeriums ZEIT ONLINE. Die zusätzlichen Grenzkontrollen an den Haupttrouten sollten diese Maßnahmen lediglich

Großer Aufwand, geringe Wirkung Unter dem Druck der Union zeigt sich die Bundesinnenministerin bereit, Grenzkontrollen auszuweiten. Doch die Flüchtlingszahlen l....

verstärken. Der Zweck sei vor allem die Bekämpfung von Schleuserkriminalität. Erst am Dienstag wurden beispielsweise über 100 geschleuste Syrer aufgegriffen, fünf Schleuser wurden festgenommen.

Eine direkte Verringerung der Flüchtlingszahlen ergibt sich dadurch zwar ebenfalls nicht. Denn auch die eingeschleusten Geflüchteten können einen Asylantrag stellen, nachdem sie aufgegriffen wurden. Langfristig könnte eine Bekämpfung der Schleuser dennoch zu sinkenden Flüchtlingszahlen führen. "Mindestens jede vierte unerlaubte Einreise erfolgt über Schleusung", heißt es aus dem Innenministerium. Es gehe darum, die Schleusungsrouten zu unterbrechen.

Polizei schon jetzt überlastet

Den Kampf gegen Schleuserkriminalität - insofern ist man sich mit dem Innenministerium immerhin einig - hält auch die Gewerkschaft der Polizei für eine sehr sinnvolle Sache. Der Streit geht allerdings darum, ob dazu stationäre Grenzkontrollen nötig sind. "Die Bundespolizei hat nicht das Personal, stationäre Grenzkontrollen im 24/7-Betrieb an allen Übergängen in die Nachbarstaaten zu bewerkstelligen", kritisiert die Gewerkschaft. Schon jetzt hätten die Beamten zwei Millionen Überstunden angehäuft. Zudem sei an den Übergängen in die Nachbarstaaten keine Kontrollinfrastruktur vorhanden, die Arbeit müsse wie 2015 in Provisorien und unter unzumutbaren Arbeitsbedingungen stattfinden.

Statt dauerhafte Grenzkontrollen einzurichten, sei es sinnvoller, die Möglichkeit von Grenzkontrollen bei der EU für sämtliche Grenzübergangsstellen zu beantragen, sie aber nur nach Bedarf zu nutzen. "Statische Kontrollen bringen nichts", sagte ein Sprecher ZEIT ONLINE. "Wir müssen flexibel sein." Nur so könne man verhindern, dass die Schleuser sich an die neuen Kontrollmaßnahmen anpassen.

Load-Date: September 27, 2023

Diesen Notstand hat Italien selbst verschuldet; Auf Lampedusa landen wieder viele Flüchtlinge. Doch die Zahlen relativieren sich, wenn man den Rest Europas betrachtet. Für die dramatischen Bilder gibt es andere Gründe.

ZEIT-online

Samstag 2. September 2023 3:16 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Italienische Flüchtlingspolitik; Ausg. 1

Length: 1017 words

Byline: Michael Braun

Body

Juan Medina

Der italienischen Regierung fällt wenig anderes ein, als Seenotretter zu schikanieren

Am 31. August konnte Italiens Innenminister Matteo Piantedosi sich entspannen, endlich einmal. Die Tabelle mit den täglichen Ankünften von **Flüchtlingen** verzeichnete "Null". Kein Mensch war mit dem Boot in Lampedusa oder auf Sizilien angelandet. Schlechtes Wetter und hoher Seegang hatten die Überfahrten unmöglich gemacht.

An der Monatsbilanz ändert das allerdings wenig. Gut 25.000 Menschen kamen im August in Italien an, die meisten von Tunesien und von Libyen aus. Seit dem 1. Januar waren es 114.000 und damit fast doppelt so viele wie im Vorjahreszeitraum. Regierungschefin Giorgia Meloni und ihre Minister reden deshalb wieder von der "emergenza " dem "Notstand", der Italien angesichts des **Flüchtlingszustroms** treffe.

Die Bilder von den Dutzenden kleinen Holz- und Metallkähnen, von den randvoll besetzten Rettungsschiffen der Küstenwache, vom heillos überfüllten Aufnahmelaager der Insel, in dem Tausende Menschen im Freien auf dem nackten Boden nächtigen mussten, ließen die Rede vom Notstand plausibel erscheinen. Ebenso die Klage von Vizeministerpräsident Matteo Salvini, Italien werde mit seinen Flüchtlingen "von Europa allein gelassen", obwohl Italiens Seegrenze doch eigentlich die Grenze Europas sei.

Das Mantra in Italiens Politik und Medien

Beide Reden, die vom Notstand genauso wie die vom alleingelassenen Italien, sind seit nunmehr zehn Jahren zum Mantra der italienischen Politik geworden. Gewiss, es gab Jahre wie 2014, als 170.000 Menschen über See ankamen, wie 2016, das mit 181.000 Ankünften den bisherigen Spitzenwert verzeichnete, und auch 2023 könnten ähnlich hohe Werte erreicht werden. Auch kommen seit zehn Jahren aus Lampedusa immer wieder dramatische Bilder, von Flüchtlingen, die auf den Felsen hocken, von dem überquellenden Lager, von den Fähren, die dann hunderte Migranten nach Sizilien übersetzen.

Diesen Notstand hat Italien selbst verschuldet. Auf Lampedusa landen wieder viele Flüchtlinge. Doch die Zahlen relativieren sich, wenn man den Rest Europas betrachtet....

Aber reicht das schon, um jetzt wieder einmal von einem Notstand zu sprechen? Italien ist ein G7-Staat, die zweitgrößte Industrienation, die drittgrößte Volkswirtschaft der EU. Gegenwärtig beherbergt das Land mit seinen 59 Millionen Einwohnern 136.000 Menschen in seinen Aufnahmeeinrichtungen und die Bürgermeister quer durchs Land sind angewiesen, weitere Plätze zur Verfügung zu stellen. Wenn es mehr Plätze bislang nicht gibt, liegt das vorneweg daran, dass das Land immer nur das Allernotwendigste getan hat, um die Aufnahme zu gewährleisten. Dass zum Beispiel bloß 34.000 Plätze in den kleineren Aufnahmeeinrichtungen der Kommunen verfügbar sind, während weiterhin rund 100.000 Menschen in Großlagern kaserniert werden.

Auch das Mantra "Europa lässt uns allein" trägt nur bedingt. Es stimmt, dass es in der EU bisher nicht gelungen ist, Verteilungsregeln für die Flüchtlinge zu definieren. Es gilt weiterhin das Dublin-Regime, wonach das europäische Erstankunftsland für die Abwicklung der Asylanträge allein zuständig ist.

Doch die europäischen Zahlen zu Asylanträgen geben keine besondere Überforderung Italiens her. Im Jahr 2022 stellten 244.000 Menschen in Deutschland einen Antrag auf Asyl oder humanitären Schutz, in Frankreich waren es 156.000, in Spanien 118.000, in Österreich 109.000 und erst dann kommt Italien mit 84.000 Antragstellern. Auch bei der Aufnahme von Kriegsflüchtlingsen aus der Ukraine liegt das Land mit rund 180.000 Menschen weit hinter Deutschland, Polen oder Tschechien. Gerechnet auf die Bevölkerung liegt Italien im unteren europäischen Mittelfeld.

Brisant bleiben die Flüchtlingszahlen insbesondere für die Regierung Meloni. Die Chefin der postfaschistischen Fratelli d'Italia ("Brüder Italiens") hatte im Wahlkampf vor exakt einem Jahr immer wieder versprochen, unter ihrer Regierung werde endlich Schluss sein mit der angeblich zu laxen Flüchtlingsabwehr unter den Vorgängerregierungen. Sie hatte angekündigt, weniger Menschen würden ins Land gelangen, mehr würden schnell wieder hinausgeworfen. Ihr Konkurrent um Zuspruch von rechts, Lega-Chef Salvini, blies ins gleiche Horn. Er sitzt jetzt als Melonis Juniorpartner in der Koalition.

Ein Feldzug gegen die Seenotretter

Zunächst schritt Melonis Innenminister Piantedosi mit einem veritablen Feldzug gegen die in der Seenotrettung tätigen NGOs zur Tat. Schließlich, behauptete der Minister, seien diese zum "Pull factor" für die Flüchtlinge geworden. Die machten angeblich nur auf die Reise, weil sie auf schnelle Rettung durch die humanitären Helfer setzten. Piantedosi verfügte, dass die Schiffe der NGOs pro Einsatz nur noch eine Rettungsaktion durchführen dürfen. Daraufhin müssen sie sofort den Hafen anlaufen, den das Ministerium ihnen zuweist. Das waren vorneweg norditalienische Häfen wie Ancona oder Livorno, mehr als 1.000 Kilometer vom Einsatzgebiet der Rettungsschiffe entfernt. Tun sie das nicht, werden die Schiffe für 20 Tage an die Kette gelegt, zudem werden Geldbußen fällig.

Seither ist der Schikanekurs fester Bestandteil der Regierungspolitik, doch die erhofften Resultate blieben aus. Erfolglos blieb auch der Versuch, den tunesischen Präsidenten Kais Saied mit Millionenhilfen der EU dazu zu bewegen, die Abfahrten aus Sfax und anderen tunesischen Städten zu stoppen. In diesem Jahr stachen rund drei Viertel der Migranten von Tunesien aus in See, auch weil Saied mit seinen Hasskampagnen gegen die in Tunesien präsenten Schwarzafrikaner viele auf den riskanten Seeweg Richtung Europa zwang.

Meloni gehen die Optionen aus

Deshalb fordert Salvini jetzt neue, "viel schärfere" Sicherheitsdekrete. Außer der Ankündigung, die Rückschaffung abgelehnter Asylbewerber in ihre Herkunftsländer solle ausgeweitet und beschleunigt werden, war jedoch an Vorschlägen nicht viel zu hören.

Dass die Rückschaffungen nennenswert ausgedehnt werden können, halten Experten für extrem unwahrscheinlich. Und so bleibt der Rechtsregierung unter Giorgia Meloni gegenwärtig nur die Option, den Kleinkrieg gegen die NGOs fortzusetzen. So kann sie ihren Wählern wenigstens demonstrieren, wie unsympathisch ihr die Flüchtlinge und ihre Helfer weiterhin sind. Mehr aber auch nicht.

Diesen Notstand hat Italien selbst verschuldet Auf Lampedusa landen wieder viele Flüchtlinge. Doch die Zahlen relativieren sich, wenn man den Rest Europas betra....

Load-Date: September 2, 2023

End of Document

Kommunen fordern restriktivere Verteilung von Geflüchteten; Nur Geflüchtete mit "einer realistischen Bleibeperspektive" sollten verteilt werden, fordert der Gemeindebund. Illegale Migration müsse begrenzt werden.

ZEIT-online

Samstag 25. Februar 2023 11:21 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Städte- und Gemeindebund; Ausg. 1

Length: 476 words

Byline: Sören Götz

Body

Bernd Wüstneck

Gemeinschaftsunterkunft für **Geflüchtete** in Rostock

Angesichts der Nöte der Kommunen bei der Aufnahme von **Geflüchteten** hat der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, eine restriktivere Verteilung vom Bund gefordert. Es sei sinnvoll, ankommende Menschen "nur auf die Kommunen zu verteilen, wenn sie eine realistische Bleibeperspektive haben", sagte Landsberg der *Welt am Sonntag*.

"Das Thema Zuwanderung und Migration wird uns noch Jahrzehnte beschäftigen, und die Hoffnung, irgendwie lösen sich die Probleme in den nächsten Jahren von allein, ist nicht gerechtfertigt", sagte Landsberg. Es herrsche große Hilfsbereitschaft, allerdings müssten der illegalen Einwanderung Grenzen gesetzt werden.

Auch Grünen-Chef Omid Nouripour rief Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) zu mehr Unterstützung für die Kommunen auf vor allem zu mehr konkreten Hilfen bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen.

Das jüngste Spitzentreffen habe hier keine konkreten Ergebnisse gebracht, kritisierte Nouripour im Interview mit dem RedaktionsNetzwerk Deutschland. "Sie muss jetzt liefern nämlich Hilfe für die Kommunen. Das beginnt bei der Aufnahme und der Unterkunft von Geflüchteten und hört bei Integration und Sprachangeboten nicht auf."

Flüchtlingsgipfel endete ohne finanzielle Zusagen

Bund, Länder und Kommunen haben Mitte Februar bei einem Gipfel in Berlin vereinbart, sich bei der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen besser abzustimmen. Ein digitales Dashboard zur Migration soll bis auf die Landkreisebene hinunter für Transparenz sorgen. Vereinbarungen über Finanzfragen vom Bund gab es nicht. Faeser sagte, es gebe einen klaren Fahrplan für die Finanzierung. "Hierüber werden auch der Bundeskanzler und die Ministerpräsidenten an Ostern weiterverhandeln", sagte sie.

Kommunen fordern restriktivere Verteilung von Geflüchteten Nur Geflüchtete mit "einer realistischen Bleibeperspektive" sollten verteilt werden, fordert der Geme....

Der Städte- und Gemeindebund forderte im Anschluss an das Treffen erneut finanzielle Hilfen. "Die Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels bei der Bundesinnenministerin zeigen Licht und Schatten", sagte Hauptgeschäftsführer Landsberg der *Rheinischen Post*. "Leider bleibt die drängende Frage der finanziellen Entlastung der Kommunen ungelöst." Er erwarte bei der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten mit dem Bundeskanzler eine "deutliche finanzielle Unterstützung der Städte und Gemeinden, die über die bisherigen Zusagen hinausgeht und die höheren Kosten für Unterkunft, Schule, Kita und Integration wirklich deckt".

Der Gipfel war eine Reaktion auf einen Hilferuf aus den Kommunen. Nach dem russischen Angriff auf die Ukraine sind 2022 mehr als eine Million Menschen aus dem Kriegsgebiet nach Deutschland gekommen. Darüber hinaus haben im vergangenen Jahr 217.774 Menschen erstmals Asyl in Deutschland beantragt so viele wie seit 2016 nicht.

Load-Date: February 25, 2023

End of Document

Zahl der Asylanträge steigt 2022 um mehr als ein Viertel; Rund 240.000 Menschen haben im vergangenen Jahr in Deutschland Schutz gesucht. Geflüchtete aus der Ukraine müssen kein Asyl beantragen, um in Deutschland zu bleiben.

ZEIT-online

Mittwoch 11. Januar 2023 3:28 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 486 words

Byline: Jona Spreter

Body

Lisi Niesner

Eine **Flüchtlingsunterkunft** im ehemaligen Flughafen Tegel in Berlin

Die Zahl der **Asylanträge** ist im vergangenen Jahr deutlich gestiegen. 2022 stellten 244.132 Menschen einen **Asylantrag** in Deutschland, wie das Bundesinnenministerium unter Berufung auf das Bundesamt für **Migration** und **Flüchtlinge** (Bamf) mitteilte. Dies ist ein Anstieg um fast 28 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, als 190.816 Anträge gestellt worden waren.

Die meisten Antragsteller kamen aus Syrien und Afghanistan.

Daneben wurden auch mehr als eine Million Geflüchtete aus der Ukraine registriert. Wegen des Krieges müssen diese für einen Verbleib in Deutschland aber kein Asyl beantragen. Das Bundesamt zählte im vergangenen Jahr insgesamt 1.045.185 Geflüchtete aus der Ukraine, die im Ausländerzentralregister erfasst wurden. Laut Bundesinnenministerium handelt es sich überwiegend um Frauen und Kinder.

"Auch in anderen Teilen der Welt sind Menschen auf der Flucht vor Krieg und Terror"

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sagte dazu, der russische Angriffskrieg habe "in Europa die größte Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst". Bund, Ländern, Kommunen und auch die Gesellschaft hätten in einem "großen Kraftakt" Aufnahme und Schutz der Menschen in Deutschland gewährleistet.

Damit ende Deutschlands humanitäre Verantwortung aber nicht, sagte Faeser mit Blick auf Geflüchtete aus anderen Ländern. "Auch in anderen Teilen der Welt sind Menschen auf der Flucht vor Krieg und Terror, was sich in den deutlich gestiegenen Zahlen der im Jahr 2022 gestellten Asylanträge widerspiegelt."

Mehr als 70.000 Erstanträge von Menschen aus Syrien

Zahl der Asylanträge steigt 2022 um mehr als ein Viertel Rund 240.000 Menschen haben im vergangenen Jahr in Deutschland Schutz gesucht. Geflüchtete aus der Ukra....

Die meisten Asylantragsteller im vergangenen Jahr kamen aus Syrien: 70.976 Menschen stellten einen Erstantrag ein Anstieg um 29,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Dahinter folgten in der Bamf-Statistik Schutzsuchende aus Afghanistan mit 36.358 Erstanträgen. Hier verzeichnete die Behörde einen deutlichen Anstieg um 56,2 Prozent.

Die größte Zunahme gab es bei Schutzsuchenden aus der Türkei. 23.938 Menschen von dort stellten demnach einen Erstantrag eine Zunahme um 238,7 Prozent.

Das Bamf traf in 228.673 Fällen Entscheidungen zu Asylanträgen, sowohl zu Erstanträgen als auch zu sogenannten Folgeanträgen. In 56,2 Prozent aller Fälle vergab das Bundesamt demnach positive Bescheide.

Schutzquote für Menschen aus dem Irak liegt bei 22,5 Prozent

Nach Herkunftsländern gab es aber große Unterschiede: So entschied die Behörde Asylanträge von syrischen Schutzsuchenden zu 90,3 Prozent positiv. Bei afghanischen Antragstellern war dies in 83,5 Prozent der Fall. Bei irakischen Schutzsuchenden lag die sogenannte Schutzquote dagegen bei 22,5 Prozent.

Die Dauer der Asylverfahren betrug im Jahr 2022 sowohl bei Erst- wie auch bei Folgeanträgen im gesamten Bundesgebiet durchschnittlich 7,6 Monate. Am 31. Dezember waren Asylverfahren von 136.448 Menschen noch nicht vom Bundesamt entschieden.

Load-Date: January 11, 2023

Thüringen stoppt Aufnahme in größter Erstaufnahme für Geflüchtete; Die Erstaufnahmestelle in Suhl nimmt vorerst keine weiteren Geflüchteten auf. Wegen Überlastung sollen sie auf Unterkünfte im Umland verlegt werden.

ZEIT-online

Samstag 30. September 2023 1:58 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Suhl; Ausg. 1

Length: 567 words

Byline: Marlena Wessollek;Katharina Benninghoff

Body

Die größte der Thüringer Landeserstaufnahmeeinrichtungen für **Geflüchtete** hat vorerst einen Aufnahmestopp verhängt. Stattdessen würden in Suhl ankommende Menschen entweder in die kleineren Erstaufnahmestellen Eisenberg und Hermsdorf oder wenn möglich in andere Bundesländer verteilt, teilte ein Sprecher des **Migrationsministeriums** mit. Grund dafür ist die hohe Belastung der Aufnahmekapazitäten in Suhl. Zuletzt waren dort über 1.500 Menschen untergebracht, brandschutzrechtlich erlaubt wären nur 1.400. Nach Angaben der Regierung liegt die Grenze für den Regelbetrieb bei 800.

Der Aufnahmestopp gelte so lange, bis die Brandschutzgrenze wieder gewahrt sei, sagte eine Sprecherin des Landesverwaltungsamts. Die Erstaufnahmeeinrichtungen in anderen Bundesländern sowie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge seien informiert worden. Andere Bundesländer hätten größere Ankerzentren für Flüchtlinge, in denen es wohl noch am ehesten Kapazitäten gebe, teilte die Sprecherin mit. In Thüringen sei wohl die Landeserstaufnahme Hermsdorf die naheliegendste Alternative. Dort seien erst knapp 400 der offiziell 800 Plätze belegt. Dabei handele es sich allerdings um eine Notunterkunft.

Haseloff spricht sich für stärkere Begrenzung der Migration aus

Knapp 830 Menschen sollen nach Hermsdorf verlegt werden, ein Teil davon ist bereits dort. Etwa 100 weitere Menschen sollen dem Landesverwaltungsamt zufolge am Montag nach Erfurt verlegt werden. Thüringen suche derweil weiter nach einer Immobilie als Ersatz für die Unterkunft in Hermsdorf. Ob es tragfähige Angebote gib, soll wohl erst Ende Oktober feststehen.

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) hat sich indes für eine stärkere Begrenzung der Migration ausgesprochen. Bei einem Landesparteitag der CDU sagte er, dafür brauche man keine neuen Ideen. Bereits im Jahr 2015 habe er gesagt, dass es eine "faktische Integrationsobergrenze" gebe. Die Ressourcen seien begrenzt. "Helfen tun wir immer. Aber Integration gelingt eben nur bis zu einem bestimmten Maße", teilte Haseloff mit. Er wolle keinen Menschen in einem Zelt unterbringen müssen, sagte er weiter. "Als geborener DDR-Bürger

Thüringen stoppt Aufnahme in größter Erstaufnahme für Geflüchtete Die Erstaufnahmestelle in Suhl nimmt vorerst keine weiteren Geflüchteten auf. Wegen Überlastun....

lasse ich mir den Mund zu diesen Themen, die notwendig sind für unsere Menschen, von keinem verbieten oder einschränken", sagte er.

Scholz: "Zahl der Flüchtlinge ist im Moment zu hoch"

Bundeskanzler Olaf Scholz hatte zuvor gesagt, dass er mit verschiedenen Maßnahmen den derzeitigen Trend einer zunehmenden Migration nach Deutschland stoppen will. "Die Zahl der Flüchtlinge, die nach Deutschland streben, ist im Moment zu hoch", sagte der SPD-Politiker dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Scholz sagte, er strebe im November eine Einigung mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten beim Thema Finanzierung der Flüchtlingskosten in den Kommunen an. "Noch als Bundesfinanzminister hatte ich den Ländern eine Lösung vorgeschlagen, die sich an den tatsächlichen Zugangszahlen orientiert - eine Art atmenden Deckel." Zuletzt haben die Bundesländer eine solche Pro-Kopf-Regelung vom Bund eingefordert, in den Gesprächen der vergangenen Woche gab es aber insbesondere bei der Höhe der Unterstützung vom Bund noch keine Einigung.

Michael Reichel Außenansicht der Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl im Dezember 2022 Michael Reichel Außenansicht der Erstaufnahmeeinrichtung in Suhl im Dezember 2022

Load-Date: September 30, 2023

Schutz nur noch nach Gutdünken; Ja, bei hohen Flüchtlingszahlen funktioniert das individuelle Asylrecht schlecht. Es abzuschaffen, wäre aber ein Angriff auf das moralische Fundament des Grundgesetzes.

ZEIT-online

Mittwoch 19. Juli 2023 3:37 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Thorsten Frei; Ausg. 1

Length: 976 words

Byline: Lenz Jacobsen

Body

Christian Spicker

Berlin, Thorsten Frei gibt Interview im Bundestag Thorsten Frei Erster Parlamentarischer Gesch%oftsf,hrer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion w%ohrend eines Interviews am Rande der Sitzung des Deutschen Bundestag am 25.11.2022 in Berlin. Berlin Bundestag Berlin Deutschland *** Berlin, Thorsten Frei gives interview in the Bundestag Thorsten Frei First Parliamentary Director of the CDU CSU parliamentary group during an interview on the sidelines of the session of the German Bundestag on 25 11 2022 in Berlin Berlin Bundestag Berlin Germany

Man könnte den Vorschlag des CDU-Politikers Thorsten Frei, das individuelle Recht auf **Asyl** abzuschaffen, leicht vorbeiziehen lassen: Ein Konservativer springt mit Anlauf ins Sommerloch und hofft auf Gejohle vom Beckenrand. Auf Erfolg in der Sache kann Frei schließlich nicht hoffen, die Zweidrittelmehrheit, die es bräuchte, um das Grundgesetz entsprechend zu ändern, gibt es nicht zumindest bisher.

Denn und genau deshalb muss man dann doch kurz vom Beckenrand hochschauen in den vergangenen Jahren hat sich das, was in der Asylpolitik denk- und machbar ist, immer wieder dramatisch verschoben. Fast nichts ist mehr unmöglich. Europa hat sich an Pushbacks gewöhnt und es ist dabei, sich auch an Flüchtlingsknäste an den Außengrenzen zu gewöhnen. Warum sollte es sich dann nicht auch daran gewöhnen, Flüchtenden das Recht auf Asyl gleich ganz zu nehmen?

Darauf würde Freis Vorschlag hinauslaufen. Er würde das Prinzip des Asylrechts umdrehen und es so zum Verschwinden bringen. Nicht mehr der einzelne Mensch hätte Anspruch auf Schutz vor Verfolgung. Sondern Staaten würden nach Gutdünken Schutz gewähren. Und bevor man nun einsteigt in die Debatte, wie viele Asylsuchende ein Land vermeintlich verträgt, wo genau die mittlerweile so streng bewachte sogenannte Belastungsgrenze liegt, könnte man sich zumindest einen Moment Zeit nehmen, um zu ermessen, was eine solche Umkehr bedeuten würde im größeren historischen Zusammenhang und insbesondere in Deutschland.

"Politisch Verfolgte genießen Asylrecht." So lautete Artikel 16 des Grundgesetzes, beschlossen am 23. Mai 1949. Dieser Satz war, wie viele Artikel des Grundgesetzes, eine direkte Antwort auf die Erfahrungen in der Zeit des

Schutz nur noch nach Gutdünken Ja, bei hohen Flüchtlingszahlen funktioniert das individuelle Asylrecht schlecht. Es abzuschaffen, wäre aber ein Angriff auf das

Nationalsozialismus. Auf die Schiffe mit jüdischen und anderen Flüchtlingen aus Deutschland und von Deutschland besetzten Gebieten, die teils monatelang über die Meere irrten, weil kein Land sie aufnahm. Auf das Versagen der internationalen Gemeinschaft, sich um jene Menschen zu kümmern, die vor Hitlers Gaskammern flohen. Manche Länder verscherbelten einige Handvoll Visa an die Meistbietenden, andere nahmen nur jüdische Kinder auf, aber nicht deren Eltern, wieder andere ließen ein paar Hundert Menschen von den Schiffen an Land, schickten andere aber spontan zurück.

Die Fluchtodysseen der Dreißiger- und Vierzigerjahre prägten das Schreiben und Denken vieler deutscher Intellektueller, von Hannah Arendt über Anna Seghers bis Thomas Mann, und sie prägten das Grundgesetz. Die junge Bundesrepublik verpflichtete sich darin, es besser zu machen gerade weil es doch Deutschland war, das die Menschen zuvor gejagt und vertrieben hatte. Verfolgte sollten nicht mehr betteln müssen.

Eine ständige Provokation für einen Staat, der die Kontrolle haben will

Heute tut es der ehrgeizige Christdemokrat Jens Spahn als "wohlfeile Empörung" ab, auf diese historischen Zusammenhänge hinzuweisen. Die Nonchalance, mit der hier moralische Fundamente der Bundesrepublik als irgendwie naiver Ballast abgetan werden, dessen man sich im Dienste eines eisernen tagespolitischen Realismus zu entledigen habe das ist dann doch atemberaubend.

Apropos Realität: Zu ihr gehört, dass das Asylrecht nur so lange gut funktionierte, wie es kaum genutzt wurde. Das war die längste Zeit in der deutschen Geschichte seit 1949 der Fall. Die Zahlen der jährlichen Antragsteller blieben lange vier- oder höchstens fünfstellig, und als sie dann, Anfang der Neunzigerjahre, infolge des Jugoslawienkriegs sechsstellig wurden, brannten Flüchtlingsheime und der Bundestag verschärfte das Asylrecht. Was damals euphemistisch "Asylkompromiss" hieß, erwünscht sich Spahn heute als neuen "Kompromiss der Mitte". In beiden Fällen geht es darum, das Recht der Geflüchteten den Bedürfnissen des Aufnahmelandes anzupassen. In beiden Fällen sind es die hohen Zahlen (auch jetzt sind sie wieder sechsstellig), die eine Verschärfung nötig erscheinen lassen.

Erst in diesen Hochphasen der Migration wird sichtbar, was für eine Zumutung das individuelle Asylrecht für Staaten eigentlich ist: Es schränkt ihre Macht ein, darüber zu entscheiden, wer sich auf dem eigenen Territorium aufhalten darf und wer nicht. Asylbewerber sind also eine ständige Provokation für einen Staat, der seinen Bürgerinnen und Bürgern doch zeigen will, dass er alles unter Kontrolle hat.

Mit alldem sei nicht gesagt, dass die bisherige Asylpraxis einwandfrei ist und keiner Reformen bedarf. CDU-Mann Frei hat ja recht, wenn er die "inhumane Auswahl" beschreibt, die sich daraus ergibt, dass es nur die Stärksten und Risikobereitesten überhaupt auf den irregulären Wegen bis zur Asylantragstellung in der EU schaffen. "Wer zu alt, zu schwach, zu arm oder zu krank ist, ist chancenlos." Allerdings erweckt er mit seinem Vorschlag einer "Institutslösung" den Eindruck, Migration ließe sich doch kontrollieren und aus den europäischen Hauptstädten heraus steuern. Wenn, um sich auf Freis Logik einzulassen, in diesem Jahr beispielsweise 100.000 Menschen in Europa aufgenommen werden was soll dann mit dem 100.001. passieren, der unweigerlich an der Außengrenze auftauchen wird? Diese Einsicht würde zu einer aufrichtigen, realistischen Debatte dazugehören, auch wenn Frei sich in seinem Vorschlag darum herumdrückt: Mehr Kontrolle gibt es in diesem Modell nur zum Preis von mehr Gewalt.

Load-Date: July 19, 2023

EU-Parlament stimmt für zentrale Punkte von Asylreform; Die EU-Abgeordneten wollen unter anderem rechtswidrige Pushbacks an den Außengrenzen verhindern. Die Mitgliedsstaaten sind jedoch noch in vielen Punkten uneins.

ZEIT-online

Donnerstag 20. April 2023 4:18 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Europäische Union; Ausg. 1

Length: 412 words

Byline: Jona Spreter

Body

Vincenzo Circosta

Ein **Migrant**, der dringend medizinische Hilfe benötigt (L), wird am 10. November 2022 im Tyrrhenischen Meer zwischen Italien und der Insel Korsika von einem Hubschrauber der französischen Armee vom Rettungsschiff Ocean Viking hochgezogen.

Das EU-Parlament hat seine Position für zentrale Punkte einer umfassenden Reform der Asyl- und Migrationspolitik festgelegt. Das Parlament sprach sich in einer Abstimmung unter anderem für die Registrierung von illegal einreisenden Menschen an den EU-Grenzen aus.

Außerdem müsse es einen unabhängigen Mechanismus geben, um Grundrechte zu überwachen, hieß es. Damit sollen rechtswidrige Pushbacks verhindert werden also das Zurückdrängen von Geflüchteten an den EU-Außengrenzen, ohne deren Anspruch auf Asyl zu prüfen. Auch sollten die EU-Länder mehr Solidarität untereinander in der Migrationspolitik zeigen.

Über die finale Form der Gesetze muss jetzt mit den Mitgliedstaaten verhandelt werden, sie sind sich allerdings in vielen Fragen noch nicht einig. Während das Parlament einen Schwerpunkt auf den Schutz der Menschenrechte legt, haben im Rat der Mitgliedstaaten nationale Sicherheit und die Steuerung der Zuwanderung hohes Gewicht.

Gesetzgebung in der Europäischen Union

Womöglich letzte Chance für eine europäische Lösung

Der Asyl- und Migrationspakt zählt zu den zentralen Vorhaben der seit 2019 amtierenden Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen. Die Reform soll unter anderem Anwendungsprobleme der Dublin-Verordnung beheben, die das Verfahren zur Prüfung von Asylgesuchen regelt. Insbesondere kleinere Staaten im Süden der EU klagen, mit der Last alleingelassen zu werden. Der spanische EU-Abgeordnete Juan Fernando López Aguilar

EU-Parlament stimmt für zentrale Punkte von Asylreform Die EU-Abgeordneten wollen unter anderem rechtswidrige Pushbacks an den Außengrenzen verhindern. Die Mitg....

(Sozialdemokraten), Berichterstatter für das Gesetz zum Krisenmanagement im Bereich Asyl und Migration, beschrieb das Reformprojekt als letzte Chance einer europäischen Lösung.

Organisationen für die Rechte von Geflüchteten kritisieren an den neuen Entwürfen unter anderem die sogenannte Fiktion der Extraterritorialität. Demnach können irreguläre Migrantinnen und Migranten nach Grenzübertritt so behandelt werden, als befänden sie sich noch nicht auf dem Boden der EU. Das beschränkt Kritikerinnen und Kritikern zufolge die Möglichkeiten von Rechtsberatung und Einsprüchen. Beanstandet werden außerdem die Bedingungen des Screenings an der Grenze und innerhalb kurzer Fristen sowie der EU-weite Austausch von Daten, der Schutzbedürftige und Verfolgte gefährden könnte.

Load-Date: April 21, 2023

End of Document

Warum griff niemand ein?; Vor Griechenland sinkt ein Schiff mit Hunderten Flüchtenden. Die Politik reagiert bestürzt, Hilfsorganisationen finden das scheinheilig. Antworten auf drängende Fragen

ZEIT-online

Freitag 16. Juni 2023 2:12 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Bootsunglück in Griechenland; Ausg. 1

Length: 1620 words

Byline: Nina Monecke;Christian Parth;Christian Vooren

Body

Menelaos Myrillas

Ein Mitarbeiter der griechischen Küstenwache betreut Überlebende des havarierten Schiffs im Mittelmeer, das am Mittwoch vor der griechischen Küste sank. An Bord waren Hunderte Geflüchtete.

Am vergangenen Mittwochmorgen sank ein Schiff im Mittelmeer, südwestlich von Griechenland. Das 30 Meter lange, stählerne Fischerboot war stark überfüllt mit Geflüchteten, die nach Angaben von Geretteten von der libyschen Stadt Tobruk aus in See gestochen waren. Vermutlich ertranken bei dem Unglück mehrere Hundert Menschen. Was bisher darüber bekannt ist.

Wie kam es zu dem Schiffsunglück vor Griechenland?

Dazu gibt es verschiedene Angaben, vieles ist noch unklar. Frontex-Chef Hans Leijten sagte der *Süddeutschen Zeitung*, seine Mitarbeiter hätten das Boot am Dienstag entdeckt und den Behörden gemeldet. Die italienischen Behörden sagen, sie hätten ebenfalls schon am Dienstag ihre griechischen Kollegen über ein überfülltes Flüchtlingsboot in deren Gewässern informiert. Die griechische Küstenwache und auch vorbeifahrende Frachter geben an, sie hätten der Besatzung des Boots per Funk wiederholt Hilfe angeboten. Der Kapitän habe das Angebot jedoch ausgeschlagen: Man wolle Italien erreichen.

Alarm Phone, eine Organisation, die Notrufe von Flüchtlingsschiffen entgegennimmt, sagt hingegen, dass die Menschen an Bord mehrfach verzweifelt um Hilfe gebeten hätten. Darüber habe man die zuständigen Behörden auch informiert. Die Passagiere hätten außerdem davon berichtet, dass der Kapitän den Kutter mit einem Beiboot verlassen habe und sie von einem der Frachtschiffe mit Wasser versorgt worden seien.

Berichten zufolge soll es an Bord zu einer Massenpanik gekommen sein, nachdem die Maschinen ausgefallen waren. Das Boot soll daraufhin aus dem Gleichgewicht gekommen, gekentert und sofort gesunken sein. Überlebende berichten, dass viele an Bord nicht hätten schwimmen können und kaum jemand eine Rettungsweste

Warum griff niemand ein? Vor Griechenland sinkt ein Schiff mit Hunderten Flüchtenden. Die Politik reagiert bestürzt, Hilfsorganisationen finden das scheinheilig....

getragen habe. Die Menschen, die sich unter Deck befunden hätten, hätten sich zudem nicht so schnell ins Freie retten können.

Inzwischen wurden Vorwürfe von Überlebenden laut, dass die griechische Küstenwache das Boot abgeschleppt habe. Dadurch sei es zu einer Gewichtsverlagerung gekommen, die das Boot zum Kentern gebracht habe. Die Küstenwache dementiert jedoch, dass sie versucht habe, das Boot abzuschleppen.

Karl Kopp, Sprecher von Pro Asyl, sagt im Gespräch mit ZEIT ONLINE: "Es waren Helikopter vor Ort und andere Schiffe. Niemand wollte eingreifen. Das war orchestrierte Sterbebegleitung."

Was ist mit den Menschen passiert, die an Bord des Flüchtlingsboots waren?

Überlebende schätzen, dass sich an Bord des Schiffes bis zu 700 Menschen befunden haben. Gerettet werden konnten 104 Passagiere. Die Behörden gehen mittlerweile von mehr als 500 Toten aus, darunter viele Kinder. Bislang wurden 78 Tote von der Küstenwache geborgen. Der Unglücksort liegt rund 50 Seemeilen (gut 90 Kilometer) südwestlich der griechischen Halbinsel Peloponnes, genau über dem Calypsotief, das mit mehr als 5.000 Metern die tiefste Stelle des Mittelmeers ist. Eine Bergung des Wracks und weiterer Opfer gilt damit als nahezu ausgeschlossen. Die geborgenen Toten wurden bereits nach Athen gebracht, wo unter anderem mit DNA-Proben versucht werden soll, die Leichen zu identifizieren.

Die 104 Überlebenden wurden zunächst in Zelten im Hafen von Kalamata untergebracht und werden bis zu diesem Freitag in das Flüchtlingslager Malakasa nahe Athen gebracht. 26 von ihnen wurden den Behörden zufolge vor allem wegen Unterkühlung im Krankenhaus behandelt. Laut Küstenwache stammen die meisten Menschen aus Syrien, Afghanistan und Pakistan. Die griechische Küstenwache nahm außerdem neun Überlebende fest, die als Schleuser agiert haben sollen. Den aus Ägypten stammenden Männern werde unter anderem Menschenhandel und fahrlässige Tötung vorgeworfen, berichtet der staatliche Rundfunk ERT.

Wie gefährlich ist die Fluchtroute übers Mittelmeer?

Das Sinken des Boots mit mehreren Hundert Toten sei eine der größten Bootstragödien im Mittelmeer, sagte Gianluca Rocco, Leiter der griechischen Abteilung der Internationalen Organisation für Migration (IOM). Und gleichzeitig ist es nur der jüngste Fall, bei dem Geflüchtete im Mittelmeer ertranken. Erst Ende Februar sind mindestens 72 Menschen kurz vor der kalabrischen Küste gestorben. Nach Angaben von IOM starben 2023 bisher 1.154 Menschen bei dem Versuch, das Mittelmeer zu überqueren, oder gelten als vermisst. 2022 waren es 2.406 Menschen. Obwohl der Weg über das Mittelmeer laut dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) die tödlichste Migrationsroute der Welt ist, ist sie die Hauptroute für Geflüchtete in die EU. Nach Angaben von Frontex hat sich in den vergangenen fünf Monaten die Anzahl der Menschen, die über das Mittelmeer flüchten, im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt. Es ist der höchste Wert seit 2017. In den vergangenen Jahren hat Griechenland die Kontrolle seiner Gewässer verschärft. Schleuser wählen auch deshalb zunehmend gefährliche, lange Routen südlich an Griechenland vorbei direkt nach Italien.

Wegen der immer strengerer Überwachung und der vermehrten Pullbacks sei es zu einer Verschiebung der Fluchtrouten in die östlichen Landesteile Libyens gekommen, wo die Frontex-Präsenz angeblich noch nicht so groß sei, sagt Felix Weiß, Sprecher von Sea-Watch. "Wir beobachten dort eine deutliche Zunahme der Aktivitäten, vor allem in Bengasi und Tobruk." Von dort hat auch das jetzt gekenterte Schiff abgelegt. Die Überfahrt nehme etwa fünf Tage in Anspruch, sei also deutlich länger und auch erheblich gefährlicher als die westlichen Routen, wo die Boote in der Regel nach anderthalb bis zwei Tagen die italienische Küste erreichten, sagt Weiß.

Wie ist die Lage der Seenotrettung im Mittelmeer?

Die NGO Sea-Watch beschreibt die Situation als katastrophal. Besonders die libysche und tunesische Küste stünden mittlerweile unter scharfer Beobachtung von Frontex, die das Gebiet vor allem mit Drohnen und Flugzeugen kontrolliere. Wird ein Schiff gesichtet, werden die Seenotrettungszentralen auf Malta und Italien verständigt, die dann die Behörden der nordafrikanischen Länder informieren. Die, so schildert es Felix Weiß von

Warum griff niemand ein? Vor Griechenland sinkt ein Schiff mit Hunderten Flüchtenden. Die Politik reagiert bestürzt, Hilfsorganisationen finden das scheinheilig....

Sea-Watch, würden dann die Pullbacks einleiten und die Menschen zurück in die Starthäfen bringen. Die NGO würden von offizieller Seite schon lange nicht mehr informiert, sagt Weiß. "Die NGO müssen die Schiffe selbst sichten und informieren sich dann gegenseitig." Die Zeit sei dann oft knapp. Man versuche schnell etwa mit nahe gelegenen Handelsschiffen Kontakt aufzunehmen und sie zu einer Rettung zu bewegen. Die Bereitschaft aber, sagt Weiß, habe deutlich abgenommen, da die Besatzungen Sanktionen fürchteten. Nach Angaben von Sea-Watch haben neun NGO Seenotrettungsschiffe im Mittelmeer, davon seien derzeit sechs oder sieben einsatzbereit.

Die NGO warten unterdessen offenbar auf angekündigte Hilfen in Millionenhöhe aus Deutschland, die laut einem Bericht des *Spiegels* jedoch vom Auswärtigen Amt blockiert werden.

Wie reagiert die Politik?

EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen twitterte, sie sei "tief betrübt" über die vielen Toten. "Wir müssen weiter zusammenarbeiten, mit unseren Mitgliedsstaaten und Drittstaaten, um solche Tragödien zu vermeiden." Ähnlich äußerte sich Bundeskanzler Olaf Scholz laut der Tagesschau: "Das ist bedrückend und ruft uns alle einmal mehr dazu auf, alles dafür zu tun, dass Menschen nicht diese gefährlichen Fluchtrouten wählen." UN-Generalsekretär António Guterres schrieb: "Jeder Mensch, der sich auf die Suche nach einem besseren Leben macht, verdient Sicherheit und Würde." Es sind Kondolenzbekundungen, die häufig nach vergleichbaren Katastrophen zu hören sind. Doch diesmal werden sie von besonders scharfer Kritik begleitet: Erst wenige Tage vor dem Untergang des Schiffes hat die Europäische Union sich auf einen Kompromiss zur Reform der Asylpolitik geeinigt. Kritikerinnen und Kritiker werfen der EU deshalb Scheinheiligkeit vor. "Dieses Unglück ist das Resultat von Europas Flüchtlingspolitik. Einer Politik der Abschottung und des Sterbenlassens", sagte Pro-Asyl-Sprecher Karl Kopp. "Diese Katastrophe wäre zu verhindern gewesen, hätte man sich an das Völkerrecht gehalten."

Wie hängt das Bootsunglück mit der europäischen Migrationspolitik zusammen?

Der Untergang des Schiffes fällt mit der kürzlich beschlossenen Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems in eine politisch brisante Zeit. Nach Lesart etwa des Bundesinnenministeriums ging es dabei darum, "nach Jahren der Blockade" unterschiedlicher Mitgliedsstaaten wieder handlungsfähig zu werden. Die Reform soll es unter anderem ermöglichen, Asylverfahren für Menschen aus Herkunftsländern, die eine geringe Anerkennungsquote bei Asylanträgen haben, bereits an den Außengrenzen der EU zu bearbeiten, also etwa in Tunesien vor einer möglichen gefährlichen Überfahrt über das Mittelmeer. Es ist davon auszugehen, dass die große Mehrheit dieser Anträge dann abgelehnt werden wird. Im Gegenzug verpflichten sich alle Mitgliedsländer zur Aufnahme von Flüchtlingen oder zu Geldzahlungen.

Die EU gibt an, mit ihrem Kompromiss die sogenannte irreguläre Migration bekämpfen zu wollen. Kritiker entgegnen jedoch, sie dadurch nur noch gefährlicher zu machen. Das Argument: Wenn die Einreise in die EU auf offiziellem Weg weiter erschwert wird, weichen Menschen zum Beispiel auf Schlepper aus und nehmen die lebensgefährliche Fahrt übers Mittelmeer auf sich. Den Staaten an der EU-Außengrenze, darunter Griechenland und Italien, wird vorgeworfen, gegen diese Schlepperei auch mit illegalen Pushbacks vorzugehen, bei denen sie die Boote aufs Meer zurückdrängen.

Mit Material der dpa

Load-Date: June 16, 2023

Finanzminister sieht Stabilität durch ungesteuerte Migration bedroht; FDP-Chef Lindner will, dass es Fachkräfte leichter haben, nach Deutschland zu ziehen. Zugleich fordert er schnellere Asylverfahren und mehr Abschiebungen.

ZEIT-online

Freitag 15. September 2023 4:16 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Christian Lindner; Ausg. 1

Length: 405 words

Byline: Katharina James

Body

Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) sieht in der hohen ungesteuerten **Migration** eine Gefahr für die fiskalische und gesellschaftliche Stabilität Deutschlands. "Wir machen es denen zu schwer zu kommen, die wir als Arbeitskräfte brauchen. Und wir machen es denen zu leicht zu bleiben, die von unserem Sozialstaat profitieren wollen", sagte Lindner der Düsseldorfer Rheinischen Post.

Er forderte, "alles, was rechtlich möglich ist", zu tun, "um die Zahlen irregulärer Einwanderung zu reduzieren". Dabei seien sowohl die Ampelparteien als auch die Bundesländer gefordert, an einem Strang zu ziehen, sagte der FDP-Politiker.

"Ich will würdigen, dass die Grünen mehrfach über ihren Schatten gesprungen sind. Die Migrationspolitik unterscheidet sich wesentlich von der Vorgängerregierung", sagte Lindner. Zwei sichere Herkunftsländer seien immerhin beschlossen worden. Er würde "aber begrüßen, wenn die Grünen ihre Position prüfen".

Deutschland sei "ein weltoffenes Land, das qualifizierte Einwanderung braucht und humanitäre Verantwortung für bedrohte Menschen übernimmt. Das findet aber nur gesellschaftliche Akzeptanz, wenn zugleich irreguläre Einwanderung eingedämmt wird", mahnte Lindner.

Die Länder wollen bei einer Ministerpräsidentenkonferenz mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) im Herbst deutlich mehr Geld vom Bund für die Versorgung Geflüchteter durchsetzen. Diese Erwartung dämpfte der Finanzminister. "Der Bund hat eine doppelte Botschaft an die Länder: Die Länder schultern die wachsende Last der Migrationskosten, der Bund hat mit der Bundeswehr aber auch Aufgaben, die eine neue finanzielle Dimension haben", sagte der Minister.

"Zum anderen erkennen wir an, dass die Migrationspolitik eine Verantwortung von Bund und Ländern ist. Da engagiert der Bund sich schon stark. Aber es geht nicht nur um die Verteilung der finanziellen Lasten, sondern vor

Finanzminister sieht Stabilität durch ungesteuerte Migration bedroht FDP-Chef Lindner will, dass es Fachkräfte leichter haben, nach Deutschland zu ziehen. Zugle....

allem um die Herstellung von Kontrolle. Wir brauchen schnellere Asylverfahren, mehr Abschiebungen und so weiter. Eine Politik de facto offener Grenzen wäre nicht verantwortbar", sagte Lindner.

Karl-Josef Hildenbrand Der Bundesfinanzminister und FDP-Vorsitzende, Christian Lindner, spricht bei einer Wahlkampfveranstaltung der Bayern-FDP, im Vorfeld der bayerischen Landtagswahlen. Karl-Josef Hildenbrand Der Bundesfinanzminister und FDP-Vorsitzende, Christian Lindner, spricht bei einer Wahlkampfveranstaltung der Bayern-FDP, im Vorfeld der bayerischen Landtagswahlen.

Load-Date: September 15, 2023

End of Document

Hendrik Wüst sieht Bewegung beim Bund vor Flüchtlingsgipfel; Vor dem Flüchtlingsgipfel zeigt sich NRW-Ministerpräsident Wüst optimistisch. Der Bund müsse aber auch Mittel für Menschen gewähren, die nicht aus der Ukraine kommen.

ZEIT-online

Mittwoch 10. Mai 2023 5:53 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 933 words

Byline: Ivana Sokola

Body

Carsten Koall

Laundry hangs under the entrance porch as migrants walk past the container-accommodations at the former Tempelhof Airport in Berlin, Germany, on August 8, 2022.

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst sieht kurz vor dem **Flüchtlingsgipfel** im Kanzleramt Einigungspotenzial in der strittigen Frage der **Flüchtlingsfinanzierung**. Der Bund sei zwar "hart eingestiegen" in die Vorbesprechungen für den Gipfel, sagte der CDU-Politiker in der ARD. Das scheine sich jetzt aber "ein bisschen zu versachlichen".

Der Bund will sich laut Wüst deutlich bei den Hilfen für jene Menschen zurückziehen, die aus anderen Ländern als der Ukraine kämen. Dies sei nicht in Ordnung. Bereits in diesem Jahr haben mehr als 100.000 Menschen etwa aus Afghanistan, Syrien, der Türkei und dem Iran um **Asyl** gebeten. Die Aufgaben dazu müssten am Ende überwiegend in den Kommunen erledigt werden. "Deshalb brauchen wir eine dauerhafte, verlässliche Lösung, die atmet. Kommen mehr Menschen, müssen auch mehr Mittel mitkommen."

Bund trug 2022 Kosten von 28 Milliarden Euro

Der Bund hat einem Regierungsbericht zufolge im Bereich Flucht und Migration im vergangenen Jahr Kosten von rund 28 Milliarden Euro allein getragen, wie aus dem Flüchtlingskostenbericht der Bundesregierung hervorgeht. Demnach wurden mehr als zwölf Milliarden in die Bekämpfung von Fluchtursachen im Ausland investiert. Rund 15 Milliarden sollten Länder und Kommunen direkt entlasten. Etwa 4,6 Milliarden Euro fielen dem Bericht zufolge über die Umsatzsteuerverteilung an die Länder. Diese Summe war damit nicht zweckgebunden in deren reguläre Haushalte. Wofür sie das Geld verwenden, können die Länder selbst entscheiden.

Die meisten gaben es nach eigenen Angaben vollständig an die Kommunen weiter, teilweise pauschal und teilweise fallbezogen. Mehrere Länder wiesen im Bericht zudem darauf hin, dass die Bundesmittel zur Deckung der

Hendrik Wüst sieht Bewegung beim Bund vor Flüchtlingsgipfel Vor dem Flüchtlingsgipfel zeigt sich NRW-Ministerpräsident Wüst optimistisch. Der Bund müsse aber au....

Kosten nicht ausreichen. Aus dem Bundeshaushalt wurden zudem Integrationsleistungen mit rund 2,3 Milliarden Euro finanziert. Rund acht Milliarden trug der Bund an Sozialleistungen für Geflüchtete.

Bund und Länder wollen bei dem heutigen Flüchtlingsgipfel über das weitere Vorgehen bei der Aufnahme von Geflüchteten beraten. Kommunen und Bundesländer fordern vom Bund mehr Geld für die Unterbringung und Versorgung. Eine Einigung bei dem Treffen der Ministerpräsidentinnen und -präsidenten mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) gilt zunächst als fraglich.

Rehlinger: Keine "Zeitenwende" zu erwarten

Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) dämpfte dabei die Erwartungen. Die Länder wollten ein "atmendes System", in dem sich die Finanzierungshilfen des Bundes an der Zahl der Geflüchteten orientierten, sagte er dem rbb24 Inforadio. Der Bund hingegen wolle ein Pauschalssystem mit jährlichen Zahlungen, "und das gibt den Kommunen nicht die notwendige Sicherheit". Er sehe aber durchaus die Möglichkeit für eine "Zwischenlösung" für dieses Jahr.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) zeigte sich ebenfalls skeptisch. Er gehe mit einem "sehr schlechten Gefühl" in das Treffen, sagte er dem Radiosender Bayern 2. Bislang nehme der Bund die Lage in den Ländern nicht richtig wahr.

Saarlands Ministerpräsidentin Anke Rehlinger (SPD) erwartete keine deutlichen Beschlüsse zumindest keine "Zeitenwende" in der Migrationspolitik, wie sie von der FDP teilweise gefordert wird, sagte sie dem Deutschlandfunk. "Es geht um das, was man schon vielleicht mal miteinander vereinbart hat, noch konsequenter, technisch besser aufgestellt umzusetzen." Auch sie fordert mehr Geld vom Bund.

Grüne legen Zehnpunkteplan vor

Der Grünenparteivorsitzende Omid Nouripour und die Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Britta Haßelmann, verfassten einen Plan für "eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Kosten für Integrationsmaßnahmen". Die Integrations- und Sprachkurse müssten zudem flächendeckend ausgebaut werden. Beide sprachen sich außerdem dafür aus, allen Schutzsuchenden möglichst früh Zugang zum Arbeitsmarkt zu gewähren. "Den sogenannten Spurwechsel in die Arbeitsmigration wollen wir vereinfachen", heißt es in ihrem Zehnpunkteplan. Die Bundesregierung solle auch weiter nach eigenen, kurzfristig verfügbaren Gebäuden für die Unterbringung von Geflüchteten suchen.

Zur Frage der Abschiebungen heißt es in dem Plan: "Wer nach sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen sowie nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, muss zügig wieder ausreisen insofern dem keine Abschiebehindernisse entgegenstehen." Duldungen bedeuteten fortdauernde Unsicherheit und müssten daher die Ausnahme sein.

Lindner: Mehr "Kontrolle" über Einwanderung

Bundesfinanzminister Christian Lindner sagte zuvor, dass es aus seiner Sicht nicht zuerst um Geld gehen sollte. "Wir hatten über Jahre keine Kontrolle über die Einwanderung. Die muss nun hergestellt werden", twitterte der FDP-Chef. Dabei müsse besser zwischen qualifizierter, humanitärer Einwanderung und irregulärer Migration unterschieden werden.

Auch SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich bezeichnete es als unangemessen, allein die Finanzierung in den Vordergrund zu stellen. Außerdem müsse die Finanzlage von Bund und Ländern berücksichtigt werden. So habe allein Baden-Württemberg im vergangenen Haushaltsjahr einen Überschuss von sechs Milliarden Euro gehabt.

Die Kommunalverbände fordern einerseits mehr Geld vom Bund, andererseits aber auch Schritte zur Begrenzung der Zuwanderung. Städte und Gemeinde sind beim heutigen Gipfel nicht direkt beteiligt die Länder sehen sich als deren Interessenvertreter.

Hendrik Wüst sieht Bewegung beim Bund vor Flüchtlingsgipfel Vor dem Flüchtlingsgipfel zeigt sich NRW-Ministerpräsident Wüst optimistisch. Der Bund müsse aber au....

Load-Date: May 10, 2023

End of Document

Streit um Zuwanderung zwischen EU-Staaten; Auf dem EU-Gipfel warnen die einen vor einer "Festung" Europa andere fordern eine "Asylbremse". Deutschland wirbt für legale Wege zur "Erwerbsmigration".

ZEIT-online

Donnerstag 9. Februar 2023 11:39 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Europäische Union; Ausg. 1

Length: 255 words

Byline: Ferdinand Otto

Body

Fabio Sasso

Auf dem EU-Gipfel in Brüssel ist ein Streit um den Kurs in der **Migrations-** und **Flüchtlingspolitik** entbrannt. Die Staats- und Regierungschefs suchten am Donnerstagabend in Brüssel einen Kompromiss zwischen Befürwortern und Gegnern einer stärkeren Abschottung gegen **Migranten**. Die Gipfelberatungen zogen sich deshalb in die Länge.

Neue Mauern würden Europa zu einer "Festung" machen, warnte der luxemburgische Regierungschef Xavier Bettel. "Es wäre eine Schande, wenn eine Mauer in Europa gebaut würde, mit den europäischen Sternen drauf", sagte er.

"Wir müssen in der ganzen Europäischen Union die Asylbremse anziehen", forderte dagegen der österreichische Bundeskanzler Karl Nehammer unter Verweis auf die fast eine Million Asylanträge in der EU im vergangenen Jahr. Er forderte in Brüssel erneut EU-finanzierte Zäune an den Außengrenzen.

Allein für den Ausbau der Grenzbefestigung zwischen dem EU-Mitglied Bulgarien und der Türkei hatte Nehammer zwei Milliarden Euro verlangt. Österreich blockiert wegen der gestiegenen Zahl irregulärer Grenzübertritte den Schengen-Beitritt Bulgariens und wird dabei von den Niederlanden unterstützt.

Deutschland wollte laut Diplomaten bei dem Gipfel gemeinsam mit Luxemburg, Portugal und Spanien zu harte Formulierungen in der Abschlusserklärung verhindern. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) warb in Brüssel für legale Wege zur "Erwerbsmigration". Europa müsse "ein gemeinsames Interesse daran haben, dass diejenigen, die wir für unsere Arbeitsmärkte brauchen, auch herkommen", sagte er.

Load-Date: February 10, 2023

Streit um Zuwanderung zwischen EU-Staaten Auf dem EU-Gipfel warnen die einen vor einer "Festung" Europa andere fordern eine "Asylbremse". Deutschland wirbt für

End of Document

Gemeindebund fordert Arbeitserlaubnis für Flüchtlinge von Anfang an; Der Städte- und Gemeindebund hat gefordert, dass Geflüchtete mit Bleibeperspektive von Anfang an arbeiten dürfen. Arbeit sei ein wesentlicher Beitrag zur Integration.

ZEIT-online

Freitag 29. September 2023 2:12 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT ONLINE

Section: Migration nach Deutschland; Ausg. 1

Length: 246 words

Byline: Alena Kammer

Body

Geflüchtete Menschen sollen vom ersten Tag an in Deutschland arbeiten dürfen, falls sie Aussicht auf eine Anerkennung haben. Das hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund gefordert. Wer eine Bleibeperspektive habe, solle sofort auch eine Arbeitserlaubnis erhalten, sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg den Zeitungen der Funke Mediengruppe.

Arbeit könne einen wesentlichen Beitrag zur Integration leisten, und der Bedarf auf dem Arbeitsmarkt sei da. "Auch bei dem Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften braucht es unterschiedliche Berufsgruppen", sagte er. Wichtig wäre es aus Landsbergs Sicht auch, Vorkenntnisse von Geflüchteten schon bei der Registrierung zu erfassen.

Die Diskussion über eine verpflichtende gemeinnützige Arbeit von Asylbewerbern sieht er hingegen skeptisch. Die Erwartungen daran seien "teilweise zu hoch", sagte Landsberg. "Die Kapazitäten sind hier begrenzt, und der bürokratische Aufwand (ist) groß." Es gebe auch nicht ausreichende Sanktionsmöglichkeiten für jene, die nicht erschienen. "Es braucht keine Symbolpolitik, sondern pragmatische Ansätze zum Umgang mit den Geflüchteten, die hier sind, und eine Begrenzung des Zuzugs für die Zukunft."

Der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil hatte sich gesprächsbereit gezeigt beim Unionsvorstoß, Asylbewerber während ihres Verfahrens zu gemeinnütziger Arbeit zu verpflichten. Österreich plant dies bereits. Der CSU-Vorsitzende Markus Söder hat ein entsprechendes Programm angekündigt.

Jan WoitasJan Woitas

Load-Date: September 29, 2023

**Lehrerverband fordert mehr Unterstützung für ukrainische Schulkinder;
Etwa 200.000 Geflüchtete aus der Ukraine gehen in Deutschland zur Schule.
Der Lehrerverband verlangt mehr Unterstützung. Auch Städte und
Gemeinden wollen mehr Hilfen.**

ZEIT-online

Montag 10. April 2023 11:52 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Geflüchtete in Deutschland; Ausg. 1

Length: 578 words

Byline: Sophia Reddig

Body

Andreas Arnold

Schülerinnen lernen gemeinsam beim Unterricht in einer Intensivklasse. Der Kultusminister zieht Bilanz nach einem Jahr der Förderung von Kindern und Jugendlichen aus der Ukraine an Schulen in Hessen. Stellvertretend für das Programm besucht der Minister die Nikolaus-August-Otto-Schule. Am 14. März, 2023 in Bad Schwalbach.

Mehr als eine Million Menschen sind seit Kriegsbeginn aus der Ukraine nach Deutschland geflohen. Ein Drittel von seien Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, gab das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bekannt. Der Deutsche Lehrerverband fordert nun mehr Unterstützung für Schulen bei der Integration dieser Kinder und Jugendlichen.

"Die Politik droht das Projekt einer gelungenen Integration der Schüler aus der Ukraine in den deutschen Schulen an die Wand zu fahren", sagte Verbandspräsident Heinz-Peter Meidinger der *Stuttgarter Zeitung* und den *Stuttgarter Nachrichten*. "Wir brauchen dringend zusätzliche Unterstützung für Schulen, die besonders viele geflüchtete Schüler aufgenommen haben sonst droht die Integration zu scheitern."

Bis zu 10.000 Euro zusätzliche Kosten pro Schüler

Nach Erhebungen der Kultusministerkonferenz werden in Deutschland infolge des russischen Angriffskriegs aktuell etwa 205.000 Schüler aus der Ukraine unterrichtet. Insgesamt gibt es rund elf Millionen Schüler in Deutschland. "Wenn man davon ausgeht, dass ein zusätzlicher Schüler etwa 7.000 bis 10.000 Euro an zusätzlichem Aufwand in Personal- und Sachkosten erfordert, hätten die Länder bis zu zwei Milliarden Euro in die Integration ukrainischer Schulkinder stecken müssen", sagte Meidinger.

Sie hätten aber "nur sehr überschaubar investiert". Er forderte auch langfristige Beschäftigungsangebote an ukrainische Lehrer sowie Fortbildungsangebote für deutsche Lehrer, die an Schulen mit vielen geflüchteten Kindern arbeiten.

Lehrerverband fordert mehr Unterstützung für ukrainische Schulkinder Etwa 200.000 Geflüchtete aus der Ukraine gehen in Deutschland zur Schule. Der Lehrerverband....

Städte und Gemeinden bei Flüchtlingsunterbringung an Belastungsgrenze

Auch der Städte- und Gemeindebund fordert angesichts steigender Flüchtlingszahlen nicht nur aus der Ukraine mehr Unterstützung. "Wenn Deutschland weiterhin die Hauptlast tragen muss, wird die Akzeptanz dieser wichtigen Herausforderung abnehmen", sagte Hauptgeschäftsführer Gerd Landsberg den Zeitungen der Funke Mediengruppe. Die Städte und Gemeinden seien bei der Flüchtlingsunterbringung an ihrer Belastungsgrenze.

Landsberg forderte "einen Kraftakt, in dem Deutschland als größte Wirtschaft in der EU seinen Einfluss ausübt, um die Außengrenzen besser zu schützen, die Asylverfahren deutlich zu beschleunigen, die Herkunftsländer von Ausreisepflichtigen dazu zu bringen, ihre Staatsbürger zurückzunehmen und eine gerechte Verteilung innerhalb der EU sicherzustellen". Es sei auch davon auszugehen, dass "Migrationsbewegungen ein Dauerthema bleiben".

In diesem Zusammenhang verwies Landsberg auf den Klimawandel sowie etwaige künftige kriegsartige Konflikte. "Mit den Standards von heute und der großen Uneinigkeit auf der EU-Ebene sind die Probleme nicht lösbar", fügte er hinzu.

Angesichts steigender Flüchtlingszahlen gibt es in Deutschland seit längerem eine breite Debatte um die Migrationspolitik. Bundesländer und Kommunen fordern vom Bund mehr finanzielle Unterstützung. Die Bundesregierung verwies zuletzt auf bereits gegebene Zusagen in Milliardenhöhe. Am 10. Mai ist in Berlin ein Bund-Länder-Gipfel geplant, der eine Lösung herbeiführen soll.

Load-Date: April 10, 2023

End of Document

Deutschland gibt Blockade auf; Beim Asylgipfel der EU-Innenminister treffen unterschiedliche Positionen aufeinander - das hat Konsequenzen. Und: Wie gespalten ist Deutschland wirklich?

ZEIT-online

Donnerstag 28. September 2023 6:11 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Asylpolitik; Ausg. 1

Length: 354 words

Byline: Elise Landschek

Body

An den Küsten Italiens und Griechenlands kommen weiterhin jede Woche Hunderte **Geflüchtete** an, die in Europa Zuflucht suchen. In der Europäischen Union sorgt der Umgang mit **Migrantinnen** und **Migranten** schon seit Jahren für Streit und Spannungen. Einige Länder, zum Beispiel Italien, fordern eine deutlich strengere **Migrationspolitik** als bisher. In Italien müssen **Geflüchtete** beispielsweise künftig knapp 5.000 Euro an die Behörden zahlen, um während der Prüfung ihres Einspruchs nicht in Abschiebehaft genommen zu werden. Am Donnerstag beraten die Innenminister und Innenministerinnen der EU deshalb über die gemeinsame **Asylpolitik**. Ein Punkt steht bereits fest: Der jetzige Zustand muss sich ändern. Im Juni hatten sich die EU-Mitgliedstaaten eigentlich schon auf einen Kompromiss geeinigt, doch die Deutschen unter Annalena Baerbock hatten sich bislang quergestellt. Doch nun will Deutschland offenbar den Widerstand gegen die geplante Krisenverordnung in der europäischen **Asylpolitik** aufgeben, das erfuhr ZEIT ONLINE aus Regierungskreisen. Innenpolitik-Redakteurin Lisa Caspari ordnet das Treffen in Brüssel ein.

Panzerlieferungen, Wahlerfolge der AfD oder gendergerechte Sprache: die deutsche Bevölkerung scheint sich in vielen Debatten nicht einig werden zu können. Immer mehr wird darüber diskutiert, wie die Gesellschaft auseinander driftet. Der Soziologe und Leibniz-Preisträger Steffen Mau erklärt nun in seiner neuen Studie, dass wir uns einiger sind als angenommen. In Deutschland gebe es eine starke Mitte, heißt es in der Studie. Die ständigen Polarisierungsdiagnosen hingegen hält Mau für gefährlich, die Spaltung der Gesellschaft sei ein "Angstscenario". Anant Agarwala aus dem Wissen-Ressort der ZEIT hat zu dem Thema recherchiert und erklärt, wie gespalten Deutschland wirklich ist.

Und sonst so? Eine Runde Augenyoga.

Moderation und Produktion: Elise Landschek

Redaktion: Rita Lauter

Mitarbeit: Lisa Pausch und Laurena Erdmann

Deutschland gibt Blockade auf Beim Asylgipfel der EU-Innenminister treffen unterschiedliche Positionen aufeinander - das hat Konsequenzen. Und: Wie gespalten is....

Alle Folgen unseres Podcasts finden Sie [hier](#) . Fragen, Kritik, Anregungen? Sie erreichen uns unter wasjetzt@zeit.de .

Load-Date: September 28, 2023

End of Document

Nancy Faeser lobt Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels; Die Bundesinnenministerin begrüßt die Einigung zur Flüchtlingspolitik und sieht darin eine "nachhaltige Entlastung der Kommunen". Die Grünen mahnen langfristige Hilfe an.

ZEIT-online

Donnerstag 11. Mai 2023 6:45 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Bund-Länder-Treffen; Ausg. 1

Length: 542 words

Byline: Ulrike Tschirner

Body

Political-Moments

Innenministerin Nancy Faeser am 10. Mai beim Auftakt der Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) im Bundeskanzleramt in Berlin

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat die Ergebnisse des Bund-Länder-Treffens zur **Flüchtlingspolitik** begrüßt. "Uns geht es um eine nachhaltige Entlastung der besonders stark geforderten Kommunen. Wir sorgen jetzt für schnellere, effizientere und vor allem digitale Verfahren", sagte Faeser. Auch die konsequente Rückführung von abgelehnten **Asylbewerbern** werde gestärkt, die Grenzen würden stärker kontrolliert.

Faeser sagte, die Einigung von Bund und Ländern zeige, "dass alle staatlichen Ebenen gemeinsam ihrer großen humanitären Verantwortung gerecht werden". Das Maßnahmenpaket spiegle die Grundlinien der Flüchtlingspolitik wider: "Wir schützen die Menschen, die vor Krieg und Terror geflüchtet sind. Damit wir hierzu weiter in der Lage sind, begrenzen wir die irreguläre Migration."

Der Bund hat bei dem Treffen am Mittwochabend eine Milliarde Euro als zusätzliche Beteiligung an den Kosten der Flüchtlingsversorgung für dieses Jahr zugesagt. Mit dem Geld sollen die Länder dabei unterstützt werden, ihre Kommunen zu entlasten und die Digitalisierung der Ausländerbehörden zu finanzieren.

Der Gipfel hat neben mehr Geld für Unterkunft und Integration auch Verschärfungen in der Abschiebep Praxis und strengere Maßnahmen gegen illegale Migration beschlossen. Das stößt in den Reihen der Grünen offenbar auf Kritik. Aus Fraktionskreisen verlautete gegenüber der *Süddeutschen Zeitung*, nach der Ministerpräsidentenkonferenz habe es in Teilen der Bundestagsfraktion deutlichen Unmut über die Beschlüsse gegeben, die als "fundamentale Einschränkung von Rechten der Geflüchteten" wahrgenommen würden. Die Grünenbundestagsabgeordnete Karoline Otte sagte der Zeitung: "Das Ergebnis aus der Ministerpräsidentenkonferenz überschreitet alle roten Linien, die ich mir als grüne Abgeordnete vorstellen kann."

Nancy Faeser lobt Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels Die Bundesinnenministerin begrüßt die Einigung zur Flüchtlingspolitik und sieht darin eine "nachhaltige Entl....

Omid Nouripour verlangt Hilfszusagen für die Zeit nach 2023

Für Unmut sorgte auch, dass der Gipfel entgegen der Forderung der Länder keine langfristige Finanzierungszusage für Unterkunft und Verpflegung von Geflüchteten brachte. Über die künftige Aufschlüsselung der Kosten soll zunächst in einer Arbeitsgruppe beraten und erst im November entschieden werden. Das stößt bei den Kommunen auf Kritik. "Mit einer Vertagung drängender Probleme können die Landkreise nicht wirklich zufrieden sein", sagte etwa der Präsident des Deutschen Landkreistages, Reinhard Sager, den Zeitungen der Funke Mediengruppe.

Auch Grünenchef Omid Nouripour mahnte im ARD- *Morgenmagazin* langfristige Unterstützung für die Kommunen an. "Wer sich von Gipfel zu Gipfel hangelt, der kriegt keinen Boden unter die Füße", sagte er. Es müsse so schnell wie möglich Lösungen für die Zeit nach 2023 geben.

Die AfD kritisierte die Ergebnisse des Bund-Länder-Treffens. "Noch mehr Geld für noch mehr Flüchtlinge wird die Flüchtlingskrise nicht lösen, sondern verlängern", teilten die Fraktionschefs Alice Weidel und Tino Chrupalla in einer Erklärung mit. Es sei irrelevant, ob der Bund oder die Länder die Kosten für die Flüchtlingsunterbringung übernehmen. "Am Ende zahlen die Bürger mit höheren Steuern und Abgaben."

Load-Date: May 11, 2023

End of Document

Roter Halbmond rettet mehr als 600 Migranten aus tunesischer Wüste; In der tunesischen Hafenstadt Sfax kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Bewohnern und Migranten. Hunderte Flüchtlinge wurden Richtung Wüste vertrieben ohne Wasser.

ZEIT-online

Donnerstag 13. Juli 2023 7:07 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Migration; Ausg. 1

Length: 477 words

Byline: Maline-Mercedes Hofmann

Body

Fathi Nasri

A member of the Tunisian Red Crescent speaks to migrants, who fled violence in Sfax to the militarised buffer zone between Tunisia and Libya, after they were bussed to a temporary shelter at a boarding school in Ben Guedane, on July 12, 2023. Hundreds fled or were pushed to the harsh border area between Tunisia and Libya after racial tensions flared last week into violence against migrants from sub-Saharan African countries. (Photo by FATHI NASRI / AFP) (Photo by FATHI NASRI/AFP via Getty Images)

Der tunesische Rote Halbmond hat mehr als 600 aus der Hafenstadt Sfax in die Wüste gedrängte Geflüchtete versorgt. Die Hilfsorganisation habe die Erlaubnis erhalten, Hunderte Migranten aufzunehmen, sagte der Präsident der Hilfsorganisation, Abdellatif Tschabu, der Nachrichtenagentur AFP. Menschen seien in der Nähe des Grenzpostens Ras Dschedir an der libyschen Grenze etwa eine Woche ohne Wasser und Nahrung zurückgelassen worden.

Der Rote Halbmond hat demnach zwischen Sonntag und Montag insgesamt 630 Flüchtlinge aufgenommen. Die Menschen stammten aus verschiedenen Orten, eine Gruppe aus Tunesien, eine andere aus Libyen.

Vorangegangen waren von Rassismus befeuerte Auseinandersetzungen mit Bewohnern der Hafenstadt Sfax im Zusammenhang mit der Tötung eines 41-jährigen Tunesiers. Hunderte afrikanische Geflüchtete flohen daraufhin in die Wüste oder wurden gewaltsam dorthin vertrieben. Unter dem Druck internationaler Hilfsorganisationen hatte Präsident Kais Saied am Sonntag angeordnet, dass der Rote Halbmond Hilfsgüter zu den Migranten bringt.

Rassistische Äußerungen des tunesischen Präsidenten

Sfax gilt als einer der Starthäfen für Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern, die von dort in Booten nach Europa aufbrechen. Am Sonntag war ein solches Boot vor der tunesischen Küste gesunken. Die Küstenwache rettete elf

Roter Halbmond rettet mehr als 600 Migranten aus tunesischer Wüste In der tunesischen Hafenstadt Sfax kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Bewohnern und Migr....

Menschen, barg eine Leiche und erklärte zehn weitere als vermisst, wie die Staatsanwaltschaft in Sfax mitteilte. Die zweitgrößte Stadt Tunesiens liegt rund 130 Kilometer von der italienischen Insel Lampedusa entfernt.

In Tunesien war es zuletzt zu einem Anstieg rassistisch motivierter Angriffe gegen Menschen aus afrikanischen Ländern südlich der Sahara gekommen. Zuvor hatte Präsident Kais Saied im Februar "Horden" illegaler Migranten einer "kriminellen Verschwörung" beschuldigt.

Vor etwa einem Monat hatte die EU der tunesischen Regierung über 900 Millionen Euro geboten, um die einbrechende Wirtschaft zu stützen und die Grenzsicherung zu verstärken. Tunesien sollte damit mehr Boote daran hindern, nach Europa aufzubrechen. Der Umgang mit den Hunderten Migranten im tunesisch-libyschen Grenzgebiet warf zunehmend Fragen über die Migrationspolitik des zunehmend autoritär regierten nordafrikanischen Landes auf. Zuletzt hatte Präsident Saied Kritik am Umgang mit Geflüchteten zurückgewiesen.

Load-Date: July 13, 2023

End of Document

Union fordert Flüchtlingsgipfel zwischen Bund und Ländern; CDU und CSU verlangen Gespräche über eine "Begrenzung der Asylummigration". Nordrhein-Westfalen warnt vor einer Überlastung durch steigende Flüchtlingszahlen.

ZEIT-online

Sonntag 5. Februar 2023 2:40 AM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten

ZEIT  ONLINE

Section: Zuwanderung; Ausg. 1

Length: 281 words

Byline: Verena Hölzl

Body

Felix Kästle

Mehrere **Flüchtlinge** sind in der Notunterkunft in der Sporthalle der Berufsfachschule in Friedrichshafen am Bodensee untergebracht.

Die Spitze der Unionsfraktion hat angesichts von Problemen bei der Unterbringung von **Flüchtlingsen** einen Gipfel von Kanzler Olaf Scholz (SPD) mit den Bundesländern gefordert. Der parlamentarische Geschäftsführer der Union im Bundestag, Thorsten Frei (CDU), sagte dem *Tagesspiegel am Sonntag*, dort müsse über eine "Begrenzung der **Asylummigration** und eine Lösung für Verteilung, Versorgung und Unterbringung" gesprochen werden. "Es kann bei einem solchen Gipfel aber nicht allein um eine Verteilung der Kosten für Aufnahme und Unterbringung gehen. Wir müssen endlich über effektive Maßnahmen zur Begrenzung der **Asylummigration** sprechen", sagte er.

Zuvor hatten Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) und auch andere Vertreter von Ländern und Kommunen vor einer Überlastung durch steigende Flüchtlingszahlen gewarnt. Zugesagte Mittel des Bundes müssten endlich fließen, weitere Hilfe sei nötig, forderte Wüst laut *Welt am Sonntag* in einem Brief an Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD).

In Deutschland hatten im vergangenen Jahr so viele Menschen Asyl beantragt wie seit 2016 nicht mehr. Knapp 218.000 Menschen stellten laut Jahresstatistik des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge erstmalig in Deutschland ein solches Schutzersuchen. Das waren knapp 47 Prozent mehr als 2021. Die rund eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, die im vergangenen Jahr in Deutschland Aufnahme fanden, mussten keinen Asylantrag stellen. Sie erhalten auf Basis einer EU-Richtlinie unmittelbar vorübergehenden Schutz.

Load-Date: February 5, 2023

Niederländischer Ministerpräsident tritt zurück; Die Koalition in den Niederlanden ist am Asylstreit gescheitert. Ministerpräsident Rutte gab die Auflösung des Vier-Parteien-Bündnisses und seinen Rücktritt bekannt.

ZEIT-online

Freitag 7. Juli 2023 6:41 PM GMT

Copyright 2023 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. Alle Rechte vorbehalten



Section: Mark Rutte; Ausg. 1

Length: 370 words

Byline: Sarah Vojta

Body

Robin Utrecht/ANP

Mark Rutte, Premierminister der Niederlande am Mittwoch in Den Haag

In den Niederlanden ist die Regierungskoalition am Streit über die Asylpolitik gescheitert. Das bestätigte der Ministerpräsident Mark Rutte. Er gab mit der Auflösung auch seinen Rücktritt bekannt. "Es ist kein Geheimnis, dass die Koalitionspartner sehr unterschiedliche Ansichten zur Migrationspolitik haben", sagte der konservative Politiker zu Journalisten. Die Neuwahlen dürften im Herbst stattfinden.

Zuvor hatten bereits die Sender NOS und RTL sowie die niederländische Nachrichtenagentur ANP berichtet, dass eine Krisensitzung der vier Koalitionspartner unter Leitung von Rutte ohne Ergebnis zu Ende gegangen sei. Die vier Parteien hätten keine Einigung beim Thema Migration erzielen können, bestätigte auch ein Sprecher der Christen-Union (CU), einer der kleineren Parteien in der Koalition von Ministerpräsident Mark Rutte. "Deshalb haben sie beschlossen, diese Regierung zu beenden."

In den vergangenen Tagen war es wegen eines asylpolitischen Vorschlags der konservativen VVD-Partei von Rutte zu Streit in der Vierparteienkoalition gekommen. Der Vorschlag sah vor, den Zuzug von Asylsuchenden zu begrenzen. Bereits zuvor hatte die VVD gedroht, das Kabinett zu verlassen, wenn die von Rutte vorgeschlagenen Maßnahmen nicht verabschiedet würden.

Zwei der Juniorpartner lehnten den Vorstoß trotzdem ab: Neben der CU soll auch die Mitte-Links-Partei D66 von Finanzministerin Sigrid Kaag laut Medienberichten die Forderung nicht unterstützt haben.

Koalition in Umfragen eingebrochen

Zuletzt waren die Umfragewerte der Koalition stark gesunken. Bei der jüngsten Provinzialwahl im März, bei der auch die Erste Kammer des Parlaments vergleichbar dem Bundesrat gewählt wurde, hatten alle Regierungsparteien deutliche Verluste verzeichnet.

Niederländischer Ministerpräsident tritt zurück Die Koalition in den Niederlanden ist am Asylstreit gescheitert.
Ministerpräsident Rutte gab die Auflösung des V....

Die niederländische Regierung stritt seit ihrem Amtsantritt vor anderthalb Jahren über das Thema. Im vergangenen Jahr kam es zu einem Skandal, als in einem überfüllten Migrationszentrum ein Baby starb.

Die Asylanträge in den Niederlanden waren im vergangenen Jahr um ein Drittel auf über 46.000 gestiegen und sollen in diesem Jahr die Marke von 70.000 knacken, ein Höchststand seit 2015.

Load-Date: July 7, 2023

End of Document